

st gallen



Geschäftsbericht 2001 **der Stadt St.Gallen**

Bericht der Dienststellen



4	1 BÜRGERSCHAFT UND BEHÖRDEN
7	2 ALLGEMEINE VERWALTUNG; STADTKANZLEI
15	3 VERWALTUNG DES INNERN
23	4 POLIZEIVERWALTUNG
41	5 VERWALTUNG DER SOLZIALEN DIENSTE
59	6 BAUVERWALTUNG
92	7 VERWALTUNG DER TECHNISCHEN DIENSTE
107	8 SCHULVERWALTUNG
142	9 FINANZVERWALTUNG

VORWORT

«Die Gemeinde erfüllt die Aufgaben, die der Staat ihr durch Verfassung und Gesetz zuweist, und Aufgaben, die sie im öffentlichen Interesse selbst erfüllt». So steht es – lapidar und trocken – im Gemeindegesetz. Und so nüchtern wie die zitierte Formulierung kam jeweils der bisherige Geschäftsbericht daher. Als Rechenschaftsbericht und Controlling-Instrument war er ein Werkzeug des Parlamentes.

Künftig möchten wir einen grösseren Kreis von Leserinnen und Lesern für diese Publikation gewinnen. Denn Bereiche wie Stadtentwicklung, Energie/Umwelt, Sicherheit und Verkehr oder Bildung sind Themen, die unser Zusammenleben prägen. In diesem Sinn soll die Neugestaltung des Geschäftsberichtes auch ein Zeichen sein für ein modernes Kommunikationsverständnis zwischen Stadtrat und Bewohnerinnen und Bewohnern von St.Gallen.

Wünschen Sie Zusatzinformationen?

Bestellen Sie den Geschäftsbericht, der Ihnen einen Überblick über wichtige Themen aus dem Geschäftsjahr vermittelt. Enthalten sind auch wichtige Kennzahlen über unsere Stadt.

Einen separaten Teil bilden die Legislaturziele des Stadtrats für die Amtsdauer 2001–2004. Nebst einer Standortbestimmung finden Sie darin einen Rückblick auf die vergangenen vier Jahre. Er zeigt auch auf, welche Schwerpunkte der Stadtrat in der kommenden Legislatur setzen und welche konkreten Ziele er erreichen will.

Bestellungen an Stadtkanzlei, Rathaus, Telefon 224 53 25
info@stadt.sg.ch

1 BÜRGERSCHAFT UND BEHÖRDEN

11 Abstimmungen und Wahlen

111 Abstimmungen Bund

112 Abstimmungen Kanton

113 Abstimmungen Stadt

12 Vermittleramt

11 Abstimmungen und Wahlen

111 Abstimmungen Bund

4. MÄRZ 2001	Bund Ja	Bund Nein	Stadt Ja	Stadt Nein
1. Volksinitiative «Ja zu Europa!»	600 414 23.3%	1 979 154 76.7%	5 690 23.1%	18 891 76.9%
2. Volksinitiative «für tiefere Arzneimittelpreise»	791 475 30.9%	1 772 860 69.1%	8 048 33.0%	16 373 67.0%
3. Volksinitiative «für mehr Verkehrssicherheit durch Tempo 30 innerorts mit Ausnahmen (Strassen für alle)»	526 457 20.4%	2 062 381 79.6%	6 882 27.9%	17 750 72.1%

10. JUNI 2001	Bund Ja	Bund Nein	Stadt Ja	Stadt Nein
1. Änderung vom 6. Oktober 2000 des Bundesgesetzes über die Armee und die Militärverwaltung (Militärgesetz, MG) (Bewaffnung)	1 002 298 51.0%	963 358 49.0%	11 129 56.3%	8 646 43.7%
2. Änderung vom 6. Oktober 2000 des Bundesgesetzes über die Armee und die Militärverwaltung (Militärgesetz, MG) (Ausbildungszusammenarbeit)	1 001 399 51.2%	956 176 48.8%	11 100 56.3%	8 609 43.7%
3. Bundesbeschluss vom 15. Dezember 2000 über die Aufhebung der Genehmigungspflicht für die Errichtung von Bistümern	1 194 112 64.2%	666 425 35.8%	13 655 72.2%	5 260 27.8%

2. DEZEMBER 2001	Bund Ja	Bund Nein	Stadt Ja	Stadt Nein
1. Bundesbeschluss über eine Schuldenbremse	1 472 086 84.7%	265 334 15.3%	15 026 87.9%	2 077 12.1%
2. Volksinitiative «für eine gesicherte AHV – Energie statt Arbeit besteuern!»	398 149 22.9%	1 341 496 77.1%	4 674 27.2%	12 514 72.8%
3. Volksinitiative «für eine glaubwürdige Sicherheitspolitik und eine Schweiz ohne Armee»	384 991 21.9%	1 372 326 78.1%	4 106 23.7%	13 193 76.3%
4. Volksinitiative «Solidarität schafft Sicherheit: für einen freiwilligen Zivilen Friedensdienst ZFD»	405 011 23.2%	1 340 074 76.8%	4 056 23.6%	13 130 76.4%
5. Volksinitiative «für eine Kapitalgewinnsteuer»	595 287 34.1%	1 148 709 65.9%	6 944 40.4%	10 228 59.6%

112 Abstimmungen Kanton

10. Juni 2001	Kanton Ja	Kanton Nein	Stadt Ja	Stadt Nein
1. Verfassung des Kantons St.Gallen	81 983 71.8%	32 253 28.2%	14 773 81.1%	3 449 18.9%

113 Abstimmungen Stadt

4. März 2001

	Stadt Ja	Stadt Nein
1. Verkauf der Liegenschaften Wassergasse 7-11 für ein Kongresszentrum des Hotels Einstein	17 232 75.2%	5 684 24.8%
2. Erschliessungsprojekt für die Überbauung «Watt»	12 883 58.0%	9 345 42.0%

Per 1. Januar 2001 wurden die Urnenlokale in den Schulhäusern Lachen, Bruggen, Heimat, Gewerbeschule Riethüsli und in der Postfiliale Grossacker aufgehoben. Die Aufhebung, die in der steten Zunahme der brieflichen Stimmabgabe (regelmässig über 90%) begründet ist, führt zu einem effizienteren Einsatz der Stimmzählerinnen und Stimmzähler und zu Einsparungen bei deren Entschädigung.

ABSTIMMUNGSKENNZIFFERN	1999	2000	2001
Stimmbeteiligung im Durchschnitt	46.5%	41.3%	48.1%
Stimmberechtigte im Durchschnitt (inkl. Auslandschweizer/-innen)	43 907	43 447	44 001
Abstimmungskosten (inkl. Löhne) für Urnendienst, Verpflegung, Porti, Abstimmungsmaterial, Transporte, Stimmausweise (in CHF 1000)	313	532	220
Anzahl Abstimmungstermine	5	8	3
Kosten pro Abstimmung (in CHF 1000)	62	66	63

12 Vermittleramt

Aufgaben:

- * Durchführung des Schlichtungsverfahrens in Zivilstreitigkeiten und im Privatstraf-Klageverfahren

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	1999	2000	2001
Aufwand	240	204	195
Ertrag	91	80	70
Aufwandüberschuss	149	124	125
Personalbestand	1.5	1.3	1.3

Vermittlungsbegehren	1999	2000	2001
Eingegangen total	770	656	566
Erlidigung durch Vergleich, Klageanerkennung, Klagerückzug	242	253	201
Pendent am 31. Dezember 2001	35	20	31

Rechtsgebiete

Forderungsklagen aus diversen Rechtsgeschäften	317	342	295
Ehescheidungsklagen	275	97	71
Ehetrennungsklagen	29	6	7
Klagen auf Abänderung von Scheidungsurteilen	43	30	18
Klagen nach Art. 4 Verantwortlichkeitsgesetz	-	83	89
Vaterschafts- und Unterhaltsklagen	31	19	12
Aberkennungsklagen (SchKG)	13	11	11
Privatstrafklagen insbesondere Vergehen gegen die Ehre	19	21	21
Klagen auf Bestreitung neuen Vermögens	3	-	-
Widerspruchsklagen	-	1	-
Klagen aus Erbrecht	8	10	4
Klagen aus diversen Rechtsgebieten	27	31	31
Kostenentscheide	5	5	7

Das am 1. Januar 2000 in Kraft getretene neue Scheidungsrecht hat sich bei den Positionen Ehescheidungsklagen, Ehetrennungsklagen und Klagen auf Abänderung von Scheidungsurteilen geringfügig noch bis in das Berichtsjahr 2001 ausgewirkt (– 37 Fälle gegenüber Vorjahr). Diese Positionen werden sich in den nächsten Jahren etwa auf diesem Stand bewegen. Ein sukzessiver Rückgang ist bei den Forderungsklagen seit 1994 zu verzeichnen (30% gegenüber Geschäftsjahr 1994). Diese Entwicklung zeigt sich im gesamten Kantonsgebiet und steht zur Hauptsache im Zusammenhang mit der Wirtschaftslage.

2	ALLGEMEINE VERWALTUNG
20	Stadtkanzlei
201	Stadtarchiv
202	Informationsdienst
203	Kulturbbeauftragter
22	Rechtskonsulent
23	Wirtschaftsförderung und Planungskoordination
231	Wirtschaftsförderung
232	Planungskoordination
233	Statistisches Büro
234	Regionalplanung

20 Stadtkanzlei

Aufgaben:

- Stabsstelle von Stadtrat und Grosse Gemeinderat
- Sekretariatsarbeiten für Stadtrat und Grosse Gemeinderat
- Organisation von internen und öffentlichen Anlässen und Empfängen
- Kulturelle Belange
- Öffentlichkeitsarbeit (Unterstützung von Dienststellen bei Kommunikationsvorhaben, Personalzeitschrift)
- Informationswesen des Stadtrates (Medien, Publikationen)
- Stadtarchiv
- Weibeldienst

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	1999	2000	2001
Aufwand	1 311	1 449	1 568
Ertrag	14	18	24
Aufwandüberschuss	1 297	1 431	1 544
Personalbestand	10.6	10.8	11.5

Diese Zahlen umfassen (mit Ausnahme des Personalbestandes) nur den engeren Bereich der Stadtkanzlei, ohne Weibeldienst und Kulturbeiträge. Die Differenz bei den Stellen von 0.7 Einheiten gegenüber 2000 erklärt sich durch die befristete Anstellung der Koordinatorin Integrationskonzept, eine Hilfskraft im Stadtarchiv sowie durch eine überlappende Anstellung bei der Ablösung einer in Ruhestand gehenden Mitarbeiterin.

In den Jahren 2000 und 2001 wurden die Arbeiten an einem Integrationskonzept der Stadt St.Gallen durch die Stadtkanzlei zusammen mit einer Kerngruppe geführt. In dieser arbeiteten 14 Personen zusammen, wovon ein Teil mit Migrationserfahrung und ein Teil leitende Angestellte der Stadtverwaltung. Im Frühjahr 2001 legte der Stadtrat dem Grosse Gemeinderat das Integrationskonzept vor, das mit Grundsätzen und Projektansätzen das Ziel verfolgt, das Zusammenleben von Menschen verschiedener Nationalitäten in der Stadt St.Gallen nachhaltig zu verbessern. Der Grosse Gemeinderat

nahm das Integrationskonzept im Juni zur Kenntnis und bewilligte bis zum Ende der laufenden Legislatur Ende des Jahres 2004 CHF 1.141 Millionen für fünf Projekte: Information, Mediation, Koordination von Sprachkursen, Kinderintegration sowie für die Errichtung eines Integrationsfonds. Wichtige Foren für die Umsetzung des Integrationskonzeptes der Stadt St.Gallen werden neu gebildet: ein öffentliches Integrationsforum und eine Integrationskommission. Zudem wurde ein Integrationsbeauftragter gewählt. Die Umsetzung des Integrationskonzeptes wird ab 2002 für die ganze Stadtverwaltung vom Abteilungssekretariat der Schulverwaltung aus unterstützt, wo der Integrationsbeauftragte organisatorisch eingegliedert wird.

In den Jahren 2000 und 2001 wurden die administrativen Arbeiten für den St.Gallischen Städtebund, eine Zusammenarbeit der Präsidien der vier städtischen Parlamente im Kanton St.Gallen (St.Gallen, Wil, Gossau, Rorschach) vom Stadtschreiber St.Gallen geleistet. Die Jahrestagung 2001 fand in Rorschach statt und widmete sich dem Thema der regionalen Aufgabenerfüllung im öffentlichen Verkehr. Die administrative Arbeit für den St.Gallischen Städtebund wird in den Jahren 2002 und 2003 vom Stadtschreiber Rorschach wahrgenommen.

Im Jahr 2001 wurde mit einer engeren Zusammenarbeit der im Westen St.Gallens aneinander grenzenden Gemeinden St.Gallen, Gossau, Gaiserwald und Herisau begonnen. Die vier Stadt- bzw. Gemeindegemeinschafter treffen sich quartalsweise zu einem Informationsaustausch. Prägendes Thema des Jahres waren die Planungen in St.Gallen-West und ihre Auswirkungen auf das Verkehrsaufkommen. Die Diskussion beim jährlich stattfindenden Treffen zwischen Delegationen der vier Exekutiven war ebenfalls diesem Thema gewidmet.

Zu den von der Stadtkanzlei organisierten öffentlichen Anlässen gehört auch die Feier des Gallustages. Die jeweils am Gallustag vom 16. Oktober stattfindende Gallusfeier der Stadt St.Gallen dient seit ihrer ersten Durchführung 1951 traditionsgemäss «der Besinnung auf die Ursprünge der Stadt St.Gallen und der Stärkung der Stadtgemeinschaft über die Grenzen von Nationalitäten, Konfessionen und Politik hinweg». Die breite Trägerschaft der Gallusfeier hat für die Durchführung 2001 beschlossen, das Konzept nach fünfzig Jahren leicht anzupassen. Die Gallusfeier wird thematisch geöffnet: Nicht mehr ausschliesslich mittelalterliche Geschichte soll im Vordergrund stehen, sondern auch modernere Themen mit Bezug zur Stadtgeschichte sollen vorgestellt werden können. Musik oder bildliche Darstellungen sollen aufgewertet werden und nicht mehr nur kleine Umrahmung eines Wortvortrages sein. Die Gallusfeier 2001 war dem Thema «Die Stadt St.Gallen im Zweiten Weltkrieg; eine historische Betrachtung» gewidmet; es referierte Stadtarchivar Dr. Ernst Ziegler. Musikalisch machte die Interpretation von Alfred Schnittkes Sonate Nr. 1 für Cello und Klavier aus dem Jahre 1978 grossen Eindruck.

201 Stadtarchiv

ZUWACHS AN ARCHIVGUT	1999	2000	2001
Anzahl Ablieferungen, Schenkungen	25	25	24
Zuwachs in Laufmetern	40	23	41

Die Bestände des Stadtarchivs wuchsen – bei fast gleich vielen Ablieferungen und Schenkungen – stärker als im Vorjahr und ungefähr im selben Ausmass wie 1999. Der Zuwachs ergab sich sowohl aus Ablieferungen verschiedener Dienststellen als auch aus Schenkungen bzw. der Übergabe von Privatarchiven als Dauerdeposita (z.B. die Archive der Gewerkschaft Typographia St.Gallen und der Studentenverbindung Zofingia St.Gallen, die beide weit ins 19. Jahrhundert zurückreichen und teils lückenlose Band- oder Aktenserien enthalten).

Den Ablieferungen gingen Aktenbewertungen zur Unterscheidung von dauernd aufbewahrungswürdigen und kassierbaren Dokumenten voraus. Dabei zwingt die Aktenflut aus der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts das Stadtarchiv dazu, auch von an sich interessanten Archivalienkategorien oft nur eine Auswahl (Sampling) zu übernehmen.

Im Rahmen der Erschliessungstätigkeit wurden für den Archivführer, der eine Übersicht über das ganze Stadtarchiv geben soll, die Beständebeschreibungen abgeschlossen sowie ein längerer Text über die Archivgeschichte der Politischen Gemeinden St.Gallen, Straubenzell und Tablat geschrieben. Detaillierte Verzeichnisse liessen sich von den Ablieferungen mehrerer Dienststellen, von den Fotografien (u.a. Szenefotos des Stadttheaters ab ca. 1920) und von einem Teil des Planbestandes zusammenstellen. Zudem wurde mit der Neuregistrierung der als Folianten geführten Niederlassungs- und Aufenthaltregister von 1803 bis 1918 mittels einer Datenbank begonnen. Obwohl diese Bände zu den am weitaus häufigsten konsultierten Quellen des Stadtarchivs gehören, ist ihre Benützung bisher kompliziert und zeitraubend. Ihre zweckmässige Erschliessung stellt ein langfristiges Projekt dar, gilt es doch Hunderttausende von Einwohnerinnen und Einwohnern der ehemaligen Gemeinden St.Gallen, Straubenzell und Tablat zu erfassen.

Mit präventiven Massnahmen (Gewährleistung eines möglichst optimalen Raumklimas in den Archivmagazinen, Umpacken von abgelieferten Akten in säurefreie Behälter usw.) wurde versucht, Beschädigungen des Archivgutes vorzubeugen. Für die Behandlung bereits defekter Dokumente wurden freischaffende Fachkräfte beigezogen, eine Buchrestauratorin und neu auch ein Filmrestaurator, der sich dem ersten von sechs Filmen mit St.Galler Sujets (Kinderfest, Saffa) aus den 1920er und 1930er Jahren annahm. Weitere Massnahmen zur Sicherung und Erhaltung von Archivalien bildeten die Mikroverfilmung von Einwohnerregistern und die Duplizierung von Tonbändern der Gemeinderatssitzungen.

BENÜTZUNG UND AUSKÜNFTE	1999	2000	2001
Benutzung von Archivalien	147	318	232
Auskünfte	475	407	434

Die Archivbenützungen (die selbständige Arbeit von Archivbesuchern und -besucherinnen an den Dokumenten) und die Erteilung von Auskünften bewegten sich in der Grössenordnung der beiden letzten Jahre. Ohne vorgängige Erschliessungsarbeiten wären diese Dienstleistungen nicht möglich. Öffentlichkeitsarbeit leistete das Stadtarchiv durch kleinere Publikationen, Vorträge und Führungen sowie durch Redaktions- bzw. Lektoratsarbeiten für das Neujahrsblatt des Historischen Vereins des Kantons St.Gallen und die neue Kantonsgeschichte.

202 Informationsdienst

23 Medienkonferenzen wurden organisiert und über 150 Medienmitteilungen unter dem Stichwort «Aus den Verhandlungen des Stadtrates» erstellt und versandt. Als grössere Kommunikationsvorhaben seien die Immobilienmesse, die Aktion «saubere Weiern», die Kandidatur für das Eidgenössische Turnfest 2008, der EU-Aktionstag «In die Stadt – ohne mein Auto», die Arbeiten im Zusammenhang mit der Bewerbung für das Bundesverwaltungsgericht und die Erstellung des neuen Geschäftsberichtes erwähnt.

Internet war auch 2001 ein zentrales Thema. Aus Kapazitätsgründen musste der Aufbau eines Intranets zurückgestellt werden. Der Internetauftritt konnte nach drei Jahren erstmals überarbeitet werden. Mit dem Redesign wurde eine Annäherung an den kommenden «Guichet virtuel» angestrebt. Begonnen wurde mit dem Aufbau eines Onlineschalters. Damit wurden erste Schritte in Richtung e-government-Lösungen gemacht.

BEITRÄGE (in CHF 1000)	1999	2000	2001
Theater und Film	6 881	6 983	8 619*
Musik	3 337	4 254	0*
Bibliotheken, Ludothek	420	525	443
Museen und bildende Kunst	2 603	2 661	2 702
Preisverleihungen	30	30	30
Übrige Beiträge im kulturellen Bereich	509	498	479
Total	13 780	14 951	12 273
pro Kopf der Bevölkerung	197	214	175

Nicht enthalten sind in dieser Zusammenstellung die Ausgaben für Denkmalpflege, Musikschulen, Kulturpädagogik sowie für die Bereitstellung und den Unterhalt von Kulturgebäuden (Theater, Tonhalle, Museen, Grabenhalle, etc.).

* Die Zusammenlegung von Stadttheater und Konzertverein zur Genossenschaft Konzert und Theater St.Gallen (KTSG) hat zur Folge, dass eine aussagekräftige Abgrenzung zwischen den Ausgaben für die Sparten Theater / Film und Musik ohne Zusatzerhebungen bei der KTSG nicht mehr möglich ist. Sie wurden deshalb in der oben stehenden Tabelle mit dem Jahr 2001 zusammengelegt.

Die Entlastung der Stadt bei den Kosten für die KTSG durch den Kanton hat zu einem erheblichen Rückgang bei den Kulturausgaben (total wie pro Kopf) bei gleichbleibendem Angebot geführt.

Die für die Förderung des aktuellen Kulturschaffens, innovativer Einzelprojekte und kultureller Veranstaltungen zur Verfügung stehenden Mittel (insgesamt CHF 420 000, in der oben stehenden Tabelle in den «übrigen Beiträgen» enthalten), wurden wie folgt verwendet (in Prozenten):

	1999	2000	2001
Theater, Tanz	27.2	23.8	23.1
Bildende Kunst, Ausstellungen	11.4	10.9	20.5
Klassische Musik	12.3	11.8	10.9
Zeitgenössische E-Musik	10.1	9.9	6.7
Rock, Jazz, Pop	21.8	22.6	19.4
Volkstümliche Musik	0.6	0.8	0.8
Literatur	9.1	11.8	9.6
Film	2.1	4.1	5.6
Diverses (Geschichte, Architektur, etc.)	5.4	4.3	3.4
Eingereichte Gesuche	211	215	208
Abgelehnt oder zurückgezogen	55	40	39

WERKBEITRÄGE

Auf die öffentliche Ausschreibung der Werkbeiträge gingen insgesamt 30 Bewerbungen (Vorjahr 47) ein.

Auf Antrag der Kommission für Kulturförderung sprach der Stadtrat folgende Beiträge zu:

André Büchi (bildende Kunst)	CHF 10 000
Manuel Giron (Literatur und bildende Kunst)	CHF 10 000
Peter Kamm (bildende Kunst)	CHF 10 000
Matthias Kuhn (bildende Kunst)	CHF 10 000
Claudia Roemmel (Tanz)	CHF 10 000
Bettina Portmann (Literatur)	CHF 10 000

Der Anerkennungspreis 2001 wurde an den Kunsthistoriker Rudolf Hanhart, früherer Konservator des Kunstmuseums St.Gallen, verliehen. Der Stadtrat würdigte damit dessen Verdienste als Kunstvermittler, insbesondere seine erfolgreichen Bemühungen, in St.Gallen das Verständnis für neuere Kunstströmungen zu wecken. Mit der Auszeichnung wurde auch auf die wichtigen Forschungen Rudolf Hanharts zur Bauernmalerei aufmerksam gemacht, an deren Wiederentdeckung er grossen Anteil hat.

Die Förderungspreise wurden vergeben an:

Mathias Flückiger für sein Engagement als Schauspieler, Sprecher und Rezitator, welcher St.Gallen immer wieder überrascht und bereichert hat, für seine unermüdlichen Einsätze auch ausserhalb des Theaters St.Gallen und seine beneidenswerte Vielseitigkeit.

Die Gesangsgruppe «hop'o my thumb» (Chrishta Ganz, Franziska Schiltknecht, Tino Ulrich und Alessandro Zuffelato) für den kreativen und experimentellen Umgang mit ihren Gesangsstimmen sowie ihre hochstehenden und originellen A-capella-Konzerte, die eine Bereicherung des St.Galler Musiklebens darstellen.

Die Popgruppe «Monoblond» (Andrea Corciulo, Ivo Fürer, Hans Kühne und Ivo Tschirky) für ihr einfallreiches musikalisches Schaffen, mit dem sie wesentlich zur Entstehung einer Rock- und Popmusikszene in St.Gallen beitrugen.

Peter Rechsteiner, Schriftsteller, für seine von feinem Humor und liebevoller Ironie geprägten Geschichten, die im Band «Das Seeungeheuer vom Mannenweiher» gesammelt vorliegen.

22 Rechtskonsulent

Aufgaben:

- Vorbereitung von oder Mitwirkung an Rechtsetzungsgeschäften
- Abfassung und Überprüfung von Verträgen
- Abklärung verschiedener Rechtsfragen im Rahmen der Verwaltungstätigkeit und im Zusammenhang mit Vorlagen an Stadtrat und Grossen Gemeinderat
- Rekursbearbeitung
- Betreuung der städtischen Rechtssammlung

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	1999	2000	2001
Aufwand	271	295	309
Ertrag	12	4	5
Aufwandüberschuss	259	291	304
Personalbestand	1.5	1.5	1.5

REKURSE	1999	2000	2001
Hängige Rekurse am 1.1.	61	66	55
Neu eingegangen	81	116	64
Erliegt	76	127	68
Hängige Rekurse am 31.12.	66	55	51

Aus dem Berichtsjahr verdienen vorab die Rechtsmittelverfahren Erwähnung, welche die Höhe der von der Stadt St.Gallen ausgerichteten Sozialleistungen betrafen. Diese Sozialleistungen wurden nicht vollständig nach Massgabe der Richtlinien der Schweiz. Konferenz für Sozialhilfe (SKOS-Richtlinien) ausgerichtet. Vielmehr wurde der sog. Grundbedarf I ab einer Haushaltgrösse von zwei Personen gegen-

über den SKOS-Richtlinien um 5 Prozent gekürzt. Von der Ausrichtung des Grundbedarfs II wurde generell abgesehen. Begründet wurde dies damit, dass einerseits die SKOS-Richtlinien für die Gemeinden mangels einer Verbindlicherklärung durch die Regierung nicht zwingend anzuwenden seien. Andererseits führe die uneingeschränkte Anwendung der SKOS-Richtlinien zu Sozialhilfeleistungen, die über den Leistungen gemäss den vorangegangenen, seinerzeit unbestrittenen SKöF-Richtlinien lägen und die in ihrer Höhe nicht gerechtfertigt seien. Der Stadtrat wies dagegen gerichtete Rekurse ab. Das Verwaltungsgericht bestätigte diese Praxis mit Urteil vom 21. August 2001.

Die Vormundschaftsbehörde sah sich anfangs 1992 veranlasst, zwei bei einer Pflegemutter untergebrachte Kinder in einem Heim unterzubringen und später der Pflegemutter den persönlichen Kontakt mit den Kindern zu verbieten. Diese vormundschaftlichen Massnahmen, die verschiedentlich auch in die Medien getragen wurden, führten zu langwierigen Rechtsverfahren. Sie wurden schliesslich vom Bundesgericht bestätigt. In der Folge wurden gegen die Stadt St.Gallen von der Pflegemutter Verantwortlichkeitsansprüche wegen Persönlichkeitsverletzung erhoben. Der Rechtsstreit führte erneut bis vor das Bundesgericht, wo die Klage letztinstanzlich abgewiesen wurde.

Im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens stellen sich in der Praxis immer wieder heikle Fragen. Es lässt sich jedoch feststellen, dass die Vergabeentscheide von den Beteiligten in aller Regel als korrekt akzeptiert und nur sehr selten angefochten werden.

23 Wirtschaftsförderung und Planungskoordination

Aufgaben:

- Wirtschaftsförderung in Ergänzung zur kantonalen Stelle (Information, Beratung, Vermittlung)
- Wohnortmarketing: Profilierung als Stadt mit hoher Wohn- und Lebensqualität
- Planungskoordination: Grundlagenbeschaffung, statistische Bearbeitung und Koordination der sektoralen Planungen gemäss Planungsreglement vom 27. Mai 1975 (bis 31.12.2001)
- Führung des Statistischen Büros der Stadt St.Gallen
- Führung des Sekretariates der Regionalplanung St.Gallen (bis 31.12.2001)

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	1999	2000	2001
Aufwand	567	572	385
Ertrag	33	17	26
Aufwandüberschuss	534	555	359
Personalbestand	2.9	2.9	2.4

Die Differenz beim Aufwand zwischen den Jahren 2000 und 2001 ist zum einen begründet in einem Minderaufwand bei den Löhnen, da die Stelle des Wirtschaftsförderers erst per Mitte August 2001 wieder besetzt worden ist. Zum andern sind im Jahr 2000 zwei Nachtragskredite für die Sonderschau «St.Gallen blüht» sowie für ein Gutachten im Zusammenhang mit der Neuausrichtung der städtischen Wirtschaftsförderung gesprochen worden. Infolge der Neubesetzung der Stelle des Wirtschaftsförderers erst im zweiten Halbjahr 2001 sind beim Personalbestand gegenüber dem Vorjahr 0.5 Stelleneinheiten weniger ausgewiesen.

Die Dienststelle stand und steht im Zeichen der organisatorischen und inhaltlichen Neuausrichtung. So wird die Wirtschaftsförderung um den verwandten Bereich Wohnortmarketing ergänzt. Im Gegenzug werden die Planungskoordination sowie das Sekretariat der Regionalplanung sachgemäss der Stadtplanung zugeteilt. Der Übergang erfolgte per 1. Januar 2002.

Nach einer über halbjährigen Vakanz konnte die Leitung der städtischen Wirtschaftsförderung per Mitte August 2001 mit Peter Grob neu besetzt werden. Der heutige Stelleninhaber war nach Abschluss des Studiums an der Universität St.Gallen während über fünf Jahren bei der kantonalen Wirtschaftsförderung tätig. Vor Eintritt in die Stadtverwaltung übte er eine leitende Funktion im Kreditmanagement einer Grossbank aus.

Im Vordergrund der Tätigkeiten standen zum einen die Revitalisierung der Wirtschaftsförderung und zum andern die Vorarbeiten für den Aufbau des Wohnortmarketings. Eine Arbeitsgruppe mit Vertretern aus Wirtschaft und Verwaltung setzte sich inhaltlich mit der Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung und des Wohnortmarketings auseinander. Die Ergebnisse und Empfehlungen werden nun konkretisiert. Ein grosses Gewicht wurde auch auf den Aufbau des Beziehungsnetzes zu Wirtschaftsorganisationen, Immobilien-Treuhändern, Banken, Treuhändern und Unternehmensberatungen gelegt.

Im Tagesgeschäft dominierte die Vermittlung von Industrie- und Gewerberäumlichkeiten sowie von Büro- und Verkaufsflächen. Die angebotenen Flächen haben sich gegenüber dem Vorjahr leicht zurückgebildet, insbesondere bei projektierten Neubauten. Das Bulletin über Projekte, Miet- und Kaufobjekte, das übrigens im Internet in täglich aktualisierter Form abrufbar ist, hat sich wiederum als äusserst nützliches Arbeitsinstrument erwiesen. Im Rahmen der Bestandespflege waren die Beratung, die Vermittlung von Kontakten und die Ombudsfunktion immer wieder gefragte Dienstleistungen.

Wiederum beteiligten sich die Wirtschaftsförderung und die Stadtplanung an der Ostschweizer Immobilien-Messe vom 30. März–1. April 2001 mit einem eigenem Messestand, auf dem vier aktuelle Bauprojekte in der Stadt vorgestellt wurden. Ebenfalls begleitete sie als Partnerin von weiteren Wirtschafts- und Tourismusunternehmen die Promotions-Tournee «Vorhang auf – die Ostschweiz kommt» in vier deutschen Städten.

232 Planungskoordination

Aufgrund der personellen Vakanz einerseits und den teilweise überholten Zielsetzungen des Planungsreglements vom 27. Mai 1975 andererseits wurden planerische Koordinationsaufgaben – insbesondere mit umliegenden Gemeinden – direkt von den entsprechenden Dienststellen wahrgenommen.

Eine im Zusammenhang mit dem Postulat «Wirtschaftsförderung: Neuorganisation und neue Schwerpunkte» in Auftrag gegebene Studie über die Reorganisation der Dienststelle kommt unter anderem zum Schluss, dass ein Übergang der Planungskoordination zur Stadtplanung bei der Bauverwaltung zweckmässiger als die bisherige Lösung sei, weil damit die formellen Strukturen mit der realen Beanspruchung aus dieser Querschnittsaufgabe weitestgehend übereinstimmen würden.

Mit dem Übergang der Planungskoordination an die Bauverwaltung per 1. Januar 2002 soll zur gegebenen Zeit eine Vorlage betreffend Revision des Planungsreglements an den Grossen Gemeinderat ausgearbeitet werden.

Das Statistische Büro erarbeitete und veröffentlichte die vierteljährlich erscheinenden Statistischen Mitteilungen sowie das Statistische Jahrbuch 2000. Beide Publikationen sind auch im Internet abrufbar, was sowohl die Zahl der statistischen Auskünfte wie auch der zu druckenden Exemplare entsprechend reduziert.

Die Volkszählung 2000 verursachte auch im Berichtsjahr einen beachtlichen Arbeitsaufwand, galt es doch, ausstehende Fragebogen einzufordern. Die definitiven Ergebnisse der Volkszählung 2000 werden gegen Ende 2002 erwartet. Im Weiteren beantwortete und bearbeitete das Statistische Büro zahlreiche Anfragen von Behörden und Amtsstellen sowie Unternehmen, Privatpersonen und weiteren interessierten Kreisen.

234 Regionalplanung

Die Stabstelle besorgte bis Ende 2001 für die Vereinigung der Gemeinden der Region St.Gallen (Regionalplanung St.Gallen) die Sekretariatsarbeiten und das Rechnungswesen. Das Konzept Regionale Radwegplanung konnte umgesetzt und Mitte Jahr definitiv abgeschlossen werden.

Analog zur Planungskoordination erfolgt auch hier der sachlogische Übergang zur Bauverwaltung per 1. Januar 2002. An der Delegiertenversammlung vom 15. November 2001 in Häggenschwil ist daher Stadtpräsident Dr. Heinz Christen, St.Gallen, nach 20 Jahren von seiner Funktion als Präsident der Vereinigung der Gemeinden der Region St.Gallen zurückgetreten. An seiner Stelle wählte die Delegiertenversammlung Elisabeth Beéry Siegwart, Vorsteherin der Bauverwaltung der Stadt St.Gallen, zur neuen Präsidentin.

3	VERWALTUNG DES INNERN
30	Abteilungssekretariat
31	Einwohneramt
311	Stimmregister
312	Einwohnerwesen
313	Militärisches Kontrollwesen
314	Kontrollstelle für die Krankenversicherung
315	Wohnungsamt
316	Erschaftswesen und gemeindamtliche Aufgaben
32	Zivilstandsamt
321	Geburtsregister
322	Eheregister
323	Todesregister/Bestattungen
324	Anerkennungsregister
325	Familienregister
33	Betreibungsamt
331	Gantamt
332	Betreibungswesen
333	Gantwesen

30 Abteilungssekretariat

Aufgaben:

- Unterstützt den Stadtpräsidenten/Vorstands der Verwaltung des Innern in seinen Führungs-, Verwaltungs- und Repräsentationsaufgaben
- Behandelt Fragen des Schweizerischen Städteverbandes
- Stellt die Koordination innerhalb der Allgemeinen Verwaltung und der Verwaltung des Innern sicher
- Arbeitet Vorlagen an Stadtrat und Grossen Gemeinderat aus; Beantwortet parlamentarische Vorstösse
- Wirkt bei der Organisation stadtbezogener Anlässe mit

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL

	1999	2000	2001
Aufwand	300	301	336
Ertrag	1.5	1.5	1
Aufwandüberschuss	298.5	299.5	335
Personalbestand	2	2	2

Nebst seinen üblichen Aufgaben war der Abteilungssekretär bis zum Stellenantritt des neuen Leiters im August 2001 mit der interimistischen Leitung der Stabsstelle Wirtschaftsförderung und Wohnortmarketing betraut. Er führte bis Jahresende auch das Sekretariat der Vereinigung der Gemeinden der Region St.Gallen.

Die St. Galler Party war im Mai zu Gast im Werkhof Waldau des städtischen Strasseninspektorates, im November im Neubau der Salzmann AG an der Rorschacher Strasse 304. Den Anlässen, welche mit Führungen durch die Anlagen verbunden waren, war mit ca. 150 bzw. 250 Gästen ein guter Erfolg beschieden.

Von den 866 volljährig gewordenen Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt St.Gallen und der Gemeinden Eggersriet, Gaiserwald, Häggenschwil und Muolen nahmen insgesamt 337 am Jungbürgerinnen- und Jungbürgertag im Theater St.Gallen teil. Thema des Tages war «Connecting People – Facetten der Kommunikation». Am Nachmittag fand die traditionelle Bodenseerundfahrt statt.

JUNGBÜRGERINNEN- UND JUNGBÜRGER	1999	2000	2001
Teilnehmende	368	373	337
Kosten pro Jungbürger/in (ohne Buch)	73.60	73.15	84.95

Die Kosten pro Teilnehmer/-in berechnen sich nach den Gesamtkosten, abzüglich Kosten für die Bücher («Der Kanton St.Gallen – Landschaft, Gemeinschaft, Heimat»), die den Jungbürgerinnen und Jungbürgern als Geschenk abgegeben werden. Die Kosten pro teilnehmenden Jungbürger bzw. pro teilnehmende Jungbürgerin waren mit CHF 84.95 rund CHF 10 höher als in den Vorjahren. Grund war ein Rückgang bei den Zahlen der Teilnehmenden von knapp 40 Personen gegenüber den Vorjahren.

31 Einwohneramt

Aufgaben:

- Einwohnerkontroll- und Meldewesen
- Beglaubigungen und Bescheinigungen
- Stimmregisterführung
- Gemeindefunktionen
- Wechselproteste
- Militärisches Kontrollwesen
- Kontrollstelle für die Krankenversicherung
- Aufgaben im Bereich des Mietwesens (Sekretariat der Schlichtungsstelle für Miet- und Pachtverhältnisse, Beratung von Mietenden und Vermietenden, Wohnungsabnahmen)

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	1999	2000	2001
Aufwand	2 158	2 264	2 143
Ertrag	988.5	1 031	968
Aufwandüberschuss	1 169.5	1 233	1 175
Personalbestand	18.6	18.4	18.3

311 Stimmregister

BEGLAUBIGUNGEN	1999	2000	2001
Volksbegehren	20	20	9
Anzahl gültige Unterschriften	18 493	23 442	7 339

312 Einwohnerwesen

EINWOHNERBESTAND AM 31.12.	1999	2000	2001
Schweizer/-innen	54 686	54 588	54 540
Ausländer/-innen	19 409	19 432	19 745
Gesamtbevölkerung (wirtschaftlicher Wohnsitz)	74 095	74 020	74 285
Gesamtbevölkerung (zivilrechtlicher Wohnsitz)	69 798	69 774	70 019

ANMELDUNGEN	1999	2000	2001
Niederlassungen an Schweizer/-innen	2 849	2 882	2 704
Ortsbürger/-innen	404	952	1 248
Wohnaufenthalter/-innen	1 278	1 361	1 424
Niedergelassene Ausländer/-innen	709	610	811
Ausländer/-innen mit befristetem Aufenthalt	1 808	1 780	1 989
Saisonale Aufenthalter/-innen	118	115	192
Geschäftsniederlassungen	445	557	512

Die Einbürgerungsaktion für Schweizer und Schweizerinnen der vier St. Galler Ortsgemeinden wurde erst 2001 abgeschlossen. Daraus ergab sich erneut eine hohe Zahl von Anmeldungen bei den Ortsbürgern und Ortsbürgerinnen.

ABMELDUNGEN	1999	2000	2001
Total, ohne Geschäftsabmeldungen	4 650	4 774	4 813

ÜBRIGE, STATISTISCH ERFASSTE TÄTIGKEITEN	1999	2000	2001
Passanträge	5 200	5 797	5 419
Identitätskartenanträge	5 376	5 352	5 696
Not-Identitätskarten	132	168	194
Grenzkartenanträge	1 330	1 053	1 136
Familiennachzüge (Anzahl Fälle)	295	327	369
Garantieerklärungen für visumspfl. Besucher	469	549	553
Bussenverfügungen wegen Nichtbeachten der Meldevorschriften	67	60	86
Beglaubigungen	3 539	3 242	3 216
Bescheinigungen	587	801	890

313 Militärisches Kontrollwesen

	1999	2000	2001
Militärisch meldepflichtige Personen	8 680	8 690	8 507
Rekrutierung	Jg. 1980	Jg. 1981	Jg. 1982
Anzahl Aufgebote	256	231	274
Einvernahmen wegen Versäumung der Dienstpflicht	29	25	9
Berichte/Abklärungen	9	7	22
Vorabklärungen zur Betreibung	135	124	120
Wehrpflichtentlassungen	324	334	323

314 Kontrollstelle für die Krankenversicherung

NACHWEIS DER KRANKENVERSICHERUNG	1999	2000	2001
Direkte Erledigung mit den Krankenkassen	1 887	1 814	1 486
Versand 1. Aufforderung für den Nachweis	3 301	3 551	4 275
Versand 2. Aufforderung für den Nachweis	1 271	1 534	1 591
Manuelle Bearbeitung, wenn Nachweis vorliegt	470	521	593
Zuweisungen nach erfolgloser Aufforderung (Anzahl Personen)	42	71	49

WOHNUNGSNACHWEIS	1999	2000	2001
Wohnungsbestand am 31.12.	39 213	39 373	39 452
Zuwachs	156	228	132
Abgang	51	68	53
Leerwohnungsbestand	654	459	360
In Prozent	1.67	1.17	0.91

Bei den Leerwohnungen ist im Geschäftsjahr 2001 ein weiterer Rückgang zu verzeichnen. Ende Jahr standen bei den kleineren Wohnungen (1 bis 3 Zimmer) 241 Objekte (0.61% des Gesamtwohnungsbestandes, Vorjahr 0.81%) leer. Bei den 4-Zimmer-Wohnungen waren es 90 Objekte (0.23% des Gesamtwohnungsbestandes, Vorjahr 0.31%), während bei den grossen Wohnungen (5 und mehr Zimmer) lediglich 29 Objekte (0.07% des Gesamtwohnungsbestandes, Vorjahr 0.05%) verfügbar waren. Insgesamt betrug der Leerstand 360 Wohnungen, also 0.91% des Gesamtwohnungsbestandes.

ÜBRIGE DIENSTLEISTUNGEN	1999	2000	2001
Erstellen von Protokollen bei der Übergabe von Wohnungen und Geschäftsräumen	128	88	75
Augenscheine	17	9	11

SEKRETARIAT DER SCHLICHTUNGSSTELLE FÜR MIET- UND PACTVERHÄLTNISSE	1999	2000	2001
Pendenzen vom Vorjahr (Stand 1.1.)	41	35	38
Neu eingegangen	319	320	281
davon Kündigungsanfechtungen/Fristerstreckungen	73	82	73
davon Forderungs-/Feststellungsklagen	123	135	139
davon Mietzinsanfechtungen	123	103	69
Erledigt	325	317	282
Pendenzen (Stand 31.12.)	35	38	37

Von den 282 erledigten Fällen konnten vor der Schlichtungsstelle 139 mit einem Vergleich erledigt werden. Keine Einigung wurde in 54 Fällen erzielt, während 19 Fälle mit einem Entscheid der Schlichtungsstelle abgeschlossen wurden. 70 Fälle konnten mit einer ausseramtlichen Einigung der Parteien oder als Folge eines Rückzugs abgeschrieben werden.

316 Erbschaftswesen und gemeindamtliche Aufgaben

	1999	2000	2001
Amtsanzeigen	149	145	130
Ausweisungsverfügungen	15	25	17
Wechselproteste	19	6	8
Eröffnete letztwillige Verfügungen	79	33 ^{a)}	0
Erbbescheinigungen	249	92 ^{a)}	0
Sicherungsinventare	7	3 ^{a)}	0
Öffentliche Inventare	5	0 ^{a)}	0
Neu hinterlegte Testamente	13	0 ^{a)}	0

^{a)} bis 30. Juni 2000

Am 1. Juli 2000 trat das Nachtragsgesetz zum Staatsverwaltungsgesetz vom 4. Mai 1999 in Kraft. Damit wurden die Bezirksämter abgeschafft. Gleichzeitig entfielen die erbrechtlichen Zuständigkeiten der Stadt- und Gemeindevorstände. Das Amtsnotariat St.Gallen übernahm die bisher von der Abteilung Erbschaftswesen wahrgenommenen Aufgaben.

Einen beachtlichen Aufwand verursachen die Wohnungsausweisungen. Das Einwohneramt vollzieht die Ausweisung eines Mieters oder Pächters nach den Vorschriften des Einführungsgesetzes zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch (189b EGZGB). Dies geschieht in enger Zusammenarbeit mit anderen städtischen Dienststellen (Stadtpolizei, Soziale Dienste) und Privatpersonen und -institutionen. Nur dank dieser guten Zusammenarbeit ist es deshalb beispielsweise gelungen, die sog. «Katzen Geschichte» (54 Katzen in einer Mietwohnung), die Ende Oktober ein grosses Medienecho ausgelöst hat, einem positiven Abschluss zuzuführen.

32 Zivilstandsamt

Aufgaben:

- Beurkundung des Personenstandes nach Bundesrecht und kantonalem Recht
- Bearbeitung der Zivilstandsereignisse Geburt, Eheschliessung, Tod und Kindesanerkennung in St.Gallen und Eggersriet
- Führung des Familien- und Bürgerregisters als Sammelregister für die Erfassung und ständige Nachführung der familien-, namens- und bürgerrechtlichen Verhältnisse jeder Person mit Bürgerrecht von St.Gallen, St.Gallen-Straubenzell, St.Gallen-Tablat und St.Gallen-Rotmonten sowie von Eggersriet und Eggersriet-Grub

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	1999	2000	2001
Aufwand	1 335	1 371	1 511
Ertrag	170	295	291
Aufwandüberschuss	1 165	1 076	1 220
Personalbestand	5.1	5.2	5.5

Im Zusammenhang mit der Revision der eidgenössischen Zivilstandsverordnung im Hinblick auf das seit 1. Januar 2000 geltende neue Eheschliessungsverfahren hat der Bundesrat den minimalen Beschäftigungsgrad für zivilstandsamtliche Tätigkeiten auf 40 Prozent festgelegt. Die Regierung hat zum Zweck der Reorganisation der Zivilstandskreise eine Projektgruppe gebildet. Diese hat den Beschäftigungsgrad der Zivilstandsämter ermittelt und den mutmasslichen Sollbestand nach Einführung der Informatisierung der Zivilstandsregister «Infostar» (Informatisiertes Standesregister) berechnet. Die Regierung überlässt es aber den politischen Gemeinden, wie sie die Umsetzung der Reorganisation im Rahmen der bundesrechtlichen Vorschriften über den minimalen Beschäftigungsgrad wahrnehmen wollen.

In der Folge wurde verschiedenen umliegenden Gemeinden eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Zivilstandswesens angeboten. Die politische Gemeinde Eggersriet war an einer raschen Aufnahme der Zusammenarbeit interessiert und es wurde eine Vereinbarung über die regionale Führung des Zivilstandsamtes getroffen. Seit 1. April 2001 wird das Zivilstandsamt Eggersriet in St.Gallen geführt, wobei Trauungen auf Wunsch nach wie vor in Eggersriet stattfinden.

321 Geburtsregister

GEBURTEN	1999	2000	2001
Total	1 813	1 878	1 719
Spitalgeburten	1 805	1 873	1 714
Hausgeburten	8	5	5
Knaben	934	985	914
Mädchen	879	893	805
Eltern in St.Gallen wohnhaft	675	674	656
Eltern auswärts wohnhaft	1 138	1 204	1 063
Geburtsmitteilungen von auswärts	289	323	327

Im Jahre 2001 waren 49 mal Zwillinge und 1-mal Drillinge zu registrieren.

322 Eheregister

EHEVORBEREITUNGSVERFAHREN	1999	2000	2001
Total	487	506	440
TRAUUNGEN	1999	2000	2001
Total	407	396	335
davon in Eggersriet			4
beide Verlobten Schweizer Bürger/-in	156	168	134
Schweizer mit Ausländerin	71	68	69
Ausländer mit Schweizerin	77	81	64
beide Verlobten Ausländer	103	79	68
beteiligte Nationen	62	59	54
Ehemitteilungen von auswärts	501	614	583

Rund 60% sind Eheschliessungen mit Ausländerbeteiligung.

Die Differenz zwischen den Ehevorbereitungsverfahren und den Trauungen ist so zu interpretieren, dass Ehevorhaben wohl in St.Gallen angemeldet worden sind, die Trauungen aber schliesslich auswärts stattfanden oder noch nicht stattgefunden haben. Der Rückgang bei den Trauungen selbst liegt im gesamtschweizerischen Trend.

323 Todesregister/Bestattungen

TODESFÄLLE	1999	2000	2001
Total	1 112	1 125	1 151
davon in Eggersriet			9
Männliche Verstorbene	517	538	564
Weibliche Verstorbene	595	587	587
Verstorbene/-r in St.Gallen wohnhaft	651	685	683
Verstorbene/-r auswärts wohnhaft	461	440	468
Todesmitteilungen von auswärts	258	283	268
BESTATTUNGEN VON EINWOHNERN/-INNEN	1999	2000	2001
Total	697	674	700
Feuerbestattungen (Kremationen)	547	525	551
Erdbestattungen	150	149	149

324 Anerkennungsregister

KINDESANERKENNUNGEN	1999	2000	2001
Total	110	91	109
davon in Eggersriet			1
Anerkennungsmitteilungen von auswärts	87	73	87

325 Familienregister

FAMILIENREGISTER	1999	2000	2001
Total Blätteröffnungen	600	2 042	634
davon für Eggersriet und Eggersriet-Grub			76

Von den Blätteröffnungen sind 222 auf Eheschliessungen und 310 auf Einbürgerungen zurückzuführen.

33 Betreibungsamt

Aufgaben:

- Durchführung der Einzelvollstreckung und des Einleitungsverfahrens der Gesamtvollstreckung nach dem Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG) für Geldforderungen und Sicherheitsleistung
- Vollzug von Sicherungsmassnahmen (Arrest-, Güter- und Retentionsverzeichnisse)
- Führung des Eigentumsvorbehalts- und Viehverschreibungsregisters

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	1999	2000	2001
Aufwand	2 154	2 098	2 230
Ertrag	3 425	3 481	3 587
Ertragsüberschuss	1 271	1 383	1 357
Personalbestand	16.9	16.5	16.9

331 Gantamt

Aufgaben:

- Regionale Durchführung von betreibungs- und konkursrechtlichen Zwangsversteigerungen nach SchKG
- Durchführung von freiwillig öffentlichen und amtlich öffentlichen Versteigerungen nach Zivilrecht (Gantreglement)

332 **Betreibungswesen**

KENNZAHLEN	1999	2000	2001
Betreibungsbegehren	19 188	20 659	21 709
Fortsetzungsbegehren	13 769	14 897	14 360
Betreibungsfälle mit und ohne Zahlungsbefehl	18 905	20 304	20 808
Vollzogene Pfändungen	11 201	10 748	11 415
Vollzogene Verwertungen	4 651	4 672	6 163
Sicherungsmassnahmen	43	46	38
Ausgestellte Verlustscheine	10 357	9 511	9 108
Konkursandrohungen	468	564	591
Rechtshilfe für andere Ämter	486	458	415
Auskünfte aus dem Betreibungsregister	15 236	15 856	16 925
Grundstücksverwaltungen	30	22	21
Eigentumsvorbehalte	57	75	72
Viehverschreibungen	0	0	0

333 **Gantwesen**

KENNZAHLEN	1999	2000	2001
Gantaufräge	150	140	150
Aufsicht über freiwillige Steigerungen Warenumsatz (in CHF 1 000)	11	5	6
– bei freiwilligem öffentlichen, amtlich öffentlichen, betreibungs- und konkursrechtlichen Steigerungen	408	372	266
– bei privat durchgeführten, vom Gantamt beaufsichtigten Ganten	3 168	2 211	2 288

Am 1. Januar 2001 ist die neue Privilegienordnung, welche nicht nur im Konkursrecht, sondern auch im Betreibungsrecht zu beachten ist, in Kraft getreten. Gemäss Art. 219 Abs. 4 SchKG sind die Beitragsforderungen der AHV, IV, UV, EO, ALV, die Prämien- und Kostenbeteiligungsforderungen der sozialen Krankenversicherung sowie die Beiträge an die Familienausgleichskasse in der zweiten Klasse bevorzugt. Diese neue Privilegienordnung gilt für die ab 1. Januar 2001 vollzogenen Pfändungen. Die Vermutung, dass vor allem die Krankenversicherer deswegen ein strafferes Inkasso pflegen werden, hat sich im Berichtsjahr bewahrheitet.

4	POLIZEIVERWALTUNG
40	Abteilungssekretariat
400	Sekretariat
400.1	Gemeindestrafwesen
400.2	Rechnungswesen
407	Gebühren und Bussen
409	Ausgehende laufende Beiträge (Landwirtschaft)
41	Stadtpolizei
410	Polizeidienst
410.1	Kommando Stabsdienste
410.11	Verkehrsinstruktion
410.2	Sicherheits- und Verkehrspolizei
410.21	Prävention
410.22	Besondere Einsätze im Sicherheits- und Ordnungsdienst
410.24	Kontaktbeamte
410.25	Unfalldienst
410.26	Verkehrspolizeiliche Kontrollen
410.27	Zivilpolizei
410.3	Verkehrsankordnungen
410.31	Verkehrspolizeiliche Massnahmen
410.32	Verkehrstechnik
410.4	Gewerbepolizei
410.41	Gastgewerbe, Veranstaltungen
410.42	Taxi- Bewachungs-, Verkaufs- und Chauffeurkontrollen
410.43	Lärmschutz, Benutzung öffentlicher Grund, Registratur
410.44	Tierschutz, Auftragsdienst, Hundelösung und Fundbüro
411	Marktwesen
418	Spezialfinanzierung für Parkplätze und Parkhäuser
418.1	Verkehrswache
418.2	Parkieren auf öffentlichem Grund
418.3	Kosten Erträge
43	Feuerwehr
430	Verwaltung der Dienststelle
430.1	Finanzierung der Feuerwehr
430.2	Einsatzplanung und Brandmeldeanlagen
430.3	Wasserbezugsorte
431	Berufsfeuerwehr
431.1	Ausrüstung
431.2	Übungsdienst
431.3	Feuerwehrkurse / städtische Weiterbildungskurse
431.4	Hilfeleistungen
431.5	Rettungen
431.6	Arbeiten für Dritte
431.7	Geräte und Ausrüstung
432	Pflichtfeuerwehr
432.1	Übungsdienst

432.2	Feuerwehrkurse
432.3	Einsätze
432.4	Dienstleistungen
432.5	Geräte und Ausrüstungen
44	Zivilschutz
440.1	Kurs- und Kontrollwesen
440.2	Strafwesen
440.3	Katastrophenorganisation
441.1	Material
441.2	Fahrzeuge
441.3	Zivilschutzanlagen
441.4	Übungsanlage Hofen Wittenbach
444	Regionale Zivilschutzorganisation (RZO)
444.1	Rapporte und Wiederholungskurse
444.2	Einsätze
444.3	Periodische Schutzraum-Kontrollen
447	Militärische Einquartierung

40 **Abteilungssekretariat**

Aufgaben:

- * bereitet Vorlagen an den Stadtrat und an den Grossen Gemeinderat vor
- * koordiniert und organisiert alle Geschäfte, welche der Abteilungsvorstand nach innen oder aussen zu vertreten hat
- * bearbeitet Rechtsmittelfälle der Dienststellen
- * vollzieht die Gesetzgebung betreffend Vergnügungssteuer, koordiniert das Rechnungswesen für die Dienststellen der Verwaltungsabteilung und führt die Abteilungsbuchhaltung
- * erledigt die landwirtschaftlichen Aufgaben insbesondere in den Bereichen der Tiergesundheit, des generellen Tierschutzes sowie des Beitragswesens und organisiert Viehschauen

400 **Sekretariat**

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	1999	2000	2001
Aufwand	962	970	860
Ertrag	532	356	205
Aufwandüberschuss	430	614	655
Personalbestand	7.3	6.3	6

400.1 Gemeindestrafwesen

Aufgrund der Aufhebung des Strafverfahrens vor den Gemeindebehörden sind durch den Polizeirichter seit 1. Juli 2000 keine neuen Fälle mehr zu bearbeiten. Weil Strafverfahren, welche vor dem 30. Juni 2000 beim Polizeirichter eingetroffen sind, noch nach altem Recht beendet werden müssen, fallen innerhalb der absoluten Verjährungsfrist von drei Jahren noch verschiedene Erledigungen an (Betreibungen, Haftumwandlungen, Abschreibungen etc.).

ERTRÄGE/DEBITORENVERLUSTE (in CHF 1 000)	1999	2000	2001
Debitorenverluste Entscheidungsgebühren	63	102	60

400.2 Rechnungswesen

VERGNÜGUNGSTEUER (in CHF 1 000)	1999	2000	2001
Einnahmen	1 977	2 044	2 170
Debitorenverluste	14	117	1

407 Gebühren und Bussen

Mit der Einführung des Strafprozessgesetzes per 1. Juli 2000 fallen sämtliche Bussen, welche im Ordnungsbussenverfahren bezahlt werden, der Gemeindekasse zu. Aus diesem Grunde mussten im Jahre 2001 keine Ordnungsbussen mehr dem Kanton abgeliefert werden. Da per 1. Juli 2000 das Strafverfahren vor der Gemeinde aufgehoben wurde, fallen die Einnahmen des Polizeirichters ab diesem Datum weg.

ORDNUNGSBUSSEN (OB) (in CHF 1 000)	1999	2000	2001
OB Stapo ruhender/fliessender Verkehr	3 477	2 462	2 284
OB Stapo Privatparkplatz	155	147	167
OB Rotlichtüberwachung	160	107	173
OB Geschwindigkeitsübertretung	813	765	842
Debitorenverluste	201	219	148

409 Ausgehende laufende Beiträge (Landwirtschaft)

Die Daten der Viehzählung bilden zusammen mit der landwirtschaftlichen Nutzfläche und der Bewirtschaftungsart die Grundlage für die Berechnung der Direktzahlungen und der weiteren Beiträge. Die Gemeinden erheben diese Daten zuhanden des Kantons, welcher die entsprechenden Beitragszahlungen gesamthaft direkt an die Landwirte überweist. Von sechzig Direktzahlungsempfängern erbrachten 56 den ökologischen Leistungsnachweis und kamen dadurch in den Genuss von höheren Ansätzen.

VIEHZÄHLUNG	1999	2000	2001
Betriebe mit Rindviehhaltung	62	59	58
Anzahl Tiere	2 183	2 084	2 112
Betriebe mit Schweinehaltung	18	18	16
Anzahl Tiere	775	837	776
Betriebe mit Schafhaltung	28	23	24
Anzahl Tiere	861	706	727
Betriebe mit Ziegenhaltung	14	13	11
Anzahl Tiere	57	47	51

BEWIRTSCHAFTUNGSART	1999	2000	2001
Vollerwerbsbetriebe	61	58	57
Nebenerwerbsbetriebe	19	16	19
Bio-Bewirtschaftung	7	8	8
Ökologischer Leistungsnachweis	58	55	56
Regelmässiger Auslauf	32	35	36
Tierfreundliche Haltungssysteme	10	13	12

DIREKTZAHLUNGEN/BEITRÄGE (in CHF 1 000)	1999	2000	2001
Direktzahlungen	1 337	1 385	1 396
Anzahl Betriebe	65	60	63
Erschwerte Produktionsbedingungen in der Hügelize/Bergzone	305	297	296
Anzahl Betriebe	62	58	59
Hangbeiträge	184	189	187
Anzahl Betriebe	59	66	56

ÖKOLOGISCHE BEITRÄGE (in CHF 1 000)	1999	2000	2001
nach Bundesrecht:			
Hochstammobstbäume	76	78	73
div. ökologische Beiträge	62	52	45
nach kantonalem Recht	55	62	62
davon Gemeindeanteil	12	14	14
Anzahl Beitragsempfänger	79	73	72

41 Stadtpolizei

Aufgaben:

- sorgt rund um die Uhr für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf dem Gebiet der Stadt St.Gallen, insbesondere zum Schutz von Leben, Gesundheit und Eigentum von Personen vor rechtswidriger Bedrohung
- überwacht den Strassenverkehr, ahndet Verkehrsübertretungen, trifft geeignete Verkehrsanordnungen und erteilt Verkehrsunterricht
- bekämpft die Kriminalität, vor allem auch durch präventive Tätigkeit
- vollzieht gewerbepolizeiliche Vorschriften und regelt die über den Gemeingebrauch hinausgehende Benützung des öffentlichen Grundes.

410 Polizeidienst

410.1 Kommando Stabsdienste

410.11 Verkehrsinstruktion

Die Reduktion der Unterrichtsstunden in Kindergärten hängt damit zusammen, dass einerseits einzelne Kindergärten nicht mehr geführt werden und andererseits drei Kontaktbeamte ihre bisherigen Kurzbesuche in den Kindergärten nun zur gleichzeitigen Verkehrsinstruktion nutzen.

UNTERRICHTSSTUNDEN	1999	2000	2001
Kindergärten	194	148	114
Primarklassen	607	630	620
Sekundar-/Realklassen	158	160	162
Mittelschulen	40	48	44
Schülerverkehrsgarten	222	280	250
Total	1 221	1 239	1 190

ANZAHL DURCHGEFÜHRTER SPEZIALANLÄSSE	1999	2000	2001
Fahrradprüfungen in Tagen	4	4	4
Ausstellungen/Messebesuche in Tagen	5	–	3
Elterninformationen	11	13	17
Belehrungsnachmittage	4	3	5
Suva Helmaktionen	2	–	–
Fahrrlehrer-Weiterbildungskurse/Führungen	–	8	7
Seniorenachmittage/Rollstuhlfahrkurse	–	8	9
Total	26	36	45

410.2 Sicherheits- und Verkehrspolizei

410.21 Prävention

Ein gutes Sicherheitsgefühl trägt wesentlich zu einer guten Lebensqualität in der Stadt bei. Seit Jahren betreibt die Stadtpolizei aktive Präventionsarbeit in der ganzen Stadt. Einen grossen Teil dieser Aufgabe erledigen auf bewährte Weise die Kontaktbeamten in ihren Revieren. Um die Präventionsarbeit weiter zu verstärken, wurde auf den 1. Januar 2001 die Fachstelle Prävention geschaffen. Der Stelleninhaber (Leiter Prävention) koordiniert für das gesamte Stadtgebiet die präventiven Tätigkeiten der Stadtpolizei. Bei der Fachstelle Prävention werden Informationen aus der Bevölkerung, von Betrieben und Geschäften, Schulen, Vereinen, Passantinnen und Passanten, den Mitarbeitenden der Stadtpolizei, aber auch von den verschiedensten Dienststellen gesammelt, ausgewertet und beurteilt. Aus den Erkenntnissen werden die wirkungsvollsten Massnahmen individuell auf die immer wieder neuen Situationen ausgewählt und umgesetzt. Dies können beispielsweise vermehrte Polizeipatrouillen in den Quartieren, Personenkontrollen an bestimmten Orten oder allgemeine Sicherheits- oder Verkehrskontrollen in der ganzen Stadt sein. Ebenso wird Aufklärungsarbeit geleistet, schwergewichtig im Bereich der legalen und illegalen Drogen sowie der Gewalt, an Schulen. Vorträge mit allgemeinen Sicherheitsthemen werden an Versammlungen, Schulen und an öffentlichen Anlässen gehalten.

Ein wesentlicher Teil der Arbeit ist die Verarbeitung der Informationen und Hinweise aus der Bevölkerung. Die Zusammenarbeit mit den Quartiervereinen und insbesondere mit den Kontaktbeamten der Stadtpolizei bildet hierfür die Grundlage. Im Jahr 2001 sind 540 Hinweise bei der Fachstelle Prävention eingegangen. Die meisten Hinweise lösten verschiedenste präventive Tätigkeiten der Polizei aus. Sämtliche Hinweisgebende erhielten von der Fachstelle Prävention jeweils eine entsprechende Rückmeldung über die getroffenen Massnahmen.

Die Fachstelle Prävention ist in diversen Arbeits- und Projektgruppen innerhalb der Stadtpolizei, aber auch innerhalb der Verwaltung vertreten. Ein wichtiges Anliegen ist die dauernde Weiterbildung. Der Leiter der Fachstelle besuchte unter anderem ein Seminar für Verbrechensverhütung am Schweizerischen Polizeiinstitut (SPI) und den Kurs für Integration durch Mediation. Die Zusammenarbeit mit Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt St.Gallen anderer kultureller Herkunft soll im Jahr 2002 noch intensiviert werden. Dabei soll die Mediation im interkulturellen Bereich zusammen mit anderen städtischen Dienststellen gefördert werden.

410.22 Besondere Einsätze im Sicherheits- und Ordnungsdienst

Aufgrund des Anschlages auf das Kantonsparlament in Zug wurde auf kantonaler Ebene kurzfristig eine Arbeitsgruppe eingesetzt, in welcher die Stadtpolizei Einsitz nehmen konnte. Die Arbeitsgruppe überprüfte die Sicherheit für den Grossen Rat, die Regierung, die Gerichte und die kantonale Verwaltung. In zahlreichen Sitzungen wurden die Sicherheitsmassnahmen in allen Bereichen diskutiert, bauliche und personelle Massnahmen zusammengestellt und konkrete Anträge gestellt. Als primäre Aufgabe wurde ein Konzept für die Sitzung des Grossen Rates vom November erarbeitet. Gleichzeitig wurden auch auf städtischer Ebene Massnahmen für den Stadtrat, den Grossen Gemeinderat (Polizeipräsenz vor Ort) und für die städtische Verwaltung mit der Stadtpolizei abgesprochen und in die Wege geleitet.

Daneben wurden in der Folge der tragischen Ereignisse verschiedene Anlässe speziell auf Sicherheitsaspekte geprüft und wenn nötig Polizeikräften eingesetzt. Dies führte im letzten Quartal zu einer grossen personellen Belastung bei der Stadtpolizei.

Im Weiteren entstanden auch Bedürfnisse für sicherheitsmässige Beratungen. Neben städtischen Dienststellen kamen auch zahlreiche Unternehmen und Betriebe (Banken, Versicherungen) aus der Stadt bei der Überprüfung ihrer Sicherheitskonzepte (Evakuationspläne, usw.) mit Fragen auf die neue Präventionsstelle der Stadtpolizei zu.

ANZEIGEN BETÄUBUNGSMITTEL	1999	2000	2001
Ankauf/Besitz/Konsum, davon	691	540	575
– Männer	643	490	498
– Frauen	48	50	77
Handel, davon:	103	38	73
– Männer	90	33	71
– Frauen	13	5	2
Total, davon wohnhaft	794	578	648
– Stadt St.Gallen	379	272	293
– Kanton St.Gallen	138	154	166
– übrige Kantone	267	140	178
– Ausland	10	12	11

410.24 Kontaktbeamte

TÄTIGKEITEN DER KONTAKTBEAMTEN	1999	2000	2001
Meldungen an Kommissariate	2 685	2 189	2 215
Besuch von Schulen und Kindergärten	632	621	628
Ahndung von Verkehrsübertretungen	1 024	701	690
Beso. Einsätze (Grossanlässe, usw.)	423	381	390

410.25 Unfalldienst

	1999	2000	2001
Verkehrsunfälle Total	714	688	719
Wichtige Verkehrsregelverletzungen:			
– Missachtung der Vorrangsregelung	209	201	209
– Unangepasste Fahrgeschwindigkeit	96	79	81
– Mangelnde Aufmerksamkeit	121	157	134
– Angetrunktheit	54	54	61
Verletzte Personen	216	215	225
Getötete Personen	0	4	1

410.26 Verkehrspolizeiliche Kontrollen

Erstmals wurde die Stadtpolizei St.Gallen 2001 in die international koordinierte, gesamteuropäische Verkehrskontrolltätigkeit TISPOL miteinbezogen, bei der das Schwergewicht auf der Kontrolle des Fahrens in angetrunkenem Zustand lag.

Die anfangs Jahr in der städtischen Altstadt durchgeführten intensiven Kontrollen bewirkten einen deutlichen Rückgang der Übertretungen des Nachtfahrverbotes.

VERKEHRSKONTROLLEN	1999	2000	2001
Abgas mit SVA-Experten	8	8	7
Arbeits- und Ruhezeit	10	17	29
Alkohol (Fia.Z)	6	8	21
Fahrverbot (allgemein)	100	72	39
Fussgängerstreifen (Vortritt)	20	5	6
Geschwindigkeit	207	214	221
– davon Tempo 30-Zonen	92	111	95
– übrige Gebiete	115	103	126
Nachtfahrverbot (Innenstadt)	46	34	14
Rotlicht	4	6	2
Schwerverkehr	3	2	3
Velo	53	15	15
Total	457	381	357

410.27 Zivilpolizei

Das Untersuchungsamt St.Gallen (UA) hat bei Verstössen gegen das Bundesgesetz über den Transport im öffentlichen Verkehr vom 4.10.85 (Transportgesetz, TG; SR 742.40) die Praxis dahingehend geändert, dass angezeigte Personen neu zuerst direkt vom UA angeschrieben werden und erst, wenn keine Reaktion erfolgt, die Stadtpolizei zwecks Vorhalt eingeschaltet wird.

TATBESTANDSAUFNAHMEN	1999	2000	2001
Ausserordentliche Todesfälle	72	74	71
davon u.a.			
– Suizide	13	16	18
– Drogen	6	2	7
Gewässerschutzverordnung	5	6	1
Ölunfälle	3	1	3
Vermisstmeldungen von Personen	27	25	25
Ermittlungsaufträge, davon:			
– Betreibungsamt	6	23	12
– Transportgesetz	160	278	135
– Waffengesetz	60	42	65
– Zivilschutz	38	24	21
– Verschiedene	55	40	86
– Total	319	407	319

410.3 Verkehrsanordnungen

410.31 Verkehrspolizeiliche Massnahmen

VERKEHRSPOLIZEILICHE MASSNAHMEN	1999	2000	2001
Vollzug von Stadtratsbeschlüssen	67	67	60
Verkehrspolizeiliche Publikationen	20	21	21
Betriebswegweiser	8	8	5
Verfügungen von Privatplätzen	28	21	24
Bewilligungen Plakatwerbungen	23	34	36

Aufgrund der hohen Auslastung im Bereich Signalisationen mussten Farbmarkierungsarbeiten vermehrt an Private vergeben werden. Die temporären Signalisationen haben aufgrund der weiter steigenden Anzahl an Veranstaltungen, Wohnungsumzügen, Baustellen, usw. zugenommen.

MARKIERUNG VON STRASSEN/PLÄTZEN	1999	2000	2001
Fussgängerstreifen	40	56	71
Halteverbotslinien	10	10	11
Stopp-Markierungen	2	4	1
Randlinien	0	2	3
Busspuren/Bushaltestellen	2	7	1
Fussgängerlängsstreifen	2	4	5
Radstreifen	18	15	1
Abweisinien Zone 30	16	6	18
Strassensignierfarbe in kg	100	700	90
Kaltplastik in kg	3 285	3 628	4 568
Neu- und Umsignalisationen	438	1 014	822
Temporäre Signalisationen:			
Ausstellungen, Wohnungsumzüge, usw.	7 186	7 242	8 107
Vauban-Barrieren	1 534	1 483	1 741

410.4 Gewerbepolizei

410.41 Gastgewerbe, Veranstaltungen

GASTGEWERBE	1999	2000	2001
Gastwirtschaftsbetriebe	461	461	463
Kleinhandel mit gebrannten Wassern	61	68	66
Patentanträge Gastwirtschaftsbetriebe	105	90	135
Patentanträge Kleinhandel	18	10	12
Patentanträge für einen Anlass	263	303	245
Bewilligungen (Verkürzung Schliessungszeit):			
Generelle Aufhebungen oder Verkürzungen	43	48	47
Einzelne Aufhebungen oder Verkürzungen	1 032	949	922
Bewilligungen Unterhaltsgewerbe:			
Betrieb mit Stripvorführungen	4	4	3
Veranstaltungsmeldung	452	471	432
(davon Anlässe nach UGG)	40	88	156
Spiellokale	4	3	2
Gebührenpflichtige Spielapparate	95	84	56
Lotterien/Tombola:			
vom Finanzdepartement bewilligt	5	5	1
von der Gemeinde bewilligt	60	59	63
Sammlungen:			
Sammlung für gemeinnützige Zwecke	65	17	28

410.42 Taxi- Bewachungs-, Verkaufs- und Chauffeurkontrollen

TAXIWESEN	1999	2000	2001
Taxihalter und -halterinnen	34	34	34
Betriebsbewilligungen A (für öffentl. Grund)	124	130	128
Betriebsbewilligungen B	4	3	3
Stadtkundeprüfungen	26	25	24
Chauffeurbewilligungen (Ausweise)	20	24	24
Strafeinleitungen	12	15	12
Arbeits- und Ruhezeiten-Kontrollen:			
Unterstellte Betriebe	136	137	128
Betriebskontrollen und Arbeitszeitüberprüfungen	35	33	29
Strafeinleitungen	65	61	57
Ausnahmebewilligungen:			
Abweichung von der ordentlichen Ladenschlusszeit	821	812	796

410.43 Lärmschutz, Benutzung öffentlicher Grund, Registratur

LÄRMKLAGEN	1999	2000	2001
Maschinen-, Geräte, Anlagenlärm usw.	112	137	148
Musiklärm	479	427	505
Personenlärm	139	121	150
Übriger Lärm	130	106	68
BEWILLIGUNGEN ÖFFENTLICHER GRUND	1999	2000	2001
Grossanlässe	30	25	23
Gemeinnützige, kulturelle und politische Organisationen	515	373	391
Strassenkünstler/-innen	378	452	487
Strassencafé, Verkaufsstände usw.	358	338	324
REGISTRATUR	1999	2000	2001
Leumundsberichte	759	449	493

410.44 Tierschutz, Auftragsdienst, Hundelösung und Fundbüro

Mit der Umstellung auf die Gegenwartsbesteuerung reduzierten sich die Aufträge zugunsten des Betreibungsamtes vorübergehend deutlich, was sich in den Zahlen der Zustellungen und Zuführungen niederschlägt.

TIERSCHUTZ	1999	2000	2001
Anzeigen und Meldungen	105	130	106
Herrenlose Tiere	54	51	57
Auftragsdienst:			
Zustellungen und Zuführungen	1 010	1 042	744
Ausgliederungen	13	25	17
Hundelösung/Fundbüro			
Anzahl Hunde	1 804	1 875	1 836
Hundesteuereinnahmen (in CHF 1 000)	204	209	207
Registrierte Fundsachen	3 571	3 425	3 363

411 Marktwesen

	1999	2000	2001
Aufwand (in CHF 1 000)	591	622	648
Ertrag (in CHF 1 000)	891	702	736
Ertragsüberschuss (in CHF 1 000)	90	80	88
Märkte und Zirkusse:			
Lebensmittelmärkte	42	43	40
Schaustellungen und Warenstände (Standplätze)	6	6	5
Frühlingsjahrmarkt	123	120	116
Herbstjahrmarkt	259	256	278
Flohmärkte	190	190	195
Adventsmärkte:			
(Weihnachts-, Christkindli- und Christbaummarkt)	171	167	168
Übrige Märkte	47	44	32
Bauernmärkte	18	18	18

418 Spezialfinanzierung für Parkplätze und Parkhäuser

418.1 Verkehrswache

AUSNAHMEBEWILLIGUNGEN	1999	2000	2001
Fahrverbot	532	598	591
Handwerkerbewilligungen	3 617	2 980	3 089
Andere (Ärzte, Pflegepersonal, Gehbehinderte)	533	485	583
Total	4 682	4 063	4 263

418.2 Parkieren auf öffentlichem Grund

	1999	2000	2001
Total bewirtschaftete Plätze, davon:	2 307	2 286	2 385
– im Freien	1 850	1 829	1 928
– in den Parkgaragen Rathaus / Kreuzbl.	457	457	457
Bewirtschaftungsart:			
– Ticketautomaten	1200	1031	1 071
– Parkuhren	492	48	42
– Sammelparkuhren	615	681	746
– Schrankenanlagen	–	526	526
Bewilligungen EBZ:			
Tagesbewilligungen	92 941	94 743	98 851
Monatsbewilligungen:			
– Anwohnerschaft	32 182	32 239	33 762
– Pendlerschaft	3 707	3 975	4 394

418.3 Kosten Erträge

PARKIERUNG AUF STRASSEN UND PLÄTZEN (KONTO 4180) (in CHF 1 000)	1999	2000	2001
Aufwand	6 753	6 587	6 759
Ertrag	6 337	6 631	6 828
Ertragsüberschuss	–416	44	69
Parkgarage Rathaus (Konto 4181)			
Aufwand	314	316	341
Ertrag	559	627	649
Ertragsüberschuss	245	311	308
Parkgarage Kreuzbleiche (Konto 4182)			
Aufwand	376	399	474
Ertrag	395	409	491
Ertragsüberschuss	19	10	17
Ausnahmebewilligungen im Strassenverkehr	346	334	350
Parkiergebühren Erweiterte Blaue Zone:			
Tagesbewilligungen	511	521	544
Monatsbewilligungen für:			
Anwohnerschaft	837	838	878
Pendlerschaft	330	354	312
Personaleinheiten für die Bewirtschaftung	18.2	18.1	15.9

Aufgaben:

- allgemeine Schadenwehr bei Ereignissen, die rasche und grössere Hilfe erfordern, insbesondere bei Bränden und Explosionen, Elementarereignissen und bei Ereignissen, welche die Umwelt belasten
- bietet Unterstützung im Strassenrettungsdienst
- wird zu Dienstleistungen herangezogen, insbesondere zum Verkehrs- und Ordnungsdienst sowie zu technischen Einsätzen

FINANZEN (in CHF 1 000)	1999	2000	2001
Aufwand	6 275	6 316	7 052
Ertrag	5 927	6 220	6 464
Ertrags-/Aufwandüberschuss	-348	-96	-588
Stand Ausgleichskonto am 31.12.	1 635	1 539	951

PERSONALBESTAND	1999	2000	2001
Berufsfeuerwehr	39	38.5	39.8
Pflichtfeuerwehr	200	196	197
Total	239	235	236.8

430 Verwaltung der Dienststelle**430.1 Finanzierung der Feuerwehr**

Die Feuerwehrrechnung ist eine geschlossene Rechnung. Ertragsüberschüsse gehen in einen Fonds, Aufwandüberschüsse werden dem Fonds entnommen. Haupteinnahmequelle der Feuerwehr ist die Feuerwehrabgabe. Wer feuerwehrpflichtig ist, aber keinen Feuerwehrdienst leistet, hat bis zum Erreichen des fünfzigsten Altersjahres 12% der einfachen Steuer, maximal aber CHF 350 als Ersatzabgabe zu leisten. Der Ertrag dieser Abgabe wird von Jahr zu Jahr kleiner.

Jahr	Rechnung	Veränderung gegenüber Vorjahr	Veränderung gegenüber 1995
1995	4 463 833.50		
1996	4 431 632.15	-32 201.35	-32 201.35
1997	4 333 849.80	-97 782.35	-129 983.70
1998	4 300 642.50	-33 207.30	-163 191.00
1999	4 120 705.95	-179 936.55	-343 127.55
2000	4 159 265.30	38 559.35	-304 568.20
2001	4 104 688.40	-53 576.90	-359 145.10

430.2 Einsatzplanung und Brandmeldeanlagen

Der Stabsbereich Einsatzplanung unterhält folgende Dokumente: Einsatzpläne von 275 automatischen Alarmanlagen mit 514 Alarmkriterien (Brand, davon 29 von Autobahn A1, Sprinkler und Gas); 101 Einsatzpläne der Aussenhöfe (abgelegene Objekte mit ca. 350 Gebäuden) und 50 Einsatzpläne für besondere Objekte. Es wurden folgende Projekte bearbeitet: Unterstützung der Umschaltung des Feuerwehrnotrufes 118 zur Kantonspolizei (KNZ), vor allem im Zusammenhang mit den Brandmeldeanlagen, Erstellen neuer Einsatzpläne (v.a. besondere Objekte) mit Hilfe von CAD, Überarbeitung der Einsatzpläne der Aussenhöfe der Gemeinde St.Gallen. Der Bereich Einsatzplanung bleibt dem Leiter Berufsfeuerwehr unterstellt.

EINNAHMEN BRANDMELDEANLAGEN (in CHF 1 000)	1999	2000	2001
Aufschaftgebühren	9	4	5
Jährliche Gebühren	187	157	160
Fehlalarme	36	31	42
Total	232	192	207

Infolge der Anbindung an die KNZ gehen die Einnahmen aus den Gebühren ab 2002 von CHF 207 000 auf zirka CHF 85 000 zurück. Dieser Betrag dürfte den Aufwand zur Betreuung der Brandmeldeanlagen nicht mehr decken.

430.3 Wasserbezugsorte

Per Ende 2001 stehen der Feuerwehr folgende Wasserbezugsorte zur Verfügung:

Oberflurhydranten	1 350	1 399
Unterflurhydranten	312	294
Feuerwehler (40-100m3)	9	9
Total	1 671	1 702

431 Berufsfeuerwehr

Die seit Februar 2000 neu strukturierte Leitung der Berufsfeuerwehr (BFSG) bewährt sich. Wie eine Bedarfsanalyse ergab, sollte die Stellvertretung des Leiters der BFSG mit der Leitung Ausbildung + Technik kombiniert werden.

431.1 Ausrüstung

Mit der Einführung der Pressluftatmer PSS 90 mit Bodyguard erreichte die BFSG in diesem lebenswichtigen Bereich den neuesten Stand der Technik.

431.2 Übungsdienst

Die Ausbildung der Berufsfeuerwehr umfasste neben den täglichen Übungsfahrten folgende Schwerpunkte: Aufrüsten von Sturmholz (einwöchiger Pilot-Kurs), Pionier- und Tierrettungseinsatz, Einsatzübungen mit unterschiedlichem Schwierigkeitsgrad. Insgesamt zweimal wurden Chemiewehreinsätze in Zusammenarbeit mit Nachbarfeuerwehren (Chemiewehr-Stützpunkt-Gebiet) geübt. Die Einschulung an der neuen Hubrettungsbühne konnte abgeschlossen werden (eigens erstellte Leistungsnorm durch alle Mitarbeiter erfüllt), das neue Atemschutzgerät auf allen Fahrzeugen eingebaut und instruiert werden. Die Einschulung neuer Mitarbeiter erfolgte zweimal für je drei Mitarbeiter mit der Durchführung eines vierwöchigen Intensivkurses im Tagesdienst.

431.3 Feuerwehrkurse / städtische Weiterbildungskurse

32 (32) Angehörige der Berufsfeuerwehr und des Feuerwehrkommandos haben an regionalen, kantonalen und schweizerischen Aus- und Weiterbildungskursen 195 (161) Tage Ausbildung genossen. 35 Mitarbeiter nutzten an 94 Tagen das Angebot der stadtinternen Weiterbildung.

431.4 Hilfeleistungen

Die Feuerwehr ist 2001 zu total 966 Einsätzen ausgerückt.

FEUERWEHR-HILFELEISTUNGEN	1999	2000	2001
Brandeinsätze	113	143	123
Brandmelde- und Sprinkleranlagen			
– durch Brand ausgelöst	13	17	27
– durch Täuschung	126	98	99
– durch Fehlbedienung	82	77	89
– durch Böswilligkeit	8	6	3
Böswillige Alarmer	3	6	0
Verkehrseinsätze			
– Verkehrsunfälle auf A1 mit Brand	0	3	3
– Verkehrsunfälle auf A1 ohne Brand	12	2	4
– andere Strassen mit Brand	1	0	1
– andere Strassen ohne Brand	10	5	7
– Bahnen	1	0	0
Chemie- und Ölwehreinsätze			
– Öl/Benzin	117	90	97
– andere Stoffe	12	11	32
– radioaktive Produkte	1	5	5
Elementareinsätze			
– Sturm/Hagel	101	4	8
– Elementare Wasserwehreinsätze	27	50	37
– Erd-/Schneerutsche	33	2	16
Übrige Einsätze			
– div. Hilfeleistungen	97	103	82
– div. Hilfeleistungen ausserhalb Stadt	5	4	2
– Wasserwehren	88	81	53
– Schaufenster/Türen	51	39	40
Tiereinsätze	227	128	238
Heuwehreinsätze	0	0	0
Total	1 145	874	966

431.5 Rettungen

Bei den aufgeführten Einsätzen wurden folgende Rettungen ausgeführt:

RETTUNGEN	1999	2000	2001
Menschenrettungen	33	34	61
Tierrettungen	60	51	51

431.6 Arbeiten für Dritte

Das Dienstleistungszentrum der Berufsfeuerwehr konnte erneut erfolgreich abschliessen. Das Dienstleistungsangebot umfasst auch den Bereich der koordinierten Mittel- und Materialbeschaffungen für die Feuerwehren des Kantons St.Gallen (im Auftrag des Kantonalen Amtes für Feuerschutz). Infolge neuer Vorschriften zur Prüfung der Atemschutzgeräte entwickelten die Angehörigen der BFSG einen neuen Prüfkopf, der ein effizienteres und sicheres Prüfen zulässt. Das von der BFSG gefertigte Modell fand in den Kantonen St.Gallen, Appenzell und Thurgau einen sehr guten Absatz. Seit kurzer Zeit versieht auch in Airolo ein Prüfkopf der BFSG seinen Dienst.

Folgende Bruttoeinnahmen wurden in den eigenen Werkstätten und mit dem Vertrieb von Feuerwehrmaterial erzielt:

DIENSTLEISTUNGEN (in CHF 1 000)

	1999	2000	2001
Werkstatt Atemschutz	60	68	92
Öl-/Chemiewehr	32	25	29
Alarmstellenbetreuung	69	24	20
Schlauchreparaturen	10	5	3
Materialtransporte	6	1	5
Schulungen	22	37	54
Instandhaltung von Blachen	1	18	3
Kurse/Instruktionen	9	9	13
Dienstleistungen für Gemeinwesen	39	23	65
Sauerstoffabfüllungen	24	28	33
Reparaturen beschädigter Fenster und Türen	29	18	13
Verrechenbare Einsätze	108	120	96
Diverse Arbeiten für Dritte	13	8	8
Materialverkäufe	20	2	44
Pressluftfüllungen	28	22	26
Verkauf Prüfköpfe	–	–	62
Dienstleistungszentrum	98	454	404
Total	568	862	970

431.7 Geräte und Ausrüstung

Aufgrund veränderter Vorschriften wurden diverse Einsatzgeräte ersetzt. Die Werkstatteinrichtung konnte mit dem Einbau eines Zwischenbodens vergrössert und somit optimiert werden. Die Erweiterung der Prüf- und Revisionsstelle für Atemschutzgeräte anstelle des ehemaligen Ausrüstungsmagazins konnte abgeschlossen werden.

432 Pflichtfeuerwehr

432.1 Übungsdienst

Der Übungsbetrieb verlief nach dem von der Feuerschutzkommission genehmigten Übungsplan. Schwerpunkte bildeten gemeinsame Einsatzübungen mit den Feuerwehren Gaiserwald, Mörschwil und Wittenbach sowie eine gemeinsam mit den Partner-Organisationen gross angelegte Einsatzübung mit dem Thema «Sanitätsdienst bei grossem Patienten-Anfall». Alle Feuerwehrleute wurden am Modell und im Massstab 1:1 im Übungsbrandhaus mit den Gefahren «flash over» und «backdraft» vertraut gemacht. Insgesamt wurden inkl. den unter 432.2 aufgeführten Kursen total 7 342 (7 683) Personenstunden Ausbildung betrieben.

432.2 Feuerwehrkurse

116 (121) Angehörige der Pflichtfeuerwehr St.Gallen haben an regionalen, kantonalen und schweizerischen Aus- und Weiterbildungskursen teilgenommen.

432.3 Einsätze

Für 43 (12) Einsätze wurden zur Unterstützung der Berufsfeuerwehr Teile der Pflichtfeuerwehr angeboten. 30 davon waren Wasserwehreinsätze beim Unwetter vom 4. Mai 2001 im Raum Winkel-Bruggen. Zusätzlich kam die Milizfeuerwehr bei zwei Vollbränden und vier mittelgrossen Wohnungs- und Werkstattbränden zum Einsatz.

432.4 Dienstleistungen

Die Pflichtfeuerwehr leistete Sicherheitswachen bei Theatervorstellungen, während der OLMA und der OFFA sowie bei weiteren Veranstaltungen mit grosser Publikumsbeteiligung. Total wurden 1507 (1758) Stunden Wachtdienst geleistet. Der Sanitätszug stellte den Sanitätsdienst anlässlich des St.Gallerfestes sicher. Während dieses Festanlasses war der Einsatz in der Altstadt stark erschwert, so dass die Berufsfeuerwehr durch ein Pikettelement im Depot verstärkt wurde.

432.5 Geräte und Ausrüstungen

Die Pflichtfeuerwehrkompanien Ost und West wurden mit einer neuen Generation von Atemschutzgeräten mit elektronischer Flaschendruck- und Totmannüberwachung (Bodyguard) ausgerüstet. Der Bund hat die bei der Feuerwehr St.Gallen stationierten Armee-Löschzug-Fahrzeuge ebenfalls mit neuen Atemschutzgeräten bestückt.

44 Zivilschutz

Aufgaben:

- sorgt durch Planung, Ausbildung von geeigneten und rasch einsetzbaren KATA-Formationen sowie Bereitstellung und Instandhaltung von Material und Schutzbauten für die Einsatzbereitschaft der regionalen Zivilschutzorganisation St.Gallen und Umgebung zum Schutz der Bevölkerung vor den Auswirkungen von Katastrophen, Notlagen und bewaffneten Konflikten
- ist für alle Zivilschutzmassnahmen gemäss den Vorschriften des Bundes und des Kantons verantwortlich
- führt die administrative Kontrolle der Schutzdienstpflichtigen der Regionalen Zivilschutzorganisation (RZSO)
- erfüllt die Aufgaben des Quartieramtes (militärische Einquartierungen)
- leitet die Gemeindestelle für wirtschaftliche Landesversorgung
- dem Leiter Zivilschutz obliegt die Funktion des Stabschefs der KATA-Organisation

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL

	1999	2000	2001
Aufwand	3 152	2 653	2 287
Ertrag	978	682	355
Aufwandüberschuss	2 174	1 971	1 932
Personalbestand	17.6	13.1	11.7

440.1 Kurs- und Kontrollwesen

Die Aufgaben als verantwortliche Zivilschutzstelle für die gesamte RZSO St.Gallen und Umgebung konnten ohne Probleme wahrgenommen werden. Die Zusammenarbeit mit den zuständigen Verwaltungsabteilungen der beteiligten Gemeinden Eggersriet, Gaiserwald und Untereggen funktionierte sehr gut. Grossen administrativen Aufwand für das Kontrollwesen verursachten die anhaltend hohen Zahlen im Bereich der Zu- und Wegzüge. Insgesamt wurden die Daten von 464 weggezogenen und 520 zugezogenen Schutzdienstpflichtigen administrativ und EDV-mässig verarbeitet. Leicht rückläufig war die Anzahl der Anträge auf Befreiung von der Schutzdienstpflicht sowie die Menge der Gesuche um Durchführung einer vertrauensärztlichen Beurteilung. Im Bereich Kurswesen ergab sich aus den zahlreichen Einsätzen der KATA-Detachements sowie der Abrechnung der Pikettendienstleistungen dieser Formationen ein beträchtlicher Mehraufwand. Im zweiten Halbjahr begann die Übernahme von admini-

strativen Arbeiten für die Feuerwehr. Als Schritt in Richtung der Zusammenführung von administrativen Arbeiten werden seither das Kontroll- und Soldwesen für den Bereich Pflichtfeuerwehr durch die Abteilung Administration des Zivilschutzamtes bearbeitet.

440.2 Strafwesen

Wegen Widerhandlung gegen die Bundesgesetzgebung über den Zivilschutz vom 17. Juni 1994 (Zivilschutzgesetz; ZSG, SR 520.1) mussten 26 (33) Zivilschutzdienstpflichtige beim Untersuchungsamt St.Gallen verzeigt werden.

440.3 Katastrophenorganisation

Ernstfalleinsätze blieben dem Zivilschutz im Berichtjahr erspart. Erstmals wurde am 20. Juni in einer gross angelegten und mit beachtlichem Vorbereitungsaufwand inszenierten Alarmübung die Zusammenarbeit kantonaler und städtischer Einsatzmittel geschult. In der Vorbereitungsphase kamen insbesondere die Abteilung Logistik des Zivilschutzamtes und Angehörige des KATA-Detachementes Rettung zum Zuge, welche im Gelände an der Strasse nach Speicherschwendi mit zwei alten Bussen eine realistische Darstellung zweier verunglückter Autocars aufbauten. Durch den ZEL (Zentraler Einsatzleiter) wurden während der Übung Teile der KATA-Gruppen Führungsunterstützung und Übermittlung aufgeboden. Sämtliche KATA-Formationen des Zivilschutzes wurden weiter ausgebildet und der städtische Informations-Dienst personell im Hinblick auf Grossereignisse erweitert.

441.1 Material

Das Bundesamt für Zivilschutz (BZS) hat die noch fehlenden Teile des Rettungsmaterials, insbesondere ein Sortiment Stollenausrüstung, für die Rettungsformationen geliefert. Die beiden Wechselladebehälter sind aufgrund verschiedener Anregungen geändert und mit diversem Material ergänzt worden. Anlässlich von verschiedenen Einsatzübungen hat sich gezeigt, dass die Anhänger der KATA-Gruppe Übermittlung nicht optimal eingerichtet und bestückt sind. Die beiden Anhänger wurden optimiert und mit zusätzlichem Material versehen. Nach anfänglichen Startschwierigkeiten hat sich die Zusammenlegung des Ausrüstungsmagazins für die Milizkräfte aus Feuerwehr und Zivilschutz sehr gut bewährt.

441.2 Fahrzeuge

2001 stellte das Zivilschutzamt wiederum seine Fahrzeuge diversen Dienststellen der Stadtverwaltung während insgesamt 89 (72) Tagen unentgeltlich zur Verfügung. Während 93 (166) Tagen wurden Fahrzeuge ausserhalb der Verwaltung vermietet.

441.3 Zivilschutzanlagen

Zivile Übernachtungen von Vereinen etc. in Zivilschutzanlagen:

ANZAHL DER ÜBERNACHTUNGEN	1999	2000	2001
Trp Unterkunft Schönauf	26	852	1 286
ZS Anlage KV	115	118	0
ZS Anlage Wiedacker	484	368	452
ZS Anlage Steinach	1 583	1 104	953
ZS Anlage GBS	470	591	192
Total	2 678	3 033	2 883

441.4 Übungsanlage Hofen Wittenbach

Auf der Übungsanlage haben diverse Feuerwehren und andere Fremdbeleger während rund 111 Tagen Übungen durchgeführt.

444 Regionale Zivilschutzorganisation (RZSO)

FINANZEN RZSO (in CHF 1 000)	1999	2000	2001
Aufwand	273	232	219
Ertrag	91	86	73
Aufwandüberschuss	182	146	146

ÜBERSICHT RAPPORTE/WIEDERHOLUNGSKURSE DER RZSO (ANZAHL DIENSTTAGE)	1999	2000	2001
Einteilungs- + Info-Rapporte	200	429	572
Tages- und Abendrapporte	397	192	93
WK Leitung RZSO/Sektor Leitungen	0	29	12
WK Betreuungsdienst	0	3	0
WK Übermittlungsdienst	0	0	0
WK Rettungsdienst	173	0	0
WK Kulturgüterschutzdienst	38	35	0
WK Versorgungsdienst	0	28	0
WK Zivilschutz-Polizeidienst	321	168	193
WK KATA Gruppe FUSTÜ	118	47	37
WK KATA Gruppe Übermittlung	122	39	148
WK KATA Detachement Unterkunft	47	75	47
WK KATA Detachement Rettung	32	441	349
WK KATA Gruppe Transport	16	0	14
Pikettdienstleistungen KATA Formationen	0	206	204
WK Heimeinsätze	138	72	79
WK TIXI-Einsätze	608	621	623
WK Einsätze zugunsten Allgemeinheit	406	445	512
WK Periodische Schutzraumkontrolle	142	291	210
Anlagewartungen	528	575	564

444.1 Rapporte und Wiederholungskurse

224 Neupflichtige lernten in den Einteilungsrapporten den modernen Zivilschutz und die Voraussetzungen für die Einteilung in eine Katastrophen-Formation (KATA-Formation) kennen. Aufgrund der heutigen Alleinausrichtung des Zivilschutzes auf die Bewältigung von ausserordentlichen Lagen konnten die Leitung der RZSO auf ein Minimum reduziert und die drei Sektorleitungen aufgehoben werden. Schwerpunkte der Vorbereitung auf bewaffnete Konflikte bleiben die Wartung von Anlagen und Material sowie die Kontrolle der Einsatzbereitschaft der privaten und öffentlichen Schutzräume. Die KATA-Formationen trainierten die Sicherheit der Handhabung ihrer Geräte und Automatismen ihrer Einsätze an mehreren Nachmittags- und/oder Abendübungen von je drei bis vier Stunden Dauer. Während 35 Wochen standen jeweils drei bis vier Zivilschutzdienstpflichtige im Einsatz zu Gunsten des Vereins «TIXI-Behindertenbus» und ermöglichten, dass die Behinderten täglich mit bis zu sechs Fahrzeugen transportiert werden konnten.

444.2 Einsätze

Wer erfolgreich helfen will, muss vorher üben! Optimal ist es, wenn Einsätze zu Gunsten der Bevölkerung mit einem hohen Ausbildungswert verbunden werden können. Dies ist zum Beispiel bei den Einsätzen am Open Air der Fall. Die Übermittlungspioniere bauten in zwei Tagen über 7 km Leitungen. So konnten mit modernen Apparaturen (Awitel und Awinap) 17 Stationen verbunden werden, darunter der Hauptbahnhof und das Breitfeld wie auch die wichtigsten Schaltstellen der Open Air-Leitung. Dieses unabhängige Netz wurde von einer Pikettgruppe während der Festivaldauer unterhalten. Zivilschutz-

dienstpflichtige aus den KATA-Gruppen Transport und Führungsunterstützung betrieben ab Donnerstag-nachmittag die Transportzentrale und organisierten bis Sonntagnacht im 24-Stunden-Rhythmus sämtliche Transporte zum und vom Festival. Freiwillige aus verschiedenen Formationen halfen beim Auf- und Abbau des CSIO, bei den Umzügen des Alters- und Pflegeheimes «Notkerianum» sowie des Heimes für Behinderte «Sonnenhalde» und bei der Durchführung des Sommerlagers des Vereins für geistig Behinderte «INSIEME» mit.

444.3 Periodische Schutzraum-Kontrollen

30 ausgebildete Schutzraumkontrolleure überprüften in 14 Arbeitsgruppen 378 Schutzräume mit 11 410 Schutzplätzen. 52% der kontrollierten Schutzbauten wiesen keine, 22% leichte und 26% schwerwiegende Mängel auf. Die letzte Kategorie muss zu Lasten der Besitzer innert vereinbarter Frist in Stand gestellt werden.

447 Militärische Einquartierungen

In der Truppenunterkunft (Trp Ukft) Schönau wurden insgesamt 1 172 (113) militärische Übernachtungen registriert.

50	Abteilungssekretariat
509.1	Alter, Behinderung, Spitex
509.2	Familienergänzende Kinderbetreuung
509.3	Drogenhilfemassnahmen
509.4	Arbeitsvermittlungen
51	Vormundschaft
51.1	Abteilung Sozialabklärungen
51.2	Abteilung VB-Sekretariat
51.3	Abteilungen Amtsvormundschaft I und II
51.4	Stabsstellen
53	Sozialamt
531	Sozialhilfe
531.1	Unterstützungsfälle
531.2	Ursachen der Bedürftigkeit
531.3	Unterstützungskosten
531.4	Netto-Unterstützungsleistungen pro Fall/Person
531.5	Der Stadt zugeteilte Asylsuchende
532	Wohnheim für Kinder und Jugendliche
533	Wohnheim für Betagte
534	Soziale Einrichtungen
534.0	Zentren für Asylsuchende
534.1	Begleitetes Wohnen (Bewo)
534.2	Haus zur Grünhalde: Betreute Wohngruppe (BWG)/ Unterkunft für Obdachlose UFO)
535	Alimentenbevorschussung/Inkasso
536	Mutterschaftsbeiträge
537	Rechtsgeschäfte
56	AHV-Zweigstelle und Arbeitsamt
560	AHV-Zweigstelle
560.1	Allgemeines
560.2	Mitglieder
560.3	Verwaltungskosten
561	Arbeitsamt
562	Regionales Arbeitsvermittlungszentrum
562.1	Allgemeines
562.2	Arbeitsvermittlung
562.3	Region
562.4	Arbeitsmarktliche Massnahmen
562.5	Interinstitutionelle Zusammenarbeit

Aufgaben:

- Stabsdienste für den Vorstand der Verwaltung der Sozialen Dienste
- Arbeitet Vorlagen an den Stadtrat und den Grossen Gemeinderat aus
- Arbeitet Antworten auf parlamentarische Vorstösse aus
- Koordiniert zwischen Dienststellen der Verwaltungsabteilung
- Übt die Aufsicht über die städtischen Subventionen in den Bereichen Alter, Behinderung, Spitex, familienergänzende Betreuung von Kindern im Vorschulalter, Drogenhilfemassnahmen und Langzeitarbeitslosigkeit aus
- Führt das Rechnungsbüro der Verwaltung der Sozialen Dienste

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	1999	2000	2001
Aufwand	673	644	692
Ertrag	6	–	3
Aufwandüberschuss (Kto. 500 + 501)	667	644	689
Personalbestand	5.5	5.1	5.3

509.1 Alter, Behinderung, Spitex

Das Zentralregister Pflegeheime, welches notwendige Grundlage für die Bedarfsplanung der Alters- und Pflegeheimplätze in der Stadt bildet, wurde überarbeitet. Es werden dabei neu Alters- und Pflegeheime sowie durchlässige Heime erfasst. Ziel ist es, dieses revidierte Führungsinstrument im Jahr 2002 den Heimen zur Vernehmlassung zuzustellen.

Der Inhalt der beiden Informationsbroschüren «Umzug in ein Pflegeheim» und «Das Altersheim – mein zukünftiges Daheim» wurde eingehend geprüft. Die beiden Broschüren werden dem neusten Stand angepasst und zu einer gemeinsamen Broschüre zusammengelegt.

Die Erhebungen jeweils per Ende Oktober der auf einen Pflegeplatz wartenden Personen zeigen folgendes Bild:

PFLEGEHEIMPLÄTZE	1999	2000	2001
Personen auf der Warteliste	79	71	113
– Wartekategorie «sofort»	41	23	59
– Wartekategorie «auf Anfrage»	38	48	54
Durchschnittliche Wartezeit in Tagen	86	47	50

Die Konferenz für Alters- und Behindertenfragen wurde auf das Berichtsjahr neu strukturiert. Die Konferenz setzt sich zusammen aus einem Präsidenten, einem Ausschuss, einer Koordinationsstelle und drei Arbeitsgruppen. Es sind dies die Arbeitsgruppen Stationäre Altershilfe, Alter und Gesellschaft sowie Behindertenfragen.

Innerhalb der Arbeitsgruppe Stationäre Altershilfe wurde eine spezielle Arbeitsgruppe gebildet, welche das Zentralregister Pflegeheime überarbeitet. Oberstes Ziel der Arbeitsgruppe Stationäre Altershilfe ist es, in den kommenden Jahren den Bericht «Bedarf an Alters- und Pflegeheimen in der Stadt St.Gallen; Planung 2005» zu überarbeiten.

Die Arbeitsgruppe Alter und Gesellschaft wurde neu ins Leben gerufen. Sie beschäftigt sich mit gesellschaftspolitischen Themen in Bezug auf gesunde ältere Menschen. In diesem Sinn hat die Arbeitsgruppe konkrete Themen bzw. Massnahmen erarbeitet, welche insbesondere das Image, die Persönlichkeitsentfaltung und die soziale Integration von Seniorinnen und Senioren betreffen.

Innerhalb der Arbeitsgruppe Behindertenfragen wurden spezielle Arbeitsgruppen gebildet, um einzelne Massnahmen im Bericht «Behindert sein in der Stadt St.Gallen» für deren Umsetzung konkreter auszugestalten.

Der Stadtrat genehmigte am 6. März 2001 die Leistungsvereinbarungen mit Spitex West, Ost, Centrum für Gesundheits- und Krankenpflege, Hauspflege und Haushilfe, mit der Pro Senectute Regionalstelle St.Gallen für Haushilfe für Personen im AHV-Alter sowie mit dem Haushilfe- und Entlastungsdienste, für Haushilfe vor allem für IV-Bezügerinnen und IV-Bezüger. Es handelt sich um eine unbefristete Vereinbarung. Die in der Leistungsvereinbarung festgesetzten Regeln über die Zusammenarbeit der Spitex-Organisationen im Bereich der Haushilfe auf ihre Praxistauglichkeit sind zu überprüfen.

SPILEX	1999	2000	2001
Subventionssumme (in CHF 1 000)	629	769	885
– Objektfinanzierung	568	697	775
– Subjektfinanzierung	61	72	110
Anteil der städtischen Subventionen am Gesamtaufwand der subventionierten Spitex-Anbieter in %	8	9	10

509.2 Familienergänzende Kinderbetreuung

Mit Beschluss vom 30. Oktober 2001 wurde das Subventionierungsmodell, welches am 1. Januar 2002 in Kraft tritt, vom Grossen Gemeinderat genehmigt. Das Subventionierungsmodell enthält eine Objekt- und eine Subjektfinanzierung. Der Objektbeitrag richtet sich dabei nach der Anzahl belegter Krippenplätze (abzüglich Krippenplätze für auswärtige Eltern und für Firmen) und effektiver Öffnungstage, wobei ein Säuglingsplatz 1.5 Kleinkinderplätzen entspricht. Der Subjektbeitrag hat den Zweck, Mindereinnahmen aus unterdurchschnittlichen Elternbeiträgen abzugelten.

KINDERKRIPPEN*	1999	2000	2001
Subventionssumme (in CHF 1 000)	1 311	1 275	1 275
Anteil der städtischen Subventionen am Gesamtaufwand der subventionierten Krippen in %	33	31	31
Anzahl Krippenplätze	286	228	228
Belegungsquote in %	90	95	96
Kosten pro Platz (in CHF 1 000)	13.9	17.8	17.8
Durchschnittliche Subvention pro Platz (in CHF 1 000)	4.6	5.6	5.6

* inkl. Kinderheim Tempelacker, jedoch ohne Tageselterndienst und Kinderhütendienst

509.3 Drogenhilfemassnahmen

Eine Linderung der Drogenproblematik kann nach wie vor nur durch das gegenseitige Abstimmen von medizinisch-sozialen und polizeilich-repressiven Massnahmen gelingen. Die einzelnen Massnahmen können nicht für sich allein stehen, sondern müssen sich gegenseitig ergänzen. Dies wird mit dem Viersäulenmodell aus Prävention, Repression, Überlebenshilfe und Therapie praktiziert. Den Bereich der Überlebenshilfe deckt die Stiftung Suchthilfe ab, die sich mit Gassenarbeit, Spritzenversorgung im Interesse der HIV- und Hepatitis C-Prophylaxe, Substitutionsprogrammen, einem Arztendienst und der Beratung von Betroffenen in ihrem Umfeld befasst. Das Jahr 2001 war vor allem geprägt durch die durch den Umzug der Gassenküche vom Bleicheli ins Linsebühl ausgelösten Diskussionen.

DROGENHILFEMASSNAHMEN	1999	2000	2001
Subventionssumme (in CHF 1 000)	1 065	1 062	1 062
Anteil der städtischen Subventionen am Gesamtaufwand der Stiftung in %	23	22	20
Anzahl Teilnehmer/-innen in Substitutionsprogrammen	187	176	174
– Methadon	113	105	103
– Heroin	74	71	71
Anzahl abgegebener Spritzen (HIV-Prophylaxe) (in 1 000 Stück)	321	251	294

509.4 Arbeitsvermittlungen

Die Stiftung für Arbeit bezweckt die Planung, Trägerschaft und Führung von Projekten, die langzeitarbeitslosen Personen in der Stadt St.Gallen zu Arbeit verhelfen. Mittels Arbeit und Verdienst soll die wirtschaftliche Eigenständigkeit dieser Personen unterstützt und ihre Integration in die Gesellschaft gefördert werden. Die Besonderheit der Stiftung für Arbeit besteht darin, dass die Löhne für die Arbeits-einsätze der Personen aus der Zielgruppe nicht von den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern, sondern von den Auftraggebern und Auftraggeberinnen, also vom Markt, bezahlt werden. Mit den Subventionen hingegen werden die Infrastruktur und das fest angestellte Personal finanziert. Die Stiftung für Arbeit beschäftigt Personen, die beim RAV keinen Anspruch mehr auf Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung besitzen, sowie Menschen, die von der Sozialhilfe unterstützt werden. Arbeitslosigkeit ist in St.Gallen nach wie vor das häufigste Armutsrisiko. Das vor Jahresfrist neu gestartete Projekt «Job Werkstatt» erlaubt es Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, welche über sehr lange Zeit arbeitslos waren und nur mit Einschränkungen einsetzbar sind, wieder erste Arbeitserfahrungen zu machen und sich wieder an eine geregelte Tagesstruktur zu gewöhnen.

ARBEITSVERMITTLUNGEN	1999	2000	2001
Subventionssumme (in CHF 1 000)	634	600	600
Vermittelte Arbeitsstunden (in 1 000 Std)	39	39	60
Anzahl vermittelte Arbeitnehmer/-innen	145	149	184
Anzahl Vermittlungen	1 681	2 268	1 813
Verrechnete Leistungen (ohne Material) (in CHF 1 000)	787	971	1 011

51 Vormundschaftsamt

Aufgaben:

- Nimmt Mitteilungen/Anzeigen/Anträgen entgegen
- Prüft vormundschaftliche Massnahmen
- Vorbereitung und Vollzug sämtlicher Geschäfte der Vormundschaftsbehörde (zivilrechtliche Massnahmen zum Schutze Erwachsener sowie gefährdeter Kinder und Jugendlicher)
- Vormundschaftliche Vermögensverwaltung
- Platziert Kindern und Jugendlichen in Familien und Heimen
- Klärt Vaterschaft und Regelung der Unterhaltspflicht für ausserhalb der Ehe geborener Kinder ab
- Führt Sozialabklärungen durch und erstellt Sozialberichte zu Handen der Vormundschaftsbehörde und der Gerichte
- Bewilligt und beaufsichtigt Pflegeplätze für Kinder
- Führt vormundschaftliche Massnahmen durch Amtsvormünder und Amtsvormundinnen
- Vermittelt und berät Privatpersonen zur Führung vormundschaftlicher Massnahmen
- Abänderung von Scheidungsurteilen in Kinderbelangen
- Regelt den persönlichen Verkehr zwischen Kindern und nicht obhutsberechtigtem Elternteil

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL

	1999	2000	2001
Aufwand	3 754	3 515	3 914
Ertrag	255	292	214
Aufwandüberschuss	3 499	3 223	3 700
Personalbestand	29	28.5	29

Die Vormundschaftsbehörde (VB) ist eine selbständige, kommunale Behörde. Sie untersteht dem Justiz- und Polizeidepartement des Kantons St.Gallen und setzt sich zusammen aus dem Vorstand der Verwaltung der Sozialen Dienste, welcher ihr von Amtes wegen als Präsident vorsteht, und sechs vom Grossen Gemeinderat zu bestimmenden Mitgliedern, von denen mindestens drei aus seiner Mitte zu wählen sind. Im Jahre 2001 trat sie zu 11 (12) ordentlichen Sitzungen zusammen. An diesen Behördensitzungen nimmt neben dem Vormundschaftssekretär auch die Leiterin des Vormundschaftsamtes teil.

Die Dienststelle Vormundschaftsamt ist die Geschäftsstelle der Vormundschaftsbehörde. Sie trifft die erforderlichen Abklärungen, bereitet die Geschäfte vor, vollzieht die Beschlüsse und führt vormundschaftliche Massnahmen.

VORMUNDSCHAFTLICHE MASSNAHMEN/VERFÜGUNGEN

	1999	2000	2001
Bestand vormundschaftlicher Betreuungsmassnahmen inkl. Kinderschutzmassnahmen per Ende Jahr	1 264	1 289	1 285
– zuhanden der Vormundschaftsbehörde vorbereitete Verfügungen	1 108	931	961
– davon Präsidialverfügungen	24	33	42

Die Anzahl der Präsidialverfügungen hat erneut stark zugenommen. Dies war nötig, weil verschiedene Krisensituationen nur so entschärft werden konnten.

51.1 Abteilung Sozialabklärungen

Diese Abteilung ist zuständig für die Sozialabklärung von zivilrechtlichen Kinderschutzmassnahmen sowie neu für spezielle Abklärungen betreffend Erwachsenenschutzmassnahmen.

SOZIALABKLÄRUNGEN

	1999	2000	2001
durchgeführte Sozialabklärungen	150	148	166
Pflegekinderaufsicht:			
– beaufsichtigte Familienpflegeplätze	35	32	31
– beaufsichtigte Tagespflegeplätze	38	37	48
– bearbeitete Gesuche um Pflegebewilligung	19	12	37

Als Folge einer Umstrukturierung werden Sozialabklärungen im Erwachsenenschutz neu in besonderen Situationen auch in der Abteilung Sozialabklärungen gemacht. 15 Abklärungen erfolgten 2001 im Bereich Erwachsenenschutz. Diverse Kriseninterventionen in beiden Bereichen waren 2001 nötig. Diese sind äusserst aufwändig und anspruchsvoll.

51.2 Abteilung VB-Sekretariat

a) Sachbearbeitung

Dieser Bereich ist zuständig für die Verfahrensleitung bei der Anordnung und Aufhebung aller Massnahmen des zivilrechtlichen Kindes- und Erwachsenenschutzes.

KINDESSCHUTZ	1999	2000	2001
Bestand Kindesschutzmassnahmen (ohne Fremdplatzierungen) per Ende Jahr	566	594	556
– Zuwachs	152	165	107
– Abgang	158	137	147
Bestand vormundschaftlich fremdplatzierter Kinder per Ende Jahr	68	80	71
– Zuwachs	16	32	26
– Abgang	28	20	35
genehmigte Unterhaltsverträge für Kinder unverheirateter Eltern	84	82	89
Übertragung gemeinsame elterliche Sorge	–	5	6
Besuchsrechtsregelungen	6	10	9

Bei den heutigen Massnahmen für Kinder handelt es sich überwiegend um sehr anspruchsvolle Mandate, die im Gegensatz zu früher meistens von professionellen Amtsvormündern oder Amtsvormundinnen geführt werden müssen. Auf vergleichsweise hohem Niveau hat sich die Zahl der durch die Vormundschaftsbehörde genehmigten Unterhaltsverträge für Kinder unverheirateter Eltern eingependelt. Eine solche Genehmigung ist dann ohne Beistandschaft bzw. Gerichtsverfahren möglich, wenn sich die Eltern auf Unterhaltsbeiträge einigen, welche bezüglich ihrer Einkommen angemessen sind und die Interessen des Kindes berücksichtigen.

Besonders hinzuweisen ist auf die Auswirkungen des seit 1. Januar 2000 geltenden neuen Scheidungsrechts. In den Zahlen der Besuchsrechtsregelungen sind seit 2000 auch die anspruchsvollen Abänderungen der scheidungsgerichtlichen Regelungen mitenthalten. Schliesslich wurde 2001 erstmals für zwei Kinder eine vom Bezirksgericht errichtete Vertretungsbeistandschaft im (eherechtlichen) Prozess ihrer Eltern vollzogen.

ERWACHSENENSCHUTZ	1999	2000	2001
Bestand Vormundschaften per Ende Jahr	223	217	207
– Zuwachs	8	9	5
– Abgang	19	15	15
Bestand Beistandschaften, Beiratschaften, Sucht-Hilfemassnahmen per Ende Jahr	453	478	522
– Zuwachs	119	97	114
– Abgang	93	72	70
Total Betreuungsmassnahmen per Ende Jahr	676	695	729
– Total Zuwachs	127	106	119
– Total Abgang	112	87	85
Bestand fürsorgerische Freiheitsentziehungen per Ende Jahr	19	12	11
– Zuwachs	5	1	2
– Abgang	5	8	3

Im Erwachsenenschutz ist seit Jahren eine zunehmende vormundschaftliche Betreuungsbedürftigkeit betagter Menschen festzustellen, dies insbesondere in finanziellen und administrativen Angelegenheiten. Dies erklärt die erneut gestiegene Anzahl der Beistandschaften, von denen der Hauptanteil sogenannte Altersbeistandschaften (Vertretungs- und Verwaltungsbeistandschaften) sind.

Wiederum sehr hoch ist die Anzahl der arbeitsintensiven Mutationen. So liegt die Summe aller Zu- und Abgänge bei 524 (556).

b) Bereich Vermögensverwaltung

Zu diesem Bereich gehören die Inventaraufgaben, die vormundschaftlichen Deponierungen, die Revision sämtlicher Vormundschaftsrechnungen sowie die Freigabe von Vermögenswerten nach Aufhebung der Massnahmen.

VORMUNDSCHAFTLICHE VERMÖGENSVERWALTUNG	1999	2000	2001
Genehmigungen von Rechenschaftsberichten	570	477	488
Vormundschaftlich verwaltetes Vermögen (in CHF 1 000) per Ende Jahr	47 304	37 953	59 421
Legate	22	21	20

Das vormundschaftlich verwaltete Vermögen ist in 337 (354) Depots bei verschiedenen Banken hinterlegt. Zusammen mit dem kantonalen Amt für berufliche Vorsorge und Stiftungen ist die Bereinigung der Aufsicht über die altrechtlichen Legate abgeschlossen.

51.3 Abteilungen Amtsvormundschaft I und II

Die beiden Abteilungen führen die ihnen von der Vormundschaftsbehörde zugewiesenen vormundschaftlichen Betreuungsmassnahmen. Dabei geht es immer mehr um besonders komplexe und schwierige Mandate, die keiner privaten Betreuungsperson zugewiesen werden können.

AMTLICHE MASSNAHMEFÜHRUNG	1999	2000	2001
von Amtsvormündern geführte Massnahmen per Ende Jahr	702	752	775
von andern Mitarbeitenden des Vormundschaftsamtes geführte Massnahmen	21	20	15
Total	723	772	790
– davon Kindesschutzmassnahmen	419	470	466
– davon Massnahmen für Erwachsene	304	302	341
– Zuwachs	164	177	163
– Abgang	131	128	128
durchschnittliche Fallzahl pro Amtsvormund/-in (100-%-Stelle)	94	100	103

51.4 Stabsstellen

a) Private Betreuungspersonen (pB)

Ein Amtsvormund und eine Amtsvormundin sowie eine kaufmännische Sachbearbeiterin sind zu insgesamt 130% im Bereich pB tätig. Sie vermitteln private Betreuungspersonen, führen diese in ihre Aufgaben ein und bieten eine Praxisberatung an. Neben dem Einführungskurs wurde im Weiterbildungsangebot für private Betreuungspersonen der Kurs: «Verstehst du, was ich meine? – Grundlagen der Gesprächsführung» angeboten. Zudem wurde in zwei Erfa-Gruppen den privaten Betreuungspersonen die Möglichkeit zum Erfahrungsaustausch sowie zum Besprechen der erlebten Situationen geboten. Die Angebote fanden grossen Zuspruch. Im 2001 erschien das Bulletin «pB-Forum» im Februar mit dem Thema körperbehinderte Erwachsene und im Oktober mit der Vorstellung des Vormundschaftsamtes.

EHRENAMTLICHE MASSNAHMEFÜHRUNG	1999	2000	2001
Anzahl geführte Massnahmen per Ende Jahr	541	537	496
– Zuwachs	132	101	74
– Abgang	156	105	115
Anzahl der eingesetzten privaten Betreuungspersonen per Ende Jahr	508	525	375

Mit der Verwendung des neuen EDV-Programms VIS (Verwaltungs- und Informationssystem für das Sozialwesen) sind die Zahlen genauer; die Erfassung der privat geführten Massnahmen wurde optimiert. Ein Teil der Bewegung nach unten ist auf diese Tatsache zurückzuführen (vor allem die Anzahl der eingesetzten Personen).

Wohl standen für Massnahmeführungen, die sich für eine private Betreuungsperson eignen, im 2001 wiederum Freiwillige in genügender Zahl zur Verfügung. Bisweilen passten jedoch die Vorstellungen der

sich für ein Amt zur Verfügung Stellenden nicht zu den Erfordernissen der zu vergebenden Massnahmen. Zudem wirkt sich auch in diesem Bereich die zunehmende Komplexität der Fälle aus. So sah man sich auch in diesem Jahr oftmals gezwungen, die Massnahmen der Amtsvormundschaft zu übertragen. Dies ist ein weiterer Grund der sinkenden Zahl von eingesetzten privaten Betreuungspersonen. Die Beratung von privaten Betreuern hat deutlich zugenommen; sie ist sowohl quantitativ als auch qualitativ anspruchsvoller geworden.

b) Rechtsdienst

Sämtliche Rechtsgeschäfte, welche der vormundschaftsbehördlichen Genehmigung gemäss Art. 421 und 422 des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (ZGB) bedürfen, werden durch den Rechtsdienst zuhanden der Vormundschaftsbehörde vorbereitet. Darüber hinaus berät diese Stabsstelle (90%-Pensum plus 10% Sekretariatsanteil) aktiv die privaten Betreuungspersonen und unterstützt die Mitarbeitenden der Amtsvormundschaft bei diesen Aufgaben. Der Stelleninhaber führt auch selbständig vormundschaftliche Massnahmen mit hauptsächlich juristischem Inhalt und Vermögensverwaltungen. Zudem bearbeitet er zugewiesene Spezialfälle und -abklärungen.

53 Sozialamt

Aufgaben:

- Aufgabenerfüllung gemäss Sozialhilfegesetz
- Sicherstellen der erforderlichen Hilfen für Menschen, welchen die Mittel zur Befriedigung der notwendigen Lebensbedürfnisse fehlen
- Klärt die Bedürftigkeit des Hilfesuchenden ab und bietet Hilfe durch persönliche Beratung
- Vermitteln von Arbeitsmöglichkeiten
- Vermitteln von Obdach, zur Verfügungstellen einer Wohnung, Führen einer Unterkunft für Obdachlose und einer betreuten Wohngruppe sowie Begleitung bei täglichen Wohnproblemen
- Richtet erforderlichen Unterstützungsleistung aus
- Ist verantwortlich für sämtliche Rückerstattungen
- Leistet die Bevorschussung und das Inkasso von Alimenten
- Stellt Mutterschaftsbeiträge sicher
- Führt das Wohnheim für Kinder und Jugendliche Riedererholz
- Führt das Wohnheim für Betagte Riedererholz
- Führt das Zentrum für Asylsuchende Felsengarten

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	1999	2000	2001
Aufwand	51 255	50 100	48 201
Ertrag	34 044	31 505	30 012
Aufwandüberschuss	17 211	18 595	18 189
Personalbestand (inkl. Zentrum für Asylsuchende)	67.6	68.6	65.1

531.1 Unterstützungsfälle/Unterstützte Personen

Die Unterstützungen haben gegenüber dem Vorjahr um 3.6% bzw. um 91 Fälle abgenommen. Die Anzahl der unterstützten Personen ist um 5.5% oder 238 Menschen gesunken. Der Vergleich zeigt auf, dass die Anzahl der Unterstützungsfälle erstmals seit über zehn Jahren abgenommen hat, obwohl neu 53 Fälle der Ortsbürgergemeinde St.Gallen übernommen wurden.

UNTERSTÜTZUNGSFÄLLE	1999	2000	2001
Anzahl Fälle:			
Alleinstehende Männer	1 068	1 056	988
Alleinstehende Frauen	454	502	501
Ehepaare ohne Kinder	108	98	95
Ehepaare mit Kindern	314	306	252
Mütter mit Kindern	335	396	417
Väter mit Kindern	14	27	25
Kinder und Jugendliche	119	113	129
Total	2 412	2 498	2 407

UNTERSTÜTZTE PERSONEN	1999	2000	2001
Alleinstehende Männer	1 068	1 056	988
Alleinstehende Frauen	454	502	501
Ehepaare ohne Kinder	216	196	190
Ehepaare mit Kindern	1 236	1 265	1 046
Mütter mit Kindern	874	1 040	1 081
Väter mit Kindern	38	70	70
Kinder und Jugendliche	149	130	145
Total	4 035	4 259	4 021

531.2 Ursachen der Bedürftigkeit

Die Anzahl der unterstützungsbedürftigen Personen, welche auf Arbeitslosigkeit zurückzuführen ist, ist – erstmals seit einigen Jahren – gesunken, d.h. um 37 Fälle oder 3.6%. Dagegen ist festzustellen, dass die Sozialhilfeabhängigkeit wegen krankheitsbedingten Problemen weiter zugenommen hat.

Die Gruppe der unterstützten Personen mit Suchtproblemen ist, wie bereits letztes Jahr, weiter zurückgegangen. Die Fälle von alleinerziehenden Elternteilen haben hingegen um 15% zugenommen. Bei den Asylsuchenden ist wiederum ein Rückgang zu verzeichnen. Ein leichter Rückgang konnte auch bei den jungen Erwachsenen verzeichnet werden, welche ergänzend zum Ausbildungslohn unterstützt werden.

Mit 576 Beratungs-/Triagefällen, in denen keine finanziellen Unterstützungsleistungen ausgerichtet wurden und welche in der Fallstatistik nicht berücksichtigt sind, zeigt sich gegenüber dem Vorjahr ein Rückgang von 65 Fällen. Mit teils umfassenden und zeitaufwändigen Abklärungen und Beratungen konnten andere Hilfsmöglichkeiten und finanzielle Ressourcen ausgeschöpft werden. Dadurch war es möglich, dass bei vielen Anfragen und Anträgen finanzielle Sozialhilfeleistungen vermieden wurden.

URSACHEN DER BEDÜRFTIGKEIT/ VERSCHIEDENE HILFELEISTUNGEN	1999	2000	2001
a) Ursachen			
Alleinerziehender Elternteil	164	186	214
AHV-Rentner/-innen	3	3	5
IV-Rentner/-innen	54	53	41
Psychische Krankheit	36	43	35
Körperliche Krankheit	79	108	131
Suchtprobleme	196	180	166
Erziehungsprobleme	108	106	120
Arbeitslosigkeit	1 027	1 014	977
Asylbewerber/-innen	324	315	246
Krankenkassenangelegenheiten	13	23	15
Folgen von Strafmassnahmen	62	50	50
Wohnungsprobleme	13	14	18
Verschiedenes	40	23	34
b) Verschiedene Hilfeleistungen:			
Spitalkosten für durchreisende Ausländer/-innen	6	13	1
Rentenverwaltung	16	12	10
Rentenbevorschussung	78	73	77
Fehlende Existenzsicherung bei voller Erwerbstätigkeit	98	85	80
bei Teilzeitbeschäftigung	95	109	115
in Aus-/oder Weiterbildung	–	88	72
Total	2 412	2 498	2 407
Beratungs-/Triagefälle (ohne Anrecht auf Unterstützungsleistungen)	738	641	576

531.3 Unterstützungskosten

Der Brutto-Unterstützungsaufwand hat sich gegenüber dem Vorjahr um CHF 1.8 Mio. stark verringert.

Diese Senkung ist begründet mit dem Rückgang der Fälle und der unterstützten Personen. Allein für Asylsuchende musste knapp CHF 1 Million weniger aufgewendet werden.

Die Einnahmen sind gegenüber dem Vorjahr um CHF 1.1 Millionen geringer ausgefallen, was wiederum in Zusammenhang mit dem Rückgang der Asylsuchenden und damit verbunden geringeren Zufluss von Bundespauschalen sowie mit weniger Bevorschussungs- und Überbrückungsfällen zu begründen ist.

Der Nettoaufwand sank, im Vergleich zum Vorjahr, um rund CHF 760 000.

NETTO-UNTERSTÜTZUNGS-AUFWAND (in CHF 1 000)	1999	2000	2001
Bruttobelastungen	38 403	37 945	36 118
Rückerstattungen	–25 134	–23 946	–22 877
Nettobelastungen	13 269	13 999	13 241

Fürsorgerechtliche Unterstützungen Stadt St.Gallen

Brutto-/Nettoaufwand

JAH	EINWOHNERZAHL NETTOAUFWAND	AUFWAND BRUTTO CHF	AUFWAND NETTO CHF	NETTOAUFWAND JE EINWOHNER
1990	73 191	11 458 814.00	4 377 908.00	59.81
1991	73 367	14 182 379.00	5 043 050.00	68.74
1992	74 106	17 267 757.00	5 743 976.00	91.00
1993	72 023	22 186 226.00	10 014 698.00	139.05
1994	72 391	24 197 436.00	10 354 152.00	143.03
1995	72 505	24 165 290.00	9 437 530.00	130.16
1996	71 877	28 274 518.00	9 531 618.00	132.61
1997	71 384	32 187 679.00	8 941 679.00	125.26
1998	70 601	36 464 000.00	12 572 000.00	178.07
1999	69 747	38 402 701.00	13 258 014.00	190.09
2000	69 769	37 945 000.00	13 999 000.00	200.65
2001	70 019	36 118 651.00	13 241 347.00	189.10

531.4 Netto-Unterstützungsleistungen pro Fall/Person

Die Nettokosten pro Fall und Person sind stabil geblieben.

NETTO-UNTERSTÜTZUNGSKOSTEN	1999	2000	2001
Nettokosten pro Fall	5 496	5 604	5 501
Nettokosten pro Person	3 285	3 286	3 293

531.5 Der Stadt zugeteilte Asylsuchende

Die Anzahl der Asylsuchenden, die nach dem Zentrumsaufenthalt der Stadt zugewiesen werden, ist im Vergleich zum Vorjahr erneut zurückgegangen (1999 324; 2000 315; 2001 246).

532 Wohnheim für Kinder und Jugendliche

Die Einführung des Qualitätssystems ARGE-Q beanspruchte einen wichtigen Platz im Heimaltag. Die Qualitätssicherung wird zu einem integrierenden Bestandteil des Heimauftrages und wird von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Alltag bereits angewendet und soll später regelmässig überprüft werden.

Das Hochbauamt entwickelte in einer Projektvorlage die notwendigen baulichen Massnahmen, in der gleichzeitig mit der nötigen Sanierung sowohl die betrieblichen als auch die pädagogischen Aspekte berücksichtigt werden konnten.

Die Nachfragen nach Platzierungsmöglichkeiten auf der Kinder- und auf der Jugendgruppe haben zugenommen. Die Kindergruppen sind gut belegt. Von den Versorgern wird im vermehrten Masse das Angebot der ganzjährigen Betreuung genutzt, was im personellen Bereich zu Engpässen führte und teilweise mit Kontaktfamilien überbrückt werden musste (Wochenende, Ferien).

Die Stellenbesetzung mit fachlich qualifizierten Mitarbeiter/-innen ist nach wie vor schwierig. Die Schaffung von attraktiven Anstellungs-Bedingungen ist ein Balanceakt zwischen den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen und denen der Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen.

WOHNHEIM FÜR KINDER UND JUGENDLICHE	1999	2000	2001
Anzahl Kinder/Jugendliche	20	19	22
Austritte	6	7	4
Eintritte	6	6	7
Taxe pro Aufenthaltstag (in CHF)	197	193	193

533 Wohnheim für Betagte

Im Wohnheim leben 16 Frauen und acht Männer im Alter von 57 bis 96 Jahren (Stand Ende Betriebsjahr). Im vergangenen Jahr sind zwei Männer und vier Frauen gestorben. Alle Sterbenden konnten im Heim palliativ gepflegt und bis zu ihrem Tod betreut werden.

Vier Frauen und drei Männer sind neu ins Heim eingetreten. Dank der familiären Wohnform ist es immer wieder möglich, auch Menschen aufzunehmen, welche nicht selbständig wohnen können, auch wenn sie das AHV-Alter noch nicht erreicht haben.

Da die älteren Menschen oft bereits hochbetagt ins Heim eintreten, hat sich bei Neueintritten die Aufenthaltsdauer verkürzt.

WOHNHEIM FÜR BETAGTE	1999	2000	2001
Anzahl Bewohner/-innen	23	23	24
Neueintritte	4	5	7
Tagestaxen (in CHF)			
Einerzimmer mit Bad/Dusche	80	80	90
Einerzimmer ohne Bad/Dusche	65	65	65

534 Soziale Einrichtungen

534.0 Zentren für Asylsuchende

Das Zentrum Felsengarten war mit einer hohen Belegungsquote ausgelastet. Im Berichtsjahr wurden ausserordentlich viele Einzelpersonen aufgenommen. Die Asylsuchenden stammen aus über 20 verschiedenen Nationen.

ZENTREN	1999	2000	2001
Platzangebot	190	190 ⁿ	110
Anzahl Bewohner/-innen im Δ pro Jahr	213	61 ⁿ	94
Belegungsquote pro Jahr in %	112.2	63.9 ⁿ	85.4
Anzahl Logiernächte pro Jahr	77 865	40 639 ⁿ	34 323

ⁿ Schliessung des Zentrums Lindebühl auf 30. September 2000

534.1 Begleitetes Wohnen (Bewo)

Der leichte Rückgang der Anzahl Begleitungen des Bewo hängt damit zusammen, dass einerseits mehr Betreuungsaufgaben übernommen werden mussten und andererseits die gesamte Begleitungsdauer stark zugenommen hat.

BEGLEITETES WOHNEN (BEWO)	1999	2000	2001
Anzahl begleitete Personen	85	77	71
Neuaufnahmen	35	25	23
Austritte	36	30	28
Ø Gesamtbegleitungsbedarf in Monaten	14.9	19.5	25.5

534.2 Haus zur Grünhalde: Betreute Wohngruppe (BWG)/ Unterkunft für Obdachlose (UFO)

Die betreute Wohnmöglichkeit in der BWG entspricht nach wie vor einem ausgewiesenen Bedürfnis für unterstützungsbedürftige Klienten und Klientinnen, welche häufig aufgrund ihrer Problematik im psychosozialen Bereich mit meist kombinierter Suchtabhängigkeit hier ein Zuhause über einen längeren Zeitraum gefunden haben. Im Vergleich zum Vorjahr zeigt sich dadurch eine Erhöhung der Aufenthalts-tage, obwohl die Anzahl Personen zurückgegangen ist. Dies kann mit einer längeren Aufenthaltsdauer begründet werden.

Die Anzahl der Personen, welche die Unterkunft im UFO in Anspruch nahmen, erhöhte sich leicht gegen-über dem Vorjahr, wobei sich die Gesamtzahl der Übernachtungen um 21% verringerte. Die reduzierte Anzahl Übernachtungen ist damit zu begründen, dass in vielen Fällen nach kurzer Aufenthaltsdauer andere Unterkunftsmöglichkeiten gefunden werden konnten.

BETREUTE WOHNGRUPPE (BWG)	1999	2000	2001
Angebote Plätze	6	6/7*	7
Anzahl Aufenthaltstage	2 069	2 118	2 374
Belegungsquote in %	95	94	93
Anzahl Personen	12	13	10
Aufenthaltstaxe pro Tag	125	125	125

* Per 01.11.2000 wurde die BWG um 1 Platz erweitert.

UNTERKUNFT FÜR OBdachLOSE (UFO)	1999	2000	2001
Angebote Plätze	10	10	10
Anzahl Übernachtungen	1 458	2 434	1 580
Belegungsquote in %	50	83	62
Anzahl Personen	69	63	69
Übernachtungstaxen in CHF	95	95	95

535 Alimentenbevorschussung/Inkasso

Im Vergleich zum Vorjahr war im Jahr 2001 im Bereich der Alimentenbevorschussung eine Stabilisierung festzustellen. Lediglich bei den Brutto-Kosten gab es eine geringfügige Zunahme zu verzeichnen. Die Anzahl Fälle/Familien dagegen stagnierte bei 633 Fällen, ebenso die Zahl der Kinder, für die eine Alimentenbevorschussung ausgerichtet wurde. Sie erhöhte sich um fünf auf 841.

Bei der Anzahl Fälle/Familien sind die Beratungen und Auskünfte, welche ausserhalb von Bevorschussungs- und Inkassofällen laufen, wie auch die abgeschlossenen Bevorschussungsfälle mit noch nicht vollständig getilgten Alimentenrückständen, bei denen trotz Inkassobemühungen kein Ertrag erzielt wurde, nicht inbegriffen.

Die Brutto-Bevorschussung nahm, ähnlich wie in den Vorjahren, um rund CHF 100 000 oder 1.9% auf CHF 5 290 000 zu.

Beim Ertrag aus Inkasso konnte das bereits gute Vorjahresresultat erneut verbessert werden. Die Inkassoquote stieg um 4.4 Prozentpunkte auf 64.48%. Dies bedeutet eine Zunahme des Ertrags aus Inkasso um knapp CHF 300 000 auf den bisherigen Höchststand von CHF 3 410 000.

Trotz der Zunahme der Bruttobevorschussung konnte dank der Steigerung der Inkassoquote die Netto-Bevorschussung gegenüber dem Vorjahr um CHF 194 000 oder 9.3% reduziert werden.

ALIMENTENBEVORSCHUSSUNG (in CHF 1 000)	1999	2000	2001
Brutto-Bevorschussung	5 120	5 189	5 290
Ertrag aus Inkasso	3 170	3 116	3 410
Netto-Bevorschussung	1 950	2 073	1 880
Inkassoquote in %	61.92	60.05	64.48
Anzahl Fälle/Familien	621	633	633
Anzahl Kinder	805	836	841

536 Mutterschaftsbeiträge

Das Berichtsjahr war gekennzeichnet durch einen weiteren Rückgang der Zahl der Gesuche um 13 auf 65 (-16.7%). Von den eingegangenen Gesuchen wurden deren zwei zurückgezogen, weil leistungsfähige Verwandte vorhanden waren. Trotz des Rückgangs der Zahl der Gesuche stiegen die Nettokosten deutlich um gut 16% an. Dies ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass im Berichtsjahr, entgegen der Tendenz im Vorjahr, vermehrt Gesuchstellerinnen nicht ergänzend zu einem ungenügenden Einkommen, sondern voll unterstützt werden mussten.

MUTTERSCHAFTSBEITRÄGE	1999	2000	2001
Anzahl eingereichter Gesuche	91	78	65
Anzahl bewilligte Gesuche	81	73	63
Nettoleistungen (in CHF 1 000)	631	490	570

537 Rechtsgeschäfte

Der zentrale Rechtsdienst des Sozialamtes bearbeitet alle anfallenden Rechtsfragen in der Dienststelle, soweit diese nicht durch die Abteilungen selbst gelöst werden können. Zu den Aufgaben des Rechtsdienstes gehörten insbesondere die interne Beratung, die Bearbeitung von Grundsatzfragen aus dem gesamten Tätigkeitsgebiet des Sozialamtes sowie die (nötigenfalls auch gerichtliche) Durchsetzung von Ansprüchen des Sozialamtes.

RECHTSGESCHÄFTE	1999	2000	2001
Interne Beratung	215	190	175
Erliedigte Fälle von Zuständigkeitskonflikten	6	11	8
Erliedigte Gerichtsfälle	2	6	5

56 AHV-Zweigstelle und Arbeitsamt

Aufgaben:

AHV-Zweigstelle (AHV)

- Wirkt beim Vollzug der AHV-/IV-/EO-Gesetzgebung mit
- Erteilt Auskunft an Versicherte und Arbeitgeber
- Erfasst beitragspflichtige Personen und Arbeitgeber
- Prüft Voraussetzungen für Ergänzungsleistungen
- Prüft Anträge für die Krankenkassenprämien-Verbilligung

Regionales Arbeitsvermittlungszentrum (RAV)

- Vollzugsaufgaben gemäss Arbeitslosenversicherungsgesetz
- Arbeitsvermittlung für stellensuchende Personen
- Einleiten von arbeitsmarktlichen Massnahmen
- Arbeitsangebote im Rahmen von Einsatzprogrammen
- Arbeitgeberkontakte und Akquisition von offenen Stellen
- Triage von Stellensuchenden zu Fachberatungsstellen

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	1999	2000	2001
Aufwand	4 732	4 637	4 672
Ertrag	4 307	4 310	4 311
Aufwandüberschuss	425	327	361
Personalbestand	46.3	39.5	36.8

560 AHV-Zweigstelle

560.1 Allgemeines

Wegen der Kantonalisierung des RAV musste die Stellung der AHV-Zweigstelle organisatorisch neu beurteilt werden. Die Eingliederung der AHV-Zweigstelle in die Verwaltung der Sozialen Dienste hat sich bewährt. Mit Beschluss Nr. 799 vom 3. Juli 2001 unterstellt der Stadtrat ab 1. Januar 2002 die AHV-Zweigstelle dem Abteilungssekretariat der Verwaltung der Sozialen Dienste.

Auf den 1. Januar 2001 erfolgte eine Erhöhung der AHV-/IV-Renten und Ergänzungsleistungen um durchschnittlich 2.5%.

Die Bearbeitung der Anmeldungen für die AHV-Renten ist wegen der Einführung der Erziehungsgutschriften und des Splittings komplexer und zeitaufwändiger geworden. Schon seit mehreren Jahren steigt die Zahl der Bezügerinnen und Bezüger von Ergänzungsleistungen zur AHV/IV stetig an.

Seit 1996 prüfen die AHV-Zweigstellen die Anträge für die Prämienverbilligung bei der Krankenversicherung (IPV). Die Regierung hat gegenüber dem Vorjahr eine Erhöhung der Kinderabzüge und der massgebenden Einkommensgrenzen vorgenommen. Neben dem Einkommen wird auch die Vermögenslage mitberücksichtigt. Die Auszahlung der Prämienverbilligung erfolgt durch die Sozialversicherungsanstalt direkt an die Krankenkassen.

Im Dezember 1998 beschloss der Stadtrat, die Invalidenermässigung auf den Abonnenten der Verkehrsbetriebe (VBSG) ab 1. Januar 1999 aufzuheben. Seither ist die AHV-Zweigstelle beauftragt, die Rückerstattung zwischen dem vollen Bezugspreis und dem ermässigten Bezugspreis (Junioren-/Seniorentarif) bei den Bezügerinnen und Bezüger von Ergänzungsleistungen vorzunehmen. Im Jahr 2001 wurden an 109 (104) Personen Rückerstattungen ausgerichtet.

AHV/IV/EL	1999	2000	2001
Anzahl AHV/IV-Rentenfälle	8 577	9 310	9 416
Ausbezahlte Renten (in 1 000 CHF)	155 400	158 262	176 625
Anzahl Ergänzungsleistungsfälle	2 899	2 955	3 173
Ausbezahlte Ergänzungsleistungen (in 1 000 CHF)	49 600	53 680	63 203

560.2 Mitglieder

Die Zahl der bei den Ausgleichskassen der Verbände und der Sozialversicherungsanstalt des Kantons St.Gallen erfassten Beitragspflichtigen (Arbeitgeber, juristische Personen, Nichterwerbstätige) entwickelte sich wie folgt:

BEITRAGSPFLICHTIGE	1999	2000	2001
Beitragspflichtige Arbeitgeber/ Selbständigerwerbende/Nichterwerbstätige	7 834	8 238	8 372

560.3 Verwaltungskosten

Die Sozialversicherungsanstalt vergütet einen Teil der Aufwendungen für die Führung der AHV-Zweigstelle und die Durchführung der Prämienverbilligung gemäss Bundesgesetzgebung über die Krankenversicherung.

VERWALTUNGSKOSTEN	1999	2000	2001
Ertrag in CHF 1 000	232	288	304

Die im Bundesgesetz über die Arbeitslosenversicherung (AVIG) vorgeschriebenen regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) haben 1996 die Aufgaben der Gemeindearbeitsämter und teilweise der kantonalen Arbeitsämter (Amt für Arbeit) übernommen. Das kantonale Gesetz über Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung sieht vorderhand aber weiterhin die Führung eines kommunalen Arbeitsamtes vor. Dieses hat im Wesentlichen die Aufgabe einer Anlaufstelle. In der Stadt St.Gallen ist das Arbeitsamt organisatorisch und räumlich im RAV integriert. Für die Durchführung der Aufgaben ist eine Personaleinheit erforderlich. Die anfallenden Kosten sind analog zu den übrigen Gemeinden durch die Stadt zu tragen.

562 **Regionales Arbeitsvermittlungszentrum**

562.1 **Allgemeines**

Das Einzugsgebiet des RAV St.Gallen umfasst die Stadt St.Gallen und die Gemeinden Wittenbach, Häggenschwil, Muolen, Mörschwil, Berg, Eggersriet, Gossau, Andwil, Waldkirch und Gaiserwald. Wegen des Rückgangs der Arbeitslosigkeit beschloss die Regierung die Aufhebung der RAV-Zweigstelle Rorschach. Ab 1. Oktober 2001 werden die Stellensuchenden und Arbeitgeber der Gemeinden Steinach, Tübach, Goldach und Untereggen vom RAV St.Gallen betreut. Die Stadt St.Gallen führt das RAV aufgrund des Leistungsauftrages und mit den finanziellen Mitteln, die gemäss der bundesrechtlichen Regelung zur Verfügung stehen. Die Kosten werden vom Kanton voll rückerstattet.

Nach dem im Dezember 2000 gefällten Beschluss, die Vereinbarung zwischen Kanton und Stadt St.Gallen betreffend Führung des RAV vorzeitig auf 31. Dezember 2001 aufzulösen, galt es im Jahr 2001 sämtliche mit der Kantonalisierung zusammenhängenden Arbeiten an die Hand zu nehmen.

Während Jahrzehnten führte die Stadt St.Gallen ein eigenes Arbeitsamt als Dienststelle der Verwaltung der Sozialen Dienste. Dieses erfüllte wesentliche Voraussetzungen eines eigentlichen Arbeitsvermittlungszentrums, wie sie 1996 der Kanton dann auch aufgrund der Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes einführen musste. Deshalb entstand aus dem Arbeitsamt das Regionale Arbeitsvermittlungszentrum St.Gallen (RAV). Gestützt auf eine Vereinbarung zwischen Regierung und Stadtrat übernahm die Stadt den Aufbau und die Führung des RAV, welches offiziell am 1. September 1996 den Betrieb aufnahm. Die städtische Trägerschaft ermöglichte einen raschen, zweckmässigen Aufbau und Ausbau, eine enge Vernetzung mit den Dienststellen der Stadtverwaltung, den privaten Beratungsstellen, welche mit dem Thema Arbeitslosigkeit konfrontiert sind, wie auch mit den Regionsgemeinden.

Die Dienststelle bestand aus dem RAV, dem vollständig im RAV integrierten Arbeitsamt und der AHV-Zweigstelle. Das Arbeitsamt wird auf den 1. Januar 2002 ins RAV überführt und organisatorisch und finanziell ebenfalls vom Kanton übernommen.

Im Jahr 2001 ist die Organisationsstruktur des RAV nicht wesentlich verändert worden. Das RAV gliedert sich in vier Abteilungen. Zweieinhalb Personalberaterstellen sind für Arbeitgeberkontakte und Stellenbewirtschaftung eingesetzt. Für Stellensuchende steht ein mit Personalcomputern ausgerüstetes Bewerbungsbüro zur Verfügung. Wegen der gegen Jahresende wieder ansteigenden Arbeitslosigkeit musste der Personalbestand um zwei Stellen erhöht werden.

Für die RAV besteht ein vom Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement und vom Staatssekretariat für Wirtschaft (seco) vorgegebener Leistungsauftrag mit folgenden Wirkungsindikatoren: rasche Wiedereingliederung, Vermeiden/Senken von Langzeitarbeitslosigkeit, Aussteuerungen und Wiederanmeldung von Stellensuchenden. Die Messung der Wirkung der Kantone bzw. der einzelnen RAV erfolgt aufgrund eines komplexen ökonometrischen Modells. Dieses versucht mittels exogener Faktoren die Werte der einzelnen RAV untereinander vergleichbar zu machen. Mit der wirkungsorientierten Steuerung der Vollzugsstellen und dem Einsatz von wirkungsorientierten Instrumenten ist ein Lernprozess in Gang gekommen, der noch nicht abgeschlossen ist. Die Praxis hat gezeigt, dass die Problematik in der Relativität und der nicht verständlichen Plausibilität des Modells liegt. Auf Bundesebene ist dies teilweise erkannt und es wird versucht, praktikable Lösungen zu finden. Trotz der Wissenschaftlichkeit der Messung, gibt es zahlreiche Effekte, welche die Leistungen des RAV beeinflussen, die nicht messbar sind. Die Schwierigkeiten einer Leistungsbeurteilung haben sich im Jahresverlauf – aufgrund der Entwicklung der Arbeitslosigkeit – verschärft. Im Rahmen der Qualitätsentwicklung versuchten im Kanton St.Gallen alle RAV, Qualitätsstandards zu formulieren, umzusetzen und eine Verbesserung der Wirkung zu erzielen.

Zur Verstärkung der Kooperation mit Arbeitgebern und Arbeitnehmerorganisationen besteht für jedes RAV eine tripartite Kommission unter dem Vorsitz des Leiters des Amtes für Arbeit. Sie besteht – wie alle tripartiten Kommissionen im Kanton St.Gallen – aus neun Mitgliedern. Die Stadt St.Gallen wird darin durch den Vorstand der Verwaltung der Sozialen Dienste vertreten.

562.2 Arbeitsvermittlung

Zu Beginn des Jahres waren alle Prognosen auf heiter eingestellt, und die Arbeitslosenzahlen sanken kontinuierlich wie in den Vorjahren. Im Juni registrierte man einen seit Jahren nicht mehr erreichten Tiefststand. Dann kam der Wendepunkt. Die Arbeitslosenzahlen begannen langsam und kontinuierlich wieder anzusteigen. Die RAV-Region St.Gallen, die dank ihrer Grösse einen Drittel der Stellensuchenden des Kantons betreut, lag leicht über dem kantonalen Durchschnitt.

Von der Zunahme der Arbeitslosigkeit waren Männer und Frauen, Schweizerinnen und Schweizer wie auch Ausländerinnen und Ausländer und die meisten Branchen gleichermassen betroffen.

Gegen Jahresende akzentuierten sich die Probleme bei stellensuchenden Personen mit fehlender Berufsausbildung, mangelnden Sprachkenntnissen, körperlichen und/oder psychischen Erkrankungen, bei älteren Personen und Langzeitarbeitslose.

Registrierte Arbeitslose sind Personen, die ohne bezahlte Beschäftigung, sofort vermittelbar und beim RAV eingeschrieben sind und eine Voll- oder Teilzeitbeschäftigung suchen.

ARBEITSLOSE	1999	2000	2001
Nach ausgeübter Funktion in %			
Fachfunktion (mit Berufsabschluss)	44.4	49.9	49.7
Hilfsfunktion (ohne Berufsabschluss)	49.7	45.8	45.3
Schüler/innen, Lehrlinge/Lehrlöcher	5.4	3.9	4.8
Übrige	0.4	0.4	0.2

Die folgenden statistischen Werte beziehen sich auf die Stadt St.Gallen:

ARBEITSLOSIGKEIT (pro Monat)	1999	2000	2001
Anzahl Stellensuchende	1 920	1 466	1 318
Anzahl Arbeitslose	1 172	823	677
Arbeitslosenquote in %	3.0	2.1	1.7

562.3 Region

Die folgenden Kennziffern beziehen sich auf die gesamte RAV-Region, die rund 27% der erwerbstätigen Bevölkerung des Kantons St.Gallen umfasst. Im Jahresdurchschnitt waren gut 33% der Stellensuchenden des Kantons im RAV St.Gallen gemeldet.

ARBEITSLOSIGKEIT	1999	2000	2001
Anzahl Stellensuchende (pro Monat)	2 554	1 937	1 823
Anzahl Arbeitslose (pro Monat)	1 520	1 059	943
Arbeitslosenquote in %	2.6	1.7	1.5
Neuanmeldungen Stellensuchender pro Monat	350	305	353
Gemeldete offene Stellen im Jahr	2 388	2 246	1 872
Erfolgte Arbeitsvermittlungen im Jahr	593	431	412

562.4 Arbeitsmarktliche Massnahmen

Die Kantone sind verpflichtet, im Bereich der arbeitsmarktlichen Massnahmen (Kurse, Einsatzprogramme) eine Anzahl Jahresplätze anzubieten. Im Jahr 2001 nahmen gesamthaft 1 135 arbeitslose Personen an einer Massnahme teil.

Bis Ende 1996 wurden über das Arbeitsamt je ein Beschäftigungsprogramm für die in der Arbeitslosenversicherung anspruchsberechtigten Arbeitslosen und ein solches für ausgesteuerte Personen (Projekt Taglohn) angeboten. Seit 1997 sind die Beschäftigungsprogramme für anspruchsberechtigte Personen Teil der arbeitsmarktlichen Massnahmen. Diese werden vom RAV in Zusammenarbeit mit dem Amt für Arbeit (AIA) durchgeführt und vollumfänglich von der Arbeitslosenversicherung finanziert. Es werden Einsatzmöglichkeiten bei der Stadtverwaltung, den Regionsgemeinden, Non-Profitorganisationen und besonderen Programm-Veranstaltern angeboten. Im Monatsdurchschnitt waren jeweils rund 90 Personen in diesen Programmen eingesetzt.

Der Leistungsauftrag an die RAV sieht keine Beschäftigungsprogramme für ausgesteuerte Langzeitarbeitslose vor. Solche Programme werden auch nicht aus der Arbeitslosenversicherung finanziert. Diese Aufgabe übernimmt die Stiftung für Arbeit, deren Gründung der Grosse Gemeinderat im September 1997 zustimmte. Die Zusammenarbeit RAV – Stiftung für Arbeit ist institutionalisiert.

562.5 Interinstitutionelle Zusammenarbeit

Das Arbeitslosenversicherungsrecht sieht vor, dass die RAV Vereinbarungen zur Förderung der Zusammenarbeit mit Institutionen der Berufsbildung und der öffentlichen Sozialhilfe abschliessen können. Im Rahmen dieser Vereinbarungen wird – über die Arbeitslosenversicherung – ein Teil der Aufwendungen dieser Stellen für die Beratung Stellensuchender abgegolten. In diesem Sinne besteht seit 1997 eine Vereinbarung bezüglich Zusammenarbeit zwischen RAV und Berufsberatungsstelle St.Gallen. 105 (120) Stellensuchende wurden vom RAV für weitere Abklärungen der Berufsberatungsstelle zugewiesen. Die Berufsberatungsstelle wendete pro Person knapp vier Beratungsstunden auf. Für die Beratung von Kaderpersonen besteht eine besondere vertragliche Vereinbarung mit einer entsprechend spezialisierten Personalberatung.

6 **BAUVERWALTUNG**

60 **Abteilungssekretariat**

603 Stadtplanung

603.1 Zonenplanung und Bauordnung

603.2 Überbauungs-, Gestaltungs- und Baulinienpläne

603.3 Stadtentwicklung

603.4 Öffentlicher Raum

603.5 Sicherheit im Stadtraum

603.6 Denkmalpflege

S1 **Tiefbauamt**

611 Strassenbau

611.1 Stand des Rahmenkredites 2001-2004 für Strassensanierungen

611.2 Baulicher Unterhalt

611.3 Stand der Bauvorhaben zu Lasten der Investitionsrechnung

611.31 Erschliessungsstrassen

611.32 Gemeindestrassen

611.33 Staatsstrassen

612 Verkehrs- und Transporttechnik

612.1 Allgemeine Entwicklung des Verkehrs

612.2 Koordination des Verkehrsgeschehens im Raum St.Gallen

613 Massnahmenplan Luftreinhaltung

613.1 Nachführung 1997, Stand

613.2 Tempo 30-Zone

614 Wasserbau

614.1 Weiher

614.2 Bäche

615 Strasseninspektorat

615.1 Strassenunterhalt

615.2 Winterdienst

615.3 Automobilbetrieb

616 Transportdienst

617 Städtische Garage

S2 **Hochbauamt**

621 Projekte und Wettbewerbe

621.1 Öffentliche Gebäude

621.2 Gebäude der Schulverwaltung

621.3 Sportgebäude

621.4 Wohn- und Geschäftsliegenschaften

622 Laufende Rechnung

622.1 Fürsorge-, Verwaltungs- und Finanzvermögen

622.2 Wohnheim für Kinder und Jugendliche sowie Betagte

622.3 Öffentliche Gebäude

622.4 Truppenunterkünfte/Schiessanlagen

622.5 Zivilschutzbauten

622.6 Gebäude der Schulverwaltung

622.7	Sportgebäude
622.8	Wohn- und Geschäftsliegenschaften
622.9	Landwirtschaftsbetriebe
623	Haustechnik
63	Gartenbauamt
630	Verwaltung der Dienststelle
631	Fahrzeuge, Maschinen und Werkstatt
632	Öffentliche Anlagen
633	Schulanlagen
634	Botanischer Garten
635	Friedhöfe
636	Sportanlage
637	Familiengärten
638	Anzuchtsgärtnerei
639	Naturschutz- und Landschaftsplanung
64	Liegenschaftenamt
640	Verwaltung der Dienststelle
641	Wohn- und Geschäftsliegenschaften
642	Landwirtschaftliche Liegenschaften
643	Bauplätze und Bodenabschnitte
644	Baurechtsparzellen
65	Baupolizei
651	Baugesuche inkl. Reklame-, Bauermittlungs- und Fällgeuche
652	Bauten mit Wohnungen
653	Bauberatung
654	Bauaufsicht
655	Baulicher Zivilschutz
656	Energie/Tankanlagen
657	Feuerschutz
66	Vermessungsamt
661	Vermessung und Dienste
662	Rauminformationszentrum (RIZ)
67	Grundbuchamt
671	Erbrachte Leistungen

Aufgaben:

- Unterstützt die Vorsteherin und die Dienststellen, namentlich in rechtlichen und verfahrensmässigen Fragen
- Arbeitet Vorlagen an den Stadtrat und Grossen Gemeinderat aus
- Arbeitet Antworten auf parlamentarische Vorstösse aus
- Bearbeitet Einsprachen etc. im Zusammenhang mit Bauordnung und Zonenplan, Sonderbauvorschriften, Strassenprojekten etc.
- Bearbeitet alle Aspekte der Stadtentwicklung, namentlich im Zusammenhang mit dem Zonenplan und den Sonderbauvorschriften in der Abteilung Stadtplanung
- Koordiniert fachlich und zeitlich Sachgeschäfte und Vorlagen an den Stadtrat und Grossen Gemeinderat sowie parlamentarische Vorstösse
- Sekretariat der Bau- und Liegenschaftenkommission
- Archiviert wichtige Akten, Plänen usw.
- Führt die Baubuchhaltung
- Betreibt die Telefonzentrale

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	1999	2000	2001
Aufwand	4 953	4 430	4 756
Ertrag	2 737	2 141	2 064
Aufwandüberschuss	2 216	2 289	2 692
Personalbestand	17.8	17.0	16.7

Das Abteilungssekretariat umfasst nebst dem Sekretariat die Bereiche Stadtplanung, Dokumentationsstelle/Archiv, Rechtsdienst, Rechnungsbüro und die Telefonzentrale der Stadtverwaltung.

PLANAUFLAGEN	1999	2000	2001
Überbauungs-, Gestaltungs- und Baulinienpläne; Bestand	313	317	322
Planaufgaben gemäss Baugesetz	17	6	13
Planaufgaben gemäss Strassengesetz	11	8	5

603 Stadtplanung**603.1 Zonenplan und Bauordnung**

Per 1. Dezember 2001 hat der Stadtrat einen Grossteil der Zonenplanänderungen des mehrjährigen Revisionsverfahrens in Kraft gesetzt. Aufgrund hängiger Rechtsmittelverfahren steht die Genehmigung der neuen Bauordnung und einzelner Zonenplanänderungen noch aus.

603.2 Überbauungs-, Gestaltungs- und Baulinienpläne

Die Begleitung und Erarbeitung bzw. Koordination von Sonderbauvorschriften bildet einen wichtigen Bestandteil der Stadtentwicklungsplanung. Städtebauliche Konzepte, Testentwürfe etc. werden in ein rechtsverbindliches Planungsinstrument umgesetzt. Bei Sonderbauvorschriften mit geringfügiger Bedeutung wurde vermehrt das abgekürzte Verfahren angewendet. Zudem wurden die dazugehörigen besonderen Vorschriften einerseits vereinfacht und andererseits vermehrt auf Aspekte der Nachhaltigkeit und Sicherheit im Stadtraum ausgerichtet.

Es zeigt sich je länger je mehr, dass für grössere städtebaulich relevante Bauvorhaben die Zusammenarbeit mit Grundeigentümerinnen und Grundeigentümern, Bauherren und Investoren mittels sogenannten kooperativen Verfahren gesucht werden muss. So konnten in jüngster Vergangenheit einige planerische Erfolge verbucht werden (z.B. Bahnhof Nordwest, Zweibruggenmühle, Swisscom-Areal/Lachen, Maestrani-Areal). Die klassische Bauberatung erfolgt vermehrt im Baugesuchsverfahren.

Im Register der rechtskräftigen Überbauungs-, Gestaltungs- und Baulinienpläne sind folgende Mutationen eingetragen worden:

- Gestaltungsplan Unteres Hompeli mit besonderen Vorschriften
- Überbauungsplan Moos, Abtwil mit besonderen Vorschriften
- Gestaltungsplan Oberstocken mit besonderen Vorschriften
- Überbauungsplan Remishueb Ost mit besonderen Vorschriften
- Überbauungsplan Areal Lagerhäuser mit besonderen Vorschriften (Änderung)
- Gestaltungsplan Boppartshof mit besonderen Vorschriften (Änderung)
- Baulinienplan Walkebach, Winkeln mit besonderen Vorschriften

Für folgende Gebiete sind Sonderbauvorschriften in Bearbeitung bzw. im Verfahren:

- Schupplisstrasse 7/9 (Überbauungsplan, Bürogebäude)
- Einstein Kongress (Gestaltungsplan, Kongresshaus/Wohnen/Büro)
- Vogelherd Nord (Gestaltungsplan, Wohnungsbau)
- Rosenbüchel (Gestaltungsplan, Wohnungsbau)
- Burgweiherareal (Schutzverordnung)
- Burgstrasse (Gestaltungsplan, Wohnungsbau)
- Wartensteinstrasse (Gestaltungsplan, Wohnungsbau)
- Goethestrasse 6 (Überbauungsplan, Wohnungsbau)
- Zürcher Strasse/Stationsstrasse (Überbauungsplan, Gemischte Nutzung)
- Hinter-Haggen (Überbauung, Aufstockung mit Wohnungen)
- Zweibruggenmühle (Überbauungsplan, Gemischte Nutzung)
- Peter und Paul-Strasse (Aufhebung Überbauungsplan)
- Watt (Gestaltungsplan, Wohnungsbau)
- Kräzernstrasse 115–131 (Gestaltungsplan, Aufstockung mit Wohnungen)
- Unterer Graben/Zentralgarage (Überbauungsplan, Aufstockung mit Büros)
- Stadion, Winkeln (Überbauungsplan, Fussballstadion und Einkaufszentrum)

603.3 Stadtentwicklung

In Anbetracht des nicht mehr zeitgemässen Teilplans Siedlung und Landschaft aus dem Jahr 1981 sowie aufgrund von drei parlamentarischen Vorstössen (Motion «Neuer Teilplan Verkehr», Motion «Landschafts-Entwicklungskonzept (LEK) – Basis für Direktzahlungen» und Motion «Erschliessung der Bauzonen») wurde die Ausarbeitung des neuen Richtplans für die Stadt St.Gallen in Angriff genommen. Dabei sollen die Teilbereiche Siedlung, Verkehr und Landschaft nicht mehr sektoriell, sondern koordiniert aufeinander abgestimmt werden. In einem ersten Schritt wurde eine zweckmässige verwaltungsinterne Organisationsform erarbeitet und eine Bestandesanalyse der vorhandenen und zu erarbeitenden Grundlagen vorgenommen.

Der Kanton St.Gallen überarbeitet derzeit den kantonalen Richtplan 1987. Die städtischen Anliegen wurden durch den Stadtplaner in mehreren Sitzungen der Begleitgruppe vertreten. Der Stadtrat hat zum neuen Richtplan eine umfassende Stellungnahme abgegeben; grundsätzlich wird er als Führungsinstrument der Regierung positiv bewertet. Bemängelt wird im Besonderen aber, dass der Richtplan nur wenig Prioritäten setzt und verschiedene Zielkonflikte absehbar sind.

Anfangs September reichte die Stadion St.Gallen AG das Planungsdossier Überbauungsplan Stadion St.Gallen-Winkeln ein. Die umfangreichen Planungsgrundlagen mit Umweltverträglichkeitsprüfung wurden von verschiedenen städtischen Amtsstellen geprüft. Der daraus resultierende Vorprüfungsbericht zeigte zusammen mit den Stellungnahmen der kantonalen Behörden verschiedene Bereiche, die einer vertieften Bearbeitung bedürfen. In der Hauptsache sind dies der Bereich Verkehr, Aspekte der Sicherheit und die Einhaltung von Baulinien.

Die Stadtplanung begleitete eine vom kantonalen Tiefbauamt und vom Amt für öffentlichen Verkehr in Auftrag gegebene Studie über die Siedlungs- und Verkehrsentwicklung im Raum St.Gallen-West. Aufgrund einer gesamtheitlichen Situationsanalyse wurden in der Studie eine zweckmässige Siedlungsentwicklung und verkehrliche Erschliessung dargestellt und weitere Vorgehensschritte aufgezeigt.

Die Stadtplanung und die Umweltfachstelle führten zusammen mit den beteiligten Quartiervereinen unter dem Titel «Ideen fürs Quartier Lachen» eine Zukunftswerkstatt durch. An einer ganztägigen Veranstaltung und an zwei Folgeabenden beschäftigten sich jeweils über 40 Bewohner und Bewohnerinnen des Quartiers Lachen-Vonwil-Paradies-St.Leonhard mit Ideen und Projekten zur Verbesserung der Lebensqualität in diesem Stadtteil. Sechs Lösungsansätze liegen vor, die von einzelnen Arbeitsgruppen weiter bearbeitet werden.

Nach der Referendumsabstimmung über die Abgabe der städtischen Liegenschaften Wassergasse für den Bau eines Kongresszentrums wurde ein Studienauftrag zur Erlangung eines städtebaulich und architektonisch hochstehenden Projektes durchgeführt. Das inzwischen vorliegende und bereits weiter bearbeitete Resultat dient als Grundlage für einen Gestaltungsplan, der 2002 vorgelegt werden soll.

Die Schweizerischen Bundesbahnen besitzen in der Stadt St.Gallen im Gebiet des Güterbahnhofes an der Oberstrasse, ein Entwicklungsareal mit einer Fläche von ca. 2.5 ha. Im Rahmen der Revision des Zonenplanes wurde diese Fläche in eine Bauzone umgezont und damit für eine bauliche Entwicklung freigegeben. Zusammen mit der SBB hat die Stadtplanung eine sogenannte kooperative Entwicklungsplanung zur Erlangung eines städtebaulichen Entwurfes für eine Überbauung initiiert.

Das alteingesessene Unternehmen Maestrani Schweizer Schokoladen AG beabsichtigt, den Produktionsstandort in St.Georgen aufzugeben. Im Hinblick auf den Verkauf des Areals wurden im Rahmen eines Workshops mit zwei Planungsteams die Umnutzungsmöglichkeiten der bestehenden Gebäude sowie die Bebauungsmöglichkeiten des Areals ausgelotet. Das Resultat dieses Workshops wurde in einem Überbauungsplan umgesetzt, der im Jahr 2002 zur öffentlichen Auflage kommen wird.

Das Gebiet zwischen Zürcher Strasse, Stationsstrasse und Schäfliweg ist in Bezug auf die bauliche Entwicklung nach der Regelbauweise stark eingeschränkt und lässt den meisten Grundeigentümer nur wenig Spielraum offen. Die Mehrheit davon hat beschlossen, in Zusammenarbeit mit der Stadtplanung ein gemeinsames Planungsverfahren durchzuführen. Der daraus resultierende Überbauungsplan wurde öffentlich aufgelegt.

Dass ein grosses Interesse an der Ausschöpfung der vorhandenen Entwicklungsmöglichkeiten besonders für den Bereich «Wohnen» besteht, wird durch die intensive Bearbeitung wichtiger noch bebaubarer oder besser nutzbarer Gebiete deutlich. In enger Zusammenarbeit mit verschiedenen Bauherrschaften wurden für folgende Gebiete grössere Überbauungen vorbereitet:

- Remishueb Ost
- Vogelherd Nord
- Rosenbüchel
- Burgstrasse
- Wartensteinstrasse

Genossenschaftssiedlungen aus der Nachkriegszeit erleben gegenwärtig grundlegende Veränderungen in ihrer Bewohnerstruktur. Die erste Generation verlässt die bescheidenen und aus heutiger Sicht eher engen Reihen- und Doppelhäuser. Inzwischen sind die Raumansprüche gestiegen, und die Siedlungshäuser sind für junge Familien mit Kindern oft zu klein. Im Quartier Sömmerli und an der Lehnstrasse wurde durch die Zonenplanrevision städtebaulich wertvollen Siedlungsteilen aus dieser Zeit der Status von Quartieren mit besonderem baulichem Erscheinungsbild verliehen. Um den damit verbundenen Schutzauftrag erfüllen und das Potenzial für die Erweiterung der einzelnen Häuser optimal ausschöpfen zu können, wurden in Zusammenarbeit mit den Bewohnenden Konzepte erarbeitet, die eine beträchtliche Vergrösserung der Wohnfläche und eine Anpassung an einen zeitgemässen Lebensstandard erlauben. Diese Konzepte werden, nachdem sie den Bewohnenden zur Stellungnahme vorgelegt wurden, zu Sondernutzungsplänen weiterentwickelt.

603.4 Öffentlicher Raum

Der Stadtrat hat versuchsweise eine neue Organisationsstruktur zwischen der Bau- und Polizeiverwaltung für die Wahrnehmung der verschiedenen interdisziplinären Aufgaben im öffentlichen Raum verabschiedet. Die Erarbeitung dieser Strukturen und Abläufe war in diesem Jahr ein besonderer Themenschwerpunkt. Weitere im öffentlichen Raum sichtbare materielle Schwerpunkte waren die neue WC-Pilotanlage (Juwel) an der Museumstrasse, die neue zeitgemässe und altstadtverträgliche Gassenbeschriftung in Zusammenarbeit mit den Gassengesellschaften sowie die Standortoptimierung von Telefonkabinen im öffentlichen Raum.

603.5 Sicherheit im Stadtraum

Auch dieses Jahr zeigen diverse Stellungnahmen zu Baugesuchen und Sonderbauvorschriften, dass die Bedürfnisse der sogenannt subjektiven Sicherheit nicht immer von Beginn in die Projekte einfließen. Als Nachfolgeprojekt zur Überprüfung der Sicherheit auf den städtischen Kinderspielplätzen koordinierte die Fachstelle die Neuprojektierung des Spielplatzareals an der Zilstrasse.

Im Mai/Juni 2001 führte die Fachstelle eine Umfrage an Schulen durch. Das Anliegen war, Informationen zu erhalten, welche Orte in der Stadt St.Gallen den Kindern und Jugendlichen «nicht ganz geheuer» sind. Die über zweitausend Fragebogen (einbezogen waren alle zweiten und fünften Klassen der Primarschule sowie alle Jugendlichen der städtischen zweiten Oberstufe) sind unterdessen tabellarisch erfasst, und eine erste grobe Übersicht liegt vor.

Im Jahr 2001 konnten 28 durch die Denkmalpflege teilweise intensiv begleitete Restaurierungen abgeschlossen werden. Die Zahl liegt im oberen Durchschnitt der letzten Jahre, der dafür vorgesehene Kredit wurde jedoch nicht ganz ausgeschöpft. Rechnet man mit einem durchschnittlichen Subventionssatz von 17.5%, so dürften die ausbezahlten Beiträge direkt ein Arbeitsvolumen von über CHF 2 Mio. ausgelöst haben (ohne stadteigene Umbauten). Aufgrund ihrer baugeschichtlichen Bedeutung, der Komplexität der Renovation oder der Sorgfältigkeit der Ausführung verdienen die nachfolgenden Objekte speziell erwähnt zu werden: Altstadthaus «Zum Strauss» (Webergasse 26), alte Turnhalle Kreuzbleiche (Burgstrasse 40), ehemaliges Fabrikgebäude der Firma Iklé (Feldlistrasse 31), Mehrfamilienhaus Teufener Strasse 146/148, Renovation des Treppenhauses im ehemaligen Amtshaus St.Fiden (Rorschacher Strasse 107) und die Renovation des Bauernhauses Oberer Kapf (Kapfswaldweg 2).

Den Renovationsarbeiten gehen oft umfangreiche Forschungs- und Dokumentationsarbeiten voraus. Zusammen mit externen Fachleuten wurden im vergangenen Jahr sieben Objekte genauer erforscht und beschrieben. Vor allem bei den Häusern «Zum Strauss» und Schwertgasse 1 konnten wichtige Erkenntnisse über die Bautechnik und die Ausstattung der frühneuzeitlichen Altstadtbauten gewonnen werden.

Im Berichtsjahr sind die Bauwerke Mühlenstrasse 3/5, Teufener Strasse 146/148, Zwinglistrasse 41 und Rietstrasse 17 neu in das Inventar der schützenswerten Bauten der Stadt St.Gallen aufgenommen worden. Im gleichen Zeitraum wurden auch die Objekte Speicherstrasse 1/3 und Zürcher Strasse 218/220 aufgrund übergeordneter Interessen oder einer eingehenden Prüfung der Schutzzfähigkeit aus dem Inventar entlassen. Für zehn Baudenkmäler ist in Zusammenarbeit mit den Eigentümern eine Schutzvereinbarung abgeschlossen worden.

DENKMALPFLEGE (in CHF 1 000)	1999	2000	2001
Anzahl Subventionsbescheide	29	16	26
an öffentliche Institutionen	23	—	—
an privatrechtliche Institutionen	145	46	89
an Privatpersonen	97	41	88

61 Tiefbauamt

Aufgaben:

- Aufsicht über die Gemeindestrassen und -wege gemäss Strassengesetz sowie die durch den Staat delegierten Befugnisse auf Staatsstrassen
- Bearbeitet alle verkehrlich und verkehrsplanerisch relevanten Aufgaben für den öffentlichen und privaten Verkehr, inkl. Massnahmen für Fussgängerinnen/Fussgänger und Velofahrerinnen/Velofahrer
- Plant, projiziert und baut von Strassen, Wegen, Kunstbauten und Lichtsignalanlagen
- Reinigt, Winterdienst und Unterhalt von Strassen, Wegen und Plätzen
- Pikettdienste zur Behebung von Schäden bei Leitungsbrüchen und Naturereignissen
- Kehrachtsammeldienst im Auftrag des Entsorgungsamtes
- Wartet die Robidog-Behälter
- Spezialaufträge, wie z.B. die Reinigung der Altstadt nach dem St.Galler Fest oder während der OLMA
- Aufsicht über die Gewässer und Betreuung wasserbaulicher Aufgaben gemäss Wasserbaugesetz, inkl. Sicherheit der Weiher sowie Planen, Projektieren und Bauen von Bächen

	1999	2000	2001
Aufwand	45 884	42 834	45 575
Ertrag	24 684	24 415	25 887
Aufwandüberschuss	21 200	18 419	19 688
Personalbestand	158.1	156.1	155.5

611 Strassenbau

611.1 Stand des Rahmenkredites 2001-2004 für Strassensanierungen

Im Berichtsjahr gab der Stadtrat acht Teilkredite aus dem Rahmenkredit für Strassensanierungen im Umfang von CHF 7.991 Millionen frei. Dies entspricht 55.1% des gesamten Rahmenkredites von CHF 14.5 Millionen. Es sind ausschliesslich Projekte aus der Objektliste, die der Vorlage an den Grossen Gemeinderat für den Rahmenkredit zu Grunde lag, berücksichtigt worden. Die Kreditfreigabe erfolgt gleichzeitig mit den Vorlagen für die Kanal- und Werkleitungssanierungen. Weil die definitive Strasseninstandstellung erst ein bis zwei Jahre nach den Kanal- und Werkleitungssanierungen erfolgen kann, verteilen sich die Aufwendungen für die Strassensanierungen über den Zeitraum von 2001 bis 2006. Demnach ist von den acht freigegebenen Teilkrediten erst ein Projekt im Bau, bei den übrigen sieben Projekten sind die Arbeiten noch nicht begonnen worden.

Im Jahre 2001 sind etwa 850 m² Strassenfläche saniert worden. Der Arbeitsstand entspricht dem koordinierten Gesamtbauprogramm für die Rahmenkredite mit Ausnahme der Lindenstrasse, bei der sich der Arbeitsbeginn um ein Jahr verschoben hat. Bei dem frei gegebenen Betrag von CHF 7.991 Millionen Franken handelt es sich um die Summe der Kostenvoranschläge. In den kommenden Berichtsjahren werden die Kostenstände der Projekte den entsprechenden Kostenvoranschlägen gegenübergestellt.

611.2 Baulicher Unterhalt

Mit dem Kredit von CHF 3 350 000 in den Konten 614.3140 und 614.3141 der Laufenden Rechnung wurden folgende grössere Unterhaltsarbeiten ganz oder teilweise ausgeführt:

- Burgstrasse, Bogenstrasse bis Grenzstrasse
- Molkenstrasse
- Röschstrasse, Falkensteinstrasse bis Flurhofstrasse
- Sonnenhaldenstrasse, Goethestrasse bis Gerhaldenstrasse
- Wartensteinstrasse, Tannenstrasse bis Goethestrasse
- Rosenheimstrasse
- Kolosseumstrasse, Hodlerstrasse bis Heiligkreuzstrasse
- Höchster Strasse, Haus Nr. 30 bis Guggeien Höchst
- Kornhausstrasse, Bahnhofplatz bis St. Leonhard-Strasse
- Gartenstrasse, Schreinerstrasse bis Oberer Graben
- Sternackerstrasse, Rorschacher Strasse bis Linsebühlstrasse
- Vonwilstrasse, Burgstrasse bis Vonwilbrücke
- Heimatstrasse, Bach- bis Spyristrasse
- Kräzernstrasse, Stocken bis Kräzernbrücke
- Mühlenstrasse, Sicherungsmassnahmen Nagelfluhwände
- Bahnhofstrasse, Sanierung der Unterführung
- Sittertalstrasse, Ersatz der Fussgängerbrücke, Projektierung
- Bahnhofunterführung West, Beitrag an die Sanierung

611.3 Stand der Bauvorhaben zu Lasten der Investitionsrechnung

611.31 Erschliessungsstrassen

BESCHLUSS	BAUVORHABEN	STAND DER ARBEITEN
26.09.1993	Herisauer Strasse; Absenkung inkl. Anpassung Gsell- und Gübsenstrasse	Arbeiten abgeschlossen
26.09.1993	Oberwinkeln; Erschliessung	teilweise im Rohbau erstellt
14.03.1995	Rosenbüchel; Erschliessung	Ausweitung Oberstrasse erstellt
23.05.1995	Achslengut; Erschliessung (Kublystrasse)	Im Rohbau erstellt
11.11.1997	Erschliessung Vogelherd, Stichstrasse Süd, 1. Etappe	Endarbeiten fehlen
23.05.2000	Im Feld, Erschliessung; Ausbau der Erschliessungsstrasse und des Knotens Zürcher Strasse	Noch nicht begonnen (Rekursverfahren)
23.05.2000	Erschliessung Vogelherd, Verlängerung der Vogelherdstrasse, 2. Etappe	Im Rohbau erstellt
04.03.2001	Erschliessung des Gebietes Watt	Noch nicht begonnen

611.32 Gemeindestrassen

BESCHLUSS	BAUVORHABEN	STAND DER ARBEITEN
16.01.1996	Bahnhof Winkeln-Oberwinkeln; Verlängerung der Trolleybuslinie 1, strassenmässige Anpassungen	Endarbeiten fehlen
03.02.1998	Tempo 30-Zone; Einführung im Wohngebiet St.Georgen (östlich St.Georgen-Strasse)	Arbeiten abgeschlossen
11.08.1998	Tempo 30-Zone; Einführung im Wohngebiet Hochwacht/Oberhofstetten	Arbeiten abgeschlossen
24.11.1998	Biserhofstrasse; Instandstellung von der Gessnerstrasse bis zum Seelenhofweg inkl. Hangsicherung	Arbeiten abgeschlossen
10.08.1999	Tempo 30-Zone; Einführung im Wohngebiet, Leimat	Endarbeiten fehlen
17.08.1999	Tempo 30-Zone; Einführung im Wohngebiet, Brül	Endarbeiten fehlen
16.05.2000	Tempo 30-Zone; Einführung im Wohngebiet St. Fiden/Harzbüchel	Arbeiten im Gange
23.05.2000	Tempo 30-Zone; Einführung im Wohngebiet Kantonsspital	Arbeiten abgeschlossen
23.05.2000	Hagenstrasse; Instandstellung und Ausbau von der Boppartstrasse bis zur Wolfgangstrasse	Endarbeiten fehlen
20.06.2000	Oberhofstettenstrasse; Erneuerung von der Guggenstrasse bis zum Wendeplatz	Endarbeiten (Wendeplatz) fehlen
08.08.2000	Tempo 30-Zone; Einführung im Wohngebiet Boppartshof	Arbeiten abgeschlossen
08.08.2000	Tempo 30-Zone; Einführung im Wohngebiet Burgweiher/Lachen	Arbeiten abgeschlossen
08.08.2000	Tempo 30-Zone; Einführung im Wohngebiet Lehn/Hinterberg	Arbeiten abgeschlossen
28.11.2000	Schönaustrasse; Instandstellung von der Zürcher Strasse bis zur Sömmerliwaldstrasse	Noch nicht begonnen
27.03.2001	Tempo 30-Zone; Einführung im Wohngebiet Rosenberg Süd	Noch nicht begonnen
27.09.2001	St.Georgen-Strasse; Lurchenschutz beim Wenigerweiher	Arbeiten im Gange

611.33 Staatsstrassen

BESCHLUSS	BAUVORHABEN	STAND DER ARBEITEN
27.02.1996	Zürcher Strasse; Gehweg und Radstreifen im Breitfeld	Noch nicht begonnen
10.04.2001	Rosenbergstrasse; Belagssanierung und definitive Endhaltestelle für die VBSG-Linie 9	Arbeiten abgeschlossen

612.1 **Allgemeine Entwicklung des Verkehrs**

Auch im Jahr 2001 sind die Verkehrsmengen auf den wichtigsten Strassen an den Zählstellen im Stadtgebiet erhoben worden. Auf dem städtischen Strassennetz konnten – ausser auf einigen Umfahrrouten von längeren Baustellen – gleichbleibende Verkehrsbelastungen oder sogar leichte Verkehrsabnahmen festgestellt werden. Entsprechend den verkehrspolitischen Zielen gemäss Teilplan Verkehr konnten die örtlich differenzierten Entlastungswirkungen im Stadtstrassennetz nach der Eröffnung der Autobahn A1 auf dem Gebiet der Stadt St.Gallen mit Hilfe der flankierenden Massnahmen im Grossen und Ganzen weiterhin gehalten werden.

Der grösste Teil des Verkehrswachstums wurde weiterhin und ebenfalls zielkonform von der Autobahn A1 aufgenommen. Die Zuwachsrate auf der A1 bewegt sich mit 2% auf dem Niveau der Vorjahre. Die an den Gewerbe- und Industriezonen am Stadtrand gelegenen zwei Autobahnanschlüsse Winkeln und Neudorf weisen klar erkennbare Verkehrszunahmen auf. In diesen Gebieten sind die vorhandenen Strassenkapazitäten in den Spitzenstunden bereits weitgehend erreicht. Auch um den Anschluss Kreuzbleiche häufen sich in letzter Zeit Rückstaus, sogar durch den ganzen Schorentunnel. Zur Zeit ist keine Trendumkehr beim allgemeinen Verkehrswachstum erkennbar, so dass in voraussehbarer Zeit auch die Kapazitätsgrenze der A1 auf Stadtgebiet erreicht werden dürfte.

Die daraus für die Stadt entstehenden und seit einiger Zeit absehbaren Probleme können nicht mit pauschalisierten Rezepturen gelöst werden. Insbesondere sollen die Stadtstrassen die hohen Belastungen nicht uneingeschränkt aufnehmen müssen. Es bedarf einer integralen Lösung im Sinne bestehender langfristiger Zielsetzungen. Lösungen sind im Rahmen einer Nachführung des heute geltenden Teilplanes Verkehr, des Realisierungsplanes 1985/90, zu erarbeiten und umzusetzen. Die Vorbereitungen dazu sind im Gange.

612.2 **Koordination des Verkehrsgeschehens im Raum St.Gallen**

Der Verkehrsrat – als Informations- und Koordinationsorgan der vier Kantone St.Gallen, Thurgau, Appenzell A.Rh. und Appenzell I.Rh. – befasste sich mit dem Tarifverbund Ostschweiz, der Ergänzung für die St.Galler S-Bahn, einem Strategieplan «öffentlicher Verkehr des Kantons St.Gallen», den aktuellen Arbeiten an Bahn 2000, 2. Etappe und der Anbindung der Ostschweiz an das europäische Bahnnetz für den Hochgeschwindigkeitsverkehr (HGV) sowie mit dem Verkehrsraum St.Gallen-West und Herisau.

Mit dem Ostwind wird am 1. Januar 2002 der flächenmässig grösste Tarifverbund der Schweiz – mit 81 Tarifzonen und einem Streckennetz von gegen 3 000 Kilometern – auf den Markt gebracht. Neben den Kantonen des Verkehrsrates ist auch das Fürstentum Liechtenstein eingebunden. Die Kundschaft dieses Tarifverbundes wird zwischen 30 000 möglichen Verkehrsbeziehungen mit 38 verschiedenen Transportunternehmen auswählen können.

613 **Massnahmenplan Luftreinhaltung**

613.1 **Nachführung 1997, Stand**

Die übergeordneten Grundlagen für die Bewirtschaftung der Parkplätze bei Einkaufs-, Sport- und Freizeitanlagen werden durch das kantonale Baudepartement vorgegeben und liegen noch nicht vor.

613.2 Tempo 30-Zonen

Im Jahr 2001 konnten die Tempo 30-Zonen Lehn/Hinterberg, Boppartshof, Burgweiher/Lachen, Kantonsspital, St. Fiden/Harzbüchel und Hochwacht/Oberhofstetten eingerichtet werden.

Die Einführung der Tempo 30-Zone Hochwacht/Oberhofstetten konnte nach einem jahrelangen Rekursverfahren durch einen Bundesratsentscheid erfolgen, der sowohl die in der Stadt St.Gallen praktizierte bürgernahe Vorgehensweise bei der Planung und Umsetzung der Tempo 30-Zonen als vorbildlich nennt als auch die Wahl der Mittel wie Eingangstor und Zonenbausteine als zweckmässig und effektiv erachtet.

Von den vorgesehenen 44 Wohngebieten konnten bisher bereits 23 Tempo 30-Zonen eingerichtet werden. Fünf Zonen sind zur Realisierung vorbereitet und weitere drei Zonen geprüft worden. Darunter befindet sich auch die Zone Sonnenhalden, deren Einführung zu einem früheren Zeitpunkt noch abgelehnt worden war, unter den herrschenden Verkehrsverhältnissen nun aber von der Quartierbevölkerung gewünscht wird.

In der Tempo 30-Zone Brül haben Nacherhebungen der Verkehrsmengen und der Geschwindigkeiten stattgefunden. Während das Geschwindigkeitsniveau gesenkt werden konnte, hat sich die Verkehrsmenge wegen der im Gebiet liegenden Zu- und Wegfahrt der Parkgarage Brühltor nicht verringert.

614 Wasserbau

614.1 Weiher

Eine der zwei Ableitungen des Bildweihers ist defekt und muss gelegentlich ersetzt werden. Daher ist der ganze Einzugsbereich des Walke- und Kräzerebaches wasserbautechnisch untersucht worden.

Der Nestweiher hat wegen den Bäumen auf dem Damm Dichtigkeitsprobleme. Studien zur besseren Versorgung des Weihers mit Quellwasser wurden eingeleitet.

614.2 Bäche

Der Bergbach entlang dem Alters- und Pflegeheim Notkerianum wurde auf Initiative der Grundeigentümerin auf einer Länge von 135 Metern vorbildlich renaturiert. Die Stadt unterstützte das Projekt mit einem Beitrag. Der Unterschachenbach konnte auf 30 Metern geöffnet und naturnah gestaltet werden. Das Bachöffnungsverzeichnis für die neue Bauordnung ist in Bearbeitung.

BACHÖFFNUNGEN/RENATURIERUNGEN	1999	2000	2001
Bach geöffnet oder renaturiert, Meter	0	300	165
Bearbeitete Projekte	5	5	7
Kontrollierte Weiher	5	6	4

615 Strasseninspektorat

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	1999	2000	2001
Aufwand	40 548	36 648	39 145
Ertrag	24 005	23 708	25 177
Aufwandüberschuss	16 543	12 940	13 968
Personalbestand	135.7	133.9	133.5

Das Strasseninspektorat ist für die Reinigung, den Winterdienst und den Unterhalt der Strassen, Wege und Trottoirs auf dem Gebiet der Stadt St.Gallen zuständig. Weitere Aufgaben sind die Wiederinstandstellung von Aufgrabungen, die Behebung von Unfallschäden, die Entleerung und Reinigung der Robidog-Behälter, diverse Regiearbeiten sowie der Unterhalt an städtischen Fahrzeugen (ohne Feuerwehr- und VBSG-Fahrzeuge). Für die Erledigung dieser Aufgaben stehen nicht nur Strassenwärter und verschiedene Bau- und Belagsgruppen, sondern auch eine Schlosserei, Malerei, Schreinerei, ein Garagebetrieb sowie ein Materiallager zur Verfügung.

Im Jahre 2001 unterstützte das Strasseninspektorat auch den CSIO personell.

615.1 Strassenunterhalt

Das Netz der Gemeindestrassen und -wege wird im Wesentlichen durch das Tiefbauamt unterhalten. Die Strassen und Plätze wurden in der Altstadt täglich (auch samstags und sonntags), in den Aussenquartieren je nach Wohndichte und Verkehr ein- bis zweimal wöchentlich gereinigt. Die Einrichtungen für die Hundeverräuberung (Robidog) wurden von Montag bis Freitag laufend gewartet. Gemäss Art. 54 Strassengesetz hat die Gemeinde auch die Reinigung und den Winterdienst der Geh- und Radwege entlang der Staatsstrassen zu besorgen.

KENNZAHLEN	1999	2000	2001
Gemeindestrasse und -wege in km	187.898	188.443	188.541
Strassenfläche, baulicher Unterhalt in m ²	1 675 952	1 681 377	1 683 181
Strassenfläche, betriebl. Unterhalt in m ²	1 755 236	1 760 664	1 762 465
Baulicher Unterhalt, Kosten in CHF/m ²	2.95	3.35	3.18
Betrieblicher Unterhalt, Kosten in CHF/m ²	7.48	4.90	5.46
Kosten je Einwohner und Einwohnerin	243.92	192.68	201.89
Erneuerte Fahrbahn-/Trottoirflächen, m ²	33 560	36 747	37 213
Erneuerte Treppen, Länge in m	56	90	184
Anzeigen für Strassenaufbrüche wegen Werkleitungen und Kabelanschlüssen	425	396	374
Robidog-Behälter, Anzahl	162	162	162

Mit dem Kredit von CHF 1 956 000 in den Konten 6112.3134 und 6112.3144 der Laufenden Rechnung wurden folgende Strassen, Plätze und Bushaltestellen im Rahmen des kleineren Unterhalts ganz oder teilweise instand gestellt:

Büchelstrasse, Fidesstrasse, Hagenbuchstrasse, Helvetiastrasse, Kolumbanstrasse, Lehnstrasse, Malvenweg, Rechenstrasse, Rehweidstrasse, Scheidwegstrasse, Singen-bergstrasse, Straubenzellstrasse, Turnerstrasse, Wartensteinstrasse.

615.2 Winterdienst

KENNZAHLEN	1999	2000	2001
Streuensätze	151	66	116
Pfadeinsätze	79	20	40
Schneefalltage	36	10	20
Neuschneemenge in cm	455	83	162
Salzverbrauch in Tonnen	1 643	860	1 190
Spilltverbrauch in Kubikmetern	785	533	469
Kosten Winterdienst (CHF je m ²)	4.34	1.38	2.04

615.3 Automobilbetrieb

KENNZAHLEN	1999	2000	2001
Fahrleistungen in Kilometern			
Lastwagen	81 508	68 614	68 204
Lieferwagen, Jeeps	53 800	53 205	58 909
Kehrriechtswagen	106 553	90 855	76 618
Kleinlastwagen	19 639	16 439	10 683
Doppelkabinenbusse	18 472	22 379	25 862
Betriebsstunden			
Strassenreinigungsmaschinen	8 386	9 439	10 373
Kleintraktoren und Geräteträger	17 922	12 556	14 296
Elektro-Gehwagen	1 025	1 210	1 130

616 Transportdienst

Das Tiefbauamt führt im Auftrag des Entsorgungsamtes (ESA) den Kehrriichtsammeldienst, die Altmetallsammlungen sowie die Wartung und Entleerung der Wiederverwertungssammelstellen durch. Der Hauskehrriicht wird einmal pro Woche eingesammelt; ausgenommen von der Einmalabfuhr ist die Innenstadt.

Für die Kehrriichtabfuhr waren täglich drei Kehrriichtfahrzeuge im Einsatz. Der Sammeldienst in den landwirtschaftlichen Gebieten wurde in die normalen Kehrriichtabfuhrrouen integriert und nicht mehr wie bisher mit einem Allradfahrzeug durchgeführt. Für die Betreuung und Entleerung der Wiederverwertungssammelstellen waren ein Kleinfahrzeug sowie ein Spezialfahrzeug notwendig. Es wurden 5 027 Glascontainer entleert und 205 Glastransporte nach St.Margrethen durchgeführt. Die Entleerung von 1 005 Dosenbehältern erforderte 67 Transporte nach Gossau.

KENNZAHLEN	1999	2000	2001
Personalstunden	40 236	34 452	26 981
Fahrzeugstunden	12 126	10 605	9 717

Über die eingesammelten Mengen Hauskehrriicht und Metall gibt der separate Geschäftsbericht des ESA Auskunft.

617 Städtische Garage

In der zentralen Autoreparaturwerkstätte der Stadt werden sämtliche Fahrzeuge der Stadtverwaltung, ausgenommen diejenigen der Feuerwehr und der VBSG, gewartet. Insbesondere für den Unterhalt der Personen- und Lieferwagen, der Kommunalfahrzeuge und -geräte wurden grosse Leistungen erbracht. Im Jahre 2001 wurden 479 Fahrzeuge und Geräte in unterschiedlichen Intervallen gewartet und repariert. Für diese Dienstleistungen konnten total CHF 1 472 190.40 in Rechnung gestellt werden. Die folgende Tabelle gibt eine Übersicht über die gewarteten Fahrzeuge:

2001	PW/ JEEP	LIEFER- WAGEN	LKW'S	TRAKTOREN	BAUMASCH.	REINIG.- MASCH.	WINTER- DIENST- GERÄTE	ANHÄNGER UND ÜBRIGE	TOTAL
TBA/SI	24	5	11	38	15	8	72	95	268
GAB	6	13	1		1			5	26
SGSW/EW	24	17						7	48
SGSW/GWW	20	18						10	48
ESA	17	2	1					2	22
STAPO	23	10							33
Übrige	21	10		1	2				34
Total 2001	135	75	13	39	18	8	72	119	479
Total 2000	116	86	15	43	14	9	130	140	553
Total 1999	120	84	18	37	14	10	110	112	505

Für die Wartung der Fahrzeuge wurden 7 570 Reparaturstunden aufgewendet. Die nachstehende Tabelle gibt Auskunft über den Wartungsaufwand:

2001	PW/ JEEP	LIEFER- WAGEN	LKW'S	TRAKTOREN	BAUMASCH.	REINIG.- MASCH.	WINTER- DIENST- GERÄTE	ANHÄNGER UND ÜBRIGE	TOTAL
TBA/SI	371	53	951	1 399	256	656	728	703	5 117
GAB	37	138	16		102			17	310
SGSW/EW	335	183						34	552
SGSW/GWW	227	189						68	484
ESA	236	20	9					6	271
STAPO	394	99							493
Übrige	203	122		1	17				343
Total 2001	1 803	804	976	1 400	375	656	728	828	7 570
Total 2000	1 988	760	828	1 222	224	671	849	711	7 253
Total 1999	2 104	865	941	1 656	173	353	1 017	546	7 655

62 Hochbauamt

Aufgaben:

- Bauten & Objekte: Leitet und begleitet in enger Zusammenarbeit mit den an der Planung und Nutzung Beteiligten Projekte für verwaltungsinterne Bauten und sorgt für die Instandhaltung, Instandsetzung, Renovation, Sanierung und Werterhaltung der städtischen Liegenschaften und koordiniert die Reinigung und das Hauswartwesen
- Haustechnik: Erarbeitet Grundlagen für Haustechniksysteme und Energiesparmassnahmen und optimiert Projekte
- Das Hochbauamt sorgt für die ökonomischen, ökologischen und kulturellen Anliegen des Bauens bei allen Bauvorhaben der Stadt im Sinne des nachhaltigen Bauens
- Das Hochbauamt ist die Fachstelle für Hochbauten im Fachausschuss Städtebau (FAST) und der Baupolizeikommission (BPK) für Bauvorhaben in der Stadt

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	1999	2000	2001
Aufwand	16 043	15 752	16 189
Ertrag	9 124	9 217	11 735
Aufwandüberschuss	6 919	6 535	4 454
Personalbestand	19.0	19.2	19.3

Im Vergleich zu den Vorjahren war 2001 ein Jahr der Wettbewerbe und Studienaufträge. Sechs Verfahren veranstaltete die Stadt selbständig, drei davon mit grossem auswärtigem Interesse. Erwähnenswert sind dabei die beiden offenen internationalen Wettbewerbe für das Polysportive Zentrum Ostschweiz (PZO) und die Erweiterung des Kunstmuseums. Aber auch das Auswahlverfahren zur Sanierung des Rathauses fand ein grosses Echo. Die Verfahren für die Neugestaltung der Marktstände, die Sanierung

der Tribüne der Sportanlage Krontal und des Schulhauses Buchental führten zu erfreulichen und qualitativ hochstehenden Resultaten.

Bei von Dritten auf Stadtgebiet veranstalteten Verfahren konnte sich das HBA sinnvoll einbringen, so zum Beispiel für die Erweiterung der Sprachheilschule auf dem Rosenberg, den Neubau des Kongresszentrums «Einstein» an der Wassergasse und in den Workshops für das neue Fussballstadion.

Unter Beteiligung der Stadt wurde ein Wettbewerb zur Erweiterung des Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienstes (KJPD), des Kinderspitals und für den Bau einer zusätzlichen Turnhalle beim Schulhaus Grossacker gestartet. Weiter beteiligte sich das HBA mit diversen Objekten erfolgreich am Wettbewerb «Gutes Bauen in der Ostschweiz 1995–2000».

Weitere Schwerpunkte bildeten nebst den laufenden grossen Bauvorhaben für die Schulen Halden, Schönaue und Blumenau die umfassende Grundlagenarbeit über die Schulraumnutzung der Primarschulen als Dienstleistung für die Schulverwaltung im Zusammenhang mit einer Benchmarking-Studie unter zahlreichen Städten der Zentral- und Nordost-Schweiz.

Mit der Wiedereröffnung des Hauses «Zum Strauss» an der Webergasse konnte das 5. Sanierungspaket der Finanzliegenschaften erfolgreich abgeschlossen werden. Grosse Resonanz fand auch die Einweihung des neuen WC-Prototyps an der Museumstrasse. Das Konzept zur Sanierung und Verbesserung der öffentlichen Toiletten soll in den kommenden Jahren umgesetzt werden.

Der Realisierungsgrad für die Laufende Rechnung betrug 94.1%, derjenige der Investitionsrechnung bewegte sich im Rahmen der vergangenen Jahre (ca. 85%).

621 Projekte und Wettbewerbe

621.1 Öffentliche Gebäude

KENNZAHLEN	1999	2000	2001
Vorbereitungen/Studien/Basisprojekte	1	2	2
Wettbewerbe	–	1	2
Projektierungen	1	1	2
Ausführungen	9	3	–
Baubeiträge (in CHF 1 000)	4 233	2 267	951

621.2 Gebäude der Schulverwaltung

KENNZAHLEN	1999	2000	2001
Vorbereitungen/Studien/Basisprojekte	5	1	–
Wettbewerbe	–	1	1
Projektierungen	2	4	4
Ausführungen	5	3	6
Baubeiträge (in CHF 1 000)	–	–	–

621.3 Sportgebäude

KENNZAHLEN	1999	2000	2001
Vorbereitungen/Studien/Basisprojekte	2	–	1
Wettbewerbe	1	2	2
Projektierungen	2	2	–
Ausführungen	2	1	1
Baubeiträge (in CHF 1 000)	46	–	–

621.4 Wohn- und Geschäftsliegenschaften

KENNZAHLEN	1999	2000	2001
Vorbereitungen/Studien/Basisprojekte	–	2	5
Wettbewerbe	–	–	1
Projektierungen	6	1	12
Ausführungen	7	13	16
Baubeiträge (in CHF 1 000)	–	–	–

622 Laufende Rechnung

622.1 Fürsorge-, Verwaltungs- und Finanzvermögen

KENNZAHLEN (in CHF 1 000)	1999	2000	2001
Total	8 862	8 199	7 883

622.2 Wohnheim für Kinder und Jugendliche sowie Betagte

KENNZAHLEN (in CHF 1 000)	1999	2000	2001
Kleiner Unterhalt	26	25	39
Erweiterter Unterhalt	–	–	7
Betriebliche Bedürfnisse	165	25	18
Heizung/Lüftung	28	2	2
Übriger Gebäudeunterhalt	2	–	4
Übrige Konten	–	–	–
Total	221	52	70

622.3 Öffentliche Gebäude

KENNZAHLEN (in CHF 1 000)	1999	2000	2001
Kleiner Unterhalt	796	824	926
Erweiterter Unterhalt	307	52	544
Betriebliche Bedürfnisse	212	258	193
Heizung/Lüftung	118	119	271
Übriger Gebäudeunterhalt	228	340	207
Übrige Konten	276	262	471
Total	1 997	1 885	2 612

622.4 Truppenunterkünfte/Schiessanlagen

KENNZAHLEN (in CHF 1 000)	1999	2000	2001
Kleiner Unterhalt	30	9	32
Erweiterter Unterhalt	–	–	–
Betriebliche Bedürfnisse	–	5	–
Heizung/Lüftung	–	–	–
Übriger Gebäudeunterhalt	37	29	31
Übrige Konten	–	–	–
Total	67	43	63

622.5 Zivilschutzbauten

KENNZAHLEN (in CHF 1 000)	1999	2000	2001
Kleiner Unterhalt	17	44	22
Erweiterter Unterhalt	–	–	–
Betriebliche Bedürfnisse	54	37	–
Heizung/Lüftung	–	–	–
Übriger Gebäudeunterhalt	–	–	–
Übrige Konten	3	2	–
Total	74	83	22

622.6 Gebäude der Schulverwaltung

KENNZAHLEN (in CHF 1 000)	1999	2000	2001
Kleiner Unterhalt	1 459	1 364	1 246
Erweiterter Unterhalt	953	959	66
Betriebliche Bedürfnisse	524	402	341
Heizung/Lüftung	369	355	280
Übriger Gebäudeunterhalt	577	640	266
Übrige Konten	154	193	154
Total	4 036	3 913	2 952

622.7 Sportgebäude

KENNZAHLEN (in CHF 1 000)	1999	2000	2001
Kleiner Unterhalt	490	339	296
Erweiterter Unterhalt	50	19	–
Betriebliche Bedürfnisse	8	36	20
Heizung/Lüftung	79	73	88
Übriger Gebäudeunterhalt	195	199	146
Übrige Konten	6	9	1
Total	828	675	551

622.8 Wohn- und Geschäftsliegenschaften

KENNZAHLEN (in CHF 1 000)	1999	2000	2001
Kleiner Unterhalt	702	1 024	951
Erweiterter Unterhalt	535	193	250
Betriebliche Bedürfnisse	21	8	40
Heizung/Lüftung	48	45	73
Übriger Gebäudeunterhalt	174	166	189
Übrige Konten	–	–	–
Total	1 480	1 436	1 503

622.9 Landwirtschaftsbetriebe

KENNZAHLEN (in CHF 1 000)	1999	2000	2001
Kleiner Unterhalt	53	102	89
Erweiterter Unterhalt	47	–	9
Betriebliche Bedürfnisse	–	–	–
Heizung/Lüftung	3	10	1
Übriger Gebäudeunterhalt	56	28	5
Übrige Konten	–	–	–
Total	159	140	104

ENERGIEVERBRAUCH/SOLARANLAGEN	1999	2000	2001
Verbrauch Heizöl in l	1 626 700	1 200 794	886 337
Verbrauch Erdgas in m³	1 741 200	2 026 654	2 091 400
Verbrauch Fernwärme in MWh	3 657	3 175	2 819
Holzschnitzel in MWh	–	–	410
Verbrauch Total in MWh	35 665	33 504	30 999
Anzahl Heizgradtage in HGT	3 830	3 558	3 465
Jahresdurchschnittstemperatur in °C	8.0	9.4	8.4
Neu installierte Solaranlagen	4	5	3

Aufgaben:

- 140 ha öffentliche Grünflächen als Spiel- und Parkanlagen sowie als gärtnerisch gestaltete Stadträume im Sinne einer fachgerechten, differenzierten Grünflächenpflege erhalten, entwickeln und erneuern
- Umfassende Natur- und Landschaftsplanung im Sinne einer ökologischen Bereicherung realisieren; gesetzliche Vorgaben und Grundlagen umsetzen
- Alle Aussenanlagen und Spieleinrichtungen bei Schulhäusern und Kindergärten pflegen und unterhalten
- Sämtliche Friedhofanlagen pflegen und unterhalten; ausreichend Bestattungsflächen sicherstellen; Hinterbliebene beraten; Beerdigungen und Beisetzungen durchführen
- Sämtliche Sportanlagen sowie Geländebahnen und Langlaufloipen entsprechend den unterschiedlichen Ansprüchen fachgerecht pflegen, unterhalten und erneuern
- Städtische Freiräume und Grünanlagen mit rund 134 000 Gruppenpflanzen verschönern
- Blumenschmuck für 110 nicht kommerzielle Veranstaltungen bereitstellen
- Botanischen Garten pflegen und unterhalten; Fachführungen und Ausstellungen zu bestimmten Themenbereichen anbieten und Publikationen veröffentlichen
- Pilzkontrollen für die Stadt St.Gallen und acht angrenzende Gemeinden organisieren und durchführen

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	1999	2000	2001
Aufwand	7 652	7 902	8 198
Ertrag	2 464	2 415	2 599
Aufwandüberschuss	5 188	5 487	5 599
Personalbestand	66.0	65.8	65.1

Diese Zahlen umfassen die Gesamtsummen aller Betriebe, wobei die amtsinternen Verrechnungen von Leistungen für die Pflege und den Unterhalt der Schul- und Sportanlagen (siehe Ziff. 633, 636 und 638) nicht enthalten sind.

PFLEGE VON AREALEN	1999	2000	2001
Öffentliche Anlagen	388	388	391
Sportanlagen	23	24	24
Anlagen anderer Verwaltungen	131	133	130
Anlagen der Stadtwerke	40	40	40
Schulanlagen	99	99	98
Friedhöfe	4	4	4
Botanischer Garten und Anzuchtgärtnerei	1	1	1
Total	686	689	688

630 Verwaltung der Dienststelle

Der Verwaltung obliegen Betriebsleitung, Administration, Planung und Realisierung von Projekten für die öffentlichen Anlagen, Schulen und Sportanlagen, den Botanischen Garten, die Anzuchtgärtnerei und für die Friedhöfe. Der Verwaltung sind auch die Lohnkosten der Fachstelle «Naturschutz- und Landschaftsplanung» (Ziff. 639) zugeordnet.

KENNZAHLEN (in CHF 1 000)	1999	2000	2001
Aufwand	909	975	965
Ertrag	14	3	9
Nicht verrechenbarer Aufwand	895	972	956
Personalbestand	4.8	4.8	4.8

631 Fahrzeuge, Maschinen und Werkstatt

Ausser den Servicearbeiten für die Fahrzeuge (im Zuständigkeitsbereich der Garage des Tiefbauamtes) werden Unterhaltsarbeiten und Reparaturen an den Maschinen und Geräten aller Betriebe des GAB durch die Werkstatt ausgeführt. Ebenfalls werden Spielgeräte, Bänke, Zäune usw. repariert, unterhalten und überholt sowie ein zentrales Magazin geführt.

KENNZAHLEN (in CHF 1 000)	1999	2000	2001
Aufwand	659	760	814
Ertrag	3	10	6
Nicht verrechenbarer Aufwand	656	750	808
Personalbestand	4	4	4
Anzahl Motorfahrzeuge, Rasenpflegemaschinen und Kleingeräte	110	113	117

632 Öffentliche Anlagen

Jedes Jahr werden verschiedene öffentliche Anlagen saniert und gleichzeitig in verschiedener Hinsicht bedarfsgerecht verbessert. Schwerpunktmassnahmen 2001 waren:

Parkanlage Villa am Berg

Zusammen mit dem Quartierverein Rosenberg und dem Kindergarten wurde der Spielplatz saniert und neugestaltet. Im Bereich der Unterführung zum Bahnhof wurden aus Sicherheitsgründen Rodungen vorgenommen und neue Kleingehölze gepflanzt.

St. Leonhardpark

Als zweite Sanierungsetappe wurde der Belag erneuert und für die privaten Benutzerinnen und Benutzer (Boulespieler) sowie als Pausenplatz hergerichtet.

Kantonsschulpark

Parallel zum Umbau der Kantonsschule wurden der Vorplatz auf Kosten des Kantons neugestaltet, die Bodenbeläge erneuert und die Sitzmöglichkeiten verbessert.

Spielplatz Herisauerstrasse

Der Spielplatz wurde in enger Absprache mit den betroffenen Eltern neugestaltet, saniert und auch mit neuen Geräten ausgestattet.

Die Finnenbahnen Gründenwald und Hätterenwald wurden saniert, den sportlichen Anforderungen angepasst und zu Vita-Kurzparcours umgebaut.

KENNZAHLEN (in CHF 1 000)	1999	2000	2001
Aufwand	3 351	3 385	3 473
Ertrag	394	418	384
Ertrag (amtsinterne Verrechnungen 633 + 636)	1 270	1 230	1 329
Nicht verrechenbarer Aufwand	1 687	1 737	1 760
Personalbestand	33.9	34.2	33.7
Baumfällungen	124	122	145
Baumpflanzungen	54	74	67
Pflanzengefässe	262	262	277
Anlagen GAB in m ³	333 324	334 581	347 671
Anlagen anderer Verwaltungen in m ³	106 688	107 645	116 132
Anlagen der Stadtwerke in m ³	10 696	11 072	11 072

633 Schulanlagen

Die Umgebung der Schulanlagen hat eine wichtige Funktion für die Schülerinnen und Schüler, aber auch für die ganzen umliegenden Quartiere. Die regelmässigen Erneuerungen sind deshalb für das Freiraumangebot vor allem der Wohnquartiere von grosser Bedeutung. Schwerpunkte im Jahre 2001 waren:

Schulhaus Tschudiwies

Der Spielbereich vor der Turnhalle wurde gestalterisch und funktionell verbessert und mit neuen Belägen und Pflanzflächen versehen.

Schulhaus Blumenau

Der Platz wird sehr stark beansprucht, unter anderem auch während der Olma durch die Festbetriebe. Der Kunststoffbelag wurde deshalb mit einer Spritzbeschichtung saniert.

Schulhaus Bruggen

Das Bepflanzungskonzept für die Schulhausumgebung wurde neu erarbeitet und realisiert.

KENNZAHLEN (in CHF 1 000)	1999	2000	2001
Aufwand	203	214	289
Aufwand (amtsinterne Verrechnungen 632+638)	796	780	825
Ertrag	999	994	1 114
Gesamtfläche in m ²	337 797	338 578	367 553

634 Botanischer Garten

Auch im Jahre 2001 erfreute sich der Botanische Garten grosser Beliebtheit, wie die hohen Besucherzahlen zeigten. Dazu beigetragen hat das reiche Angebot an attraktiven Veranstaltungen, z.B. die Ausstellungen:

- «P(B)lattform. Schmuck und Texte im Tropenhaus», eine Ausstellung, an der nahezu alle Goldschmiedinnen und Goldschmiede der Stadt St.Gallen Schmuckstücke präsentierten und viele städtische Schriftstellerinnen und Schriftsteller Texte lasen. Schmuckstücke wie Texte waren von den Pflanzen des Botanischen Gartens inspiriert.
- «Übersommern in der Orangerie» mit Steinskulpturen und Bildern der Bildhauerin und Malerin Marianne Gertsch-Voellmy.

- «Erlebnis Boden», eine Ausstellung, die im Rahmen einer breit abgestützten nationalen Aktion auf die Bedeutung des Bodens hinwies und zu einem nachhaltigen, bodenschonenden Handeln aufrief. Mit zur Ausstellung gehörten eine öffentliche Führung und ein Kursnachmittag für Lehrkräfte der Mittel- und Oberstufe.

Erfreulich verliefen auch das Gartenfest, die Vernissage zur Buchedition der St.Galler-Stiftsbibliothek «Der Indianer im Kloster St.Gallen» und die vierzehn nahezu ausgebuchten Aufführungen der Theatergruppe «Parfin de siècle» in der Orangerie.

KENNZAHLEN (in CHF 1 000)	1999	2000	2001
Aufwand	611	588	607
Ertrag	21	35	47
Nicht verrechenbarer Aufwand	590	553	560
Personalbestand	5.5	5.2	5.2
Anzahl Besucher/-innen	70 000	70 000	70 000
Anzahl Führungen (Schulen, Vereine)	461	451	515
davon durch eigene Mitarbeiter geleitete Führungen	147	148	236
Für Unterrichtszwecke abgegebene Pflanzen	1 255	766	990
Anzahl amtliche Pilzkontrollen	0	273	275
kontrollierte Menge in kg	0	140	169
davon als ungeniessbar bis teilweise tödlich giftig ausgeschiedene Mengen in kg	0	44	26
Gesamtfläche in m ²	20 000	20 000	20 000

635 Friedhöfe

Sämtliche Grabfelder, Wege, Strassen und Grünflächen auf den Friedhöfen Ost, Feldli, St.Georgen und Bruggen werden durch das städtische Friedhofpersonal gepflegt und unterhalten; welches auch die Beisetzungen und Bestattungen vornimmt. Die einzelnen Gräber werden vom privaten Gärtnergewerbe bepflanzt und gepflegt.

KENNZAHLEN (in CHF 1 000)	1999	2000	2001
Aufwand	1 384	1 491	1 537
Ertrag	267	228	257
Nicht verrechenbarer Aufwand	1 117	1 263	1 280
Personalbestand	13.3	14.1	13.8
Anzahl bewilligte Grabmalgesuche	244	241	231
Anzahl Grabmallieferanten	51	45	47
Anzahl Erdbestattungen	162	162	156
Anzahl Urnenbeisetzungen	613	587	615
Anzahl Grabstätten	7 845	7 633	7 429
Anzahl Urnennischen	3 913	3 836	3 781
Gesamtfläche in m ²	216 842	216 842	216 842

636 Sportanlagen

In den Kennzahlen sind die Aufwendungen für die Pflege und den Unterhalt sowie für bauliche Erneuerungen und Sanierungen sämtlicher Anlagen inkl. aller Geländebahnen und Langlaufloipen enthalten. Betriebs- und Belegungspläne obliegen dem Sportamt, das auch die Benützergebühren erhebt.

KENNZAHLEN (in CHF 1 000)	1999	2000	2001
Aufwand	159	162	219
Aufwand (amtsinterne Verrechnungen 632+638)	478	438	530
Ertrag	637	600	749
Gesamtfläche in m ²	330 325	326 957	326 957

Die beiden Plätze 5 und 6 sind als Kunststoffspielfelder umgebaut und mit einer Beleuchtung versehen worden. Damit konnte das witterungsunabhängigere Platzangebot für Spiele und Trainings markant verbessert werden.

Der Platz 9 (Reitplatz) wurde durch die Durchführung des CSIO und vor allem durch die von den Veranstaltern vorgenommenen Massnahmen (Verwendung von grobkörnigem Lavasand) geschädigt. Für die künftige Durchführung des CSIO wurden verschiedene Alternativen geprüft. Im Gegensatz zu den ursprünglichen Absichten soll auf eine aufwendige Sanierung verzichtet und mit einem Minimalprojekt die Nutzbarkeit des Platzes für Fussball und Reiten gewährleistet werden.

637 Familiengärten

Seit 1.1.2001 ist der Zentralverband der Familiengärtnervereine für die Verwaltung und den Unterhalt der Areale verantwortlich. Er regelt die Pachtverhältnisse mit den jeweiligen Grundbesitzern und den einzelnen Pächtern. Der Pachtzins für die städtischen Grundstücke wird auf der Basis von landwirtschaftlich genutzten Flächen direkt mit dem städtischen Liegenschaftsamt abgerechnet.

638 Anzuchtgärtnerei

Die Anzuchtgärtnerei produziert sämtliche Gruppenpflanzen für die öffentlichen Anlagen, Topfpflanzen und Schnittblumen für Dekorationen sowie verwaltungsinterne Büros mit grossem Publikumsverkehr. Lehrlingsausbildung, eine umweltverträgliche Produktion und Öffentlichkeitsarbeit haben einen hohen Stellenwert. Die Leistungen für den Eigenbedarf werden intern nicht verrechnet.

KENNZAHLEN (in CHF 1 000)	1999	2000	2001
Aufwand	332	284	294
Ertrag	38	36	33
Ertrag (amtsinterne Verrechnungen 633 + 636)	31	23	26
Nicht verrechneter Aufwand	263	225	235
Personalbestand	2,7	2	2
Anzahl kultivierte Gruppenpflanzen	130 100	120 500	134 000
Anzahl kultivierte Schnittblumen	25 000	21 700	23 000
Anzahl kultivierte Topfpflanzen	8 000	8 300	7 000
Ausgeführte Dekorationen	138	150	110

639 Naturschutz- und Landschaftsplanung

Die Fachstelle ist zuständig für die Bereiche Freiraum-, Naturschutz- und Landschaftsplanung auf dem ganzen Stadtgebiet. Zu den schwerpunktmässigen Tätigkeiten zählen, neben freiraumplanerischen und landwirtschaftlichen Fragen, die Erarbeitung und Umsetzung von Schutzverordnungen, Landschaftsinventaren und die Organisation von Pflegemassnahmen, die Abwicklung ökologischer Ausgleichsleistungen, die Überwachung des Hecken- und Baumschutzes, die Beratung Dritter zu Fragen der Umgebungsgestaltung sowie die Baugesuchsbeurteilung. Die Kosten der Fachstelle sind in den Positionen 630 (Lohnkosten) und 632 (Sachaufwand) enthalten.

KENNZAHLEN	1999	2000	2001
Personalbestand	1.8	1.5	1.6
Anzahl Baugesuchsbeurteilungen	88	105	90
Ökologischer Ausgleich			
– Zahlungen (in CHF 1 000)	183	193	181
– Kostenübernahme durch Bund/Kanton (in CHF 1 000)	171	178	168
– Magerwiesen in Aren	4 952	5 807	5 814
– Wenig intensiv genutzte Wiesen in Aren	2 413	2 064	1 976
– Extensive Krautstreifen in Aren	316	374	386
– Extensiv genutzte Weiden in Aren	392	1 034	1 115
– Hecken, Feldgehölze, Uferbestockung in Aren	483	518	507
– Wertvoller Waldsaum in Aren	869	869	968
– Anzahl Hochstammobstbäume	5 097	5 181	4 846
Landwirtschaftsbetriebe auf Stadtgebiet	80	74	76
– davon Bio-Betriebe	7	8	8
– davon IP-Betriebe	58	55	*
– davon Betriebe, die den ökologischen Leistungsnachweis gemäss Direktzahlungsverordnung erbringen	*	*	56
Landwirtschaftsbetriebe im städt. Besitz	8	8	8
– davon Bio-Betriebe	2	2	2
– davon IP-Betriebe	5	5	*
– davon Betriebe, die den ökologischen Leistungsnachweis gemäss Direktzahlungsverordnung erbringen	*	*	6

* Neu müssen die Betriebe ökologischen Leistungsnachweis ÖLN erbringen. Dazu gehört u.a. ein angemessener Anteil an ökologischen Ausgleichsflächen. Der Produktionsstandard IP wurde abgeschafft und durch den ökologischen Leistungsnachweis ÖLN ersetzt.

Erhebliche Arbeiten entstanden im Jahr 2001 im Zusammenhang mit der weiteren Umsetzung der Schutzverordnung Dreilinden-Notkersegg. In Kooperation mit den Bewirtschaftern wurden die Extensivierungsmassnahmen (magere Wiesenflächen) fortgesetzt und für die Zukunft gesichert. Mit dem NVS konnten Neupflanzungen von Hecken vorgenommen werden. Beide Massnahmen sind für die Artenvielfalt und die ökologische Gesamtsituation von wesentlichem Gewicht. Auch die Schutzgebiete Sitter- und Wattbachlandschaft müssen ständig gepflegt, neu angelegt oder saniert werden. Für das Goldachtobel und Gübsensee sind ebenfalls Schutzverordnungen vorgesehen; die Vorbereitungen sind im Gange.

Die Schutzgebiete Bildweiher und Wenigerweiher sind Amphibienlaichgebiete von nationaler und Flachmoore von kantonaler Bedeutung. Vor allem bezüglich Amphibien sind in diesen Gebieten, aber auch an anderen Standorten in der Stadt, Rettungsmassnahmen zusammen mit dem NVS durchgeführt worden.

64 Liegenschaftenamt

Aufgaben:

- Durchführung von Grundbuchgeschäften für das Finanz- und Verwaltungsvermögen
- Bewirtschaften der Liegenschaften im Finanzvermögen
- Bewirtschaften der von Dritten genutzten Objekte in Liegenschaften des Verwaltungsvermögens
- Administration der von Dritten gemieteten Objekte für die Verwaltung
- Mithilfe bei Bewirtschaftung von Liegenschaften anderer Verwaltungen

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	1999	2000	2001
Aufwand	13 224	15 521	20 607
Ertrag	15 204	17 711	15 239
Ertragsüberschuss	535	2 190	5 368
Personalbestand	6.8	7.4	7.6

Aufgrund einer externen Organisationsuntersuchung wurde die Verwaltung des Liegenschaftenbestandes neu organisiert. Künftig betreuen zwei Teams, bestehend aus je einem Verwalter oder einer Verwalterin und einem Mitarbeiter oder einer Mitarbeiterin, die Finanzliegenschaften je zur Hälfte. Sie werden unterstützt von einer Halbtagsstelle Buchhaltung und einem vollamtlichen Hauswart.

641 Wohn- und Geschäftsliegenschaften

FINANZEN (in CHF 1 000)	1999	2000	2001
Aufwand	7 915	8 203	6 451
Ertrag	10 023	8 336	8 907
Ertragsüberschuss	2 107	133	2 456

Die Sanierung der Liegenschaften Webergasse 26 sowie Tulpenstrasse 6 und 8 konnte abgeschlossen werden. Sie wurden nach Abschluss der Renovationsarbeiten termingerecht vermietet. Praktisch alle Objekte des Liegenschaftenamtes sind vermietet, so auch das Lagerhaus an der Davidstrasse mit seinen über 100 Mieterinnen und Mietern.

Die Hypothekarzinsensenkung führte in 79 Fällen zu einer Anpassung des Mietzinses.

Der Kaufvertrag für den Kopfbau Lagerhausareal konnte abgeschlossen werden, ebenso das Baurecht für die Einstellhalle Davidstrasse sowie der Kaufvertrag für das Grundstück Davidstrasse/Pestalozzistrasse. Weiter wurden die Verträge mit dem Kanton betreffend die Übernahme (Kauf oder Miete) der Liegenschaften der Gewerblichen Berufsschule rechtskräftig. Über die Liegenschaften Wassergasse 7–11 wurde im Jahre 2000 ein Kaufvertrag zwischen der Politischen Gemeinde St.Gallen und Max Kriemler abgeschlossen. Der Käufer beabsichtigt, die Liegenschaften – zusammen mit den bereits 1998 von ihm erworbenen Häusern Wassergasse 1,5a und Kapellenstrasse 2 – abzubauen und mit einem Kongresszentrum als Erweiterung des Hotel Einstein zu überbauen. Gegen den Verkauf wurde das Referendum ergriffen. Am 4. März 2001 stimmte aber eine Mehrheit der Bürgerschaft dem Verkauf zu. Als nächster Schritt muss der Käufer bis spätestens Ende März 2002 (1½ Jahre nach der Genehmigung des Kaufvertrages durch den Grossen Gemeinderat) die Unterlagen für einen Gestaltungsplan einreichen.

Nachdem mit dem Auszug der Gassenküche aus der Liegenschaft Schreinerstrasse 6 der letzte Vorbehalt des öffentlich beurkundeten Kaufvertrages vom 3. Mai 1999 erfüllt war, konnte das Eigentum an den Liegenschaften «Bleichell Süd» (Schreinerstrasse 4 und 6 sowie Gartenstrasse 12) per 7. September 2001 auf den Schweizer Verband der Raiffeisenbanken übertragen werden.

In der Zwischenzeit konnte für die Gassenküche ein Ersatzstandort an der Linsebühlstrasse 82 gefunden werden. Über die Liegenschaft Wassergasse 14 wurde mit dem Schweizer Verband der Raiffeisenbanken ein Kaufvertrag – mit der Auflage, eine Wohnüberbauung zu realisieren – abgeschlossen.

Über die ehemalige landwirtschaftliche Liegenschaft Zilstrasse 1 wurde eine Überbauungsstudie ausgearbeitet und ein Investor für ein Neubauprojekt gesucht. Ein solcher konnte im Herbst 2000 gefunden werden. In der Folge wurden sechs Baufelder ausgeschieden, auf denen nun Reihen-Einfamilienhäuser erstellt werden. Die entsprechenden Baurechtsverträge wurden im Grundbuch eingetragen.

Am 25. Oktober 2000 wurde mit dem Kanton St.Gallen ein Kaufvertrag über den Verkauf des Zivilschutz-Ausbildungszentrums in der Waldau öffentlich beurkundet. Nach Vorliegen der entsprechenden Genehmigungen konnte am 12. Februar 2001 die Eigentumsübertragung vorgenommen werden.

Zahlreiche weitere Kauf- und Tauschverträge – vor allem auch im Bereich Strassenlanderwerb – konnten innerhalb der Kompetenz der Vorsteherin der Bauverwaltung abgeschlossen werden.

KENNZAHLEN	1999	2000	2001
Durchschnittliche Bruttorendite in % des Buchwertes*	6.8	7.1	7.4
Anzahl Mietverhältnisse	1 644	1 683	1 685
Anzahl Mieterwechsel	302	307	300
– Wohnungen/Büros, Atelier/Lager	183	171	171
– Abstellplätze/Garagen	119	136	129
Mietzinsanpassungen	102	147	132
– Mit Marktwertanpassung	84	22	28
– Mit Wertvermehrung	45	43	18
Hypothekarzinsanpassung	7	96	79
Neuzugänge von Mietverhältnissen	–	39	2
– Wohnungen/Büros, Atelier/Lager	–	9	2
– Abstellplätze/Garagen	–	30	–
Total bearbeitete Fälle	411	493	450

*Bereinigter Wert mit Einbezug der noch nicht abgerechneten Sanierungen

642 Landwirtschaftliche Liegenschaften

KENNZAHLEN (in CHF 1 000)	1999	2000	2001
Aufwand	760	544	498
Ertrag	191	641	210
Aufwandüberschuss	568	–	288
Ertragsüberschuss	–	97	–
Anzahl Betriebe	8	7	8
Fläche in ha	115	100	97

Die im Jahr 2000 öffentlich beurkundeten Baurechtsverträge über das ehemalige Restaurant Schaugenbädli (Schaugentobelstrasse 31) und die Schiessanlage Schaugenbad konnten am 16. Januar 2001 im Grundbuch eingetragen werden.

643 Bauplätze und Bodenabschnitte

Die vier Baurechtsverträge über das Gebiet des Gestaltungsplans Vogelherd-Süd konnten im Frühjahr 2001 öffentlich beurkundet und im Sommer im Grundbuch eingetragen werden. Die beiden Baurechtsberechtigten haben inzwischen mit den Bauarbeiten für die Mehrfamilienhäuser begonnen. Bereits zum Zeitpunkt des Baubeginns waren ca. 2/3 der über hundert Wohnungen verkauft. Nach der Erledigung der Projekteinsprachen konnte ebenfalls mit dem Bau der Erschliessungsstrasse (Vogelherdstrasse) begonnen werden. Die Eigentumswohnungen werden voraussichtlich im Sommer 2002 bezugsbereit sein.

Im Gebiet «Remishueb-Ost» wurden aufgrund des Beschlusses des Stadtrates vom 7. März 2000 rund 24 000 m² Bauland an drei Bauträger zur Projektierung abgegeben, die darauf Mehrfamilien-, Reihen- und Einfamilienhäuser erstellen werden. In der Zwischenzeit wurde das Bauland in 49 Parzellen aufgeteilt, von denen 41 bereits im Baurecht abgegeben worden sind. Die Bauarbeiten sind im Gange, so dass die Häuser im Frühsommer 2002 teilweise bezugsbereit sind.

Das Grundstück Grundbuch Bruggen Nr. 4469 an der Edisonstrasse wurde an die Firma Ruckstuhl Transporte AG verkauft. Diese ist bereits Eigentümerin der nördlichen Nachbarparzelle und beabsichtigt hier die Erweiterung des Logistikterminals sowie der Umschlags- und Lagermöglichkeiten.

Nordwestlich des Kantonsspitals befindet sich die Parkierungsanlage Böschmühle, welche im Eigentum der Politischen Gemeinde St.Gallen steht. Der Kanton St.Gallen beabsichtigt, eine dritte Aus-

bauetappe mit 130 neuen Parkplätzen zwecks Verbesserung der Parkplatzsituation auf dem Areal des Kantonsspitals zu realisieren. In diesem Zusammenhang führen Stadt und Kanton zur Zeit Verhandlungen über den Verkauf dieser Parkierungsanlage.

Im Zusammenhang mit dem vorgesehenen Neubau der Eissportanlage im Lerchenfeld sowie der Modernisierung des Schwimmbads wurde mit der Ortsbürgergemeinde Straubenzell ein Benützungsrecht für insgesamt 79 Parkplätze auf die Dauer von 20 Jahren auf ihrem südlich angrenzenden Grundstück Nr. W 5031 abgeschlossen. Dieses tritt in Kraft, wenn das Stimmvolk dem Neubau der Eissportanlage zugestimmt hat und die Baubewilligungen sowie allfällige weitere öffentlich-rechtliche Bewilligungen rechtskräftig erteilt sind.

Für das Liegenschaften- und das Tiefbauamt wurden über zwanzig Personal-, Grund- und Eigentümerdienstbarkeitsverträge betreffend Bau- und Überbaurechte, Durchleitungs- und Benützungsrechte zu Gunsten und zu Lasten städtischer Grundstücke und Liegenschaften abgeschlossen.

KENNZAHLEN (in CHF 1 000)	1999	2000	2001
Aufwand	2 386	3 706	10 516*
Ertrag	644	5 444	2 088
Aufwandüberschuss	1 742	—	8 428
Ertragsüberschuss	—	1 738	—
Grundstücke insgesamt	261	269	263
Bewirtschaftete Grundstücke	173	181	180

* Der starke Aufwandüberschuss hat keinen Zusammenhang mit der Bewirtschaftung dieser Flächen. Er ist begründet in den Abschreibungen von Buchwerten, insbesondere bezüglich der ausgezonten Fläche «Sittertal».

644 Baurechtspartellen

Über fünfundzwanzig Liegenschaften wurden auf ihre Eignung für den 12-Mio-Kredit geprüft. Bei weiteren sechs Liegenschaften laufen derzeit die entsprechenden Abklärungen. Die Liegenschaften Tschudistrasse 41 und Espenmoosstrasse 11 wurden erworben und zeitgleich im Baurecht an den Verein Hausen + Wohnen abgegeben. Der Erwerbs- bzw. Abgabepreis ermöglicht es dem Verein, die Wohnhäuser ohne Eigenmittel zu bewirtschaften, d.h. er kann den Baurechtszins über den gesamten Anlagewert, die Unterhalts-, Sanierungs- und Betriebskosten mit den jährlichen Mietzinseinnahmen begleichen. Seit 1994 wurden insgesamt 36 Liegenschaften mit 255 Wohnungen in die Verbilligungsaktion einbezogen.

Die Schiessanlage Ochsenweid an der Sitter soll – wie zuvor bereits die Schiessanlage Schaugenbad – im Baurecht an die dort ansässigen Schützenvereine abgegeben und mit privaten Mitteln modernisiert und weiter betrieben werden. Zur Zeit laufen Verhandlungen mit der Standgemeinschaft Schiessanlage Ochsenweid über die Abgabe der Schiessanlage (Schiessstand mit Kantine sowie Scheibenstock – letzterer auf dem Boden der Politischen Gemeinde Gaiserwald). Die beiden Baurechtsverträge können voraussichtlich im Frühjahr 2002 öffentlich beurkundet werden.

Der Pistolenstand der Schiessanlage Au wurde ebenfalls ausparzelliert. Am 12. Februar 2001 wurde mit dem Verein Polizeischützen St.Gallen ein Baurechtsvertrag über 60 Jahre öffentlich beurkundet und am 5. März 2001 im Grundbuch eingetragen.

Der bereits im Jahr 2000 öffentlich beurkundete Baurechtsvertrag über das Wohnhaus Tellstrasse 20 konnte am 30. Januar 2001 im Grundbuch eingetragen werden.

Bei diversen Baurechtsverträgen wurde der Bodenwert der Teuerung gemäss Landesindex der Konsumentenpreise angepasst. Bei Handänderungen, die im Baurecht abgegebene Liegenschaften der Stadt betrafen, wurde im Rahmen der Ausübung bzw. des Verzichts auf das Vorkaufsrecht geprüft, ob der Politischen Gemeinde St.Gallen aufgrund der Spekulationsklausel ein Verkaufserlös abzuliefern ist.

KENNZAHLEN (in CHF 1 000)	1999	2000	2001
Aufwand	2 162	2 030	2 113
Ertrag	2 478	3 013	3 783
Ertragsüberschuss	316	983	1 086
Bruttorendite in %	5.53	6.59	6.22
Anzahl Baurechtsverträge	115	116	166

Die Verminderung der Bruttorendite gegenüber dem Vorjahr ist auf die Senkung des Hypothekarzinsfusses von 4.5% auf 4.25% per 1. Juli 2001 zurückzuführen. Im Rahmen der Abgabe der Liegenschaft Zilstrasse 1 im Baurecht (Ausparzellierung von sechs Baurechtsparzellen) konnte zusätzlich ein Buchgewinn von CHF 584 000 erzielt werden.

65 Baupolizei

Aufgaben:

- Durchführen der baupolizeilichen Bewilligungsverfahren
- Präsentation der Gesuche und Antragstellung in der Baupolizeikommission
- Entscheid von Gesuchen im abgekürzten Verfahren
- Sekretariat der Baupolizeikommission
- Ganzheitliche Bauberatung von Bauinteressierten und Architekten (Regelbauweise)
- Überwachen rechtskräftig verfügter Auflagen der Baupolizei und der Baupolizeikommission
- Verfügungen zur Behebung von rechtswidrigen Zuständen
- Erstellen von Anzeigen bei Übertretung von Bauvorschriften
- Vollzug des Energiegesetzes bei der Bauausführung
- Vollzug des Bundesgesetzes über die baulichen Massnahmen im Zivilschutz
- Vollzug der gesetzlichen Vorschriften über den Feuerschutz. Überprüfen der Feuerschutzvorschriften an bestehenden Objekten anlässlich periodischer Feuerschauen
- Erteilen von Bewilligungen für Tankanlagen und Überwachung der periodischen Tankrevisionen (Gewässerschutz)

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	1999	2000	2001
Aufwand	2 164	2 245	2 613
Ertrag	1 481	1 547	1 761
Aufwandüberschuss	683	698	852
Personalbestand	16.8	16.8	16.8

Im Berichtsjahr wurden insbesondere im Wohnungsbau grosse Projekte bewilligt. Die Zunahme bewilligter Ein- und Mehrfamilienhäuser ist gegenüber dem Vorjahr erheblich. Diverse grosse Wohnüberbauungen, wie z. B. Remishueb Ost, Vogelherd, Unteres Hompeli, Oberstocken oder Haggenstr./Boppartstr. wurden genehmigt.

Die Baupolizei hatte 11 Baugesuche für Mobilfunkantennen zu behandeln, 9 davon betrafen Neuanlagen. In zwei Fällen war der Ausbau bestehender GSM-Mobilfunkantennen zu Kombiantennen

GSM/UMTS zu beurteilen. 10 Anlagen entsprachen den Vorschriften; eine Anlage musste abgewiesen werden. Seit der Liberalisierung des Mobilfunkmarktes wurden in der Stadt St.Gallen insgesamt 34 Natel-Basisstationen bewilligt.

Die Bearbeitungsdauer der Baugesuche hat sich gegenüber dem Vorjahr nur unwesentlich verändert. Hingegen muss festgestellt werden, dass die Bearbeitungszeit für Reklameanlagen angestiegen ist. Dies lässt sich unter anderem dadurch begründen, dass eine grössere Anzahl Gesuche zurückgestellt werden musste, die nachzureichenden Korrekturangaben dann aber lange auf sich warten liessen. Zudem wurden vorhandene Gesamtreklamenkonzepte nicht beachtet, was ebenfalls zu Verzögerungen führte.

BEARBEITUNGSDAUER DER GESUCHE	1999	2000	2001
Baugesuch in %			
< 30 Tage	68.5	67.2	66.2
31–60 Tage	21.0	20.6	22.0
61–90 Tage	6.9	6.9	7.9
> 90 Tage	3.6	5.3	3.9
Reklamegesuche in %			
< 10 Tage	53.2	43.0	36.4
11–20 Tage	22.6	29.7	31.0
21–50 Tage	16.3	19.5	26.7
> 50 Tage	7.9	7.8	5.9

651 Baugesuche inkl. Reklamen-, Bauermittlungs- und Fällgesuche

Die Baupolizeikommission erliess etwa 10% weniger Verfügungen als im Vorjahr. 31 Entscheide wurden mit Rekurs an das kantonale Baudepartement weitergezogen. Ende 2001 waren noch 10 Rekurse hängig.

GESUCHE	1999	2000	2001
Eingereichte Gesuche, Total	1 104	903	951
Baugesuche	653	631	670
Reklamegesuche	392	205	215
Baumfällgesuche	49	65	53
Vorverfahren	10	2	13

GESUCHSARTEN	1999	2000	2001
Kleinbauten	275	266	260
Umgebungsveränderungen	71	67	84
Nutzungsänderungen	48	47	52
Fensterauswechslungen	29	29	61
Energetische Sanierungen	34	43	41
Antennenanlagen	22	23	22
Umbauten ganzer Gebäude	43	28	22
Umbauten von Einzelgeschossen	44	25	25
Neubauten Wohnen	27	29	35
Neubauten Industrie und Gewerbe	14	17	16
Neubauten Diverse	28	33	31

BEARBEITUNGSSTAND	1999	2000	2001
Bewilligte Gesuche	988	850	840
Abgewiesene Gesuche	55	54	36
Zurückgestellte Gesuche	22	21	31
Zurückgezogene Gesuche	46	29	40
Pendente Gesuche	44	42	52
Vorverfahren	12	3	13
Behandlungen v. Gesuchen nach UVPV	–	2	2
Bewilligungsverlängerungen	35	35	50

BAUPOLIZEILICHE ENTSCHEIDE	1999	2000	2001
Baupolizeikommission:			
Gesuche	301	300	270
Korrekturgesuche/Wiedererwägungen	23	84	75
Baupolizei:			
Gesuche	749	607	637
Korrekturgesuche	164	215	187
Abbruchbewilligungen:			
Bauten	18	35	23
Wohnungen	5	14	26

652 Bauten mit Wohnungen

Gegenüber dem Geschäftsjahr 2000 ist ein markanter Anstieg baubewilligter Wohnungen festzustellen. Besonders erfreulich ist der grosse Anteil neu bewilligter Familienwohnungen.

BAUBEWILLIGUNGEN MIT WOHNUNGEN	1999	2000	2001
Wohnungsbauten	87	32	93
Einfamilienhäuser	55	14	46
Mehrfamilienhäuser	29	15	44
Geschäftshäuser mit Wohnungen	3	3	3
Anzahl Wohnungen	394	198	464

653 Bauberatung

Die Bauberatung wurde von Interessierten stark in Anspruch genommen; ihre Notwendigkeit ist ausgewiesen, auch auf Grund der enormen Gesetzesdichte. Die enge Zusammenarbeit zwischen Stadtplanung und Baupolizei in Sondernutzungsplan-Verfahren zeigt sich in der markanten Zunahme der städtebaulichen Beratungen. Für drei Gebiete (Sömmerliquartier, das Quartier an der Fürstenland-/ Stationsstrasse sowie ein Gebiet an der Lehnstrasse), in denen infolge der vorhandenen Strukturen wichtige bauliche Veränderungen zu erwarten sind, konnten mit den Anwohnenden die Planungsgrundlagen für eine zukunftsweisende Bebauung der Gebiete vorbereitet werden.

BAUBERATUNG NACH GESUCHSARTEN	1999	2000	2001
Wohnbauten	65	75	52
Wohn-/Gewerbebauten	19	20	12
Gewerbe-/Industriebauten	19	22	27
öffentliche Bauten	8	2	6
Parkhäuser/Tiefgaragen	1	3	5
Anbauten	49	30	49
Umbauten	55	49	58
kleine An- und Nebenbauten	35	37	32
kleine Bauvorhaben	33	33	50
energetische Sanierungen	18	20	15
Umgebungsgestaltungen	49	65	62
Diverses	13	26	14
Reklamen	133	85	51
zurückgestellte Baugesuche	114	102	126
zurückgestellte Reklamegesuche	38	33	35
Farb- und Materialberatungen	86	72	82
Stellungnahmen z.Hd. Stadtplanung	8	19	52

654 Bauaufsicht

Die Baupolizei führte ca. 200 Kontrollen weniger durch als im Spitzenjahr 2000. Der Grund liegt darin, dass das städtische Plakatierungskonzept abgeschlossen wurde.

KENNZAHLEN	1999	2000	2001
Baukontrollen durchgeführt	1 392	1 555	1 342
Gerüstkontrollen vorgenommen	81	84	66
Bewilligungen öffentlicher Grund	39	35	34
Gesuche eingefordert	99	106	94
Strafanzeigen erstattet	60	61	56
Baueinstellungsverfügungen erlassen	11	23	28

655 Baulicher Zivilschutz

Im Berichtsjahr wurden wesentlich mehr Ersatzbeiträge für nicht erstellte Zivilschutzanlagen geleistet. Die Erhöhung um ca. CHF 180 000 ist auf die Überbauungen Kublystrasse und Vogelherd zurückzuführen.

KENNZAHLEN	1999	2000	2001
Gesuche	14	27	23
Zivilschutzabnahmen	13	28	19
Befreiung von Schutzraumpflicht	16	13	14
Einnahmen Ersatzbeiträge (in CHF 1 000)	118	157	335
Aufhebung Schutzräume	27	19	12

656 Energie/Tankanlagen

Seit 1. Juli 2001 ist das kantonale Energiegesetz anzuwenden. Dieses lässt in verschiedenen Bereichen Selbstkontrollen zu. Dem Gesuchsteller wird freigestellt, welche energetischen Massnahmen er ergreifen will, um den gesetzlichen Anforderungen gerecht zu werden. Das neue Energiegesetz sieht schliesslich auch noch die private Kontrolle der ausgeführten Bauten vor, was für den Verwaltungsvollzug mittelfristig eine Vereinfachung darstellen dürfte.

KENNZAHLEN	1999	2000	2001
Vernehmlassungen zu Baugesuchen	244	235	258
Energienachweis bewilligt	226	194	189
Bewilligungspflichtige Anlagen genehmigt	19	18	1
Kontrollen durchgeführt	99	56	39

Wie in den vergangenen Jahren hat das städtische Tankvolumen wiederum um annähernd 500 000 Liter abgenommen. Der Trend liegt bei der Aufhebung grosser Tankanlagen und der Installation von Kleintankanlagen.

BEWILLIGUNGEN	1999	2000	2001
Tankanlagen erdverlegt: Anzahl	4	–	–
Volumen in m³	194.0	–	–
Tankanlagen in Gebäuden: Anzahl	6	2	5
Volumen in m³	88.0	25.0	149
Kleintankanlagen: Anzahl	17	15	22
Volumen in m³	25.0	29	33
Ausserbetriebsetzungen: Anzahl	73	101	63
Volumen in m³	4 165.0	1 124.0	492

657 Feuerschutz

Für Veranstaltungen der Olma Messen St.Gallen wurden insgesamt 36 Bewilligungen erteilt. Weiter wurden bei sogenannten «In-Lokalen» feuerpolizeiliche Kontrollen durchgeführt, welche insbesondere die Personenbelegung und die Fluchtwegsicherheit zum Gegenstand hatten. Wesentliche Beanstandungen waren nicht erforderlich.

KENNZAHLEN	1999	2000	2001
Vermessungen zu Gesuchen	364	336	367
Feuerungsanlagen bewilligt	398	371	302
Feuerschauen durchgeführt	1 476	1 334	1 394
Mängelrapporte eröffnet	390	302	270
Strafanzeigen erstattet	–	1	1

66 Vermessungsamt

Aufgaben:

- Nachführung, Unterhalt und Erneuerung des amtlichen Vermessungswerkes
- Ausgabe von Plankopien und Daten der amtlichen Vermessung
- Bau- und Ingenieurvermessung
- Häusernummerierung
- Betrieb des Rauminformationszentrums RIZ
- Verwaltungsinterne Projekte und Daueraufgaben

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	1999	2000	2001
Aufwand	1 718	1 694	*2 021
Ertrag	** 770	** 1 613	** 1 048
Aufwandüberschuss	948	81	973
Personalbestand	12.1	12.5	*13.4

* Gründung des Rauminformationszentrums RIZ per 1.1.2001, Verschiebung einer Stelle vom Organisations- und Informatikamt ins Vermessungsamt.

** Jährlich stark abweichende Beiträge von Bund und Kanton an die Erneuerung der amtlichen Vermessung

ERBRACHTE LEISTUNGEN (in %)	1999	2000	2001
Nachführung amtliche Vermessung	19.9	25.9	21.9
Plan- und Datenausgaben	11.0	7.9	7.3
Bau- und Ingenieurwesen	8.3	9.7	8.3
Häusernummerierung	5.0	3.2	4.9
Projekte	43.9	37.5	30.9
Übrige Daueraufgaben	11.9	15.8	26.7

661 Vermessung und Dienste

AMTLICHE VERMESSUNG	1999	2000	2001
Anzahl Grenzmutationen	65	72	73
Anzahl Situationsmutationen	153	241	228
Anzahl Planausgaben	1 544	1 443	1 257
Anzahl Datenausgaben	147	197	183

Der farbige Übersichtsplan 1:5000 und 1:2000 in digitaler Form wurde fertiggestellt. Damit konnte erstmals ein Planwerk solcher Grösse als Plot (und nicht mehr als Druck) abgegeben werden, ebenso die dazu notwendigen Daten auch digital an Private und die Verwaltung.

Die Erneuerung des Vermessungswerkes gemäss den neuen gesetzlichen Vorschriften verlief planmässig. Die Daten und Akten des Loses 18 (Kreis West, östlich der Sitter) wurden vom kantonalen Vermessungsamt verifiziert und am 9. Oktober 2001 anerkannt.

AREALSTATISTISCHE ANGABEN (in ha)	1999	2000	2001
Gebäude	274.4	275.8	277.3
Hofraum, Garten, Anlagen	887.2	894.0	901.5
Acker, Wiesen, Weiden	1 366.7	1 358.7	1351.6
Wald	991.4	991.9	991.8
Bahnen, Strassen, Wege	338.7	338.4	337.0
Gewässer	78.3	78.3	77.5
Übrige Gebiete	0.2	0.8	0.2

BAUVERMESSUNG/HÄUSERNUMMERIERUNG	1999	2000	2001
Anzahl baupolizeiliche Absteckungen	108	165	130
Anzahl Häusernummerierungsmutationen	112	92	84

662 Rauminformationszentrum (RIZ)

Per 1.1.2001 konnte das Rauminformationszentrum RIZ gegründet werden. Diese neue Organisationseinheit ging aus der bisherigen Geomatikabteilung hervor. Im Sinne einer Konzentration der Kräfte wechselte der beim Organisations- und Informatikamt für technische Informatik zuständige Mitarbeiter ins Vermessungsamt. Damit waren die Voraussetzungen für eine produktive, für die ganze Stadtverwaltung zuständige Abteilung für raumbezogene Daten und Systeme geschaffen. Den drei RIZ-Mitarbeitern wurden gemäss Informatikstrategie der Stadtverwaltung St.Gallen folgende Hauptaufgaben übertragen:

- Plant, realisiert, betreut und koordiniert Aufbau und Betrieb eines städtischen Rauminformationssystems
- Plant, koordiniert und realisiert die Beschaffungen von Raumdaten
- Berät die Dienststellen im Bereich der raumbezogenen Informationssysteme, Realisiert und leitet Projekte
- Betreibt geographischen Fach-, Desktop- und Browserinformationssysteme
- Betreibt eine Datenausgabestelle
- Erbringt spezifische Dienstleistungen mit Raumdaten und -systemen
- Migrationen von Hardware und Software im Bereich der raumbezogenen Daten und Systeme.

STADTPLAN IM INTRANET UND INTERNET	1999	2000	2001
Anzahl Besuche im Internet	–	–	57 153
Anzahl Besuche pro Arbeitstag im Internet	–	–	185
Anzahl Besuche pro arbeitsfreier Tag im Internet	–	–	96
Anzahl Besuche im Intranet der Stadtverwaltung	–	18 397	24 148
Anzahl Besuche pro Arbeitstag im Intranet	–	69	93

Dank dem elektronischen Stadtplan ist eine betriebliche Entlastung bei der Auskunftserteilung festzustellen. Zudem nahm der Bezug von Plankopien ab. Tätigkeitsschwerpunkte in der Projektarbeit lagen bei den Netzinformationssystemen Erdgas/Wasser und Abwasser, im GIS-Projekt «Strasse und Verkehr», in diversen Desktop-GIS Projekten (basierend auf Map-Info) sowie bei den Erweiterungen der Applikation «Stadtplan im Intranet und Internet».

Der grösste Teil der Arbeitsstunden für den GIS-Betrieb wurde nach wie vor für die amtliche Vermessung beim Vermessungsamt selbst aufgewendet. Deutlich weniger Aufwand musste für den Betrieb der rund 30 Desktop-GIS-Arbeitsplätze und den Stadtplan im Intranet und Internet geleistet werden. 11 weitere Bereiche des GIS-Betriebes fielen nur noch in kleinstem Umfang an und bedeuteten jeweils Arbeitsvolumen von höchstens 50 Stunden.

Bereits im ersten Jahr des RIZ konnten fünf Kurse (2 MapInfo und 3 Workshops Stadtplan) durchgeführt werden. Die Führungs-, Koordinations- und Informationstätigkeiten stiessen bei den stadtverwaltungs-internen «Kunden» auf grosses Interesse.

67 Grundbuchamt

Aufgaben:

- Grundbuchführung
- Ausarbeitung von Verträgen für Handänderungen, Dienstbarkeiten, Stockwerkeigentumsbegründungen und Hypothekengeschäften etc.
- Öffentliche Beurkundungen
- Schätzungs- und Gebäudeversicherungswesen
- Administrative Erledigung bezüglich Auszahlung der Verkehrswertentschädigung bei Brand- und Elementarschadenfällen
- Veranlagung von Handänderungssteuern, Beurkundungs- und Grundbuchgebühren

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	1999	2000	2001
Aufwand	1 419	1 415	1 490
Ertrag	3 254	3 077	3 290
Ertragsüberschuss	1 835	1 662	1 800
Personalbestand	11	11	11.1

671 Erbrachte Leistungen

KENNZAHLEN	1999	2000	2001
Tagebuchbelege (Rechtsgeschäfte)	2 984	3 030	2 800
Anzahl Handänderungen (ohne Erbgänge)	605	653	666
Betroffene Grundstücke und Anteile (ohne Erbgänge)	1 134	993	1 165
Handänderungswerte, ohne Erbgänge (in CHF 1 000)	692 378	423 028	579 010
Löschungen von Grundpfandrechten	784	734	585
Neue Grundpfandrechte	514	435	497
Pfandrechtserhöhungen	309	267	247
Stockwerkeigentumsbegründungen	14	19	17
Eröffnete GB-Blätter für StWE-Anteile	173	208	239
Eröffnete GB-Blätter für ME-Anteile	103	228	243
Anzahl Gebäudeschätzungen	1 335	1 409	564
Anzahl Grundstücksschätzungen	1 196	1 128	1 139
Einnahmen aus Grundbuch- und Schätzungsgebühren (in CHF 1 000)	3 157	2 977	3 066
Einnahmen aus Handänderungssteuern (in CHF 1 000)	4 670	4 023	5 382

Handänderungssteuern werden vom Grundbuchamt veranlagt und in Rechnung gestellt, die Einnahmen dagegen beim Steueramt verbucht. Sehr arbeitsintensiv sind die Beratung der Bürgerinnen und Bürger, Stockwerkeigentums-Begründungen (StWE), Änderungen von bestehenden StWE-Begründungen, Baurechts- und andere Dienstbarkeitsverträge, welche sich durch Neuüberbauungen aufdrängen, sowie anspruchsvolle Grundstücksteilungen und Grenzbereinigungen mit den erforderlichen Lasten-bereinigungen.

7 VERWALTUNG DER TECHNISCHEN BETRIEBE

70 Abteilungssekretariat

71 Umweltfachstelle

711 Umweltschutzkonferenz

712 Umweltkommunikation

713 Umweltbildung

714 Immissionsschutz

715 Energiefonds

716 Gesundheitsförderung

72 Entsorgungsamt

721 Abfallentsorgung

721.1 Entsorgung und Recycling

721.2 Thermische Abfallbehandlung in der KVA

721.3 Ablagerungsplatz Tüfentobel

722 Gewässerschutz

722.1 Kanalnetz

722.2 Abwasserreinigung

73 Stadtwerke und Verkehrsbetrieben

74 Controlling Rahmenkredite 2001–2004

741 Rahmenkredit Erdgasversorgung

742 Rahmenkredit Wasserversorgung

743 Rahmenkredit Elektrizitätsversorgung

744 Rahmenkredit Kanalisation

70 Abteilungssekretariat

Aufgaben

- * Betriebswirtschaftliche und juristische Beratung und Unterstützung des Vorstands und der Dienststellen der Verwaltung der Technischen Betriebe sowie der Organe der RWSG Regionale Wasserversorgung St.Gallen AG
- * Arbeitet Vorlagen an den Stadtrat und den Grossen Gemeinderat sowie Antworten auf parlamentarische Vorstösse aus
- * Fachliche und zeitliche Koordination von Sachgeschäften und Vorlagen an den Stadtrat und an den Grossen Gemeinderat sowie von parlamentarischen Vorstössen
- * Sekretariat der Werkkommission und des Verwaltungsrates der RWSG

Dem Abteilungssekretariat wurde im Frühjahr das Sekretariat sowie die juristische Beratung der parlamentarischen Spezialkommission übertragen, die sich mit der geplanten Ausgliederung der Sankt Galler Stadtwerke aus der Stadtverwaltung befasst. Die Kommission traf sich von März bis Dezember zu zwölf Sitzungen. Im Zentrum der Kommissionsarbeit im Jahre 2001 standen die Wissensgewinnung und -aufbereitung sowie die politische Grundsatzdiskussion.

Im EDV-Projekt Genesys konnte ein geeignetes geografisches Netzinformationssystem für die Erdgas- und Wasserversorgung und die Stadtentwässerung beschafft werden. Nach der Installation des neuen Systems wird die Erstdatenerfassung an die Hand genommen.

Die RWSG hat die Anfertigung einer Studie in die Wege geleitet, welche die Notwendigkeit einer Erneuerung und allenfalls der zukünftigen Kapazität des Seewasserwerks Riet klären soll.

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	1999	2000	2001
Aufwand	462	454	476
Ertrag	287	284	256
Aufwandüberschuss	175	170	220
Personalbestand	3.0	3.0	3.0

Die Erhöhung des Aufwandüberschusses ist einerseits auf einen höheren Personalaufwand und andererseits auf gesamthaft tiefere Entschädigungen der Dienststellen, die jeweils auf Basis der Vorjahreswerte ermittelt werden, zurückzuführen.

71 Umweltfachstelle

Aufgaben:

- allgemeiner Vollzug des Umweltschutzgesetzes (USG)
- Vollzug der eidgenössischen Luftreinhalte-Verordnung (LRV) bei allen Feuerungsanlagen, stationären Verbrennungsmotoren sowie bei den Betrieben mit Lösungsmittel- und Staubemissionen
- Vollzug der eidgenössischen Lärmschutz-Verordnung (LSV): Messung, Beurteilung und Begrenzung von Aussenlärm-Immissionen bei allen Anlagen ausser Staatsstrassen
- Vollzug der Schall- und Laserverordnung (SLV)
Vollzug der Verordnung über den Schutz vor nicht-ionisierender Strahlung (NISV)
- Koordination der Bestrebungen der Stadt hinsichtlich Umweltschutz und Nachhaltiger Entwicklung
- Umweltinformation, Umweltberatung und Umweltbildung
- Gesundheitsförderung: Ortskoordination im Rahmen der gemeindeorientierten Prävention im Kanton St.Gallen
- Energiefachstelle der Stadt St.Gallen, Vollzug des städtischen Energiefonds-Reglementes, städtischer Energiebeauftragter

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	1999	2000	2001
Aufwand	892	859	* 904
Ertrag	159	151	156
Aufwandüberschuss	733	708	* 748
Personalbestand	5.2	5.2	5.2

* inkl. CHF 40 000 Nachtragskredit zum EU-Aktionstag «In die Stadt – ohne mein Auto»

711 Umweltschutzkonferenz

Die Umweltschutzkonferenz (UKO) tagte im Berichtsjahr zweimal. Sie befasste sich mit aktuellen Umweltthemen und setzte sich insbesondere mit der weiteren Entwicklung des Lokale Agenda 21-Prozesses in der Stadt auseinander.

KOSTEN (in CHF 1 000)	1999	2000	2001
Ökopodien	18	3	6
Ökomarkt	4	5	4
Aktionen/Ausstellungen	49	77	107 *
Berichte/Broschüren	15	8	

* inkl. CHF 40 000 Nachtragskredit zum EU-Aktionstag «In die Stadt – ohne mein Auto»

Bei der Umweltkommunikation und Öffentlichkeitsarbeit erfüllt die Umweltfachstelle einen Leistungsauftrag des Stadtrates. Im Jahre 2001 stand das Schwerpunktthema Luft im Zentrum.

Lokale Agenda 21

Die Lokale Agenda 21 ist ein kontinuierlicher Prozess. Die Aktivitäten im Jahr 2001 zielten auf eine breitere Abstützung in und ausserhalb der Verwaltung. Das in Zusammenarbeit mit dem Verein Lokale Agenda 21 organisierte Seminar «BotschafterInnen der Lokalen Agenda 21» sowie die mitgestaltete Tagung «netzwerkzeug» informierten und vernetzten Agenda-Interessierte. Gestartet wurde das Quartierprojekt «Leben im Quartier Lachen».

Umweltinformation

Mit dem Faktenblatt «Verkehr in der Stadt», das in Zusammenarbeit mit der Verkehrsplanung entstanden ist, setzt die Umweltfachstelle die Berichterstattung im Rahmen des neu gestalteten Umweltberichts 2000 fort.

Zusammen mit der Stadtplanung hat die Umweltfachstelle im Berichtsjahr das neue verwaltungsinterne Informationsbulletin Raum und Umwelt (abgekürzt RAUM) geschaffen. RAUM berichtet in loser Folge über Beschlüsse der städtischen Umweltschutzkonferenz, über ökologische Aspekte städtischer Bauvorhaben, über Bestrebungen der Stadt im Rahmen der Lokalen Agenda 21 oder über neueste Umweltdaten und Forschungsergebnisse. In Zusammenarbeit mit dem Verein für naturnahe Garten- und Landschaftsgestaltung VNG hat die Umweltfachstelle einen Grundlagenbericht zur ökologischen Dachbegrünung mit natürlichem Substrat und einheimischen Wildpflanzen erarbeitet. Auf einer Pilotfläche im Friedhof Feldli wurde diese Art der Begrünung praktisch umgesetzt.

Illegales Verbrennen von Abfallstoffen

Ziele der breit abgestützten Kampagne zu diesem Thema sind neben den Umweltschutzanliegen die Aufklärung und Sensibilisierung der Bevölkerung als Verursachende und Betroffene. Die Kampagne soll aber auch das Problembewusstsein bei den mit dem Vollzug der Umweltschutzgesetzgebung beauftragten Behörden in der ganzen Region stärken und fördern.

Merkblatt Sommersmog

Immer wieder tauchen Fragen auf, ob im Sommer – wenn das Wetter schön und die Ozonwerte hoch sind – auf Sport oder Arbeiten im Freien verzichtet werden muss. Nachdem auch im Jahr 2001 an schönen Nachmittagen die Werte in der Stadt wieder deutlich über dem Grenzwert der Luftreinhalteverordnung lagen, verschickte die Umweltfachstelle an die Schulen und an die Medien ein Merkblatt, das zeigt, wie man sich bei Ozonwerten über dem Grenzwert von 120 Mikrogramm/m³ verhalten soll.

Aktionstag «In die Stadt – ohne mein Auto»

Die Umweltfachstelle hat zusammen mit Vertretern der Bau- und der Polizeiverwaltung sowie mit dem Informationsbeauftragten das Rahmenprogramm für den St.Galler Anlass des europaweit durchgeführten EU-Aktionstages, der jeweils am 22. September stattfindet, mit organisiert und die Aktivitäten von weiteren Gruppierungen koordiniert. Das Ziel dieses Tages war, die Bevölkerung hinsichtlich der Auswirkungen der Mobilität zu sensibilisieren. Das Ergebnis war leider ernüchternd, wofür auch das schlechte Wetter mitverantwortlich war.

Sankt Galler Velofrühling

Am Samstag, 28. April drehte sich am St.Galler Velofrühling 2001 in der Marktgasse alles ums Velo und die Themen Bewegung, Gesundheit, Stadt, Mobilität und Lebensqualität. Der Anlass war ein Erfolg; er wurde dank Wetterglück von sehr vielen Leuten besucht und stiess auch in den Medien auf grosses Echo.

Ökopodium

Als Auftakt zum EU-Aktionstag «In die Stadt – ohne mein Auto» fand am 13. September 2001 das Ökopodium «Stadtmobilität – auf dem Weg in den Verkehrsfarkt?» statt. Aufgrund von Forschungsergebnissen wurden Perspektiven für eine nachhaltige Mobilität auf nationaler Ebene vorgestellt und die Handlungsspielräume der Städte aufgezeigt.

Energietalk

Die Umweltfachstelle hat in Zusammenarbeit mit der Sektion Energie des AFU des Kantons St.Gallen am 13. November 2001 die neue öffentliche Informationsreihe «Energietalk» mit dem Thema «Neu bauen oder sanieren?» gestartet. An diesem Anlass soll zweimal jährlich über fachliche wie auch über politisch kontroverse Themen informiert und diskutiert werden.

Ökomarkt

Der Ökomarkt fand am 17. Mai 2001 mit dem Spezialthema Biosamen und Biosaatgut rund um das Vadiandenkmal statt und stiess wiederum auf grosses Echo. Der Anlass ist eine Plattform zur Präsentation von umweltschonend hergestellten, nachhaltigen, regionalen Produkten und Dienstleistungen. Siebzig Teilnehmende aus Stadt und Region haben sich an dieser siebten Durchführung des Marktes beteiligt.

Ökologische Beschaffung

Im Sommer fand der von der Umweltfachstelle angebotene Kurs «Ökologie und Gesundheitsschutz in meinem (Büro)-Alltag» im Rahmen des internen Weiterbildungsprogrammes des Personalamtes statt. Die von der Umweltfachstelle geführte Fachgruppe «Ökologische Beschaffung» der Umweltschutzkonferenz traf sich zu zwei Sitzungen, wobei Fragen wie Gerätebeschaffung oder Papiersortenverwendung im Vordergrund standen.

Bodenschutz

Die Umweltfachstelle war in der Projektgruppe «Bodenschutz beim Bauen» zur neuen nationalen Ausstellung Erlebnis Boden beteiligt. Die Ausstellung wurde im Botanischen Garten ein erstes Mal der Öffentlichkeit präsentiert und wird 2002 im Einkaufszentrum Gallusmarkt zu Gast sein.

Im Rahmen der zusammen mit dem Gartenbauamt durchgeführten zweiten Bodenprobenaktion führten rund siebenzig interessierte Gartenbesitzerinnen und -besitzer vergünstigte Analysen ihrer Gartenerde durch. Mit der Aktion wurde auf den Zusammenhang von gesunder Nahrung und gesunder Gartenerde aufmerksam gemacht.

713 Umweltbildung

Umweltbildungsmaterialien zu den Themen Luft, Lärm, Energie, Natur, Boden und Gesundheit werden durch die Umweltfachstelle verwaltet und ständig ausgebaut. Sie wurden im Berichtsjahr durch Lehrerinnen und Lehrer aktiv genutzt. Auf Anfrage stellte die Umweltfachstelle zudem in verschiedenen Schulklassen wiederum Themenbereiche ihrer Arbeit vor.

Zum Medienpaket Boden wurde im Rahmen der Ausstellung Erlebnis Boden im Botanischen Garten ein Einführungskurs für den Lehrkörper angeboten, der auf grosses Interesse stiess.

Für den Sommerplausch des Jugendsekretariats schrieb die Umweltfachstelle die zwei Kurse «Besuch auf dem Bio-Bauernhof» und «Unter dem Boden der Stadt» aus, die wiederum restlos ausgebucht waren.

714 Immissionsschutz

Luftbelastung

Seit dem 1. Januar 2001 wird die aktuelle Luftbelastung der Ostschweiz unter www.ostluft.ch viermal täglich publiziert. In St.Gallen sind die Werte der Rorschacher Strasse und der Stuelegg abrufbar. Weiter wurde an 20 Messorten der Stadt die mittlere Jahresbelastung durch Stickstoffdioxid erhoben.

LUFTBELASTUNGSENTWICKLUNG AN DER MESSSTELLE RORSCHACHER STRASSE	1999	2000	2001
Stickstoffdioxid NO ₂ in µg/m ³ (Grenzwert 30 µg/m ³)	34	28	31
Ozon			
Zahl der Stundengrenzwert-Überschreitungen (120 µg/m ³)	169	281	250

Bei der Belastung durch das giftige Stickstoffdioxid war nach einem langjährigen sinkenden Trend eher eine Stagnation festzustellen. Insbesondere entlang von stark befahrenen Strassen waren die Belastungen noch deutlich über dem Grenzwert der Luftreinhalteverordnung.

Die Ozonbelastung lag weiterhin flächendeckend im für den Menschen schädlichen Bereich. An der Volksbadstrasse wurde der Stundengrenzwert 250mal überschritten. Trotz der heissen Sommertage blieben neue Rekordwerte für die Ozonspitzenbelastung aus. Am 31. Juli 2001 wurde in der Ostschweiz an der Rorschacherstrasse mit 194 µg/m³ der höchste Stundenmittelwert im Jahr gemessen. Gesenkt werden kann die Ozonbelastung nur, indem grossräumig der Ausstoss von Luftschadstoffen weiter reduziert wird.

Seit diesem Jahr wird an der Rorschacherstrasse auch der Feinstaub (PM₁₀) gemessen. Mit dem Jahresmittel von 16 µg/m³ war der Grenzwert von 20 µg/m³ eingehalten. An verkehrsexponierten Orten lag die Belastung wie beim NO₂ deutlich höher. Belastungsspitzen für PM₁₀ wurden am Nationalfeiertag erreicht, offenbar mitverursacht durch Abbrennen von Feuerwerk. Weiter wurde aber auch durch grossräumige Verlagerungen von Saharastaub am 6./7. Juli 2001 eine Belastung gemessen, die vom standorttypischen Verlauf abwich. An diesen Tagen lagen die Tagesmittelwerte über dem Tagesmittel-

grenzwert von 50 µg/m³. Zum Thema Feinstaub kann bei der Umweltfachstelle ein Faktenblatt bezogen werden.

Lärm

LÄRMSCHUTZ	1999	2000	2001
Beratung von Privaten	27	25	25
Beratung anderer Verwaltungsstellen	11	8	10
Erstellung von Lärmprognosen	3	4	3

Der Strassenlärmkataster für die Stadt ist auf www.stadt-st-gallen.ch auf dem Internet zugänglich. Bei der Belastung der Stadtbevölkerung durch Strassenlärm ist keine Veränderung der Situation feststellbar – nach wie vor sind über 15 000 Personen Lärmbelastungen ausgesetzt, die über den Grenzwerten der Lärmschutzverordnung liegen. Im Rahmen des Lärmschutz-Strassensanierungsprogramms führte der Kanton als Strassenbesitzer die Erhebungen über die Sanierungsfälle entlang der Staatsstrassen auf Stadtgebiet weiter und finanzierte bereits in Einzelfällen Schallschutzfenster mit. Die Stadt begann im Berichtsjahr mit ähnlichen Erhebungen an Gemeindestrassen.

Baugesuchsverfahren

BEWILLIGUNGEN	1999	2000	2001
Baugesuche	211	236	235
Baugesuche in lärmbelasteten Gebieten	34	31	15
Baugesuche für Mobilfunk-Basisstationen	12	21	12
Sondernutzungsplan-Verfahren	8	4	11
UVP	4	3	4

Die Zahl der Baugesuche, die in Bezug auf die immissionsrechtlichen Vorschriften geprüft werden mussten, ist konstant geblieben. Die interne Durchlaufzeit eines Baugesuches betrug im Berichtsjahr im Mittel wie im Vorjahr fünf Arbeitstage. Deutlich angestiegen ist die Zahl der Sondernutzungspläne, zu denen die Umweltfachstelle eine Stellungnahme abgab.

Feuerungsanlagen und stationäre Verbrennungsmotoren

FEUERUNGSANLAGEN (in CHF 1 000)	1999	2000	2001
Aufwand	127	136	* 124
Gebühreneinnahmen	118	106	118
Deckungsgrad %	93	78	95

* ab 2001 wird der Aufwand nicht mehr nach Stellenplan-Anteil des Ressorts Feuerungsanlagen am Gesamtaufwand, sondern nach effektiven Arbeitsstunden und SIA-Tarif gerechnet

ANLAGEN-STATISTIK	1999	2000	2001
Zahl der kontrollpflichtigen Feuerungsanlagen	7 434	7 411	7 429
Installierte Leistung in Megawatt (MW)	614	601	606
Anteil Heizöl «Extra Leicht» in %	72	71	72
Anteil Erdgas in %	26	27	27
Anteil Low-Nox-Technik in %	39	40	46
Zahl Blockheizkraftwerke	21	21	21

MESSUNGEN UND BEWILLIGUNGEN	1999	2000	2001
Abgasmessungen Feuerungsanlagen	3 715	3 240	3 846
Abgasmessungen Verbrennungsmotoren	–	22	24
Bewilligungen Neuanlagen	348	331	302
Sanierungsverfügungen/-mitteilungen	107	94	76
Zahl der offenen Sanierung	635	564	457

Bedingt durch die liberalisierte Feuerungskontrolle, nach welcher der Anlagebetreiber die Fachfirma frei wählen kann, liess die Umweltfachstelle zur Qualitätssicherung 254 Stichprobenmessungen vornehmen. Dabei konnte den Fachfirmen eine gute Qualität attestiert werden.

Im Zusammenhang mit dem Vollzug der Feuerungskontrolle musste bei 36 Anlagen infolge abgelaufener Frist die Sanierung durchgesetzt werden, es wurde ein Rekurs behandelt, auf zwei Wiedererwägungsgesuche eingetreten, eine Zwangsvollstreckung angedroht und ein Rechtsvorschlag beseitigt.

Betriebe

Die vor zwei Jahren eingeführte Vollzugsform der Branchenlösung wurde um ein Element erweitert. Für die Kontrolle und Sanierung der sogenannten Reparatur- und Garagenbetriebe entstand eine weitere Partnerschaft mit der Branche, und zwar mit dem Autogewerbeverband der Schweiz (AGVS), der diese Form des Vollzugs auch in den Kantonen AG, GR, SO, SG, ZG und ZH sicherstellt. Die eigentlichen Arbeiten beginnen jedoch erst im Jahr 2002.

Die bestehenden Branchenlösungen haben sich etabliert und bewähren sich. Dennoch ist bei einzelnen Branchen der Initialisierungsaufwand für die Fachstelle nach wie vor hoch, müssen doch für die Mehrzahl der Betriebe zuerst die Voraussetzungen für ihre umwelt- und gewässerschutzrechtliche Verträglichkeit geschaffen werden. Dennoch darf konstatiert werden, dass erst dank der Zusammenarbeit mit den Branchen und des in der Regel einvernehmlichen Vorgehens bei der Umsetzung der erforderlichen Massnahmen diese Betriebe heute einen vollzugsmässig befriedigenden Zustand aufweisen, wie er mit traditionellen Vollzugsmitteln nicht erreicht worden wäre.

Im Rahmen der Einführung bzw. Weiterentwicklung von betrieblichen Umweltmanagementsystemen unterstützt die Umweltfachstelle die Betriebe insbesondere bei der Abklärung der Umweltrechtskonformität. Diese Dienstleistung wurde 2001 von drei Firmen (Vorjahr drei) in Anspruch genommen.

INDUSTRIE- UND GEWERBELÄRM	1999	2000	2001
Erhebungen und Messungen	6	10	15
Verfügungen	0	2	2
Vereinbarungen	5	7	8

Bei mehreren Betrieben, insbesondere aus dem Gastronomie- und dem Gewerbe-/Industriebereich, wurden wegen übermässigen Lärmimmissionen Sanierungsmassnahmen vereinbart. Im Rahmen von Verfügungen wurden bei zwei Grossveranstaltungen Lärmschutzauflagen erlassen.

Elektromagnetische Strahlung

Dieser Vollzugsbereich befindet sich in einem politisch nach wie vor sehr kontroversen Umfeld. Trotz der weitergehenden Verbreitung der Mobilfunktelefonie war eine beachtliche Zahl von Stadtbewohnerinnen und -bewohner immer noch über die gesundheitlichen Risiken durch nichtionisierende Strahlung von Mobilfunk-Basisstationen verunsichert und verlangte nach Abklärungen durch die Umweltfachstelle.

Im Berichtsjahr gingen über 45 Anfragen, davon 9 Klagen ein, die einen grösseren Aufwand in der Regel mit den Mobilfunk-Betreiberfirmen verursachten. Mittlerweile wird die Informationspflicht der Umweltfachstelle unterstützt durch einen NIS-Kataster, auf dem die Mobilfunk-Basisstationen sowie die Hoch- und Mittelspannungsanlagen per Intranet eingesehen werden können. Ein Teil dieser Informationen ist auch übers Internet via Homepage der Stadt oder der Umweltfachstelle einsehbar.

Im Berichtsjahr wurden 17 Gesuche wegen Neuerrichtung oder Änderung einer bestehenden Anlage eingereicht und auf ihr Immissionspotenzial überprüft. Aufgrund von eingehenden Klagen wurden bei zwei Mobilfunk-Anlagen Immissionsmessungen vorgenommen, die in beiden Fällen die Einhaltung der geltenden Grenzwerte nachweisen konnten.

Klagen

KLAGEFÄLLE	1999	2000	2001
Geruchsbelästigungen durch Feuerungen	16	15	15
Abfallverbrennen im Freien	7	2	4
Geruchsbelästigungen aus Betrieben	8	5	8
Andere Luftbelastungen	5	2	0
Lärmbelästigungen Gastwirtschaften	16	5	7
Andere Lärmbelästigungen	4	4	12
NIS-Immissionen	2	19	9

Die Klagefälle wurden in der Regel in Zusammenarbeit mit der Gewerbepolizei bearbeitet.

715 Energiefonds

ENERGIEFONDS	1999	2000	2001
Behandelte Gesuche	60	59	41
Abgeschlossene Gesuche	50	53	42
Ausbezahlte Beiträge in CHF	799 625	482 409	570 390

Im Berichtsjahr wurden die Beiträge zu zwei grossen fertiggestellten Holzschnitzelfeuerungsanlagen ausbezahlt, die erst dank Beiträgen aus dem Energiefonds zur Ausführung gelangten. Mit diesen Anlagen kommen künftig erneuerbare Energien zum Einsatz, wodurch nicht-erneuerbare Energieträger mit einem Energieäquivalent von jährlich rund 570 000 Litern Heizöl bzw. rund 1 200 Tonnen CO₂ eingespart werden können.

Das Energiefondsreglement (EFR) wurde aufgrund der technologischen Entwicklung revidiert und den aktuellen Verhältnissen angepasst. Das neue EFR, mittlerweile vom Grossen Gemeinderat genehmigt, zielt auf die Reduktion des Klimagases CO₂ ab und bemisst die Beiträge anstelle von Pauschalen künftig nach dem effektiven zu erwartenden Nutzen der Massnahme.

716 Gesundheitsförderung

In der Funktion als Ortskoordinationsstelle nahm die Umweltfachstelle Einsitz im Organisationskomitee des alle zwei Jahre stattfindenden Sankt Galler Gesundheitstages.

Die Ausstellung «C'est-la-vie? Über die Kunst, älter zu werden», die im Berichtsjahr im Waaghaus gezeigt wurde, behandelte auch gesundheitliche Aspekte. Sie wurde in Zusammenarbeit mit den Sozialen Diensten durchgeführt, ergänzt mit einem vielseitigen, auf grosses Echo stossenden Rahmenprogramm.

An den St.Galler Parties, dem halbjährlich stattfindenden Anlass für die neuzugezogenen St. Gallerinnen und St.Galler, präsentierte die Umweltfachstelle ihre Ausstellungswand zum Thema Bewegung und Gesundheit in der Stadt.

Zum Tag des Nichtrauchens am 31. Mai versorgte die Umweltfachstelle weitere Dienststellen mit Informationen über den von der Arbeitsgemeinschaft Tabakprävention angebotenen Aufhörwettbewerb «Ihr Rauchstopp ist CHF 5 000 wert»!

Zum Bereich Gesundheitsförderung gehört im Übrigen die Beantwortung und Beratung auf Anfragen aus der Bevölkerung zum Themenkreis Innenraumhygiene und Wohngifte.

72 Entsorgungsamt

Aufgaben

- **Abfallentsorgung:**
Entsorgung von Abfall- und Wertstoffen, Förderung der dezentralen Kompostierung, thermische Abfallbehandlung in der Kehrlichtverbrennungsanlage, Deponierung und umweltgerechte Entsorgung von Verbrennungsrückständen sowie thermisch nicht verwertbarer Abfallfraktionen
- **Gewässerschutz:**
Gesicherte und umweltgerechte Ableitung und Behandlung verschmutzter Abwässer aus dem Siedlungsgebiet, generelle Entwässerungsplanung, Abwasserreinigung zum Schutz der Oberflächengewässer und des Grundwassers, Liegenschaftsentwässerung, Altlasten

Abfallentsorgung

Die in den Legislaturzielen vorgegebene Zielsetzung zur Verbesserung der Sauberkeit der Stadt und des öffentlichen Raums erfordert konzertierte Massnahmen verschiedener Dienststellen gegen das Littering (Wegwerfen von Abfällen). Ziel ist es, den Einwohnerinnen und Einwohnern ein optimiertes Entsorgungsangebot zu möglichst günstigen Bedingungen zur Verfügung zu stellen.

Durch die Umstellung auf eine wöchentliche Einmalabfuhr und die Umsetzung verschiedener Massnahmen im Abfall- sowie im Wertstoffbereich konnten die Kosten im Entsorgungsbereich reduziert und die defizitäre Situation der Spezialfinanzierung der Abfallentsorgung bereinigt werden.

Der Ausbau des Sammelstellennetzes für Wertstoffe wurde in Zusammenarbeit mit den Quartiervereinen und Dritten durch eine Erhöhung der Anzahl Sammelstellen von 27 auf neu 34 abgeschlossen.

Der Abfuhrkalender wurde mit Einbezug der Quartiervereine, Konsumentenorganisationen und Dritten im Hinblick auf eine Neuauflage einer umfassenden Prüfung unterzogen und im Bereich der Lesbarkeit verbessert. Informationen zur Entsorgung können auch über die ebenfalls überarbeitete Homepage www.abfall-sg.ch im Internet abgerufen werden.

Die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden der Abfallregion St.Gallen – Rorschach – Appenzell wurde weiterentwickelt. Die Region bildete eine Trägerschaft, welche für 40 Gemeinden einen gemeinsamen Gebührenkehrrechtsack einführt und die Kehrlichtentsorgung in allen Mitgliedsgemeinden organisiert. Eine Arbeitsgruppe diskutiert die Rahmenbedingungen, welche erfüllt sein müssen, damit ein Beitritt der Stadt vollzogen werden kann. Erforderlich ist auf jeden Fall, dass sich die zur Zeit noch leicht unterschiedlichen Gebühren in der Stadt und der Region auf demselben Niveau befinden und die Erfassung der Abfälle aus dem industriellen und gewerblichen Bereich einheitlich nach Gewicht erfolgt.

Das durch den Bund auf den 1. Januar 2000 erlassene Deponieverbot für Siedlungsabfälle hat dazu geführt, dass die inländischen Verbrennungsanlagen weitgehend ausgelastet sind. Obwohl in der Region seit vielen Jahren kein Hauskehrlicht mehr deponiert wird, ist die Anliefermenge an die KVA St.Gallen ebenfalls weiter angestiegen. Gleichzeitig war die Verbrennungskapazität rückläufig, da weniger

Material mit tiefem Heizwert (insbesondere Klärschlamm) der thermischen Behandlung zugeführt wurde. Dies hat dazu geführt, dass die KVA St.Gallen trotz einer intensiven Kapazitätsbewirtschaftung und der Zwischenlagerung von Abfällen in einem Ausmass überlastet ist, dass sie die in ihrem Einzugsgebiet anfallenden Abfälle nicht mehr vollumfänglich selber verwerten kann. Durch die thermische Behandlung von Abfällen bei der KVA Bazenheid kann auf Zusehen hin sichergestellt werden, dass die KVA St.Gallen alle in ihrem Einzugsgebiet anfallenden brennbaren Abfälle annehmen kann und die Zwischenlager in einem akzeptablen Umfang gehalten werden können.

Das Abschlussprojekt Deponie Tüfentobel wurde der Gemeinde Gaiserwald zur Vorprüfung eingereicht. Dieses Verfahren ist abgeschlossen und die Stellungnahmen der kantonalen Fachstellen und der Gemeinde Gaiserwald liegen vor. Das Projekt wird in Teilbereichen angepasst. Anschliessend ist eine definitive Planaufgabe vorgesehen.

Gewässerschutz

Die Stadt wird, um die Anforderungen an einen nachhaltigen Gewässerschutz auch in Zukunft erfüllen zu können, in den nächsten Jahren mit einem verhältnismässig grossen Investitionsschub konfrontiert. Erste Anzeichen hierfür zeigen sich bereits im Berichtsjahr. Diese Tendenz wird dadurch verstärkt, dass durch das geltende Gewässerschutzgesetz einerseits strengere Anforderungen an die Reinigungsleistung der Abwasseranlagen gestellt werden, was zu grösseren Investitionen führt. Andererseits werden nur noch in bescheidenem Ausmass Beiträge des Bundes und des Kantons ausgerichtet.

Die Arbeiten am Generellen Entwässerungsplan wurden abgeschlossen. Damit können Konzepte und Massnahmenpläne für Sanierungen und Ausbauten im Bereich des städtischen Kanalisationsnetzes gesetzeskonform umgesetzt werden.

Schätzungen gehen davon aus, dass über 80% aller Entscheide einer Gebietskörperschaft den Raum betreffen und deshalb der Bedarf an geografischen Informationen zur Lösung der anfallenden Aufgaben gross ist. Bei den Werken wurden die raumbezogenen Daten bisher in Form von Plänen und Verzeichnissen bereitgestellt. Um diese Daten nachhaltig zu sichern und die Datenpflege und den Datenaustausch zukunftsgerichtet und effizient zu gestalten, wird ein geografisches Netzinformationssystem (GIS/NIS) aufgebaut. Ein solches System soll die Dienststellen bei ihren raumrelevanten Entscheidungen unterstützen und die Investitionsplanung im Infrastrukturbereich optimieren. Das System wurde im Berichtsjahr beschafft und wird gegenwärtig implementiert. Als nächster Schritt folgt die Datenerfassung.

Die Reinigungsleistung der beiden ARA Au und Hätterenwald muss während den Um- und Ausbauarbeiten vollumfänglich aufrecht erhalten werden. Dies erfordert zwingend eine gut geplante Etablierung der Bauarbeiten. Wesentliche Bauelemente, insbesondere die vierte Reinigungsstrasse der ARA Au und die Druckwasserleitung entlang der Sitter von der ARA Hätterenwald zur ARA Au, wurden ganz oder teilweise fertiggestellt.

721 Abfallentsorgung

721.1 Entsorgung und Recycling

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL

	1999	2000	2001
Einnahmen	7 027	7 436	7 489
Aufwand	7 018	7 045	6 800
Stand Ausgleichskonto	-758	-367	322
Personalbestand	3.0	3.0	4.0

Der Aufwand konnte trotz Einsatz zusätzlicher personeller Ressourcen im Bereich der Abfallbereitstellung und Kontrolle wilder Ablagerungen um 3.5% abgebaut werden. Dazu beigetragen haben geringere Kosten für Transporte und aufgrund des Mengenrückgangs in der Stadt geringere Aufwendungen für thermische Behandlung der Abfälle in der KVA. Der Gesamtertrag erhöhte sich um 0.7%. Leicht höheren Gebühreneinnahmen standen geringere Einnahmen aus der Grundgebühr der Abfallentsorgung sowie rückläufige Erträge aus der Wertstoffentsorgung infolge sinkender Altpapierpreise gegenüber.

MENGENENTWICKLUNG (in t)	1999	2000	2001
Hauskehricht Stadt	18 092	18 316	18 014
Separatsammlungen	8 884	9 124	8 898
Total Sammelmenge	26 976	27 440	26 912

Sowohl die gesammelte Menge an Hauskehricht als auch die der Wiederverwertung zugeführte Menge an Wertstoffen nahmen gegenüber dem Vorjahr leicht ab (Hauskehricht – 302 t; Wertstoffe – 226 t).

721.2 Thermische Abfallbehandlung in der KVA

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	1999	2000	2001
Einnahmen	14 783	16 213	16 205
Aufwand	13 040	13 294	13 513
Stand Ausgleichskonto	14 902	17 821	20 513
Personalbestand	28.0	28.4	29.6

Die gesamthaft leicht gestiegene Anliefermenge führte zu ebenfalls leicht höheren Erträgen aus Verbrennungsgebühren und im Gegenzug zu einer leichten Zunahme des Aufwandes in den Bereichen Betriebsmittelverbrauch und Reststoffentsorgung.

MENGENENTWICKLUNG (in t)	1999	2000	2001
Sammeldienst Region	26 097	26 364	27 166
Sammeldienst Stadt	18 092	18 316	18 014
Klärschlamm	1 069	3 730	3 087
Direktanlieferungen Dritte	24 859	26 932	27 805
Gesamtmenge	70 117	75 342	76 072

Die gesamte Anliefermenge an die KVA nahm gegenüber dem Vorjahr um 730 Tonnen zu. Dazu beigetragen haben die Anlieferungen Dritter und die Abfallmenge aus der Region. Rund 3 500 Tonnen Abfälle, vorwiegend aus Sortierbetrieben und Zwischenlagern, wurden der KVA Bazenheid zur thermischen Behandlung zugeführt.

721.3 Ablagerungsplatz Tüfentobel

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	1999	2000	2001
Einnahmen	5 897	5 913	5 921
Betriebsaufwand	2 498	2 699	2 324
Abschreibungen / Zinsen	762	562	172
Rückstellungen für Nachsorge	317	405	405
Einnahmenüberschuss	2 320	2 247	3 020
Rückstellungen für Nachsorge / Risiko	7 440	7 845	8 249
Rückstellungen Betriebsphase / Abschluss	22 661	24 908	27 929
Total Rückstellung	30 101	32 753	36 178
Personalbestand	6.0	6.0	6.0

Die Einnahmen weichen trotz deutlich höheren Inertstoffablagerungen und wesentlich geringeren Ablagerungen von Reaktormaterial nur unwesentlich vom Vorjahr ab. Rückläufige Abschreibungen und ein reduzierter Betriebsaufwand führten zu einem höheren Ertragsüberschuss, der den Rückstellungen für den Deponieabschluss und die Betriebsphase zugeordnet wird.

MENGENENTWICKLUNG (in m³)	1999	2000	2001
Inertes Material	65 200	88 998	112 045
Reaktormaterial (inkl. Schlacke aus der KVA)	27 205	14 182	9 080
Kompostierbare Abfälle (keine Küchenabfälle)	16 074	22 609	19 952
Total Anlieferungen	108 479	125 789	141 077

Die Ablagerung von Inertstoffen nahm deutlich zu. Dagegen ergab sich ein weiterer Rückgang im Bereich des Reaktormaterials wie auch der Grünabfälle. Die Schlacke aus der KVA mit einem Volumen von rund 14 300 m³ wurde wie im Vorjahr der Deponie Meggenmüli auf dem Gebiet der Gemeinde Mörschwil zugeführt.

722 Gewässerschutz

FINANZEN (in CHF 1 000)	1999	2000	2001
Gebühren und Beiträge	15 255	15 437	14 835
Nettoaufwand der Betriebe	13 256	13 779	14 596
Stand Ausgleichskonto	12 355	14 013	14 252

722.1 Kanalnetz (Bau und Unterhalt)

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	1999	2000	2001
Einnahmen	265	175	208
Betriebsaufwand	1 813	1 783	1 923
Zinsen und Abschreibungen	5' 97	6 047	6 271
Aufwandüberschuss	7 245	7 655	7 986
Personalbestand	19.8	19.8	19.8

Der Anteil der Kapitalkosten beträgt wie im Vorjahr 77% des Gesamtaufwandes. Bei den Erträgen handelt es sich grösstenteils um Abgeltungen für Leistungen des Teams im Kanalunterhalt.

INVESTITIONSRECHNUNG KANALNETZ	1999	2000	2001
Kanalnetzerweiterungen:			
– in Laufmetern	232	295	500
– in CHF 1 000	347	572	1 361
Konventionelle Kanalsanierung:			
– in Laufmetern	1 495	1 940	2 086
– in CHF 1 000	3 059	6 133	6 318
Inlining (Innensanierung)			
– in Laufmetern	1 361	1 129	1 570
– in CHF 1 000	862	657	704
Robotertechnik (punktuelle Innensanierungen)			
in CHF 1 000	36	7	27
Total Instandstellungen			
– in Laufmetern (ohne Robotertech.)	3 088	3 364	4 156
– in CHF 1 000	4 304	7 369	8 410

Die Ausgaben für Kanalnetzerweiterungen betrugen im Berichtsjahr rund 16% (8%) der Gesamtausgaben für das Kanalnetz. Einen Anteil von 84% machen die Aufwendungen für Kanalnetzsanierungen aus. Bei den Sanierungen beträgt der Anteil der konventionellen Kanalsanierungen 90% und derjenige der Innensanierungen rund 10%.

722.2 Abwasserreinigung

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL

	1999	2000	2001
Einnahmen	1 110	1 258	1 343
Betriebsaufwand	4 035	4 212	4 426
Zinsen und Abschreibungen	958	1 044	1 633
Aufwandüberschuss	3 883	3 998	4 716
Personalbestand	14	14	14

Die Kapitalkosten stiegen gegenüber dem Vorjahr von 20 auf 27% des Gesamtaufwandes und erhöhten sich um rund CHF 589 000 auf CHF 1 633 000. Dabei handelt es sich weitgehend um Auswirkungen aus dem Ausbau und der Erweiterung der ARA Au und der Umnutzung der ARA Hätterenwald. Einen weiterhin hohen Kostenanteil machen die Aufwendungen für die thermische Behandlung und die Mitkompostierung von Klärschlamm aus.

MENGENENTWICKLUNG (in 1 000 m³)

	1999	2000	2001
Zuflussmenge	21 000	20 500	20 700
Klärschlamm	37	37	37
davon landwirtschaftliche Verwertung in % vom Anfall	3	2	2

Im Vergleich zum Vorjahr blieb die behandelte Abwassermenge konstant. Die anfallende Klärschlammmenge lag ebenfalls auf dem Vorjahresniveau. Die landwirtschaftliche Verwertung von Klärschlamm, die in früheren Jahren einen namhaften Anteil an der Entsorgung bildete, ist unbedeutend geworden. Je rund die Hälfte des anfallenden Klärschlammes werden der Mitkompostierung auf der Deponie und der thermischen Behandlung in der KVA zugeführt.

73 Stadtwerke und Verkehrsbetriebe

Für die Tätigkeit der Stadtwerke und der Verkehrsbetriebe wird auf die separaten Geschäftsberichte verwiesen.

74 Controlling Rahmenkredite 2001–2004

741 Rahmenkredit Erdgasversorgung

Im Berichtsjahr 2001 gab der Stadtrat 22 Teilkredite aus dem Rahmenkredit der Erdgasversorgung im Umfang von CHF 3.507 Mio. frei. Dies entspricht 41.8% des gesamten Rahmenkredites von CHF 8.400 Mio. Die 22 Projekte weisen eine Gesamtlänge von 5 355 Meter auf und beinhalten neben Leitungssanierungen auch den Neubau von drei Druckregelanlagen. Saniert wurden im Berichtsjahr insgesamt 3 410 Meter oder 1.58% des gesamten Erdgasnetzes (216 km). Dies entspricht einer theoretischen Erneuerungsrate von 63 Jahren. Dieser Wert deckt sich mit der in der Vorlage an den Grossen Gemeinderat (Einführung von Rahmenkrediten für Kanal-, Werkleitungs- und Strassensanierungen vom 27.9.2000) festgelegten Zielsetzung.

Beim freigegebenen Betrag von CHF 3.507 Mio. handelt es sich um die Summe der Kostenvoranschläge. Abrechnungen liegen noch keine vor. Die spezifischen Laufmeterkosten betragen basierend auf den Kostenvoranschlägen rund CHF 655. Gerechnet wurde in der Vorlage an den Grossen Gemeinderat mit einer Bandbreite von CHF 600 bis CHF 850 pro Laufmeter. Im kommenden Berichtsjahr werden die effektiven Kosten der abgerechneten Projekte den entsprechenden Kostenvoranschlägen gegenübergestellt.

Im Berichtsjahr 2001 gab der Stadtrat 23 Teilkredite aus dem Rahmenkredit der Wasserversorgung im Umfang von CHF 4.9 Mio. frei. Dies entspricht 36.3% des gesamten Rahmenkredites von CHF 13.5 Mio. Die 23 Projekte weisen eine Gesamtlänge von 5 245 Meter auf. Saniert wurden im Berichtsjahr insgesamt 3 225 Meter oder 1.06% des gesamten Wassernetzes (303 km). Dies entspricht einer theoretischen Erneuerungsrate von 94 Jahren. Dieser Wert überschreitet damit die in der Vorlage an den Grossen Gemeinderat (Einführung von Rahmenkrediten für Kanal-, Werkleitungs- und Strassensanierungen vom 27.9.2000) festgelegte Zielsetzung von etwa 70 Jahren. Über einen kurzen Zeitraum von nur einem Jahr betrachtet, kann die Erneuerungsrate je nach technischer Komplexität der Bauvorhaben grösseren Schwankungen unterliegen. In einem mehrjährigen Zeitraum betrachtet bleibt die Erneuerungsrate der Wasserversorgung aber nach wie vor im erwarteten Rahmen.

Beim freigegebenen Betrag von CHF 4.9 Mio. handelt es sich um die Summe der Kostenvoranschläge. Abrechnungen liegen noch keine vor. Die spezifischen Laufmeterkosten betragen basierend auf den Kostenvoranschlägen rund CHF 934. Gerechnet wurde in der Vorlage an den Grossen Gemeinderat mit einer Bandbreite von CHF 750 bis CHF 1 300 pro Laufmeter. Im kommenden Berichtsjahr werden die effektiven Kosten der abgerechneten Projekte den entsprechenden Kostenvoranschlägen gegenübergestellt.

743 Rahmenkredit Elektrizitätsversorgung

Im Berichtsjahr 2001 gab der Stadtrat zwei Teilkredite aus dem Rahmenkredit der Elektrizitätsversorgung im Umfang von CHF 854 000 frei. Dies entspricht 5.8% des gesamten Rahmenkredites von CHF 14.8 Mio. Die zwei Projekte beinhalten neben Leitungssanierungen auch die Erneuerung von zwei Trafostationen (Büchelstrasse und Bruggwiesen). Saniert wurden im Berichtsjahr insgesamt 460 Meter Mittelspannungs-, 710 Meter Niederspannungs-, 130 Meter Beleuchtungs- und 60 Meter Signalkabel. Damit konnte die Zielsetzung gemäss Vorlage an den Grossen Gemeinderat (Einführung von Rahmenkrediten für Kanal-, Werkleitungs- und Strassensanierungen vom 27.9.2000) bei der Anzahl zu sanierender Trafostationen erfüllt werden. Im Teil Leitungsbau wurden im Berichtsjahr 2001 Sanierungen und Erweiterungen realisiert, die bereits vor Vorliegen des Rahmenkredites bewilligt worden waren (u.a. Riedererholz, Amtshaus, Haggenstrasse). Deshalb hat die Elektrizitätsversorgung aber nicht weniger saniert bzw. erneuert als in früheren Jahren, sondern der Rahmenkredit wurde noch nicht im beabsichtigten Umfang beansprucht, was sich aber über die gesamte Laufzeit des Kredites ausgleichen dürfte.

Beim freigegebenen Betrag von CHF 854 000 handelt es sich um die Summe der Kostenvoranschläge. Abrechnungen liegen noch keine vor. Die spezifischen Kosten betragen bei den Trafostationen basierend auf den Kostenvoranschlägen rund CHF 300 000 (Annahme in der Vorlage an den Grossen Gemeinderat: CHF 250 000). Im Bereich Leitungsbau liegen die Kosten aufgrund der aufgelaufenen Kosten des bauseits abgeschlossenen, aber noch nicht abgerechneten Projektes bei CHF 172 pro Laufmeter bei den Mittelspannungskabeln (Annahme: CHF 300), CHF 345 bei den Niederspannungskabeln (Annahme: CHF 320), CHF 10 bei den Kabeln für die öffentliche Beleuchtung (Annahme: CHF 90) und CHF 137 bei den Signalspannungskabeln (Annahme: CHF 150). Im kommenden Berichtsjahr werden die effektiven Kosten der abgerechneten Projekte den entsprechenden Kostenvoranschlägen gegenübergestellt.

Im Berichtsjahr hat der Stadtrat 16 Teilkredite aus dem Rahmenkredit für Kanalsanierungen im Umfange von CHF 6.789 Mio. freigegeben. Dies entspricht rund 45% des gesamten Rahmenkredites von CHF 15.0 Mio. Von diesen 16 Projekten wurden im Jahre 2001 bei 13 (mit gesamtem Teilkreditbetrag von CHF 5.561 Mio.) mit dem Bau begonnen, wobei 11 davon – mit Ausnahme von Abschlussarbeiten – praktisch fertig erstellt sind und bei den übrigen zwei die Bauarbeiten auch im nächsten Jahr noch andauern. Für die drei weiteren ebenfalls im Jahre 2001 bewilligten Projekte erfolgt der Baubeginn erst im Jahr 2002. Im Berichtsjahr wurden insgesamt 2 240 m oder 0.8% des öffentlichen Kanalisationsnetzes von 280 km Länge saniert. Zusammen mit den über separate Kredite instand gestellten Kanälen ergibt sich eine Erneuerungsrate von 1%, wie dies in der Rahmenkreditvorlage vom 27. September 2000 aufgeführt ist.

Für die Sanierung der Kanäle wurden im ersten Jahr der Kreditperiode CHF 3.405 Mio. aufgewendet. Die Endkosten der 13 im Berichtsjahr baubegonnen Objekte werden bei CHF 4.701 Mio. liegen und damit rund CHF 860 000 unter dem entsprechend freigegebenen Teilbetrag von CHF 5 561 Mio. Die spezifischen Kosten betragen somit basierend auf den effektiven Aufwendungen rund CHF 2.098 pro Laufmeter. Gerechnet wurde mit einem Mischpreis für Erneuerung und Innensanierung von CHF 1.850 pro Laufmeter bei einer Bandbreite von mehreren hundert Franken pro Laufmeter je nach spezifischen Verhältnissen.

8 SCHULVERWALTUNG

80 Abteilungssekretariat

- 801 Berufsschulkommission
- 802 Schulrat und Visitationen der Lehrkräfte
- 803 Jugendfilmkommission
- 804 Schul- und Büromaterialzentrale

81 Schulamt

- 815 Gesundheitsdienst
 - 815.1 Schulärztlicher Dienstag
 - 815.2 Schulpsychologischer Dienstag
 - 815.3 Sozialberatung
 - 815.4 Psychomotorik
 - 815.5 Logopädie
- 816 Schulzahnärztlicher Dienstag
- 820 Kindergarten
- 830 Primarschule
- 831 Realschule
- 832 Sekundarschule
- 833 Freiwilliges 10. Schuljahr
- 834 Jugendmusikschule
- 835 Freiwillige Angebote
 - 835.1 Kulturpädagogik
- 836 Fördernde Massnahmen
 - 836.1 Nachhilfe, Deutsch-Intensivförderung
 - 836.2 Legasthenie
 - 836.3 Übrige Therapien
 - 836.4 Integrierte Hilfe für Schülerinnen und Schüler
- 837 Familienergänzende Betreuung
 - 837.1 Tageshorte
 - 837.2 Freiwillige Schulhausangebote
 - 837.3 Schülerbetreuung auf der Oberstufe
- 838 Schulanlagen der Volksschule

86 Gewerbliche Berufsschule

- 861 Verwaltung
- 862 Abteilung Bauberufe
- 863 Abteilung für Technische Berufe
- 864 Abteilung für gestalterische Berufe und Schule für Gestaltung
- 865 Abteilung für Dienstleistungsberufe
- 866 Abteilung Berufsmittelschule
- 867 Bauderkaderschule
- 868 Abteilung für Freifächer und Weiterbildung
- 869 Abteilung für Hauswirtschafts- und Pflegeberufe

87 Sportamt

- 870 Leitung der Dienststelle
- 871 Turn- und Sportbetrieb

872	Finanzielle Unterstützung von Turnen und Sport
873	Sportanlagen
874	Städtische Bäder
874.0	Volksbad
874.1	Hallenbad Blumenwies
874.2	Freibäder auf Dreilinden
874.3	Schwimmbad Lerchenfeld
875	Kunsteisbahn Lerchenfeld
88	Jugendsekretariat
881	Information
882	Beratung
883	Quartierarbeit
884	Jugendkultur
885	Jugendarbeiterinnen- und Jugendarbeiterkonferenz (JAK)
89	Berufsberatung
890	Kantonalisierung
891	Beratung
891.1	Herkunft der Ratsuchenden
891.2	Ergebnis der Beratungen/Beratungsthemen
892	Berufs- und Bildungsinformation
893	Lehrstellenbörse
894	Neues Berufsinformationszentrum (BIZ)

89 **Abteilungssekretariat**

Aufgaben:

- * Unterstützt den Schulvorstand in Führungs- und Verwaltungsaufgaben
- * Koordiniert Sachgeschäfte der einzelnen Dienststellen
- * Bereitet Entscheidungsgrundlagen sowie Vollzug der Sachgeschäfte und Entscheide der Behörden und ihrer Kommissionen sowie ihrer Fachausschüsse vor
- * Projektleitung und Projektmitarbeit
- * Führt Rechnung der Schulverwaltung
- * Beschafft Büro-, Verbrauchs- und Arbeitsmaterial für städtische Schulen und die Verwaltung
- * Beschafft Kopiergeräte, unterhält das Kopierwesen

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	1999	2000	2001
Aufwand	26 517	26 528	29 579
Ausgehende laufende Beiträge Bildungswesen	1 817	1 894	1 954
Ertrag	1 707	1 605	9 439 *
Aufwandüberschuss	24 810	24 923	20 140
Personalbestand	6.5	6.5	6.5

* inkl. Ertrag aus Verkauf Liegenschaften an Kanton

801 Berufsschulkommission

Aufgaben:

- Aufsicht über die Berufsschulen, insbesondere über die einzelnen Ausbildungen, Lehrgänge und Lehrkräfte
- Prüfung von Budget und Rechnung der Gewerblichen Berufsschule zuhanden von Stadtrat und Grosseem Gemeinderat
- Festlegen der Lehrortsbeiträge sowie der Kursgebühren
- Überprüfen der Notwendigkeit

KENNZAHLEN	1999	2000	2001
Aufwandüberschuss (in CHF 1 000)	2	2	2
Anzahl Kommissionsmitglieder	19	19	19
Anzahl Sitzungen Plenum	10	7	11
Anzahl Sitzungen Arbeitsausschüsse	10	13	10
Anzahl Schulbesuche	38	67	35
Anzahl Wahlgeschäfte, Probelektionen	8	12	15

Das letzte Jahr der Berufsschulkommission (BSK) unter städtischer Schulträgerschaft war geprägt von der Übergangsstimmung und den Vorbereitungen zur Kantonalisierung. Die BSK hat in elf Sitzungen Geschäfte der Schulführung behandelt sowie Probelektionen und Wahlen durchgeführt. Bei den zahlreichen Wahlgeschäften ging es um Qualitätssicherung durch ausgewiesene Hauptlehrkräfte in den Fächern Informatik, Telematik, Kochen, Allgemeinbildung und an der Schule für Gestaltung um eine Neubesetzung des Amtes «Teamchef Designer». Personelle Entscheide standen auch in eigener Sache an, musste doch die einundzwanzigköpfige Kommission auf Anfangs 2002 auf neun Personen reduziert werden. In erster Priorität waren es die Vertretungen der Lehrorte der umliegenden Bezirke, auf deren Mitwirken unter kantonaler Schulhoheit verzichtet werden kann. Weitere Rücktritte folgten, so dass sich die BSK selber im geforderten Mass reduzierte. Das von der Kantonalisierung mit betroffene Verwaltungspersonal selber liegt zwar nicht im Zuständigkeitsbereich der BSK, gleichwohl mussten zusätzliche Verwaltungsstellen für die GBS 2002 bewilligt werden. Damit sollen die bis anhin von der städtischen Verwaltung (Abteilungssekretariat SSV und Finanzamt) erbrachten Dienstleistungen kompensiert werden.

Routinemässig und teilweise mit Mehraufwand wurden Rechnung und Budget geprüft. Zu diskutieren gab die künftige Gestaltung der Schulgelder bei den freiwilligen Angeboten. Auf Ende Jahr musste die BSK das Rücktrittsschreiben von GBS-Direktor Peter Ganz zur Kenntnis nehmen und die Rektorenwahl im Hinblick auf das neue Schuljahr vorbereiten.

802 Schulrat und Visitationen der Lehrkräfte

Anzahl Sitzungen:

14 ordentliche Sitzungen

1 ausserordentliche Sitzung

2 Tagungen

2 gemeinsame Fortbildungsveranstaltungen

Der Schulrat hat sich in erster Priorität mit Personalfragen, welche die Lehrkräfte sowie die Schülerinnen und Schüler betreffen sowie mit Fragen der allgemeinen Schulentwicklung beschäftigt. Anlässlich einer Tagung hat der Schulrat die Entwicklung eines eigenen Leitbildes initiiert.

Zum dritten Mal trug der Schulrat nach 1999 die Verantwortung für die Durchführung der Systematischen Lohnwirksamen Qualifikation. Nachdem im Vorjahr 67 Lehrpersonen qualifiziert wurden, betraf es dieses Jahr 72 Personen. Die positiven Erfahrungen mit der Delegation des Qualifikationsverfahrens an die Schulleitungen, aber unter der Verantwortung der betreffenden Schulrätinnen oder Schulräte, hat sich auch im Jahre 2001 bewährt. Die Schulleitungen haben zu diesem Zweck eine mit Unterstützung des Schulrates bestimmte Anzahl Lektionen pro SLQ vom Grossen Gemeinderat bewilligt erhalten.

Nach positiven Erfahrungen in Pilotprojekten ist im Bereich der Führungsstrukturen für die städtischen Volksschulen und Kindergärten die Integration der Kindergärten in die Primarschulstrukturen abgeschlossen worden. Die Schulleitungen der Primarschulen sind ab Sommer 2001 auch für die in ihrem Schulquartier liegenden Kindergärten verantwortlich gemacht worden.

Der Schulrat hat in verschiedenen Arbeitsgruppen mitgewirkt bzw. sie geführt. Es sind dies u.a.:

- Besondere Unterrichtswochen
- Überspringen einer Klasse
- Leistungsprämien für Lehrpersonen
- Wahlablaufverfahren Lehrpersonen auf allen Stufen
- Entlastung der Schulleitungen
- Personalpflege

Fünf Schülerinnen und Schüler haben eine Klasse übersprungen, vier Schüler sind aus der Schule ausgeschlossen worden.

Sorge bereitet dem Schulrat die zunehmende Schwierigkeit, auf der Oberstufe offene Stellen mit qualifizierten Lehrkräften zu besetzen.

Von den 78 Visitorinnen und Visitatoren, welche im Auftrag des Schulrates und zusammen mit ihm die Aufsicht über das städtische Schulwesen wahrnehmen, sind neun im Verlaufe des Jahres zurückgetreten. Die Vakanzen konnten noch nicht alle besetzt werden.

Die Visitorinnen und Visitatoren besuchten zwei Fortbildungsveranstaltungen zu folgenden Themen:

- Einführung Systematische Lohnwirksame Qualifikation
- Gesundheitsfördernde Schule (Gefos)

803 Jugendfilmkommission

KENNZAHLEN	1999	2000	2001
Anzahl Gesuche	78	96	94
Entscheide:			
– auf Grund einer Visionierung	69	85	85
– auf Grund eingereichter Unterlagen	9	11	9
– Reprisen	9	11	4
Erhöhung der Altersgrenzen	15	6	12

804 Schul- und Büromaterialzentrale

KENNZAHLEN	1999	2000	2001
Aufwand (in CHF 1 000)	936	860	957
Ertrag (in CHF 1 000)	1 111	1 047	1 143
Belieferte Schulen	64	64	64
Belieferte Kindergärten	86	84	84
Belieferte Verwaltungsstellen	78	78	77

81 Schulamt

Aufgaben:

- Führt die städtischen Kindergärten und Volksschulen nach den Vorgaben des Stadtrates
- Bereitet die Schulratssitzungen vor und vollzieht die entsprechenden Beschlüsse
- Führt gesamtstädtische Schulentwicklungsprojekte
- Umsetzung und Weiterentwicklung der vier strategischen Konzepte «Teilautonomie», «Qualitätsentwicklung», «GEFOS» und «Betreuung»

FINANZEN (in CHF 1 000)/PERSONAL	1999	2000	2001
8.1 Verwaltung der Dienststelle			
– Aufwand	5 606	5 685	7 583 *
– Ertrag	2 435	2 460	3 267 *
– Aufwandüberschuss	3 171	3 225	4 316 *
8.2 Kindergärten			
– Aufwand	7 600	7 569	7 799
– Ertrag	895	816	813
– Aufwandüberschuss	6 705	6 753	6 986
8.3 Volksschulen			
– Aufwand	75 929	77 364	78 839 *
– Ertrag	11 964	11 624	11 906 *
– Aufwandüberschuss	63 965	65 740	66 933 *
Personalbestand	36.5	36.5	36.5

* Logopädie und Psychomotorik neu bei Dienststelle, bisher Volksschulen

Das Schulamt der Stadt St.Gallen hat im Jahre 2001 folgende Schwerpunkte gesetzt:

- interne Reorganisation
- Ausbildung der Schulleitungen
- Ausbildung der GEFOS-Delegierten
- Projekte und Arbeitsgruppen.

Interne Reorganisation:

Geplante Rücktritte bzw. Austritte von einzelnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie die Weiterentwicklung der städtischen Volksschulen und Kindergärten (z.B. die Integration der Kindergärten in die Führungsstrukturen der Primarschulen) erforderten im Jahre 2001 die Überprüfung der Organisation als Ganzes, aber auch einzelner Teilbereiche. Die Gesamtorganisation wurde in einem neuen Entwicklungsorganigramm in drei Bereiche aufgeteilt:

- Führungs- und Entscheidungsprozesse
- Kern- und Kompetenzbereiche
- Supportprozesse.

In die Reorganisation miteinbezogen wurde auch die Informationspolitik der zentralen Verwaltung mit den unterschiedlichen Anspruchsgruppen der Organisation. Der Stadtrat hat in diesem Zusammenhang ein Pilotprojekt bewilligt, welches die Einrichtung eines Extranets im Internet erlaubte. Das interaktive Programm erlaubt nebst der Information der Mitglieder auch die Verbreitung von Wissen.

In Jugendmusikschule und Musikakademie führte der Organisationsentwicklungsprozess zu neuen, transparenteren Führungsstrukturen. In der GEFOS-Zentrale wurde durch eine strategische Gruppe, geführt vom Leiter Schulamt, der Integrationsprozess der einzelnen Abteilungen beschleunigt.

Ausbildung der Schulleitungen:

Im Hinblick auf die Umsetzung des Qualitätsentwicklungskonzeptes, welches Ende des Jahres 2000 mit Inhalten gefüllt worden ist, sind die Schulleitungen im Rahmen der kantonalen Fortbildungsveranstaltungen weitergebildet worden. Es ging insbesondere um folgende Bereiche:

- Schule als Organisation und Rechtsfragen
- Wirkungsvoll führen und verwalten
- Schulleitbild und Schulentwicklung
- Vertiefung Qualitätsentwicklung
- Führen und leiten

Eine ganz besondere Bedeutung kam der Ausbildung der Schulleitungen im Peer-Review zu:

Im Sinne einer systeminternen Fremdevaluation können so die städtischen Schulen durch Kolleginnen und Kollegen im Hinblick auf die erarbeiteten Qualitätsentwicklungsbereiche überprüft werden. Im Laufe von drei Jahren soll jedes Schulhaus in dieser Form einer Evaluation unterzogen werden.

Ausbildung der GEFOS-Delegierten:

Für die GEFOS-Delegierten wurde eine auf die Ziele ihrer Arbeit ausgerichtete Fortbildung angeboten. Sie beinhaltete u.a. folgende Unterrichtsthemen:

- Sitzungsvorbereitung und -leitung
- Gesundheitsbegriff
- Vorstellung verschiedener städtischer und kantonalen Dienste mit Bezug zu Gesundheit und Schule
- Projektmanagement
- Gesprächsführung.

Projekte und Arbeitsgruppen:

Es ist u.a. an folgenden Projekten bzw. in folgenden Arbeitsgruppen gearbeitet worden:

- Besondere Unterrichtswochen
- Projekt Sozialberatung Oberstufe
- Führung der Schulleitungen
- Kinderfest
- Ferienplan
- Übertrittsverfahren
- Konzepte (Kleinklassen, Integrierte Schülerförderung, Begabtenförderung).

815 Gesundheitsdienste

815.1 Schulärztlicher Dienst

Die Aufgaben des Schularztdienstes in der öffentlichen Volksschule sind in der kantonalen Verordnung vom August 1982 geregelt.

Aufgaben:

- Erhaltung und Förderung der Gesundheit
- Früherkennung von Gesundheitsstörungen
- Begleitung und Betreuung von Kindern mit gesundheitlichen Risiken und körperlichen oder seelischen Störungen
- Beratung in Fragen der Gesundheitserziehung

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	1999	2000	2001
Aufwandüberschuss	346	361	280 *
Personalbestand	2.23	2.23	2.4

* ohne Sekretariat

KENNZAHLEN	1999	2000	2001
untersuchte Kinder	2 187	2 073	1 985
untersuchte Klassen	186	154	154
abgeklärte Einzelprobleme/Nachkontrollen	63	88	86
verschriebene Physio- und Psychotherapien	7	4	5
Zuweisungen an Spezialarzt: Augen	428	417	305 *
Orthopädie, Ohren, Gynäkologie	16	15	11
TBC-Intracutanproben	127	65	69
Impfungen (Polio, MMR, di-Te)	1 632	2 152	2 294
Impfungen (Hepatitis B, neu)	–	736	1 067
Kinder in Ernährungsberatung	7	6	9

* 17% der Untersuchten

Die Fachbulletins betreffend der drei obligatorischen Reihenuntersuchungen wurden im August 1996 neu überarbeitet und sind unverändert gültig.

Wegen der ausgezeichneten Akzeptanz der Hepatitis B Impfung (Durchimpfungsquote der Schulabgänger von 93%) sind erstmals über 3 000 durchgeführte Impfungen zu verzeichnen.

Bei den Augenuntersuchungen in den Kindergärten befanden sich unter den 760 untersuchten Kindern 20 mit einer ausgeprägten, dringend behandlungsbedürftigen Amblyopie (Schwachsichtigkeit).

Eine statistische Erhebung bei den Fünftklässlern (429 Schulkinder) betreffend Übergewicht ergab total 15% übergewichtige Kinder: Die 15% teilen sich auf in 11% mit mässigem und 4% mit deutlichem Übergewicht.

Zum elften Mal wurde im März zusammen mit der bfu und der Firma Act-D's eine Velohelmaktion durchgeführt. 510 Kinder aller Stufen benützten das preisgünstige Angebot.

Die Anmeldungen für die Nothelferkurse bei den 3. Real- und Sekundarklassen überschwebten den Schularztdienst regelrecht. In 23 Kursen konnte an 371 Jugendliche der begehrte Ausweis abgegeben werden.

Im Laufe des Jahres wurden 146 Apotheken für Lager herausgegeben sowie 76 zusätzliche Bestellungen für Schulhäuser, Turnhallen und Kindergärten erledigt.

Schulärztinnen und Ernährungsberaterin haben auf Anfrage diverse Schulstunden erteilt und an einzelnen Elternabenden teilgenommen. Die personellen Ressourcen reichen aber nicht aus, um an den Zusammenkünften mit den GEFOS-Delegierten am «runden Tisch» der einzelnen Schulhäuser teilzunehmen.

815.2 Schulpsychologischer Dienst

Aufgaben:

Fachstelle für Lösungen bei Schulschwierigkeiten im Lern-, Leistungs- und Sozialbereich

- Psychologische Diagnostik (Zuweisungsabklärungen zu Massnahmen)
- Psychologische Hilfe (Kurzbegleitung ohne Massnahmen)
- Berichterstattung zuhnden Schulrat
- Teilnahme am Fachaustausch in den Schulquartieren (Runder Tisch)
- Krisenintervention, Klassenintervention

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	1999	2000	2001
Aufwandüberschuss	419	408	89 *
Personalbestand	5.5	5.1	3.65

* «Die Trennung von Schulpsychologischem Dienst und Sozialberatung bewirkt, dass die Pauschalentschädigung des Kantons zugunsten SPD in dieser Statistik verbleibt und somit den Aufwandüberschuss verkleinert, während der Aufwandüberschuss der Sozialberatung im neu separaten Kontenkreis erscheint.»

Das Jahr 2001 war ein Jahr des Umbruchs. Im Rahmen der Umstrukturierung präsentieren sich die Abteilungen Schulpsychologischer Dienst und Sozialberatung erstmals unabhängig. Seit dem 1. August hat der Schulpsychologische Dienst eine neue Leitung. Die Hauptziele des Schulpsychologischen Dienstes waren: Vertrauen gewinnen sowie eine neue Effizienz- und Effektivitätsorientierung aber auch eine neue Stärkung des Präventionsgedankens in der Arbeit des Schulpsychologischen Dienstes.

Eine neue Leistungsvereinbarung, auf der Trennung von Fach- und Entscheidungskompetenz basierend, wurde zwischen dem Schulpsychologischen Dienst und dem Schulrat umgesetzt.

Daraus folgte die Umsetzung:

- Anmeldungen steuern (niederschwelliges Angebot; Vorgehen angepasst an Fragestellung; nicht jede Fragestellung muss psychodiagnostisch überprüft werden).
- Wartefristenmanagement (Abmachung: 2 bis 3 Monate; im August ca. 3 Monate; per Ende Dezember 1 Monat).
- Berichterstattung anpassen (eindeutige Anträge mit klaren Begründungen; Berichte rechtzeitig beim Schulrat; Berichterstattung nur, wo Massnahmen entschieden werden müssen; Antragskompetenz der Lehrkräfte erweitern).
- Steuern von Massnahmen (Überlegungen zu Notwendigkeit und Nützlichkeit; vorhandene begrenzte Ressourcen optimal nutzen).
- Effizienz und Effektivität (Beschleunigung und Vereinfachung von Verfahren, wo sinnvoll und möglich; Gesamtschau im Bereich von Schulschwierigkeiten ebenso wichtig, wie einzelfallorientierte Sichtweise).

Da die bisherigen Kennzahlen sich aus fachlicher Sicht nicht in allen Teilen als genügend zur Überprüfung und Präsentation der Dienstleistungen des Schulpsychologischen Dienstes erwiesen haben, werden diese neu entwickelt. Mit der Konzeptentwicklung werden für das Jahr 2002 neue zielorientierte Kennzahlen vorliegen. Diese können wie folgt aussehen:

815.3 Sozialberatung

KENNZAHLEN	1999	2000	2001
Aufwandüberschuss	–	–	191 *
Anzahl Anmeldungen für Sozialberatung (ab 2000: nur noch abgeschlossene Fälle)	174	94	148
Beratungen Total	421	386	610
Runder Tisch	keine	26	36
Klassen-, Kindergarten- und Heimbefuche	36	24	14
Kriseninterventionen	7	10	9
Klasseninterventionen	8	33	28

* ab 2001 neu nicht mehr beim Schulpsychologischen Dienst integriert

Im Zentrum stand die Aufbauarbeit der Sozialberatung als eigene Abteilung Schulgesundheitsdienste. Aufgrund der beschränkten Kapazitäten entschied sich die Sozialberatung, den Bereich der Kurzberatungen zu intensivieren, dies auf Kosten von Prävention und längerfristiger Familienberatung. Das ressourcenorientierte Beratungsangebot wird von Schule und Eltern rege genutzt. Es können zur Zeit mit den vorhandenen Ressourcen nicht alle Anfragen berücksichtigt werden.

815.4 Psychomotorik

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	1999	2000	2001
Aufwandüberschuss (in CHF 1 000)	299	305	320 *
Personalbestand	2.94	2.74	2.75
Erteilte Therapiestunden	3 063	3 024	2 676

* ohne Sekretariat

KENNZAHLEN	1999	2000	2001
Kinder in Psychomotoriktherapie	165	184	236
Kinder auf Warteliste für Psychomotoriktherapie	34	36	45

Bei den fünf Therapeutinnen und Therapeuten (insgesamt 250 Stellenprozenten) waren 236 Kindergarten- und Schulkinder mit psychomotorischen Entwicklungsschwierigkeiten in Behandlung. Es gab 47 Neuaufnahmen und 51 Therapieabschlüsse. 101 Kinder wurden abgeklärt, bei 16 davon war keine Therapie nötig. 45 Kinder warteten auf Therapie und 18 auf eine Abklärung.

815.5 Logopädie

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	1999	2000	2001
Aufwandüberschuss	770	780	922 *
Personalbestand	8.63	8.6	9.23
Erteilte Therapiestunden	10 122	10 321	11 076
Warteliste	313	322	370
in Therapie	310	322	370

* ohne Sekretariat

Aufgrund der Stellenerhöhungen um 130% könnten mehr Therapieplätze angeboten werden. Dies bewirkte eine Abnahme der Warteliste. Aufgrund der nicht ausgeschöpften Stellen im Logopädischen Dienst infolge Personalmangels wurden vermehrt Abklärungen und Therapien an freischaffende Logopädinnen und Logopäden delegiert.

Der Schwerpunkt im Jahre 2001 war die Umsetzung des neu erstellten Logopädie-Konzeptes mit definiertem Zeiterfassungssystem, Schulquartierverantwortung und Ausrichtung auf die teilautonomen Schulen. Die Ausrichtung auf die einzelnen Schulen beinhaltet die Berücksichtigung ihrer Interessen mit der Durchführung entsprechender Beratungen. Der Dienst richtete seine teaminterne Fortbildung darauf aus.

817 Schulzahnärztlicher Dienst

Aufgaben:

- Stellt die systematische, einheitliche und kontinuierliche Kariesprophylaxe bei Kindern und Jugendlichen der städtischen Volksschulen und Kindergärten sicher in Kooperation mit Lehrerschaft/Kindergärtnerinnen
- Behandelt Zahnschäden sowie Zahnfehlstellungen und Kieferanomalien nach medizinischer Indikation gemäss den neuesten Erkenntnissen und Techniken der Zahnheilkunde.
- Fachgerechte Betreuung ängstlicher, schwieriger oder behinderter Kinder, in schweren Fällen in Vollnarkose/Lachgasanalgesie.

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL

	1999	2000	2001
Aufwand	2 694	2 696	2 710
Ertrag	1 999	1 979	1 975
Aufwandüberschuss	695	716	735
Personalbestand	13.33	13.33	12.63
Untersuchte Kinder (Klassenverband)	6 539	5 898	7 481
Besprechungen, Kontrollen, Zweituntersuchungen	7 786	10 002	7 157
Behandlung nötig in %	49	52	48
Erlasse (Sozialrabatt)	200	237	337
Anzahl Kinder pro Schulzahnarzt	1 673	1 552	1 968
Karieskosten	379	432	431
Karieskosten pro Kind	60	73	70
Poliklinikpatientinnen und -patienten (+Notfälle)	1 871	1 830	1 755

Der präventiv-therapeutische Einsatz des Schulzahnärztlichen Dienstes zielt primär darauf ab, dass möglichst viele Jugendliche die städtische Volksschule verlassen mit:

- weitgehend gesunden Zähnen und gesundem Zahnfleisch
- mit funktionstüchtiger und guter Zahn- und Kieferstellung
- mit vollständiger konservierender Behandlung
- ohne kariesbedingte Extraktion
- mit guter Information und Motivation zur Gesunderhaltung von Zähnen und Zahnhalteapparat
- ohne Angst vor zahnärztlicher Behandlung.

Das Kariesniveau hat sich auf tiefem Niveau stabilisiert. Bei den Zwei- bis Siebenjährigen zeigte sich weiterhin eine steigende Kariestendenz. 1991 waren 75% der fünf- bis sechsjährigen Kinder kariesfrei, im Jahre 2001 waren dies nur 51.5%. Die Problematik der sozial schwachen Familien sowie der ausländischen Bevölkerung und der Flüchtlinge hat sich verschärft. Konsequente und kontinuierliche Prävention in Kindergarten, Schule und Klinik sind weiter prioritär. Ernährungsberatung, Mundhygieneinstruktion, Fluoridierungen sowie regelmässige zahnärztliche Kontrollen auch für die Individualprophylaxe (vor allem Fissurenversiegelungen) sind dringend geboten.

Die Zusammenarbeit zwischen Kindergarten, Schule und Schulzahnärztlichem Dienst sowie Eltern ist wichtig für den Prophylaxeerfolg. Die Kooperation mit der Mütter-/Väterberatung sowie den Kinderärztinnen und -ärzten/Kinderspital wurde intensiviert, um bereits die Gruppe der ein- bis vierjährigen Kinder und deren Eltern zu erreichen. In dieser Altersgruppe sind zunehmend Zahnschäden feststellbar, die nur in Vollnarkose behandelt werden können.

Im Geschäftsjahr 2001 besonders hervorzuheben sind:

- Neueinrichtung eines Behandlungsplatzes (Nr. 4)
- Publikation einer Studie über Fissurenversiegelung in Zusammenarbeit mit der Uni Zürich in den Zahnärztlichen Mitteilungen (ZM) in Deutschland
- Referate des Klinikleiters vor verschiedenen Zahnärztergruppen aus dem Ausland, am F.D.I.-Kongress Kuala-Lumpur und an der Universität Genf, 2 Workshops mit den Schweizer Pädiaterinnen bzw. Pädiatern
- Zusammenarbeit mit Mütter-/Väterberatung
- Kantonale Schulzahnpflegekommission
- Regelmässige Teilnahme in der Fachgruppe Kinderzahnmedizin an der Uni Zürich
- TV-Projekt DRS Frau Eveline Falk "Prävention in St.Gallen SZD"
- Besuch einer Gruppe japanischer Zahnärztinnen und Zahnärzten an der SZK einschliesslich Hospitation.

820 Kindergärten

KENNZAHLEN	1999	2000	2001
Aufwandüberschuss alle Kindergärten* (in CHF 1 000)	7 600	7 172	7 612 +
Anzahl Kinder	1 356	1 365	1 321
Kosten pro Kind **	5 604	5 255	5 762
Total Regelkindergärten ++	73	70	68
Städtische Regelkindergärten	66	63	62
Private Kindergärten	7	7	6
Schulkindergärten	6	6	6
Sprachheilkindergärten	2	2	2
Durchschnittliche Klassengrösse:			
Regelkindergarten	17.3	18.14	18.15
Schulkindergarten	12.0	12.17	10.83
Sprachheilkindergarten	11	11	11
Anzahl Lehrkräfte (Voll- und Teilpensum)	111	108	105

* einschliesslich private Kindergärten

** ohne Verwaltungs- und Baukosten

+ Sprachheil-KG: Keine interne Schulgeldverrechnung mehr

++ Schliessung des privaten KG Schäfliisbergstrasse und vorübergehende Stilllegung des KG Oberstrasse 200.

830 Primarschule

KENNZAHLEN	1999	2000	2001
Aufwandüberschuss (in CHF 1 000)	27 442	28 437	29 260
Anzahl Kinder	4 391	4 325	4 317
Kosten pro Kind	6 250	6 575	6 778
Anzahl Klassen	221.7	220.0	220.0
Durchschnittliche Klassengrösse:			
– Regelklassen	21.1	21.1	21.1
– Kleinklassen	12.5	12.1	12.0
– Deutschklassen	14.1	11.8	11.3
Anzahl Lehrkräfte (Voll- und Teilpensum)	364	364	384

831 Realschule

KENNZAHLEN	1999	2000	2001
Aufwandüberschuss (in CHF 1 000)	9 681	11 038*	10 873 **
Anzahl Jugendliche	847	882	903
Kosten pro Jugendliche bzw. Jugendlichen	11 430	12 515	12 040
Anzahl Klassen	50	52	53+1 *
Durchschnittliche Klassengrösse			
– Regelklasse	19.8	20.1	19.6
– Kleinklasse	11.7	10.9	12.1
– Deutschklasse	12.7	14.7	12.0
Anzahl Lehrkräfte (Voll- und Teilpensen)	112	108	132

* ohne Abzug bzw.

** mit Abzug der kant. Subventionen

* Kleinklasse mit beso. Auftrag «Kajak»

832 Sekundarschule

KENNZAHLEN	1999	2000	2001
Aufwandüberschuss (in CHF 1 000)	5 797	6 035	6 164
Anzahl Jugendliche	608	565	544
Kosten pro Jugendliche bzw. Jugendlichen	9 553	10 681	11 330
Anzahl Klassen	29	27	26
Durchschnittliche Klassengrösse	21.0	20.9	20.9
Anzahl Lehrkräfte (Voll- und Teilpensen)	69	59	66

833 Freiwilliges 10. Schuljahr

KENNZAHLEN	1999	2000	2001
Aufwand	1 325	1 243	1 298
Ertrag	932	771	1 007
Aufwandüberschuss	393	472	291
Anzahl Jugendliche	122	117	131
Davon Auswärtige	70	55	69
Anzahl Klassen	6	6	6
Durchschnittliche Klassengrösse	20.3	19.5	21.8
Anzahl Lehrkräfte (Voll- und Teilpensen)	12	14	14

834 Jugendmusikschule

Aufgaben:

- Musikalische Ausbildung für Schülerinnen und Schüler der städtischen Volksschulen, der angeschlossenen Schulgemeinden und Privatschulen sowie für Jugendliche und Erwachsene mit Wohnsitz in der Stadt St.Gallen
- Förderung des Zusammenspiels in verschiedenen Musikstilen mit Musiziergruppen, Rockbands, Chören und Orchesterformationen
- Vermittlung kultureller Werte der Musik
- Anleitung zu sinnvoller Freizeitgestaltung

Im Jahre 2001 organisierten die Musiklehrerinnen und Musiklehrer der Jugendmusikschule über 100 Konzerte, Vortragsübungen, Musizierstunden und Schulhauskonzerte. Singlager und diverse Fortbildungen rundeten die farbige Palette der Veranstaltungen ab.

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	1999	2000	2001
Aufwand	4 941	5 126	5 410
Ertrag	2 290	2 385	2 680
Aufwandüberschuss	2 651	2 741	2 730
Anzahl Lehrkräfte	103	109	107
Verwaltungspersonalbestand	2.5	2.5	2.5
Kosten pro Schülerin oder Schüler pro Jahr	877	896	959
Anzahl Schülerinnen und Schüler	3 024	3 056	2 846

2 846 Schülerinnen und Schüler besuchten im Jahre 2001 den Musikunterricht an der städtischen Musikschule in den zwei Abteilungen Musikalische Grundausbildung und Instrumentalunterricht. Erfreulich ist die Entwicklung im Bereich Musikalische Grundschule. Der Einbezug dieses Fachs in den Lehrplan des Kantons St Gallen und deren Umsetzung trägt Früchte und ermöglicht eine engere Zusammenarbeit zwischen Musikschule und Volksschule. Gute Resonanz fanden die gemeinsam mit dem Konzertverein didaktisch gestalteten Ensemblekonzerte in den städtischen Schulhäusern. Die enge Zusammenarbeit mit der Knabenmusik St.Gallen hat sich ein weiteres Mal bewährt. Die Leitung der Jugendmusikschule und der Musikakademie erfolgte personell getrennt. Die gemeinsame Administration beider Schulen bleibt bestehen und wurde personell verstärkt.

835 Freiwillige Angebote

KENNZAHLEN FREIWILLIGE HANDARBEIT	1999	2000	2001
Aufwandüberschuss (in CHF 1 000)	320	365	361
Anzahl Kinder	407	450	447
Kosten pro Kind	786	810	807
Anzahl Kurse	46	49	49
Durchschnittliche Klassengrösse	8.9	9.2	9.1

835.1 Kulturpädagogik

KENNZAHLEN	1999	2000	2001
Aufwandüberschuss (in CHF 1 000)	297	309	330

Folgende Projekte sind im Jahre 2001 im Rahmen der Kulturpädagogik umgesetzt worden:

- Museumspädagogik im Naturmuseum und im Historischen Museum
- Fantasiehe-Da
- Schulhauskonzerte des Konzertvereins (organisiert durch die JMS)
- Autorenlesungen in den Schulhäusern
- Projekt «Mitten unter Euch»

836 Fördernde Massnahmen

Das Konzept für die Gesundheitsförderung zielt auf die prozessorientierte Einführung der Integrierten Schülerförderung in Kindergärten und Primarschulen. Es geht darum, die unterrichtsunterstützenden Massnahmen zu einem Pensenspool zuhanden der Schulquartiere zusammenzufassen und die Umsetzung im Einzelfall den Schulen selbst zu überlassen. Das Konzept hat sich bis heute bewährt. Bis zum Sommer 2001 konnte in allen Primarschulquartieren die Integrierte Schülerförderung eingeführt werden. In den Kindergärten dauert der Prozess noch an.

Durch die Zusammenfassung der unterrichtsunterstützenden Massnahmen in der Integrierten Schülerförderung sind die Kosten in den Bereichen Nachhilfe, Deutsche-Intensivförderung sowie Legasthenie markant zurückgegangen.

836.1 Nachhilfe, Deutsche-Intensivförderung

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	1999	2000	2001
Aufwand	179	125	82
Ertrag	21	14	9
Aufwandüberschuss	158	111	73
Personalbestand	1.81	1.26	0.83
Erteilte Lektionen	2 168	1 509	996

836.2 Legasthenie

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	1999	2000	2001
Aufwandüberschuss	172	203	156
Personalbestand	2.55	2.52	2.22
Erteilte Therapien	3 063	3 024	2 664

836.3 Übrige Therapien

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	1999	2000	2001
Aufwand	29	11	20
Ertrag	6	2	4
Aufwandüberschuss	23	9	16
Personalbestand	extern	extern	extern

836.3 Integrierte Hilfe für Schülerinnen und Schüler

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	1999	2000	2001
Aufwandüberschuss	591	829	1 195
Personalbestand	6.05	8.50	12.3

837 Familienergänzende Betreuung

837.1 Tageshorte

Aufgaben:

- * Familienergänzende Unterstützung der Eltern in Betreuung, Erziehung und Aufgabenhilfe
- * Erweiterung der sozialen und persönlichen Kompetenzen des Kindes durch vielfältige Erfahrungen im spielerischen, im kreativen sowie im bildungs- und naturorientierten Bereich
- * Elternarbeit in den verschiedensten Formen, Zusammenarbeit mit Lehrkräften, Verankerung der Hortarbeit im schulischen Umfeld und im Quartier

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	1999	2000	2001
Aufwand	2 157	2 176	2 369
Ertrag	414	403	405
Aufwandüberschuss	1 743	1 773	1 964
Personalbestand	20.28	19.9	21.28

KENNZAHLEN HORTE	1999	2000	2001
Geleistete Stunden	44 219	43 591	46 614
Anzahl Horte	6	6	7 *
Anzahl Hortplätze (Tagesplätze)	126	126	117 *
Anzahl Hortplätze (Halbtagesplätze)	–	–	18 *
Anzahl Kinder	176	174	173 *
Anzahl Morgenbetreuungen	42	44	41 *
Anzahl Mittagsbetreuungen	135	135	137 *
Anzahl Nachmittagsbetreuungen	124	122	128 *
Anzahl Austritte	57	57	55

* ab 01.08.01

Die Eröffnung des Halbtageshortes im Oberzil im August war ein wichtiges Ereignis im Hortjahr 2001. Damit konnte eine Betreuungslücke im äussersten Osten der Stadt geschlossen werden. Die renovierte Villa Oberzil inmitten der Quartierschulanlage bietet ideale Voraussetzungen für kindergerechte Betreuung. Nach einigen Monaten Anlaufzeit füllte sich der Hort auf Ende des Jahres schlagartig.

Die Zusammenarbeit zwischen der Quartierschule und den Horten hat sich auch im Verlaufe des vergangenen Jahres verstärkt. Immer mehr können Ressourcen und Förderziele von Kindern durch den Hort und die Schule gemeinsam unterstützt werden.

837.2 Freiwillige Schulhausangebote (FSA)

Aufgaben:

- Teilzeitliche Betreuung von Kindern der städtischen Volksschule an einzelnen Schultagen ausserhalb der Schulzeit mit Verpflegung und integrierter Aufgabenhilfe im Schulhaus oder in einer schulnahen Liegenschaft durch Lehrerinnen und Lehrer
- Förderung sinnvoller Freizeitgestaltung
- Unterstützung von Initiative, Kreativität und Sozialverhalten der Kinder sowie verstärkter Toleranz untereinander

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL PRIMARSCHULEN	1999	2000	2001
Aufwand	206	217	236
Ertrag	53	57	64
Personalbestand	1.23	1.48	1.62

KENNZAHLEN FÜR PRIMARSCHULEN	1999	2000	2001
Geleistete Stunden	2 689	3 020	3 530
Anzahl Freiwillige Schulhausangebote, Mittagstische und/oder Betreuung mit integrierter Aufgabenhilfe nach der Schule	4	4	5 *
Anzahl Kinder	104	125	148 *
Anzahl Mittagsbetreuungen pro Öffnungstag	35	32	49 *
Anzahl Betreuungen nach Schulschluss pro Öffnungstag	30	34	36 *

* ab 01.08.2001

Zusammen mit dem Halbtageshort im Oberzil eröffnete das Schulquartier einen Mittagstisch an zwei Blockzeittagen. Mit je zehn Kindern war die Nachfrage von Beginn weg vorhanden. Im FSA Rägäbögä, im Schulquartier Engelwies, steht seit dem Sommer 2001 auch wiederum ein Mittagstisch am Dienstagmittag den Schulkindern offen. Neun Kinder machten von diesem Angebot Gebrauch.

Im vergangenen Jahr war deutlich spürbar, dass das Thema Betreuung in den Schulen und speziell von Elternseite vermehrt aufgenommen wurde. Zahlreiche Anfragen und Auskünfte galt es in diesem Bereich zu beantworten.

837.3 Schülerbetreuung auf der Oberstufe

Aufgaben Schülerclub:

- Der Schülerclub steht den Schülerinnen und Schülern über Mittag, in Zwischenstunden sowie an freien Nachmittagen offen.
- Das Clubangebot umfasst Hilfe zur sinnvollen Freizeitgestaltung, die Erteilung von Aufgabenhilfen sowie die Abgabe von Mahlzeiten. Im Rahmen der Berufsvorbereitung finden spezielle Veranstaltungen statt.

KENNZAHLEN	1999	2000	2001
Anzahl Projekte	1	2	2
Aufwand (in CHF 1 000)	93	98	106
Ertrag (in CHF 1 000)	3	7	6
Aufwandüberschuss (in CHF 1 000)	90	91	100
Durchschnittliche Anzahl Besuchende pro Tag	50	50	55

Neben der Aufgabenhilfe wurden die folgenden Projekte, Aktionen und Freizeitaktivitäten durchgeführt: Tischset gestalten, Gipsfiguren giessen und bemalen, Fasnacht – verkleiden und schminken, Lernsoftware kennen lernen, scannen, Folien erstellen, Mädchenzeit, Schminkkurs, Diavortrag Kosovo, Dichterlesung, Einführung ins Billardspielen.

838 Schulanlagen der Volksschule

Raumerweiterungen 2001

- Primarschulhaus Buchwald: Umnutzung der Hauswartwohnung für Kindergarten, Therapie, Hauswartraum und Büro Hausvorstand.
- Altbau Blumenau saniert mit interner Verdichtung.
- Villa Oberzill: Sanierung und Umnutzung der Villa als Kinderhaus, mit Hort, FSA, ISF und Aufgabenhilfe in Betrieb genommen.
- Quartier Vorwil: Kauf eines Kindergartens im Stockwerkeigentum

Laufende Projekte 2001

- Sekundarschule Blumenau: Sanierung Zwischenbau, Bezug Juni 2002
- Oberstufenzentrum Schönaue: Sanierung Trakt West abgeschlossen, Raumprovisorien in ZSA Waldau
- Primarschule Schönenwegen: Projektierung Aufstockung Pavillon abgebrochen, Vorbereitung zur Planung eines Neubaus
- Primarschule Halden: Sanierung der Fassaden im Sommer 2000 begonnen, innere Anpassungen für Gruppenräume und Logopädie
- Oberstufe Buchental-Krontal: Wettbewerb für Oberstufenzentrum Buchental und Gesamtsanierung Altbau abgeschlossen, Projektierung eingeleitet
- Primarschule Grossacker: Beteiligung am kantonalen Wettbewerb des KJPD zur Erreichung einer zweiten Turnhalle

Im Berichtsjahr konnte wiederum ausgemustertes Schulmobiliar an caritative Organisationen abgegeben werden.

Aufgaben:

- vermittelt die gesetzlich vorgeschriebene Grund- und Weiterbildung in insgesamt acht Abteilungen
- bereitet Jugendliche auf den Eintritt in eine Anlehre oder Lehre vor (Vorkurs, Vorlehre)
- vermittelt die Anlehre für Interessentinnen und Interessenten verschiedenster Volksschulabschlüsse und Herkunft
- bietet berufsbegleitend oder anschliessend an die Lehre Berufsmittelschulunterricht an, der zur Berufsmaturität mit prüfungsfreiem Übertritt an eine Fachhochschule führt
- vermittelt ein vielfältiges Freifachangebot
- führt Weiterbildungslehrgänge in verschiedenen Bereichen

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	1999	2000	2001
Aufwand	36 277	38 196	40 502
Standortbeitrag der Stadt	762	746	829
Lehrortsbeitrag pro Jahr und Schultag (in CHF 1 000)	2 900	2 600	2 500
Personalbestand	34.9	36.5	37.5

KENNZAHLEN	1999	2000	2001
Bestand Jugendliche:			
Abteilung Bauberufe	1 177	1 162	1 117
Abteilung für technische Berufe	1 211	1 296	1 347
Abteilung für gestalterische Berufe	607	622	639
Abteilung für Dienstleistungsberufe	1 219	1 206	1 242
Berufsmittelschule	617	549	527
Baukaderschule	129	119	125
Abteilung für Freifächer und Weiterbildung	1 292	1 312	1 316
Abteilung für Hauswirtschafts- und Pflegeberufe	300	367	345
Gesamtzahl	6 552	6 633	6 652
Anzahl Klassen (ohne Freifächer)	318	326	340
Anzahl volle Pensen	181.9	184.2	186.6

861 Verwaltung

Mit dem Verkauf und der Vermietung der bisherigen Schulliegenschaften der Gewerblichen Berufsschule sowie der Übertragung bisheriger Mietverträge an den Kanton setzte die Stadt faktisch den Schlussstrich unter die bisherige Trägerschaft für die Gewerbliche Berufsschule in der Stadt St.Gallen. Damit ging eine lange, erfolgreiche Verbindung der Stadt mit der Berufsbildung zu Ende.

Wie lange diese Verbindung tatsächlich dauerte, ist für die Gewerbliche Berufsschule nicht genau geklärt. Glaubt man ältesten Quellen, dauerte sie bereits 218 Jahre. 1783 nämlich ermöglichte eine Stiftung eines Ratsherrn Daniel Källi-Speck die Führung einer Zeichenschule für angehende Handwerker, in welcher Jugendliche jeweils nachmittags von 15.00 bis 17.00 Uhr im Zeichnen und in der Messkunst unterrichtet wurden. Ein weiteres Zeitdokument findet sich 1821. Damals beschloss die stadträtliche Subkommission für das Lehrlings- und Stipendienwesen eine neue Zeichenschule für Handwerker. Der Zeichenschule folgte 1860 die Eröffnung der Fortbildungsschule für Lehrlinge. Diese wird heute allgemein als Vorgängerin der heutigen Berufsschule angesehen. Ein weiterer Meilenstein im städtischen Berufsschulwesen folgte 1904 mit der Abtretung der kaufmännischen Abteilung an die Handelsschule des Kaufmännischen Vereins und der Gründung der Gewerbeschule der Stadt St.Gallen mit einer baugewerblichen, einer mechanisch-technischen und einer kunstgewerblichen Abteilung. 1913 erhielt die Gewerbeschule der Stadt St.Gallen mit dem Schulhaus Kirchgasse ihr erstes eigenes Gebäude. Dieses platzte allerdings bald aus allen Nähten, und als 1947 die Schülerzahl auf über

1 700 stieg, machte man sich an Abklärungen für einen Neubau, der dann allerdings nach mehreren Anläufen erst 1975 an der Demutstrasse bezogen werden konnte. Die Schule entwickelte sich weiter mit der Schaffung der «Sammelabteilung» (heutige Abteilung für Dienstleistungsberufe) in den 50er Jahren, der Abteilung für Freifächer und Weiterbildung 1975 und der Berufsmittelschule 1979, bis dann schliesslich 1995 die damalige Berufs- und Frauenfachschule in die Abteilung für Hauswirtschaft- und Pflegeberufe der GBS überführt wurde.

Heute ist die Gewerbliche Berufsschule eines der grossen Berufsbildungszentren in der Schweiz mit beinahe 4 300 Jugendlichen im Pflichtunterricht und rund 1 000 Schülerinnen und Schülern in den Freiwilligen Angeboten (ohne Freifächer).

Wann auch immer der Beginn des Berufsschulwesens in der Stadt St.Gallen gesetzt wird, mit Sicherheit ging am 31.12.2001 eine erfolgreiche Verbindung zwischen der Gewerblichen Berufsschule und der Stadt St.Gallen als Standort- und Trägergemeinde zu Ende.

862 Abteilung für Bauberufe

Die Zahl der eintretenden Lehrlinge veränderte sich unwesentlich, zwischen den einzelnen Berufsgruppen waren aber Verschiebungen zu registrieren.

Auf Ende des Schuljahres 2000/2001 ging der Vorsteher Heinz Lehmann in Pension. Seit Dezember 2001 werden die Anlehrlinge der Autolackierer an der GBS unterrichtet.

863 Abteilung für Technische Berufe

In der Abteilung für Technische Berufe werden über 1 350 Lehrlinge unterrichtet. Wachsende Lehrlingszahlen erfordern zusätzliche Lehrkräfte und mehr Schulraum. Kurzfristig mussten der Schüleraufenthaltsraum und ein Konferenzraum zu Schulzimmern umfunktioniert werden. Auch der Hörsaal dient vermehrt dem regulären Unterricht und wurde entsprechend eingerichtet. Trotz dieser Massnahmen konnte der Stundenplan 2001/02 nur mit Mühe und etlichen Kompromissen erstellt werden. Es herrscht ausgesprochene Raumnot!

Au⁴ Beginn des Schuljahres 2001/02 wurden drei neue Hauptlehrer gewählt. Aktuell unterrichten in der Abteilung 31 Hauptlehrkräfte und 57 Lehrbeauftragte.

Nach Umfragen bei den Lehrmeistern Informatikerinnen/Informatiker entwickelte die Abteilung den neuen Lehrgang des «Informatiker-Applikationsentwickler». Eine erste Klasse mit 18 Lehrlingen konnte auf den Sommer 2001 gebildet werden.

Erfreulicherweise kam es auf Anregung der GBS und des Kantons zur Gründung einer «Lehrmeistervereinigung Elektroniker». Nach einem Rückgang der Lehrlingszahlen im Vorjahr haben sich im Juni 2001 mehr Lehrlinge eingeschrieben. Es können nach wie vor zwei Jahrgangsklassen geführt werden.

864 Abteilung für gestalterische Berufe und Schule für Gestaltung

Das Bedürfnis nach einer gestalterischen Grundausbildung ist nach wie vor enorm gross. Von den 215 angemeldeten Interessentinnen und Interessenten konnten nach bestandener Aufnahmeprüfung wiederum 54 Jugendliche und 17 Erwachsene in vier Klassen aufgenommen werden.

Im August starteten nach bestandener Aufnahmeprüfung in Gestaltung und BMS 12 Kandidatinnen und Kandidaten mit der neuen Berufsausbildung als Designerin/Designer (Gestalterin/Gestalter). Dieser Lehrgang gilt als Pilotversuch und wird in der Schweiz nur in den Städten Basel, Sierre, La Chaux-de-Fonds und St.Gallen angeboten. Ein Jahr gestalterischer Vorkurs und drei Jahre erweiterte Grundausbildung mit integrierter BMS sollen zur Fachhochschulreife führen.

Der dritte Studiengang «Visuelle Gestaltung HFG (Höhere Fachschule für Gestaltung)» kann auf ein erfolgreiches zweites Ausbildungsjahr zurückblicken. Der zweite Studiengang schliesst im Februar 2002 mit dem Diplom ab.

Der ebenfalls seit über 15 Jahren erfolgreiche, berufsbegleitende zweijährige Bildungsgang «Typografischer Gestalter» schliesst im Juli 2002 ab. Ein weiterer Ausbildungsgang ist in Planung.

Der Pilotversuch «GVK-Polygrafenausbildung» verläuft erfolgreich und wird auf Sommer 2002 abgeschlossen bzw. in ein Definitivum umgewandelt.

865 Abteilung für Dienstleistungsberufe

Wiederum zeigen sich steigende SchülerInnen- und Schülerzahlen. Grosser Beliebtheit erfreuen sich die Berufe Dentalassistentin, Medizinische Praxisassistentin und die gastgewerblichen Berufe. Die Schattenseite dieser Entwicklung ist der sich stets verknappende Schulraum. Damit sind den geforderten erweiterten Lehr- und Lernformen immer wieder Grenzen gesetzt.

Der Vorbereitungskurs für die höhere Berufsprüfung Coiffeusen/Coiffeure konnte mit 18 Teilnehmenden im August gestartet werden und wird erstmals nach neuem Reglement durchgeführt.

866 Abteilung Berufsmittelschule

Der Trend eines ungebrochenen Wachstums an der Berufsmittelschule hat sich fortgesetzt. Während bei den lehrbegleitenden Modellen das Wachstum zwar immer langsamer verläuft, wurde bei den BMS II-Abschlüssen (Berufsmaturität für gelernte Berufsleute) anlässlich der Diplomfeier 2001 erstmals die Grenze von 50 abgegebenen Berufsmaturitätszeugnissen erreicht. Bei den Neueintritten im Oktober ist mit 78 Studierenden gegenüber dem Vorjahr wieder eine Zuwachsrate von über 10 Prozent zu verzeichnen. Mit drei Klassen der technischen und einer Klasse der gestalterischen Richtung ist in räumlicher Hinsicht allmählich die Kapazitätsgrenze erreicht.

Geprägt wurde das Berichtsjahr speziell durch die Umsetzung des neuen BMS-Rahmenlehrplans für die im August neu eingetretenen Klassen. Auf der Basis dieses Rahmenlehrplans gilt es nun, einen detaillierten Schullehrplan zu erarbeiten. An der BMS St.Gallen wurde ein entsprechendes Projekt lanciert, welches das Ziel hat, innerhalb der nächsten drei Jahre schrittweise den Rahmenlehrplan umzusetzen. Die neuen Klassen werden organisatorisch und inhaltlich bereits nach den teilweise doch einschneidenden neuen Richtlinien unterrichtet. Die Arbeit läuft planmässig und es lässt sich auch im gesamtschweizerischen Vergleich feststellen, dass die Umsetzung schon weit fortgeschritten ist.

18 Absolventen haben im März den fünften Lehrgang der Bauführerschule TS abgeschlossen und die Diplomprüfung bestanden. Im Rahmen der 41. GV der Ehemaligenvereinigung der St.Galler Baukaderschüler fand die Diplomierung statt. Der fünfte Lehrgang der Bauführerschule TS startete Mitte August mit 18 Studenten und einer Hospitantin.

43 Baupoliere haben im Berichtsjahr nach einjährigem Baustellenpraktikum den Lehrgang 1999/2001 der Baupolierschule erfolgreich abgeschlossen und ihre Diplome und Gesellenbriefe erhalten. 54 Schüler haben diesen Lehrgang zwei Jahre zuvor in Angriff genommen.

36 junge Berufsleute (eine Klasse weniger als im Vorjahr) haben im Sommer 2000 das erste Semester der Baupolierschule begonnen.

In der Vorarbeiterschule konnte mangels genügend Teilnehmern keine Klasse geführt werden.

22 Studentinnen und Studenten der Technikerschule TS Hochbau absolvieren berufsbegleitend den Lehrgang 1999/2002.

Im Februar startete die Technikerschule TS Tiefbau ihren vierten Lehrgang 2001/2004) mit 13 Teilnehmern und zwei Teilnehmerinnen.

22 (von 24 zu Beginn des Lehrganges) Berufsleute der Haustechnikbranche bilden die Pilotklasse des ersten Lehrganges 1999/2002 der Technikerschule Haustechnik-Koordination, welcher das BBT-Anerkennungsverfahren als Technikerschule TS durchläuft. Aufgrund einer erfreulichen Nachfrage startete im Februar ein zweiter Lehrgang 2001/2004) mit zu Beginn 18 Teilnehmenden.

Einem ausgewiesenen Bedürfnis entsprechend legte die Baukaderschule St.Gallen im Winterhalbjahr 2001/2002 erstmals ein vielfältiges Weiterbildungs-Kursprogramm auf, welches dank Unterstützung der Gesellschaft zur Förderung der Baukaderschule St.Gallen sowie von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden des Bauhauptgewerbes aufgebaut werden konnte.

868 Abteilung für Freifächer und Weiterbildung

Seit März 2001 ist die GBS St.Gallen zertifiziertes «ECDL-Test Centre». Die European Computer Driving Licence ECDL entspricht den Anforderungen der modernen Arbeitswelt. Der Lehrgang PC-Fachmann, die Informatikkurse für Arbeitslose, aber auch alle anderen Informatik-Anwender-Kurse wurden diesem internationalen Standard angepasst.

Es fanden zahlreiche Weiterbildungskurse in den Bereichen Sprachen, Gestaltung/Kunst, Informatik (Anwendung auf Mac und PC, Spezialkurse) und Handwerk/Technik statt.

KENNZAHLEN	1999	2000	2001
Kursangebot	274	292	299
Kursnachfrage	200	206	196
Anteil durchgeführter Kurse in %	72.9	70.5	65.6
Kursteilnehmende	2 583	2 720	2 631
davon Lehtöchter und Lehrlinge	1 611	1 353	1 302
Anteil Lehtöchter und Lehrlinge in %	62.4	49.7	49.5

Daneben wird in drei Lehrgängen auf die eidgenössische Hauswart-Prüfung vorbereitet und ein PC-Fachmann-Lehrgang bereitet auf einen anspruchsvollen Abschluss mit ECDL-Zertifikat vor.

869 Abteilung für Hauswirtschafts- und Pflegeberufe

Die Nachfrage für den Hauswirtschaftlichen Vorkurs ist im Vergleich zum Vorjahr leicht zurückgegangen. Im August 2001 sind in sechs Klassen 127 Jugendliche in die Vorkurse gestartet.

Die Vorlehre ist wiederum leicht gewachsen und weist jetzt sechs Parallelen mit 79 Schülerinnen und Schülern auf.

Die Vorschule für Berufe im Gesundheitswesen führt je einen Lehrgang mit Beginn im Februar und im August. Den Winterkurs besuchten 24 Schülerinnen und Schüler. Im Sommerkurs haben 34 Schülerinnen und Schüler mit dem Vorschuljahr begonnen.

17 Hauspflegerinnen haben im Juli ihre zweijährige Ausbildung mit dem Fähigkeitsausweis abgeschlossen. Gleichzeitig sind 15 in den neuen Ausbildungsgang eingetreten.

Sechs Damenschneiderinnen haben im Juli die Lehre im Couture-Lehratelier der GBS abgeschlossen.

Im August begannen 14 Lehrlinge die 3-jährige Lehre der Hauswirtschafterin.

13 Haushaltleiterinnen sind im Sommer in den einjährigen Ausbildungsgang eingetreten.

869.1 Schulpsychologischer Dienst

Im Berichtsjahr wurden mit 121 Jugendlichen Beratungen durchgeführt. Bei 106 von ihnen bildeten Leistungsprobleme in der Berufsschule den Anlass zur Beratung; bei 15 der Jugendlichen standen Fragen der Ausbildungslaufbahn (Eintritt in die BMS respektive BMB; Wechsel von der Anlehre zur Lehre) im Vordergrund.

Die Ursachen der meisten Leistungsauffälligkeiten bestehen aus einem Geflecht von Motivationsfaktoren und einem nicht optimalen Vorgehen beim Lernen. Bei 12 der Jugendlichen ist die Ursache der Leistungsprobleme vorrangig bei noch mangelhaften Deutschkenntnissen zu sehen. Bei einigen Jugendlichen trugen isolierte Leistungsprobleme im Sprachbereich (11), isolierte Schwierigkeiten im Umgang mit den mathematischen Anforderungen (4) oder Prüfungsangst (3) massgeblich zur Problematik bei.

Bei den meisten Beratungen (94) stand fest, dass die Lehre fortgesetzt werden sollte. Bei 27 der Jugendlichen wurde auf Wunsch des Jugendlichen selbst und/oder auf Wunsch des Lehrbetriebes auch die Frage in die Beratung einbezogen, ob eine Fortsetzung der Lehre möglich und sinnvoll sei.

Aufgaben:

- * Ist Fach- und Koordinationsstelle in allen Sportfragen gemäss dem städtischen Sportkonzept
- * Unterstützt den Jugendsport und Sportveranstaltungen sowie Sportvereine und Verbände und private Träger von Sportanlagen
- * Bietet Fachberatung für Bausanierung und Unterhalt von Sportanlagen
- * Fördert den Schul- und Jugendsport sowie den Breiten-, Lifetime- und Gesundheitssport
- * Betreibt die städtischen Frei- und Hallenbäder gemäss dem Leistungskonzept für die städtischen Bäder und führt die Kunsteisbahn

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	1999	2000	2001
Aufwand	6 438	6 759	7 076
Ertrag	2 823	2 904	2 923
Personalbestand	37.20	37.20	37.20

870 Leitung der Dienststelle

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	1999	2000	2001
Aufwandüberschuss	614	632	664
Personalbestand	4.5	4.5	4.5

Das Schwergewicht der Tätigkeit lag in der Projektbegleitung grösserer Sportanlagen, die gemäss Sportstättenplanung erste Priorität geniessen. Auf die Weiterführung der Eissportanlage Lerchenfeld hatte der Beschluss des Kantonalen Umweltschutzamtes, aufgrund der Störfallverordnung den Weiterbetrieb der bestehenden Anlage nach der Saison 2001/02 nicht mehr zu bewilligen, grossen Einfluss. Die Projektleitung strebte an, Ende März mit dem Neubau beginnen zu können. Für das Polysportive Zentrum Ostschweiz (PZO) führte das Hochbauamt einen Projektierungswettbewerb und für das Stadion Krontal einen Studienauftrag durch. Die Ausschreibungen und Jurierung wurden fachlich begleitet. Für die Sanierungsprojekte des Rasenspielfeldes auf der Kreuzbleiche und des Hauptplatzes in der Sportanlage Gründenmoos mussten die Grundlagen erarbeitet werden.

Im Rahmen der Kantonalisierung der Gewerblichen Berufsschule erfolgte die Vorbereitung der Übergabe der Turnhalle Volksbadstrasse und des Rasenspielfeldes Riethüsli.

Im städtischen Weiterbildungsprogramm konnte in Zusammenarbeit mit dem Personalamt erstmals ein Kursangebot im Bereich der Gesundheitsvorsorge angeboten werden.

Zur Verbesserung der Ordnung ausserhalb der offiziellen Badeöffnungszeiten wurden für die «Weieren» ein Konzept erarbeitet und entsprechende Massnahmen erfolgreich umgesetzt.

871 Turn- und Sportbetrieb

FINANZEN/TEILNEHMENDE	1999	2000	2001
Aufwand (in CHF 1 000)	296	313	308
Ertrag (in CHF 1 000)	64	40	73
Teilnehmende Neigungssportwoche	1 490	1 450	1 485
Kosten pro Teilnehmerin oder Teilnehmer Neigungssportwoche	22	23	18
Teilnehmende Sommersportkurse	477	464	460
Kosten pro Teilnehmerin oder Teilnehmer Sommersportkurse	26	25	22
Unterstützung in der Organisation von Sportanlässen	21	21	21

Die Neigungssportwoche dauerte im letzten Jahr aufgrund der ungünstigen Osterdaten nur vier Tage, was geringere Kosten pro Teilnehmerin/Teilnehmer als in den Vorjahren ergab. Die Gesamtteilnehmerzahl an diesen freiwilligen Sportkursen liegt hoch. Beteiligungsfördernd wirkte, dass in der erwähnten Zeitspanne acht neue Sportarten ins Angebot aufgenommen werden konnten.

Auch das Angebot bei den Sommersportkursen wurde laufend erneuert und umfasst heute nebst traditionellen Sportarten wie Leichtathletik und Badminton auch Kurse im Baseball, Gerätetauchen, Golf, Inline-Skating, Kajak und Sportklettern.

Im Schulsportbereich fanden die traditionellen Lauf- und Schwimmwettkämpfe, Schulsporttage, Handball- und Fussballturniere statt.

872 Finanzielle Unterstützung von Turnen und Sport

KENNZAHLEN (in CHF 1 000)	1999	2000	2001
Unterstützung Jugendsport			
Beiträge	160	160	160
Anzahl Jugendliche	4 876	4 738	4 707
Schul- und Vereinssportanlässe			
Anzahl Anlässe/Beiträge	38/31	39/29	40/32
Subventionen Vereine und Verbände			
Anzahl Institutionen/Beiträge	6/20	4/22	4/22
unterstützte private Träger von Sportanlagen			
Anzahl/Beiträge	3/194	3/194	3/229

Im Jahr 2001 wurden an Sportvereine CHF 82 584 als Pro-Kopf Beitrag für total 4 707 Jugendliche im Alter von acht bis 20 Jahren ausbezahlt. Wiederum gelangten die unterschiedlichen Ansätze von CHF 50, CHF 20 oder CHF 8 pro Person zur Anwendung. Diese Abstufung ist notwendig, um gegenüber Vereinen mit höheren Anlagenbenutzungskosten einen Ausgleich zu schaffen. Der verbleibende Betrag von CHF 77 416 wurde den Vereinen anteilmässig für ihre Aktivitäten im Wettkampfbereich ausgeschüttet, was einer Rückerstattung von 23.47% (Vorjahr 25.01%) der effektiven Wettkampfauslagen entspricht.

Der jährliche Unterstützungsbeitrag an die Genossenschaft Schwimmbad Rotmonten wurde zur Verstärkung des Personalbestandes um CHF 35 000 auf neu CHF 90 000 erhöht.

873 Sportanlagen

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	1999	2000	2001
Aufwand	2 830	2 843	2 966
Ertrag	880	846	892
Personalbestand	12.66	12.66	12.66

KENNZAHLEN	1999	2000	2001
Unterhalt und Neuanschaffungen Sportmaterial (in CHF 1 000)	180	182	186
Gebühren und Vereine für die Benützung von Sportanlagen (in CHF 1 000)	354	334	337
Anzahl Turnhalleneinheiten	39	41	41
Hallenauslastung allgemein			
Montag bis Freitag 07.00–22.00 Uhr in %	80.28	79.45	82.23
Hallenauslastung Vereinssport			
Montag bis Freitag 17.15–21.45 Uhr in %	94.87	93.17	95.50
Anzahl Fussballplätze/Fussballteams	20/125	20/125	20/125
Anzahl Meisterschaftsspiele Fussball	970	949	950
Anzahl Meisterschaftsspiele Handball	492	416	418

Ergänzend zu diesen Kennzahlen hat sich bei den Belegungen der Sportanlagen ein Wert markant verändert. Durch die Erstellung der Kunstrasenspielfelder auf dem Gründenmoos erhöhte sich im Trainingsbereich die Gesamtzahl der Benützerinnen und Benützer gegenüber dem Vorjahr von rund 21 000 auf 35 000.

Die stark veränderten baulichen und betrieblichen Rahmenbedingungen mit den markant höheren Arbeitsbelastungen für die Mitarbeitenden machten für die Sportanlage Kreuzbleiche eine aktuelle Arbeitsplatzbewertung notwendig.

874 Städtische Bäder

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	1999	2000	2001
Aufwand	2 222	2 459 *	2 569
Ertrag	1 608	1 732	1 677
Aufwandüberschuss	614	727	892
Personalbestand	16.81	16.81	16.81

* erstmals inklusive Weiherunterhalt (interne Verrechnung mit TBA)

Das Gesamtergebnis der städtischen Bäder zeigt gegenüber dem letzten Jahr eine erneute Zunahme des Defizites um CHF 165 000. Davon entfallen rund CHF 32 000 auf höhere Energiekosten im Bereich der Heizung, rund CHF 70 000 auf den übrigen Sach- und der Rest auf den Personalaufwand. Da von der Zunahme des Sachaufwandes alle Bereiche mehr oder weniger gleich betroffen sind, ist dies ein klarer Hinweis darauf, dass die Plafonierung beim Sachaufwand künftig kaum mehr eingehalten werden kann. Insbesondere beim Blumenwies ist ein Anstieg der Unterhaltskosten nach dem sechsten Betriebsjahr seit der Sanierung und Erneuerung festzustellen. Auch bei der Sportanlage Lerchenfeld lassen sich trotz Beschränkung auf einen minimalen Unterhalt die Kosten nicht mehr reduzieren.

Im Bereich der Information konnte der Internet-Auftritt für alle städtischen Bäder inklusive das Freibad Rotmonten und die Kunsteisbahn Lerchenfeld realisiert werden. Die Anzahl verkaufter Jahrespässe lag mit insgesamt 579 nur leicht unter der Rekordzahl des Vorjahres (594). Erfreulich ist der Anstieg der verkauften Jahrespässe St.Gallen-Arbon auf 55 (47).

874.0 Volksbad

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	1999	2000	2001
Aufwand	357	389	447
Ertrag	151	177	169
Personalbestand	3.25	3.25	3.25

KENNZAHLEN	1999	2000	2001
Anzahl Betriebstage	283	284	284
Besucherfrequenz	38 291	43 077	42 164
Defizit pro Gast (in CHF)	5.30	4.93	6.59
Anzahl Veranstaltungen	34	48	44
Energieverbrauch (kWh)	861 572	932 050	855 211
Wasserverbrauch (m³)	6 133	5 593	6 376

Die im Berichtsjahr registrierte Besucherzahl liegt nur geringfügig unter der letztjährigen Rekordzahl seit 1984. Der um CHF 58 000 höhere Betriebsaufwand ist hauptsächlich durch eine Anhäufung verschiedener einmaliger Mehrkosten im Personalbereich zurückzuführen (Treueprämien, zusätzliche Aushilfsstunden). Dadurch erhöhte sich das Defizit pro Badegast von CHF 4.93 auf CHF 6.59. Gegenüber dem Höchstdefizit von über CHF 11 im Jahre 1993 ist dies immer noch ein gutes Resultat.

Ungebrochener Beliebtheit erfreuen sich die Aqua Fit-Kurse und die Vermietungen des Bades für private Anlässe.

874.1 Hallenbad Blumenwies

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	1999	2000	2001
Aufwand	1 316	1 389	1 453
Ertrag	1 316	1 388	1 332
Personalbestand	8.90	8.90	9

KENNZAHLEN	1999	2000	2001
Anzahl Betriebstage	337	333	328
Besucherfrequenz	210 592	214 880	219 720
Defizit pro Gast (in CHF)	0.0	0.0	0.55
Anzahl Veranstaltungen	56	65	64
Energieverbrauch (kWh)	1 701 911	1 842 358	1 750 726
Wasserverbrauch (m³)	20 077	19 976	18 185

Im sechsten vollen Betriebsjahr nach der Sanierung und Erweiterung verzeichnet das Blumenwies eine neuerliche Rekordfrequenz von 219 720 Gästen. Dies trotz eines wegen umfangreicher Garantierarbeiten am Anbau (kompletter Ersatz der Glasfassade, umfangreiche Dachsanierung) notwendig gewordenen Betriebsunterbruchs von beinahe fünf Wochen gegenüber vier im Vorjahr. Dazu beigetragen hat die erneute Frequenzzunahme in der Sauna von 13 982 auf 16 269 Personen. Im Bereich des Badeshops resultierte ein Rekordumsatz von über CHF 68 000 mit einem Bruttogewinn von über CHF 35 000.

Der Gesamtwasserverbrauch von 18 185 m³ entspricht einem Wasserverbrauch von 83 Litern pro Badegast, was weit unter der Norm von 200 Litern ist. Dieser schweizerische Spitzenwert ist nur dank der Ozonisierungsstufe im Wasseraufbereitungsverfahren und laufenden Optimierungen beim Verbrauch möglich. Weitergehende Einsparungen sind kaum mehr möglich.

874.2 Freibäder auf Dreilinden

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	1999	2000	2001
Aufwand	284	393 *	372
Ertrag	64	73	77
Personalbestand	2.69	2.69	2.69

* erstmals inkl. interne Verrechnung mit TBA für Weiherunterhalt (CHF 78 000)

KENNZAHLEN	1999	2000	2001
Besucherfrequenz	68 000	84 000	100 000
Defizit pro Gast in CHF	3.24	3.81 *	2.95
Anzahl Veranstaltungen	20	36	32
Energieverbrauch (kWh)	5 351	3 787	2 689
Wasserverbrauch (m³)	2 710	1 956	2 682

* erstmals inkl. interne Verrechnung mit TBA für Weiherunterhalt CHF 78 000.-)

Gegenüber der Vorsaison spielte das Wetter etwas besser mit. Insbesondere die längere Schönwetterperiode im Juli/August war ausschlaggebend für die deutliche Frequenzzunahme. Dadurch reduzierte sich das Defizit pro Badegast auf unter CHF 3.

Zur Verbesserung der öffentlichen Ordnung ausserhalb der ordentlichen Badeöffnungszeiten hat der Stadtrat auf Beginn der Badesaison ein Konzept in Kraft gesetzt, das als Kernmassnahme die Überwachung des Geländes an den lauen Sommerabenden durch eine Zweierpatrouille der Securitas vorsieht. In enger Zusammenarbeit mit der Stadtpolizei, dem Sportamt und der Stiftung Suchthilfe wurden die drei Regeln für die Anlagenbenützung («Abfälle in die Kübel», «kein übermässiger Lärm nach 22.00 Uhr» und «keine Hunde auf dem Badareal») durchgesetzt. Das Echo auf die Massnahmen war überaus positiv, der Erfolg auch aus Sicht der Beteiligten unbestritten. Wie im Vorjahr verlief die Badesaison ohne nennenswerten Unfall.

874.3 Schwimmbad Lerchenfeld

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	1999	2000	2001
Aufwand	265	288	297
Ertrag	76	94	100
Personalbestand	1.87	1.87	1.87

KENNZAHLEN	1999	2000	2001
Besucherfrequenz	20 078	25 445	28 585
Defizit pro Gast (in CHF)	9.40	7.61	6.89
Anzahl Veranstaltungen	12	10	12
Energieverbrauch (kWh)	101 304	108 470	107 935
Wasserverbrauch (m³)	14 484	16 354	18 168

Gegenüber dem Vorjahr stiegen die Frequenzen wetterbedingt an. Unter dem Strich vergrösserte sich das Defizit trotzdem leicht. Dies bestätigt, dass die Einnahmen bei Freibädern auch bei steigenden Frequenzen die Lohnkosten nicht zu decken vermögen. Immerhin verringerte sich das Defizit pro Badegast wieder unter CHF 7.

875 Kunsteisbahn Lerchenfeld

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	1999	2000	2001
Aufwand	476	509	564
Ertrag	272	282	276
Personalbestand	3.23	3.23	3.23

KENNZAHLEN	1999	2000	2001
Besucherfrequenz	45 921	43 582	45 500
Defizit pro Gast (in CHF)	4.44	5.21	6.32
Anzahl Veranstaltungen	140	159	162
Energieverbrauch (kWh)	635 014	675 816	681 413
Wasserverbrauch (m³)	5 633	6 066	6 071

Der Anstieg des Betriebsdefizites um nochmals CHF 61 000 liess das Defizit pro Eisbahngast trotz dem leichten Besucherzuwachs auf über CHF 6 ansteigen. Um die sich aus der Störfallverordnung ergebenden Auflagen für den Eisbahnbetrieb im Hinblick auf die Saison 2001/02 zu erfüllen, mussten im Sommer nochmals CHF 40 000 investiert werden. Leider gelang die nochmalige Verlängerung des Mietvertrages mit dem Restaurantpächter für die Saison 2001/02 nicht mehr, so dass kurzfristig auf eine Lösung mit Verpflegungsautomaten umgestellt werden musste.

88 Jugendsekretariat

Aufgaben:

- Bearbeitung und Abgabe von Informationen zu jugendspezifischen Themen
- Beratung und Begleitung von Jugendlichen und ihrer Bezugspersonen in Lebensfragen und Krisensituationen
- Führung der vier städtischen Quartierjugendtreffpunkte, dem Haus Katharinengasse 16 inkl. «tipp – infos für junge leute» und des Jugendkultorraumes flon im Lagerhaus
- Initiierung, Unterstützung und Begleitung von Projekten, Aktionen und Aktivitäten sowohl in sozialpädagogischer, animatorischer wie auch gemeinwesenorientierter Ausrichtung
- Organisation, Koordination und Durchführung des fünfwöchigen Sommerferienprogrammes für die städtischen Primarschülerinnen und -schüler

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	1999	2000	2001
Aufwand	1 314	1 349	1 477
Ertrag	16	11	13
Personalbestand: Festangestellte	9.92	9.92	10.21 *

* Befristete Erhöhung bis Ende 2001 von 4 x 0.4 Stellen bewilligt. Diese 1.6 Stellen sind in der Statistik nicht berücksichtigt.

Die Anforderungen an die Jugendarbeit ändern immer schneller. Dies bedingt eine permanente Anpassung, vor allem in inhaltlichen wie auch organisatorischen Belangen. Das Jugendsekretariat hat deshalb die zentralen Elemente der Arbeitsgrundlagen überprüft und angepasst. Die Aufgaben sind neu im «Auftrag Jugendsekretariat», die Arbeitsgrundhaltung im «Leitbild Jugendsekretariat» sowie die Struktur in der «Organisation Jugendsekretariat» festgehalten. Ergänzend zu dieser Arbeit und neben den Alltags- und Kernaufgaben waren in der Beratung die Qualitätssicherung sowie in der Information die Konsolidierung des «tipp – infos für junge leute» wichtige Aufgaben.

881 Information

«tipp – infos für junge leute»

Das «tipp – infos für junge leute» hat das erste volle Kalenderjahr hinter sich. Die angestrebte Bürogemeinschaft mit der Lehrstellenbörse hat sich auch in der Praxis bewährt. Eine gute Zusammenarbeit sowie eine beschränkte Stellvertretung waren gewährleistet.

Im Frühjahr konnte die Homepage www.tipp.stadt.sg.ch aufgestartet werden. Damit besteht zusätzlich die Möglichkeit, sich zu Jugendthemen breit und selbstständig zu informieren. Das Ziel der niederschweligen Erreichbarkeit wurde umgesetzt. Nebst direktem Kontakt waren häufig Anfragen per Telefon, per Fax, per E-Mail oder über die eigene Homepage rund um die Uhr eingegangen. All diese Fragen wurden spätestens nach fünf Arbeitstagen beantwortet. Ein wichtiger und zeitlich nicht zu unterschätzender Teil der Arbeit bestand in der regelmässigen Aktualisierung und Erweiterung der Informations-Dokumentationen.

KENNZAHLEN INFORMATION	1999	2000 *	2001
Total Fragestellende	427	742	1 327
– davon Jugendliche	325	580	1 132
– davon Erwachsene/Institutionen	102	162	104
– davon Institutionen	**	**	91
Stadt St.Gallen in %	93	93	91
Kanton St.Gallen in %	7	5	7
Ausserkantonale in %	–	2	2

* Wegen Aufbauarbeiten des «tipp – infos für junge leute» sind im 2000 nur zehn Monate statistisch festgehalten.

** In den Jahren 1999 und 2000 wurden die Erwachsenen und die Institutionen nicht getrennt erfasst.

Projekt Sommerplausch

Im November 2000 wechselte die Projektleitung des Sommerplausches. Den Kindern konnte ein leicht verändertes und wiederum attraktives Programm angeboten werden. Die mädchenspezifischen («Skateboarden für Mädchen», «Der Computer als Druckerei») sowie die jungenspezifischen Angebote («Skateboarden für Jungs», «Backe, backe Kuchen») kamen gemäss Rückmeldungen bei den Teilnehmenden sehr gut an. Trotz speziellen Anstrengungen nahmen nur sehr wenige ausländische Kinder am Sommerplausch 2001 teil. Die neue Regelung, dass unentschuldigte Absenzen mit dem vollen Kursbeitrag und einer Bearbeitungsgebühr von CHF 20 entschädigt werden müssen, hat sich bewährt. Gegenüber dem Vorjahr nahm die Anzahl der unentschuldigten Absenzen von über 100 auf 19 ab.

KENNZAHLEN SOMMERPLAUSCH	1999	2000	2001
Ausschreibungen*			
Kursangebote	109	105	101
Kursplätze	1 702	1 684	2 236
Durchführungen*			
Kursangebote	**	97	91
Kursplätze	1 805	1 882	2 114
Belegte Kursplätze	1 702	1 684	1 674
Anzahl Kinder	1 127	935	1 066
– davon Mädchen	554	505	535
– davon Knaben	573	430	531
Aufwand in Stunden***	923	920	911

* Kurz vor Beginn des Sommerplausches wird ein Grossteil der nicht erwünschten Kurse gestrichen.

** Diese Kennzahl wurde im 1999 nicht erhoben.

*** Gesamtstunden aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jugendsekretariates.

882 Beratung

Gegenüber den längeren Beratungen haben die Kurzberatungen (bis zu drei Sitzungen) stark abgenommen. Einerseits hat dies mit den immer komplexer werdenden Problemsituationen zu tun, andererseits wurden einfache Fragestellungen direkt durch den Informationsbereich beantwortet.

KENNZAHLEN	1999	2000	2001
Total Anmeldungen	77	81	85
– davon Jugendliche	37	48	38
– weiblich	29	35	29
– männlich	8	13	9
– davon Eltern	27	12	24
– davon Drittpersonen	13	21	23
Total Beratungsgespräche	288	396	574
An Fachstellen weiter gewiesen	13	15	7
Abgewiesen	0	0	11
Anteil Stadt St.Gallen in %	88.3	91.4	88.2
Anteil Agglomeration in %	11.7	8.6	11.8

Wiederum wurde das Beratungsangebot mehrheitlich von jungen Frauen genutzt. Die Themenschwerpunkte waren «Eltern/Ablösung/Autonomie», «Lehre/Arbeitsplatz» und «Sucht». «Lehre/Arbeitsplatz» mit einer hohen Anzahl von Lehrabbrüchen stand wiederum im Vordergrund. Dies erforderte einerseits intensive Motivationsarbeit und andererseits die Suche von guten Zwischenlösungen in Zusammenarbeit mit der Lehrstellenbörse und zum Teil mit dem kantonalen Amt für Berufsbildung. Gekoppelt mit der schwierigen Lebensphase der Pubertät nahmen die Fragen von Eltern als auch Jugendlichen zum Thema «Sucht» wie beispielsweise Kiffen, Essstörungen oder Alkohol zu. Problemfälle wurden an die entsprechenden Fachstellen weitergewiesen.

Auffallend ist die zunehmende Auslastung der Fachkräfte aller im Beratungsbereich tätigen Institutionen der Stadt und der Region. Eine enge und vernetzte Zusammenarbeit war und ist unumgänglich. Auch im Berichtsjahr musste wegen zu vielen Anmeldungen ein zweimonatiger Neuaufnahmestopp beschlossen werden.

Wegen den beschränkten Personalressourcen wurde die Mädchenpowerwoche im Rahmen des Projektes Sommerplausch, die Begleitung einer Wohngruppe im Verein «Wohnraum für Jugendliche» und die entsprechende Vorstandsarbeit sowie das Führen und Betreuen der Mädchengruppe «Powergirls» aus dem Angebot gestrichen.

Veranstaltungen/Aktionen:

- Leitung der Mädchengruppe «Powergirls», zweiwöchentliche Treffen bis Ende Mai
- Organisation, Koordination und Durchführung zweier Mädchenpowerwochen im Herbst mit einem Werbestand unter Einbezug von jungen Frauen
- Durchführung von Workshops und Vorträgen zu jugendspezifischen Themen:
- Ökumenischer Jugendbegegnungstag in Zusammenarbeit mit dem Informationsbereich: «Peace statt fies! Konstruktives streiten»
- 10-Jahresfeier Jugendtreff Winkeln (BiWi): «Hilfe, unser Kind wird selbständig»
- Referate an der Katholischen Kantonssekundarschule «Erziehung»

883 Quartierarbeit

Die vorläufig auf ein Jahr bewilligte Stellenerhöhung zur Unterstützung der Verantwortlichen in der Quartierarbeit hat sich bewährt. Sie garantierte die Kontinuität in der praktischen Arbeit und ermöglichte übergreifende Projekte, wie beispielsweise Mitarbeit an Quartieranlässen oder vermehrten Kontakt zu den Schulen. Das Treffpunktpublikum besteht vorwiegend aus männlichen Jugendlichen. Manche sind der Jugendanwaltschaft bekannt. Dies prägte die Arbeit der Verantwortlichen, aber vor allem das Treffpunktgeschehen. Es gestaltete sich schwierig, partizipative Vorhaben, wie z.B. die Mitarbeit der Jugendlichen in Betriebs- oder Partygruppen umzusetzen. Teilweise waren die Jugendlichen nicht bereit, Verbindlichkeiten einzugehen, sich am Treffeleben zu engagieren oder Verhaltensregeln einzuhalten. Die Mitarbeitenden waren gefordert, sich vor allem mit dem Thema «Gewalt unter Jugendlichen» auseinander zu setzen. Trotz dieser nicht einfachen Gegebenheiten schätzten die Jugendlichen die Möglichkeit der persönlichen Kontaktaufnahme bei der Treffleitung, um ihre Probleme und Anliegen zu besprechen.

Die über dreimonatige Schliessung des Quartierjugendtreffs Looping/Neudorf wegen einer personellen Vakanz führte zu Reklamationen seitens der Jugendlichen. Der Treff ist seit anfangs Dezember wieder geöffnet und wird seither rege genutzt.

In der Arbeit mit den jeweiligen Interessensgruppen machte sich der Wechsel einiger langjähriger Mitglieder bemerkbar. Neue Mitglieder, die wichtige Gremien im Quartier vertreten, mussten gesucht werden. Diese Wechsel erforderten eine Überprüfung der Aufgaben und Inhalte dieser Gruppen.

KENNZAHLEN	1999	2000	2001
Anzahl Treffpunkte	4	4	4
Besucherinnen und Besucher an			
– Nachmittagen	10–40	5–40	5–35
– Abenden	15–60	15–60	2–45
– Sonntagen	10–60	5–60	5–30
– Discos/Konzerten/Partes	40–120	30–70 *	15–120

* Wegen der personellen Ressourcen wurden im 2000 bewusst weniger Discos/Partys veranstaltet.

Veranstaltungen/Aktionen/Projekte ausserhalb der Öffnungszeiten:

- Breakdanceabende, House- und Hip-Hop-Discos in allen vier Treffpunkten
- Sommernachtfeste, Schulschlussdiscos und private Parties bei Treffpunktvermietungen
- Filmnacht mit Übernachtung, Töggelturniere, Weihnachtsessen
- Theater- und Kinobesuche
- Besuch Boatparty, Besuche im Europapark, Spielmesse und im Technorama
- Snowboard-, Ski- und Schlitteltage
- Pausenplatzaktionen
- Diverse Treffeinführungen bei 6. Klässlerinnen/Klässlern
- Mitorganisation Veloplausch Winkeln
- monatlicher Mädchentreff im BiWi und jam, Treffnacht mit Übernachtung, Spielabende, Fotoworkshop für Mädchen
- DJ-Kurse für Jungen
- «Fit & Fun» im Schulhaus Buchental, Volleyballturnier, Basketball und Fussballspiele, Teilnahme am CS-Cup
- Mobiler Jugendtreff «blackbox» am OLMA-Jahrmarkt
- Mitarbeit im Pilotprojekt «intervita» im Schulhaus Engelwies
- Mitarbeit an der Sonderwoche im OZ Schöna
- Mal-, Putz- und Renovationssarbeiten
- Erstellen eigener Homepages.

884 Jugendkultur

Allgemein

Im Berichtsjahr erfolgte eine Überprüfung der bestehenden Konzepte, abgestützt auf eine breite Befragung der Jugendlichen. Neben einer Beurteilung der bestehenden Angebote wurde vor allem untersucht, wo nach Meinung der Jugendlichen Verbesserungen vorgenommen werden könnten und was ihnen für eine aktive Freizeitgestaltung noch fehlt.

Jugendkultorraum «flon»

Wiederum war das Angebot vom Varieté-Strassenzirkus über Newcomer-Konzertabende, Theateraufführungen, einer Lesung, Poetry slam, einer Ausstellung und diverse Partys sehr umfangreich. Dank der gemischten Zusammensetzung der Betriebsgruppe gab es immer wieder die unterschiedlichsten Ideen ein facettenreiches Programm zu gestalten.

Neben unterschiedlichen Kulturveranstaltungen fanden in Zusammenarbeit mit «terres des hommes Schweiz» zwei Theateraufführungen von ehemaligen Strassenkindern aus Johannesburg statt. Das Stück thematisierte Erfahrungen über Gewalt, Drogen und Ausbeutung aus dem südafrikanischen Alltagsleben. In den veranstaltungsfreien Zeiten konnte der Raum über hundert Mal für Theater-, Artistik und Breakdance-Proben genutzt werden. Zusätzlich organisierten wir 30 Veranstaltungen mit über 5 000 Besucherinnen und Besucher.

KENNZAHLEN	ANZAHL	Total Besuchende
Musik	17	ca. 3 600
Literatur (Lesung/Poetry slams)	3	ca. 440
Ausstellung mit Vernissage	1	ca. 410
Theateraufführungen	2	ca. 100
Diverses (Graffiticontest, Film, Variété)	5	ca. 400
Casino nights	2	ca. 120

Haus Katharinengasse 16 «kat16»

Die Auslastung des Fotolabors, des Videoschnittplatzes sowie des Grafikcomputers war im Berichtsjahr wiederum sehr hoch. Im Fotolabor arbeiteten vor allem einzelne Jugendliche. Den Videoschnittplatz benutzten häufig Gruppen, die vor allem Videos für die Schule produzierten. Der Grafikcomputer diente hauptsächlich für gestalterische Arbeiten der Veranstaltungen im Jugendkulturräum «flon».

Weitere Aktivitäten:

Kunst am Körper: drei Modeschauen, OPEN AIR, Informationen

885 Jugendarbeiterinnen- und Jugendarbeiterkonferenz (JAK)

In den monatlichen Sitzungen der zwei JAK-Verantwortlichen von der Arbeitsstelle für kirchliche Jugendarbeit und des Jugendsekretariates wurden die verschiedenen Aktivitäten geplant und jeweils Aktuelles aus der Jugendarbeit ausgetauscht. Ein vollständiges JAK-Verzeichnis ist seit dem Frühling 01 im Internet unter «jak.akj.ch» abrufbar.

Im Berichtsjahr 2001 fanden sechs JAK-Veranstaltungen mit 84 Teilnehmenden statt. Es wurde als gute Form erlebt, die Vernetzung unter den verschiedenen Jugendarbeiterinnen/Jugendarbeitern in St.Gallen mit gemeinsam thematischen Veranstaltungen zu fördern. Die Gruppe im Osten (ZAO) und die Gruppe im Westen (ZAW) arbeiteten kooperativ und erfolgreich zusammen. Ein guter Kontakt zu den Schulsozialarbeiterinnen/-sozialarbeitern förderte die Zusammenarbeit mit den jeweiligen Schulen. In den Jahresplanungen wurden gemeinsame Visionen für die Jugendarbeit in St.Gallen entwickelt. Daraus ergaben sich Diskussionen über mögliche Veranstaltungen und Projekte.

KENNZAHLEN	TEILNEHMENDE
Jahrestreffen Januar 2001, Rück- und Ausblick, Ziele und Veranstaltungen 2001	11
JAK-Fest, Kennenlernen und Austausch unter den Jugendarbeiter/innen	18
Hearing Mai 2001, Freiwilligenarbeit	11
Hearing September 2001, Lebensraum für Kinder und Jugendliche in der Stadt St.Gallen	18
Weiterbildung November 2001, Partizipation in der Jugendarbeit	12
Jahrestreffen Dezember 2001, Rück- und Ausblick, Ziele und Veranstaltungen 2002	14

Aufgaben:

- Individuelle Beratung für Jugendliche der Oberstufenklassen bei Fragen der Berufs- und Schulwahl
- Laufbahnberatung für Erwachsene bei Fragen der beruflichen Neuorientierung, des Berufswechsels, des Wiedereinstiegs und der beruflichen und persönlichen Weiterbildung
- Vermittlung von Informationen über: Berufsgruppen und Berufe, Zwischenlösungen, Praktika, Sprach- und Studienaufenthalte, öffentliche und private Bildungsgänge und -institutionen, Lehrstellen und Schnupperlehren, Themen um Arbeit und Berufs-Stellenwechsel, Bewerbung, Arbeitslosigkeit, Löhne, Rechtsfragen etc.
- Lehrstellenvermittlung: Aktueller Lehrstellennachweis, Lehrstellenbörse: direkte Vermittlung von Praktikumsstellen, Lehr- und Anfehrstellen für Jugendliche mit Problemen auf dem Arbeitsmarkt

890 Kantonalisierung

Nach Anfängen zu Beginn des 20. Jahrhunderts ging die Berufsberatungsstelle Ende des Berichtsjahres in die Trägerschaft des Kantons über. Offiziell stellte die Stadt 1920 erstmals eine Berufsberaterin und einen Berufsberater an. Zuvor betrachtete man die Berufsberatung als Institution auf gemeinnütziger Grundlage, die von der Stadt zu subventionieren war. Bereits 1916 hatte die Zentrale Frauenhilfe, Vorläuferin der heutigen Frauenzentrale, zusammen mit anderen Frauenverbänden eine Berufsberatung für Mädchen eingerichtet. Es war Krieg, und die Frauen mussten viele Aufgaben der Männer übernehmen. Dabei trat ihr Mangel an Ausbildung deutlich zutage. Die Tätigkeit der ersten Berufsberaterin im Kanton überzeugte auch die Männer und führte schliesslich 1918 auf Initiative des Gewerbeverbandes zur Schaffung der Stelle des ersten kantonal tätigen Berufsberaters. Die Tätigkeit der Berufsberatung war damals noch eng gekoppelt an die Lehraufsicht; sie blieb es in einzelnen Berufen wie der Haushaltlehre auch bis in die 60er Jahre hinein. Die Gründung einer städtischen Berufsberatung erfolgte erst mit der Trennung der Aufgaben Berufsberatung und Lehrlingsaufsicht.

Die Beratungsstelle erlebte im Laufe der nun folgenden Jahrzehnte eine kontinuierliche fachliche Entwicklung und Anpassung an die Bedürfnisse der jeweiligen Zeit. Heute arbeiten zehn Berufsberaterinnen und Berufsberater, zwei Dokumentationsfachleute, ein Personalberater in der Lehrstellenbörse, zwei Sekretariatsangestellte, zwei Lehrtöchter, zwei Testleiter bzw. Testleiterinnen und verschiedene Praktikantinnen und Praktikanten während ihrer Ausbildung auf der Stelle. Die Dienstleistungen sind vielfältig und reichen von diagnostischen Abklärungen über Standortbestimmungskurse bis zu telefonischen Auskünften, Internetrecherchen und Stellenvermittlungen für Lehrstellen.

Wenn auch nach der Kantonalisierung diese Dienstleistungen im bisherigen Umfang erhalten werden sollen und für die Bevölkerung der Stadt und des Bezirks St.Gallen an den heutigen Standorten Teufenerstrasse 1 (BIZ Berufsinformationszentrum und Beratungsdienste) und Katharinengasse 16 (Lehrstellenbörse) weiter angeboten werden, geht mehr als nur eine 80-jährige Geschichte der Berufsberatung unter der Schirmherrschaft der Stadt zu Ende. Die Stadt verliert die direkte Einflussnahme auf die Entwicklung der Berufsberatung, die Schulen den direkten Kontakt und die Zusammenarbeit mit den Mitarbeitenden. Die Stadt überlässt dem Kanton eine leistungsfähige und innovative Berufsberatungsstelle mit einem breiten Dienstleistungsangebot und einer guten Verankerung in Stadt und Region St.Gallen mit vielfältigen, gesamtschweizerischen Beziehungen.

Im Laufe des Geschäftsjahres wurden alle notwendigen Vorbereitungsarbeiten wie vorgesehen durchgeführt und die Überführung rechtzeitig auf den 1. Januar 2002 abgeschlossen. Die administrative Neuorganisation der Stelle und insbesondere die Anbindung der EDV an das kantonale Netz verursachten zwar viel zusätzlichen Aufwand, es konnten jedoch für alle strittigen Fragen befriedigende Lösungen gefunden werden, insbesondere auch für die Anbindung der Lehrstellenbörse in der Katharinengasse als «Aussenstation».

891 Beratungen

KENNZAHLEN	1999	2000	2001
Aufwand (in CHF 1 000)	854	884	965
Anzahl Beratungen	1 484	1 381	1 517
Anzahl Jugendliche (14–19 Jahre)	806	885	925
davon weiblich	455	468	502
davon männlich	351	417	423
Anzahl Erwachsene (20 Jahre und mehr)	678	496	592
davon weiblich	415	297	367
davon männlich	263	199	225
Aufwand/Person in Beratung* in CHF	575	640	636

* Vom Gesamtaufwand wurden folgende Anteile eingesetzt: für Beratungen 55%, für Informationstätigkeit (Produktion und Vermittlung) 45%. In beiden Teilen sind entsprechende Anteile Administration und Sachaufwand eingeschlossen.

Die Beratung erfolgt durch Einzelgespräche, Gruppengespräche, Kurse oder Kurzgespräche im Berufsinformationszentrum und wird bei rund einem Viertel durch eine psychologisch-diagnostische Abklärung unterstützt. Berufsinformationen werden telefonisch und schriftlich, im Berufsinformationszentrum, in Klassenbesprechungen, an Elternabenden, öffentlichen Vorträgen bzw. Berufsbesichtigungen und -informationsveranstaltungen vermittelt. Die Nachfrage nach Beratungs- und Informationsdienstleistungen von Einzelpersonen, insbesondere auch von Erwachsenen, steigt laufend. Es fällt auf, dass zunehmend Personen – Jugendliche und Erwachsene – in sehr schwierigen persönlichen Verhältnissen oder mit Suchtproblemen unsere Dienstleistungen beanspruchen. Für diese eine tragfähige berufliche Integration oder Reintegration zu finden, erweist sich als äusserst anspruchsvoll und aufwendig. Immer häufiger ist eine Hilfestellung nicht möglich, da vor einem Einstieg in eine Tätigkeit oder Ausbildung eine ganze Reihe von anderen Problemen geklärt werden muss. In diesem Fall bleibt lediglich der Hinweis auf andere Beratungsstellen, das RAV, die IV oder die Fürsorge. Alle Beratungsdienstleistungen sind nach wie vor unentgeltlich.

891.1 Herkunft der Ratsuchenden

KENNZAHLEN	1998/99	2000	2001
St.Gallen	1 122	973	1 125
Berg	9	5	6
Eggersriet/Grub	31	37	27
Gaiserwald	91	101	101
Hägenschwil	29	11	14
Mörschwil	33	27	25
Muolen	7	10	6
Wittenbach	122	151	152
Ausserhalb Beratungskreis	28	45	26
Ausserhalb Kanton	12	21	23
Total	1 484	1 381	1 517

891.2 Ergebnis der Beratungen/Beratungsthemen

(neue BBT-Statistik ab 2000: Mehrfachnennungen sind möglich)

KENNZAHLEN	1998/99	2000	2001
Verbleib in aktueller Situation		99	115
Erwerbstätigkeit	295	–	–
Zwischenlösung, Praktikum, Beschäftigungsprogramm	372	261	302
Berufslehre, Praktikum, Vorlehre	487	750	957
Schulen und Ausbildungen der Sekundarstufe II	143	–	–
Berufsmaturitätsschule		65	114
Diplommittelschule, Verkehrsschule		118	147
Gymnasium, Lehrerinnen- und Lehrerseminar		82	96
Höhere Berufsbildung		139	253
Schulen und Ausbildungen der Tertiärstufe	187	–	–
Fachhochschule, Päd. Hochschule		107	120
Universität, ETH		21	36
Nachdiplomstudium		23	20
Kurse (Erwachsenenbildung im Quartärbereich)		210	331
Berufliche Selbständigkeit		23	54
Psychosoziale Beratung		85	83
Unterstützung bei Bewerbung/Stellensuche		197	241

892 Berufs- und Bildungsinformation

KENNZAHLEN	1998/99	2000	2001
Besuch im Informationszentrum (BIZ)	6 861	7 666	8 675
Informationsgespräche	19 760	19 886	18 838
Direkte Informationsgespräche und Auskünfte		6 080	6 799
Telefonische und schriftliche Informationsauskünfte		13 806	12 039
Ausgeliehene Informationsmittel		9 272	8 047
Klassenveranstaltungen	133	162	154
Elternveranstaltungen	55	101	94
Informationsveranstaltungen für andere Zielgruppen	62	58	32
Berufs-, schul- und studienkundliche Informationsanlässe	58	81	47

Dadurch ergibt sich folgende Kostenstruktur:

KOSTEN	1998/99	2000	2001
Aufwand für Informationsbeschaffung, -aufarbeitung und -vermittlung, Anteil am Gesamtaufwand: 45%	698 000	722 000	790 000
Aufwand für Informationsauskünfte	606 000	579 000	654 000
Aufwand für Informationsveranstaltungen	93 000	143 000	136 000

893 Lehrstellenbörse

Dank der Unterstützung der Gemeinden, des Kantons und dank Mitteln aus den Lehrstellenbeschlüssen I+II des Bundes konnte die Lehrstellenbörse ihren Betrieb in den Räumlichkeiten an der Katharinen-gasse 16 weiterführen. Mit der Institution «tipp – infos für junge leute» des Jugendsekretariates ergibt sich eine ideale Zusammenarbeit am gleichen Ort mit einem breiten und leicht zugänglichen Informations- und Unterstützungsangebot für Jugendliche. Vorläufig ist die Fortführung der Börse bis Sommer 2003 geplant und finanziell gesichert. Die Lehrstellenbörse erfreut sich einer guten Frequenz und Bekanntheit unter den Jugendlichen der Stadt.

Die Tätigkeit der Börse lässt sich in die drei Tätigkeitsschwerpunkte Stellenvermittlung, Informationsvermittlung und Öffentlichkeitsarbeit unterteilen:

KENNZAHLEN

Stellenvermittlung:	
– Lehrstellen	26
– Anlehrstellen	8
– Praktika	14
– Schnupperlehren	79
Zwischenlösungen: (für Schüler/-innen aus den 3. Oberstufenklassen)	31
Beratungsgespräche	162
Anzahl der Jugendlichen in Vermittlung	103
Informationsvermittlung:	
– Abgabe von Informationen und kurze Gespräche	1 275
Öffentlichkeitsarbeit, Bildung eines Vermittlungsnetzwerks:	
– Veranstaltungen	22

Dabei handelt es sich um Informationsveranstaltungen für die Oberstufenschulen und andere Institutionen, die mit Jugendlichen arbeiten (Jugendanwaltschaft, Sozialamt, Vermittlungsstellen wie Compagna und Pro Filia, Jugendberatungsstellen u.a.m.). Das Hauptanliegen besteht darin, die genauen Modalitäten der jeweiligen Zusammenarbeit zu klären und Doppelspurigkeiten bei der Stellensuche/Vermittlung von Jugendlichen zu vermeiden.

894 Neues Berufsinformationszentrum BIZ

Einen echten Lichtblick stellte im vergangenen Geschäftsjahr die Erweiterung des Berufsinformationszentrums an der Teufenerstrasse dar. Das BIZ, bisher räumlich sehr beengt und nicht publikumsgünstig gelegen, konnte in den unteren Stock verlegt und durch einen grosszügigen Umbau auf den modernsten Stand gebracht werden. Das gesamte Projekt wurde bereits durch den Kanton finanziert und über einen im Juli durch den Regierungsrat genehmigten Nachtragskredit ermöglicht. Dank der in den Vorjahren durch die Stadt bewilligten Umstellungen und Erneuerungen war das Zentrum inhaltlich bereits auf dem neusten Stand. So konnten Umbau und Umzug innerhalb von zwei Monaten abgewickelt werden.

Mit der Kantonalisierung erhält die Berufsberatungsstelle nicht nur eine ganz neue räumliche Struktur am alten Ort, sondern auch einen neuen Namen und ab März ein neues Erscheinungsbild. Die Stelle heisst nun Berufs- und Laufbahnberatung St.Gallen. Gleich bleiben die Dienstleistungen und das Wirkungsgebiet (Stadt St.Gallen und die Gemeinden Gaiserwald, Mörschwil, Wittenbach, Häggenschwil, Muolen, Berg, Eggersriet und Grub).

9 **FINANZVERWALTUNG**

90 **Finanzamt**

901 **Sekretariat und Finanzplanung**

902 **Tresorerie**

902.1 **Fremdfinanzierung**

902.2 **Kapitalbedarf und Liquidität**

903 **Anlagen und Rechnungswesen der Versicherungskasse**

903.1 **Bilanzierung und Bewertung**

903.2 **Wertschwankungs-Reserven**

903.3 **Deckungsfonds**

903.4 **Portfoliomandate**

903.5 **Gesamterfolg der Kapitalanlagen und Renditen**

91 **Steueramt**

911 **Steuerveranlagungen**

912 **Einfache Steuer**

913 **Steuerbezug und Zahlungsverhalten**

914 **Steuerertrag**

915 **Anteile an kantonalen Steuern**

92 **Personalamt**

921 **Personalwesen und Personalrecht**

921.1 **AHV-Überbrückungsrente**

921.2 **Wohnkreisregelung**

922 **Personalbestand und Stellenplan (Verwaltung und Betriebe)**

923 **Personalbestand (Verwaltung Betriebe und Lehrkräfte)**

924 **Beschäftigungsstruktur**

925 **Personalfluktuations**

926 **Weiterbildung und Führung**

927 **Gleichstellung von Mann und Frau**

928 **Lehrlings- und Praktikumswesen**

929 **Versicherungskasse und Sozialwesen**

929.1 **Versicherungskasse**

929.2 **Sozialwesen**

93 **Organisations- und Informatikamt**

931 **Organisations- und Informatikprojekte**

932 **Informatik**

94 **Finanzkontrolle**

Aufgaben:

- Führt das Abteilungssekretariats der Finanzverwaltung
- Beobachtet und analysiert die Haushaltsentwicklung
- Finanzplanung und Vorbereitung des Voranschlages
- Berät die Dienststellen in Finanzfragen und wirkt mit bei der Suche nach wirtschaftlichen Problemlösungen
- Organisation, Führung und Überwachung des Rechnungswesens der gesamten Stadtverwaltung (mit Ausnahme des betrieblichen Rechnungswesens der Stadtwerke und der Verkehrsbetriebe)
- Überwachung und Bewirtschaftung der liquiden Mittel und Sicherstellung der Zahlungsbereitschaft
- Betreuung der Sachversicherungen (mit Ausnahme jener der Stadtwerke und der Verkehrsbetriebe)
- Verwaltung des Vermögens der Versicherungskasse, insbesondere der Wertschriften und der Liegenschaften

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	1999	2000	2001
Aufwand	2 176	2 267	2 323
Ertrag	332	323	422
Aufwandüberschuss (Kto. 900+901)	1 844	1 944	1 901
Personalbestand	12.1	11.8	12.6

901 Sekretariat und Finanzplanung

Die Rechnungsablage für das vergangene Jahr und die Vorbereitung des Voranschlages für das kommende Jahr – beginnend mit der Finanzplanung und der Vorbereitung der Budgetrichtlinien – beanspruchten wie immer einen wesentlichen Teil der zur Verfügung stehenden Zeit. Ausserdem gehörten das Mitwirken bei der Investitionsplanung, die Budgetprüfung und die Budgetbesprechungen mit den Dienststellen zu den üblichen Aufgaben.

Das Berichtsjahr stand zum Teil im Zeichen einer internen Neuorganisation, indem die Aufgaben der Vermögensverwaltung – insbesondere für die Versicherungskasse – von den Aufgaben der eigentlichen Stadtbuchhaltung getrennt wurden. Damit kann den gestiegenen Anforderungen in beiden Bereichen besser Rechnung getragen werden. Einerseits konnten die personellen Kapazitäten im Bereich der Liegenschaftenverwaltung der Versicherungskasse, andererseits auch jene für den Ausbau des gesamtstädtischen Controlling ausgebaut werden.

Das Finanzamt arbeitete in Arbeitsgruppen mit, welche sich mit der Sanierung des Rathauses, der längerfristigen Finanzierung der Deponie Tüfentobel, der Vorbereitung der Kantonalisierung der GBS-Gebäude und der Neuordnung des kantonalen Finanzausgleichs befassten. Einen wesentlichen Beitrag zur Diskussion um den Finanzausgleich bildete die Studie über die zentralörtlichen Leistungen, welche zur Erkenntnis führte, dass die Stadtbevölkerung Leistungen zugunsten der umliegenden Gemeinden von über 30 Millionen erbringt.

Im Bereich des Versicherungswesens konnte die Haftpflichtversicherung – einschliesslich der Organhaftpflicht – neu geregelt werden.

Im Zeichen der Modernisierung der Verwaltungsführung wurde vom Parlament die stadträtliche Vorlage verabschiedet, welche den seit Jahren eingeschlagenen Weg bestätigte: Aus dem Modell der Wirkungsorientierten Verwaltungsführung sind Elemente zu übernehmen, welche Erfolg versprechend sind. Dazu gehört – wie dies auch in den Legislaturziele vorgesehen ist – die Verstärkung des verwaltungsinternen Controlling.

Die Beiträge für die Entwicklungszusammenarbeit im Ausland wurden in bewährter Zusammenarbeit mit den Städten Winterthur und Schaffhausen vor allem für ein Projekt des Fastenopfers in Südindien eingesetzt. Daneben wurden einzelne Projekte in Albanien und Eritrea sowie Nothilfeaktionen in Afghanistan, Indien und zugunsten von Kurdinnen und Kurden unterstützt. Im Inland flossen die Mittel in ein Projekt zur Verbesserung der Wasserversorgung in Zeneggen (VS).

902 Tresorerie

902.1 Fremdfinanzierung

Im Berichtsjahr wurde mittel- und langfristig finanziertes Fremdkapital von insgesamt CHF 89.1 Mio. zur Rückzahlung fällig. Davon entfielen CHF 34.1 Mio. auf Schuldscheindarlehen von verschiedenen Banken und Versicherungsgesellschaften. Fällig wurde ebenfalls ein Schuldscheindarlehen der Versicherungskasse der Stadt St.Gallen, welches im Einvernehmen mit der Gläubigerin nicht mehr erneuert wurde. Im Jahr 1993 hatte die Stadt St.Gallen für die Dauer von 8 resp. 10 Jahren und zum Zinssatz von 5½ Prozent eine öffentliche Anleihe von CHF 40 Mio. ausgegeben. Infolge der im Berichtsjahr 2001 sehr günstigen Marktzinssätze wurde deshalb das Recht zur vorzeitigen Rückzahlung der Obligationen nach 8 Jahren ausgeübt. Die Anleihe wurde am 24. Februar 2001 zurückbezahlt.

Den Schuldentilgungen stehen andererseits auch Mittelaufnahmen von insgesamt CHF 90 Mio. gegenüber. Bei bisherigen Gläubigern wurden zwei Schuldscheindarlehen von je CHF 10 Mio. erneuert. Am 17. Juli 2001 konnte mittels Ausgabe von Kassascheinen (auch Privatplatzierung genannt) Fremdkapital von CHF 70 Mio. zum festen Zinssatz von 3½ Prozent für eine Laufzeit von 8 Jahren beschafft werden. Die Stadt St.Gallen erfreut sich einer guten Schuldnerqualität. Dank diesem anerkannten «Rating», verbunden mit einem im Berichtsjahr 2001 für Kapitalaufnahmen zinsgünstigen Umfeld, konnten die Geldmittelbeschaffungen günstiger als budgetiert erfolgen. Die mittel- und langfristige Fremdfinanzierung verharrte per Saldo auf dem Vorjahresstand, während sich diese im Jahr 2000 um CHF 26 Mio. reduziert hatte.

FREMDKAPITAL (in CHF 1 000)	1999	2000	2001
Mittel- und langfristiges Fremdkapital	617 504	591 420	592 336
Öffentliche Anleihen	210 000	210 000	170 000
Kassascheine	0	0	70 000
Darlehen von Banken und Versicherungen	284 504	258 420	244 336
Darlehen der städt. Versicherungskasse	123 000	123 000	108 000
Kapitalbeschaffung insgesamt	55 500	57 000	90 000
Rückzahlungen und Erneuerungen	58 584	83 084	89 084
Zunahme an Fremdkapital	–	–	916
Abnahme von Fremdkapital	–3 084	–26 084	–
Liquidität (Festgelder)	110 000	105 000	155 000

902.2 Kapitalbedarf und Liquidität

Anstelle des mit CHF 3.7 Mio. budgetierten Finanzierungsfehlbetrages, schloss die Investitionsrechnung im Berichtsjahr mit einem Überschuss von CHF 15.9 Mio. ab. Dieses erfreuliche Ergebnis ist zur Hauptsache auf eine überraschend besser als erwartet abschliessende Laufende Rechnung zurückzuführen. Während der Voranschlag noch auf einem Defizit von CHF 5.6 Mio. basierte, steht dem in der Rechnung 2001 ein Ertragsüberschuss von CHF 6.3 Mio. gegenüber. Gleichzeitig leisteten die Unternehmungen mit CHF 23 Mio. um rund CHF 17 Mio. höhere Kapitalrückzahlungen. Bei Einbezug von verschiedenen weiteren liquiditätswirksamen Bilanzveränderungen steht per Saldo schliesslich eine Kapitalbedarfs-Abweichung von rund CHF 45 Mio. zu Buche. Insgesamt rechnete der Voranschlag 2001 weder mit einem nennenswerten zusätzlichen gesamtstädtischen Kapitalbedarf noch mit einer namhaften Schuldenreduktion.

Der wesentlich geringere gesamtstädtische Kapitalbedarf führte deshalb vor allem im zweiten Semester zu einem beachtlichen Anstieg der Liquidität. Diesem wird insofern begegnet, als im folgenden Jahr 2002 einige fällige Schuldpositionen nicht mehr erneuert, sondern zurückbezahlt werden. In die gesamtstädtische Liquiditätsbewirtschaftung wird jeweils auch der Geldbedarf der städtischen Versicherungskasse einbezogen. Diese meldet für das folgende Jahr einen wesentlich grösseren Kapitalbedarf. Bereits zu Beginn des neuen Jahres sind dem Kanton St.Gallen die Freizügigkeitguthaben derjenigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Dienststellen zu überweisen, welche «kantonalisiert» werden. Gleichzeitig benötigt die Versicherungskasse vermehrt Kapital für ihre Investitionen in die laufenden Überbauungen «Unteres Hompeli» und «Vonwilpark Ost 2». Die Liquidität vermag denn auch den Geldbedarf während den ertragsschwachen Monaten Januar bis April 2002 abzudecken. Zu vermerken ist zudem, dass der Stadt dank aktiver Bewirtschaftung der kurzzeitig nicht benötigten Gelder auch ein erfreulich hoher Zinsertrag von CHF 4 Mio. (3.3 Mio.) zugeflossen ist.

903 Anlagen und Rechnungswesen der Versicherungskasse

BILANZWERTE (in CHF 1 000)	1999	2000	2001
Bilanzaktiven			
Nominalwerte			
– Bankguthaben	2 489	876	1 191
– Guthaben bei der Politischen Gemeinde	137 067	136 239	130 558
– Kassa- und Anleiheobligationen Schweiz	50 513	48 313	49 406
– Anleiheobligationen Ausland (CHF)	2 301	4 676	3 036
– Anleiheobligationen Ausland (Fremdwährung)	51 383	53 029	49 487
– Grundpfandguthaben	92 337	92 652	94 645
– Pfandbriefe	11 350	11 950	9 900
Sachwerte			
– Aktien Schweiz	121 733	133 777	108 885
– Aktien Ausland	83 755	90 455	95 081
– Gemischte Anlagen (Aktien/Obligationen)	5 739	5 460	0
– Liegenschaften und Immobilienfonds	140 954	138 754	149 339
Forderungen	9 205	11 189	7 611
Gesamte Bilanzaktiven	708 826	727 370	699 139
Bilanzpassiven			
– Wertschwankungsreserven auf Wertschriften	67 100	71 800	65 600
– Rückstellung auf Obligationen CHF-Währung	0	0	800
– Sanierungsrückstellung für Immobilien	5 000	0	0
– Übrige Bilanzpassiven	4 379	4 531	5 061
Deckungsfonds	632 347	651 039	627 676
Gesamte Bilanzpassiven	708 826	727 370	699 139
Netto-Anlageerfolg	50 476	32 574	–18 639
Gesamterendite der Kapitalanlagen (in Prozenten)	8.24%	5.08%	–2.91%

903.1 Bilanzierung und Bewertung

Grundlage für die Bewertung des Anlagevermögens der Vorsorgekassen bilden die Artikel 47 und 48 der Verordnung über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVV2). Im Rahmen dieser Bewertungsregeln gelten seit 1997 für die Versicherungskasse folgende Grundsätze:

- Nominalwerte in CHF (Kassaobligationen, Anleihen, Pfandbriefe) sowie auch Darlehen und Hypotheken sind zum Nennwert bilanziert; Nominalwerte in Fremdwährungen zum Umrechnungskurs beim Kauf
- Aktien, Anlagefonds, Anrechte sowie derivative Anlageinstrumente sind zu den Kurswerten am Bilanzstichtag 31. Dezember bewertet
- Immobilienanlagen werden zum Anlagewert resp. zum allfällig tieferen Marktwert bilanziert. Demgegenüber werden Anteile von börsenkotierten Immobilien-Anlagefonds zu den Kurswerten am Bilanzstichtag berücksichtigt.

Abweichungen zu den vorerwähnten Grundsätzen:

- Für das Anlagesegment «Kassa- und Anleiheobligationen Schweiz»¹ musste für das Berichtsjahr eine Rückstellung von CHF 800 000 passiviert werden. Dies wurde notwendig, weil der Gesamtbetrag der Buchwerte der Obligationen das Total der Nominalwerte übersteigt. Die Begründung liegt vorwiegend in den in früheren Jahren in einigen Anleihenstranchen der «Swissair» angelegten Gelder. Derzeit wird von einer Nachlassdividende von ca. 10% ausgegangen.
- Der Bilanzwert für das im März 2001 an eine Vermögensverwaltungsbank vergebene Portfoliomandat für das Anlagesegment «Obligationen Ausland Fremdwährung» kann nur auf der Basis der Jahresend-Kurswerte ermittelt werden.

903.2 Wertschwankungs-Reserven

Für Anlagen mit erhöhtem Kurs- und Währungsrisiko – dazu zählen in- und ausländische Aktien, Anlagefonds-Anteile, Fremdwährungs-Obligationen sowie derivative Anlageinstrumente – werden aus dem Ergebnis der Bilanzbewertungen marktrisikoabhängige Wertschwankungs-Reserven (auch Rückstellungen genannt) gebildet. Die Höhe dieser in Prozenten der Bilanzwerte ausgewiesenen Wertschwankungs-Reserven berechnen sich nach der Standardabweichung der Anlagekategorien/Anlagemärkte.

Seit 1997 berechnen sich diese unverändert auf:

- | | |
|-------------------------------------|-----------------------------|
| • Aktien Schweiz | 25 Prozent der Bilanzwerte |
| • Aktien Ausland | 30 Prozent der Bilanzwerte |
| • In- und ausländische Anlagefonds | 20 Prozent der Bilanzwerte |
| • Obligationen Ausland Fremdwährung | 10 Prozent der Bilanzwerte. |

In die vorerwähnten Anlagekategorien waren am 31. Dezember 2001 CHF 278.8 Mio. (Vorjahr 307.7 Mio.) bilanziert. Die Ende Jahr tieferen Börsenkurse der Wertschriftenanlagen verminderten einerseits die Bewertungsreserven um CHF –62.4 Mio. (Saldo der Kurswerte abzüglich Buchwerte), andererseits aber auch die zu bilanzierenden Wertschwankungsreserven, welche um CHF –6.2 Mio. auf CHF 65.6 Mio. reduziert werden konnten. Der berechtigte Einwand, dass sich, je tiefer die Kurse fallen, auch die Anlagerisiken vermindern, wurde vorliegend nicht berücksichtigt. Im Rahmen der Berechnung des Deckungsfonds und des Deckungsgrades wird sich auch der Versicherungsmathematiker mit der Angemessenheit der bilanzierten Wertschwankungsreserven befassen.

903.3 Deckungsfond

Während im Vorjahr noch eine Zuweisung an den Deckungsfond von 18.7 Mio. verbucht werden konnte, musste für das Jahr 2001 – erstmals seit vielen Jahren – eine Fondentnahme von CHF 23.3 Mio. zur Deckung des gesamten Aufwandüberschusses der Versicherungskasse vorgenommen werden. Davon entfallen zur Kostendeckung der betrieblichen Vorsorgeleistungen der Versicherungskasse CHF 4.7 Mio. Auf das negative Gesamtergebnis aus den Kapitalanlagen sind CHF 18.6 Mio. zurückzuführen. Der Deckungsfond verminderte sich deshalb von CHF 651 auf 627.7 Mio.

Damit hinterlässt das erste Börsenjahr im neuen Jahrtausend weltwirtschaftlich tiefe Spuren. Selten zuvor erlebten auch Personalvorsorgekassen eine derart schwierige Marktsituation. So erzielte die Schweizer Börse beispielsweise das viertschlechteste Jahresergebnis ihrer Geschichte. Entsprechend ihrem jeweiligen Aktienanteil dürften denn auch die Anlagerenditen der Personalvorsorgekassen stark voneinander abweichen.

903.4 Portfoliomandate

Die Versicherungskasse erteilte am 20. Dezember 2000 Portfoliomandate an drei Vermögensverwaltungsbanken. Zwei Mandate betreffen die Anlagekategorie «Aktien Ausland». Mit einem bei Mandatsbeginn eingesetzten Kapital von rund CHF 75 Mio. wurde das «passiv» resp. indexbezogen verwaltete Mandat dotiert, und mit einem Kapital von rund CHF 30 Mio. das «aktiv» gemanagte Mandat. Mit Befriedigung durfte festgestellt werden, dass beide Vermögensverwaltungsbanken die Zielvorgaben – bezogen auf die Benchmarks – leicht übertroffen haben. Seit der Implementierung der Portfolios im März 2001 haben indessen auch diese Teilvermögen im Rahmen der tieferen Aktienindizes an Wert verloren. Die dritte Mandatsvergabe umfasst die «Obligationen Ausland Fremdwährung», in welches rund CHF 50 Mio. investiert wurde. Ein wesentlicher Anteil des bis März 2001 eigenbewirtschafteten Bestandes der Auslandsanlagen konnte zu kostengünstigen Konditionen in die Mandate übertragen werden. Zur Herstellung einer klaren Zuordnung der Vermögenswerte zu den einzelnen Anlagekategorien wurden gleichzeitig die so genannten gemischten Anlagegruppen veräussert. Dies begründet die 2001 ungewöhnlich hohen realisierten «Gewinne auf verkauften und fälligen Wertpapieren» von gesamthaft rund CHF 20.1 Mio. Immerhin gehen CHF 9.2 Mio. auf realisierte Gewinne der – wie schon bisher – selbstbewirtschafteten inländischen Aktientitel.

903.5 Gesamterfolg der Kapitalanlagen und Rendite

Nach Abzug der verschiedenen Kostenfaktoren, der Anpassung der Vermögenswerte an die tieferen Jahresend-Kurse und unter Einbezug der veränderten Wertschwankungsreserven (vgl. Abschnitt Bilanzierung und Bewertung) resultiert im Berichtsjahr ein gesamter (negativer) Anlageerfolg der Kapitalanlagen von CHF –18.6 Mio. (Vorjahr + 32.5 Mio.). Berechnet in Prozenten des durchschnittlichen Deckungskapitals wird eine Gesamrendite der Kapitalanlagen von –2.91% ausgewiesen (Vorjahr +5.08%). Für die Beurteilung des vergangenen Jahres gilt der Grundsatz «je tiefer der Aktienanteil – desto besser das Jahresergebnis». Der Aktienanteil der Versicherungskasse betrug durchschnittlich rund 30% aller Kapitalanlagen. Der für schweizerische Vorsorgekassen vergleichsweise wichtige Index «Pictet BVG 93» mit einem Aktienanteil von 25% (ein Vergleichsindex mit einem Aktienanteil von 30% fehlt) weist für 2001 eine Performance von –2.29% aus. Der Vergleichsindex «Pictet BVG-Index» mit einem Aktienanteil von 40% erzielte die entsprechend tiefere Performance von –4.58%. Die Versicherungskasse konnte sich damit in einem schwierigen Marktumfeld recht gut behaupten.

Durchschnittliches Deckungskapital	641 693 538	639 358 913
Zinsen- und Dividendenenerträge	20 715 702	15 895 932
Realisierte Wertschriftengewinne	15 275 871	20 132 337
Realisierte Wertschriftenverluste	-291 583	-2 536 273
Übrige Erträge und Gewinne	1 807 818	0
Agios/Disagios (netto)	-48 616	800 576
Kauf- und Verkaufskosten	-673 386	-437 994
Portfoliomandatskosten	0	-323 387
Anpassung der Bewertungsreserven	-9 332 362	-62 430 567
Anpassung der Wertschwankungsreserven	-4 700 000	6 200 000
Rückstellung auf Obligationen in CHF	0	-800 000
Gesamterfolg der Liegenschaftenrechnung	5 070 759	5 210 182
Auflösung Sanierungsrückstellung Liegenschaften	5 000 000	0
Verrechnete Verwaltungskosten	-250 000	-350 000
Gesamterfolg der Kapitalanlagen	32 574 203	-18 639 194
Gesamterrendite der Kapitalanlagen (Aktienanteil 30%)	5.08%	-2.91%
Vergleichsrendite «Pictet BVG-Index 93» (Aktienanteil 25%)	3.14%	-2.29%
Vergleichsrendite «Pictet BVG-Index (Aktienanteil 40%)»	0.52%	-4.58%

Zusätzliche Details zur Bilanz und Jahresrechnung 2001 können dem 'Jahresbericht der Versicherungskasse der Stadt St.Gallen' entnommen werden.

91 Steueramt

Aufgaben:

- Registerführung und Mutationswesen
- Veranlagung von 80% der 45 000 Steuerpflichtigen der Stadt St.Gallen
- Rechnungsstellung und Bezug von 48 000 Steuerpflichtigen
- Entscheid über Stundungs- und Erlassgesuche
- Korrespondenzführung, telefonische und persönliche Auskünfte in den Kundenbüros
- Führung der Steuerbuchhaltung und Verteilung der Steuereingänge
- Stellungnahme zu Rekursen (Ausgleichs- und Verzugszinsen/Grundsteuern)
- Erhebung der Grundsteuern und Führung des Liegenschaftenregisters
- Mitwirkung bei Inventarisationen

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL

	1999	2000	2001
Aufwand	3 746	3 250	3 275
Ertrag	795	371	422
Aufwandüberschuss	2 951	2 879	2 853
Personalbestand	25.0	22.0	28.1

911 Steuerveranlagungen

In einem normalen Hauptveranlagungsjahr konnten jeweils bis Mitte Jahr rund 50% der Veranlagungen definitiv eingeschätzt werden. Das war möglich, weil das Kantonale Steueramt die in Überzeit erledigten Fälle separat entschädigte. Seit der Revisions-Steuererklärung 2001a ist diese Entschädigung weggefallen. Deshalb wurde auf eine spezielle Aktion verzichtet, was einen höheren Personalbestand im Jahre 2001 zur Folge hatte. Dies und die Einführung der neuen Applikation Napeduv hat das Steueramt trotz grosser Anstrengungen zurückgeworfen. Per Ende 2001 konnte bei den Steuerveranlagungen 2001a ein Erledigungsstand von lediglich 53% erreicht werden. Die Zielvorgabe lag bei 80%. Die

Steuerkommissärinnen und Steuerkommissäre haben eine grosse Anzahl der pendenten älteren Fällen erledigt und waren deshalb nicht in der Lage, laufende Revisionen der Jahre 1999/2000 einzuschätzen.

STEUERVERANLAGUNGEN	1999	2000	2001
Neu Steuerpflichtige	4 027	4 059	4 241
Anzahl Pflichtige am Register	46 758	47 345	47 925
Anteil definitiver Einschätzungen in %	67.7	86.4	53.4
Anzahl Einsprachen	497	821	168

912 Einfache Steuer

EINFACHER STEUERERTRAG (in CHF 1 000)	1999	2000	2001
Jahressteuer vom Einkommen	94 580	93 858	103 376
Jahressteuer vom Vermögen	15 561	15 539	17 086
Ratasteuern (Einkommen und Vermögen)	8 502	9 119	2 599
Total	118 643	118 516	123 060
Zu-/Abnahme in % gegenüber Vorjahr	-0.6	-0.1	+ 3.8

Der Zuwachs der einfachen Steuer 2001 ist auf die Umstellung zur Gegenwartsbesteuerung zurückzuführen. Die Steuererträge 2001 beruhen jedoch auf geschätzten und hochgerechneten Faktoren. Die Richtigkeit dieser Annahmen wird sich erst in den Jahren 2002 und 2003 weisen, wenn die definitiven Schlussrechnungen vorliegen. Klar ersichtlich ist die Umstellung zur Gegenwartsbesteuerung in der Zusammensetzung der einfachen Steuer. Die Ratasteuer nimmt zugunsten der Jahressteuer ab, weil die Zuzüger aus einem anderen Kanton nicht mehr pro rata besteuert werden. Massgebend für die Jahresbesteuerung ist der Wohnsitz per 31. Dezember des entsprechenden Jahres beim Wohnsitzwechsel innerhalb der Schweiz.

STEUERKRAFT PRO EINWOHNER/-IN	1999	2000	2001
Steuerkraft natürlicher Personen	1 753.55	1 778.78	1 828.31
Rang innerhalb des Kantons	8	8	11
Steuerkraft juristischer Personen	317.25	378.45	446.08
Rang innerhalb des Kantons	10	7	7
Steuerkraft der natürlichen und juristischen Personen	2 070.80	2 157.25	2 274.40
Rang innerhalb des Kantons	7	8	9

Verglichen mit der Steuerkraft der übrigen Kantonsgemeinden ist die Stadt 2001 bei den natürlichen Personen um drei Ränge und bei den juristischen Personen um einen Rang zurückgefallen, dies trotz betragsmässig grossen Steigerungen gegenüber dem Vorjahr. Anscheinend ist dieser Anstieg bei den anderen Gemeinden noch stärker ausgefallen. Die durchschnittliche Steuerkraft 2001 ist bei den natürlichen Personen mit Vorsicht aufzunehmen, weil die Rechnungsstellung 2001 auf vorläufigen Zahlengrundlagen beruht.

913 Steuerbezug und Zahlungsverhalten

RECHNUNGSSTELLUNGEN	Datum	Zahlungsfristen
Staats- und Gemeindesteuern 2001	30.04.2001	31.05./31.07./30.9.
Direkte Bundessteuern 2000	28.02.2001	31.03.2001
Grundsteuer 2001	28.02.2001	31.03.2001

ZAHLUNGSVERHALTEN	1999	2000	2001
Anzahl Gesamtzahlungen bis 31.5.	17 479	17 445	14 181
Vergütungs- und Rückerstattungszinsen	1 907	1 963	1 607
Davon Anteil politische Gemeinde	1 088	1 076	871

Die Anzahl der Gesamtzahlungen ist hauptsächlich infolge der Reduktion des Skontos von 1% auf 0.5% markant gesunken. Der Rückgang bei den Rückerstattungszinsen ist darauf zurückzuführen, dass im Jahre 2001 praktisch keine definitiven Schlussrechnungen erstellt wurden. Die definitive Rechnungsstellung für das Jahr 2001 kann erst ab dem Jahr 2002 erfolgen.

	1999	2000	2001
Rückstände Gemeindesteuern (CHF in 1 000)	16 675	16 785	16 148
Rückstand in % des Sollbestandes	7.8	7.8	7.3

Eine weitere Verringerung dieses Rückstandes wird angestrebt. Hauptgrund für dieses Ziel ist die alte Host-Applikation der VRSG für Veranlagung und Bezug sämtlicher Fälle bis 31.12.2001. Diese EDV-Lösung soll innert nützlicher Frist abgeschaltet werden. Der Betrieb von Napeduv wurde Ende 2001 aufgenommen. Im ersten Semester 2002 werden die Module Register und Veranlagung und anschliessend das Modul Bezug in Betrieb genommen.

BETREIBUNGEN/ERLASSE UND VERLUSTE	1999	2000	2001
Anzahl Zahlungsbefehle	4 518	4 928	2 703
Anzahl Pfändungen	3 820	4 073	2 689
Anzahl Verwertungen	123	33	36
Zahlungseingänge auf Betreuungsweg (CHF in 1 000)	7 311	5 758	5 961
Zahlungen an Verlustscheinforderungen (CHF in 1 000)	386	293	431
Erlasse und Verluste Gemeindesteuern (CHF in 1 000)	3 559	2 629	2 571

Die vorstehenden Zahlen zeigen eine grosse Abnahme der Bezugshandlungen auf. Sie beschränken sich auf die definitiv veranlagten älteren Steuerjahre, weil im Zusammenhang mit der Einführung der Gegenwartsbemessung auf das Jahr 2001 im laufenden Jahr nur vorläufige Rechnungen erstellt werden. Eine Verbesserung der Eingänge ergab sich bei den Zahlungen an alte Verlustscheinforderungen. Dieser Ertrag wird durch gezieltes Bearbeiten der Verlustscheine noch gesteigert werden können.

914 Steuerertrag

STEUEREINGANG (CHF in 1 000)	1999	2000	2001
Direkte Bundessteuern	56 776	53 743	55 305
Staatssteuern (Kanton)	138 801	140 050	144 902
Gemeindesteuern (Eink. & Vermögen)			
Nachzahlungen früherer Jahre	14 588	14 936	13 480
Laufendes Jahr 2001	177 808	178 839	186 962
Feuerwehrabgabe	3 853	3 852	3 776
Grundsteuern	11 354	11 606	11 863
Kirchensteuern			
Evang. Kirchgemeinde St.Gallen	4 041	4 207	4 264
Evang. Kirchgemeinde Tablat	4 286	4 343	4 393
Evang. Kirchgemeinde Straubenzell	2 345	2 323	2 417
Christkath. Kirchgemeinde	91	88	93
Kath. Kirchgemeinde St.Gallen	14 193	13 875	14 674
Total Steuerertrag	428 136	427 862	442 129

915 Anteile an kantonalen Steuern

in CHF 1 000	1999	2000	2001
Steuern der juristischen Personen	24 979	30 163	35 551
Grundstückgewinnsteuern	3 862	4 169	2 484
Erbschafts- und Schenkungssteuern	5 081	2 211	2 032
Nach- und Strafsteuern	536	2 715	810
Quellensteuern	5 741	6 661	7 604
Total	40 199	45 919	48 481
Anteile der Kantonssekundarschule			
am Ertrag der Steuern jurist. Personen	1 013	1 326	1 611
am Ertrag der Grundstückgewinnsteuer	147	161	144

Der Anstieg der Gewinn- und Kapitalsteuern juristischer Personen ist beachtlich und konnte nicht vorher gesehen werden. Bei den Grundstückgewinnsteuern und den Erbschafts- und Schenkungssteuern sind Einbussen zu verzeichnen. Bei den Nach- und Strafsteuern hat sich der Ertrag wieder normalisiert, nachdem im Jahre 2000 ein ausserordentlich grosser Fall fakturiert werden konnte.

Als Kompensation der Übernahme der Gewerbeschule durch den Kanton wird ab 2002 für die Stadt St.Gallen $\frac{1}{3}$ des Anteils an den Steuern der juristischen Personen und der Anteil an den Erbschafts- und Schenkungssteuern vollständig wegfallen.

92 Personalamt

Aufgaben:

- Vollzug des Personalreglements und der übrigen personalrechtlichen Erlasse, Vorbereitung von Revisionen
- Personalbedarfsplanung, Führung und Überwachung des Stellenplans
- Personalbeschaffung, -betreuung und -beratung in Zusammenarbeit mit den Dienststellen
- Organisation des Personalwesens, der Personaladministration, der Personalinformation und der Zeiterfassung
- Konzept und Durchführung der Aus- und Weiterbildung des Personals sowie der Lehrlingsausbildung und des Praktikantenwesens
- Verwaltung der Versicherungskasse und der Sparkasse (ohne Vermögen und Liegenschaften) und Beratung der Versicherten
- Auszahlung von Löhnen, Renten und Sitzungsgeldern sowie Abrechnung mit Sozialversicherern
- Information und Verhandlungsführung mit den Personalverbänden

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	1999	2000	2001
Aufwand	5 941	5 983	6 440
Ertrag	207	227	221
Aufwandüberschuss	5 734	5 756	6 219
Effektiver Personalbestand	11.6	11.2	11.7

Auch wenn der wirtschaftliche Aufschwung schon ab Frühjahr an Fahrt verlor, war die Lage auf dem Stellenmarkt für qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber weiterhin angespannt. Mit entsprechendem Mehraufwand bei der Suche von Personal war es jedoch immer möglich, den personellen Bedarf der Verwaltung und der Betriebe zu decken. Die Abwanderung von Mitarbeitenden aus der Stadtverwaltung verharrte auf Vorjahresniveau, das immer noch höher ist als Ende der neunziger Jahre, jedoch nicht zu Besorgnis Anlass gibt.

921.1 AHV-Überbrückungsrente

Mit der Totalrevision des Personalreglementes per 1. Januar 1995 wurde, gestützt auf den Verfassungsauftrag von Art. 8 Abs. 3 der Bundesverfassung, die einheitliche Altersgrenze von 63 Jahren für Männer und Frauen eingeführt. Da die ordentliche AHV-Altersgrenze für Männer bei 65 Jahren und für Frauen seit 2001 bei 63 Jahren liegt, ergibt sich für pensionierte städtische Mitarbeiter zwischen dem 63. und 65. Altersjahr eine Einkommenslücke. Diese kann auf freiwilliger Basis mit dem Bezug einer rückzahlbaren AHV-Überbrückungsrente aus der Versicherungskasse geschlossen werden. Die Erfahrungen der vergangenen Jahre haben gezeigt, dass die geltende Regelung bei tiefen und mittleren Einkommen zu finanziellen Engpässen zwischen dem 63. und 65. Altersjahr führt und dass beim Bezug einer rückzahlbaren Überbrückungsrente die VK-Rente nach Erreichen des AHV-Alters in diesen Einkommenskategorien empfindlich gekürzt wird. Es wurde deshalb dem Parlament eine Vorlage über die Ausrichtung einer nicht rückzahlbaren AHV-Überbrückungsrente unterbreitet, der zugestimmt wurde.

Anspruch auf die Überbrückungsrente haben Mitarbeitende, die gemäss Personalreglement mit 63 Jahren ordentlich in den Ruhestand treten und folgende Bedingungen erfüllen: Bis zu einem versicherten Lohn gemäss VK-Reglement von CHF 74 160 wird eine maximale, nicht rückzahlbare AHV-Überbrückungsrente von CHF 24 720 pro Jahr ausgerichtet. Für versicherte Einkommen über CHF 74 160 wird der Anspruch auf die AHV-Überbrückungsrente so koordiniert, dass das Einkommen aus VK-Altersrente und AHV-Überbrückungsrente im Maximum CHF 69 216 beträgt. Bei Teilzeitbeschäftigten wird die Höhe der AHV-Überbrückungsrenten im Verhältnis zum Beschäftigungsumfang berechnet. Die nicht rückzahlbare Überbrückungsrente soll allerdings lediglich eine Übergangslösung sein bis zur Angleichung des ordentlichen AHV-Rentenalters für Mann und Frau auf Bundesebene.

921.2 Wohnkreisregelung

Anstelle der bisherigen Wohnkreisregelung für das städtische Bereitschafts- und Sicherheitspersonal tritt neu die Bestimmung, dass der Arbeitsplatz innerhalb von 20 Minuten erreichbar sein muss. Das Reglement zum Vollzug des Personalreglementes wurde entsprechend geändert.

922 Personalbestand und Stellenplan (Verwaltung und Betriebe)

Das Total der mit dem Budget bewilligten Stellen wurde im Jahr 2001 erneut vermindert und zwar um 16.5 (im Vorjahr um 3.6). Die tatsächliche Stellenbesetzung lag 37.1 Personaleinheiten unter der maximal möglichen Stellenzahl (im Vorjahr minus 64.6). Beim Vergleich der effektiv beschäftigten Personaleinheiten («besetzte Stellen») ist von 2000 auf 2001 eine Zunahme um 11 Einheiten festzustellen (Vorjahr Abnahme um 27). Die Überschreitung des Stellenplans in der Schulverwaltung ist im Schulamt, im Jugendsekretariat und in der Berufsberatungsstelle entstanden, jene in der Finanzverwaltung vor allem im Steueramt sowie im Organisations- und Informatikamt. Die nachfolgende Tabelle schlüsselt die Zahlen nach Verwaltungsabteilungen auf.

STELLENPLAN	2000		2001	
	STELLENPLAN	BESETZTE STELLEN	STELLENPLAN	BESETZTE STELLEN
Allg. Verw. / Verw. des Innern	60.1	58.7	59.1	59.4
Polizeiverwaltung	245.5	244.5	241.5	241.7
Verwaltung der Sozialen Dienste	93.0	95.5	96.5	97.5
Bauverwaltung	335.2	324.4	333.2	322.8
Verw. der Technischen Betriebe	489.2	438.5	474.2	434.2
Schulverwaltung	213.1	211.6	213.1	217.9
Finanzverwaltung	67.5	65.8	69.5	76.5
Total Verw.- und Betriebspersonal	1503.6	1439.0	1487.1	1450.0

923 Personalbestand (Verwaltung, Betriebe und Lehrkräfte)

Die Auffächerung des effektiven Personalbestandes nach Verwaltungs-/Dienstpersonal und Personal der Betriebe zeigt eine gegenläufige Tendenz in den beiden Bereichen.

Die Anzahl Lehrkräfte setzt sich zusammen aus 599.9 Personaleinheiten der Volksschule (Kindergärten, Primar-, Real- und Sekundarschule sowie weitere pädagogische Funktionen) und 186.6 Einheiten der Gewerblichen Berufsschule. Der Anteil weiblicher Lehrkräfte beträgt rund 53%.

PERSONALBESTAND (EINHEITEN ZU 100%)	1999	2000	2001
Verwaltungs- und Dienstpersonal	1 033.0	1 020.6	1 038.5
Personal der Betriebe	433.0	418.5	411.5
Total Verwaltungs- und Betriebspersonal	1 466.0	1 439.0	1 450.0
Lehrkräfte (Volks- und Berufsschulen)	743.8	752.9	786.5
Gesamttotal	2 209.8	2 191.9	2 236.5

924 Beschäftigtenstruktur

Die Veränderungen der Beschäftigtenstruktur gegenüber dem Vorjahr halten sich in Grenzen. Als Trend ist die Fortsetzung der Verminderung der von der Stadt dauernd beschäftigten Personen zu erkennen.

BESCHÄFTIGTENSTRUKTUR (OHNE VORÜBERGEHEND BESCHÄFTIGTE)	1999	2000	2001
Total	1 690	1 673	1 645
- davon im Beamtenverhältnis	185	200	200
- davon im Angestelltenverhältnis	1 505	1 473	1 445
nach Geschlecht			
- davon Frauen	492	493	487
- davon Männer	1 198	1 180	1 158
nach Wohnsitz			
- in St.Gallen	1 122	1 101	1 035
- ausserhalb von St.Gallen	568	572	610
nach Altersgruppen			
- bis 34 Jahre	351	353	348
- 35 bis 49 Jahre	779	760	753
- 50 bis 65 Jahre	560	560	544
nach Beschäftigungsumfang			
- bis 29%	120	116	121
- 30 bis 49%	63	74	68
- 50 bis 79%	143	150	162
- 80 bis 99%	138	142	159
- 100%	1 226	1 191	1 135
nach Dienstjahren			
- bis 9 Dienstjahre	853	802	762
- 10 bis 19 Dienstjahre	480	520	536
- 20 bis 29 Dienstjahre	260	252	243
- 30 bis 39 Dienstjahre	95	96	102
- über 40 Dienstjahre	2	3	2

Die Anzahl Kündigungen durch Mitarbeitende lag in ähnlichem Rahmen wie im Vorjahr. Bei der Zahl der Entlassungen ist zu berücksichtigen, dass auch Auflösungen während der Probezeit enthalten sind. Gestiegen ist die Anzahl Pensionierungen, vor allem die vorzeitigen. Dies kann vor dem Hintergrund der Besteuerung der Renteneinkommen ab 2002 gesehen werden. Wurden Rentenansprüche, die 2001 oder früher entstanden, nur zu 80 Prozent besteuert, werden Ansprüche, die ab 2002 entstehen, zu 100 Prozent besteuert.

PERSONALFLUKTUATION	1999	2000	2001
Festangestellte Personen	1 690	1 673	1 645
Eintritte	122	123	171
Austritte	147	155	*276
– Kündigungen	102	115	*213
– Entlassungen	3	4	9
– Pensionierungen	38	35	51
– Todesfälle	4	1	2

* wovon 106 Austritte infolge Kantonalisierung der Berufsberatung, der Gewerbeschule und des regionalen Arbeitsvermittlungszentrums RAV.

926 **Weiterbildung und Führung**

Wiederum wurde das breite Kurs- und Seminarangebot mit 37 Themen zu Führung – Kommunikation – Zusammenarbeit – Personalentwicklung und zu Fachlichem intensiv genutzt (Informatikkurse siehe Bericht OIA). Trotzdem gilt es, zu Beginn einer Amtsdauer über das Tagesgeschäft hinaus zu blicken. In Kurzfassung lautet das für die Weiterbildung wegweisende Legislaturziel: Orientierung an künftigen Anforderungen. Die Standortbestimmung und in der Folge die Zielausrichtung für die nächsten Jahre geschah in einem dialogischen Prozess mit zahlreichen Führungspersonen. Die Ergebnisse sind im Stadtratsbeschluss «Schwerpunkte interner Weiterbildung bis 2004» festgehalten. Darin werden Fragen aufgeworfen und «Pflöcke eingeschlagen» zum aktuellen Angebot, zu den Zielen interner Weiterbildung, zur Verwaltungskultur samt der sozialen Bedeutung von Bildungsanlässen, zur Modernisierung der Verwaltung und zur Unterstützung der Dienststellen in ihren spezifischen Aufgaben. Es finden sich Aussagen zum Führungsverständnis, zu Führungsgrundsätzen und zur Führungsweiterbildung als «Patchwork», aber auch zu neuen Gefässen sowie zur Implementierung von Führungsinstrumenten und zur Beteiligung der «richtigen» Mitarbeitenden.

Letztlich stellen sich bei allen Bildungsmassnahmen zwei Fragen: Welchen Beitrag leisten sie an die wichtigen Ziele der Stadt, wie sie in den Legislaturzielen festgehalten sind? Und: Was tragen sie zur Qualifizierung der Mitarbeitenden bei, einerseits angesichts neuer Herausforderungen an die Verwaltung, andererseits zur Förderung des persönlichen Fortkommens und zur Erhaltung der arbeitsmarktlichen Chancen der Mitarbeitenden? Die vom Stadtrat unter Einbezug der Dienststellen gesetzten Schwerpunkte sind: Ergänzung und Weiterentwicklung des Kursangebots, Förderung von Bürgerfreundlichkeit und Kundenorientierung, Verstärkung betriebswirtschaftlicher Themen im Hinblick auf das Verwaltungscontrolling sowie Ausarbeitung eines Konzepts zur systematischen Personalentwicklung.

In der Kommission gleiche «Gleiche Chancen für Frau und Mann» waren im laufenden Jahr einige Wechsel zu verzeichnen, bedingt durch Austritte aus der Stadtverwaltung und Rücktritte langjähriger Mitglieder. Thematisch bildeten die Lancierung einer Umfrage zum Bedarf an Krippenplätzen sowie eine Standortbestimmung der Gleichstellungsarbeit in der Stadtverwaltung die Schwerpunkte der Kommissionsarbeit. Weiter wurden Vorarbeiten zur Durchführung einer Umfrage zum Thema Chancengleichheit geleistet.

FRAUEN IN DER STADTVERWALTUNG	1999	2000	2001
Beschäftigte Personen	1 690	1 673	1 645
– davon Frauen	492 29.1%	493 29.5%	487 29.6%
Vollzeitbeschäftigte Personen	1 226	1 191	1 135
– davon Frauen	156 12.7%	141 11.8%	123 10.8%
Teilzeitbeschäftigte Personen	464	482	510
– davon Frauen	336 72.4%	352 73.0%	364 71.4%
Teilzeitbeschäftigte über 50%	281	292	321
– davon Frauen	172 61.2%	181 62.0%	195 60.7%
Teilzeitbeschäftigte bis 50%	183	190	189
– davon Frauen	164 89.6%	171 90.0%	169 89.4%

Der Frauenanteil an den Beschäftigten ist in den vergangenen drei Jahren praktisch gleich geblieben und liegt unter 30 Prozent. Über 70 Prozent der Frauen arbeiten Teilzeit. Der Anteil Teilzeitbeschäftigter nahm seit 1999 um insgesamt 3.5 Prozent zu, wobei 2 Prozent auf Seiten der Männer zu verzeichnen sind. Es zeigt sich eine kontinuierliche Zunahme der Teilzeitarbeit bei den Männern. Bei den Frauen hat der prozentuale Anteil im Vergleich zum letzten Jahr um 1.6 Prozent abgenommen und liegt unter dem Wert von 1999.

928 Lehrlings- und Praktikumswesen

Im August 2001 starteten zwölf Lehrlinge aus sechs verschiedenen Berufen und eine KV-Praktikantin ihre Ausbildung. Weitere drei Lehrlinge kamen später dazu – sie wurden aus andern Firmen übernommen (Konkurs/ungeeigneter Ausbildungsplatz) bzw. einer begann nach Absolvierung der RS mit einer Zusatzlehre. Neun Lehrabgängerinnen und sieben Lehrabgänger haben die Lehrabschlussprüfung erfolgreich bestanden, vier davon zusätzlich mit Berufsmatura. 50 Prozent dieser Lehrlinge traten eine neue Stelle innerhalb der Stadtverwaltung an. Im Rahmen der Kantonalisierung der Berufsberatung, der Gewerblichen Berufsschule und des Regionalen Arbeitsvermittlungszentrums wechselten auf den 1. Januar 2002 auch vier Lehrlinge von der Stadt zum Kanton. Ende Januar 2002 starteten sechs neue Praktikantinnen und Praktikanten der Wirtschaftsmittelschule (WMS) der Kantonsschule am Brühl mit ihrem einjährigen Praktikum. Nach Absolvierung dieses Praktikums und einem letzten Semester Schulunterricht werden sie die Berufsmaturität erlangen. Die Stadtverwaltung bot über 50 Praktikantinnen und Praktikanten und einigen Zivildienstleistenden die Gelegenheit, berufliche Erfahrungen auf den verschiedensten Gebieten zu sammeln. Die Dauer der Einsätze reichte von einem Monat bis zu einem Jahr.

LEHRLINGS- UND PRAKTIKUMSWESSEN	1999	2000	2001
Personal- und Sachaufwand netto (CHF in 1 000)	905	965	994
Praktikumsverhältnisse	56	54	52
Lehrverhältnisse (inkl. WMS)	48	49	50
– in administrativen Berufen (inkl. WMS)	30	31	32
– in technischen und handwerkli. Berufen	18	18	18
Abgeschlossene Lehren	12	12	16

929.1 Versicherungskasse

Mitgliederbewegungen: Der Bestand der Versicherten nahm im Jahr 2001 um 51 Personen wieder stärker zu. Dabei erhöhte sich der Anteil der angeschlossenen Mitglieder um 41 und derjenige des städtischen Personals um 10 Versicherte.

Die Summe der versicherten Löhne ist um rund 3.5% auf CHF 134.6 Mio. gestiegen (130.1 Mio.). Auch der durchschnittliche versicherte Lohn pro Person erhöhte sich um rund 1.4% auf CHF 51 433 (50 691). Die Versicherungskasse zahlte 2001 insgesamt 1 377 Renten (1 344). Es handelt sich um 64 vorzeitige Altersrenten, 787 ordentliche Altersrenten (davon 4 Alters-Kinderrenten), 123 Invalidenrenten (davon 25 IV-Kinderrenten) und 403 Hinterlassenenrenten (davon 2 Waisenrenten).

VERSICHERUNGSKASSE	1999	2000	2001
Total aktive Mitglieder	2 553	2 566	2 617
– davon Risikoversicherte (bis Alter 25)	133	145	159
– davon Mitglieder angeschlossener Institutionen	978	1 006	1 047
Anzahl angeschlossene Arbeitgeber	32	31	31
Durchschnittlicher versicherter Lohn	50 332	50 691	51 433
Maximaler Koordinationsabzug	24 120	24 120	24 720
Total Rentenbezüger/-innen	1 289	1 344 (1 318)	1 377
– davon Altersrenten	746	757 (757)	783
– davon Alters-Kinderrenten*	–	3 (–)	4
– davon vorzeitige Altersrenten	68	61	64
– davon Invalidenrenten	81	96 (96)	98
– davon Invaliden-Kinderrenten*	–	21 (–)	25
– davon Hinterlassenenrenten	394	403 (404)	401
– davon Waisenrenten*	–	3 (–)	2

* Aufgrund der Totalrevision des VK-Reglementes per 1.1.1999 und dem damit verbundenen Übergang von der Rentengarantie zu Kinder- und Waisenrenten werden diese erst ab 2000 statistisch erfasst (Zahlen für 2000 in Klammer = Werte ohne Ausscheidung dieser Renten).

Teilrevision des VK-Reglementes

Die Versicherungskasse kennt die Möglichkeit des vorzeitigen Altersrücktritts ab dem 60. Altersjahr. Die volle Altersrente wurde gewährt, wenn das Mitglied insgesamt 15 Dienstjahre aufwies. Diese Vorgabe hielt dem Freizügigkeitsgesetz nicht mehr stand. Die Bedingungen für den vorzeitigen kürzungsfreien Altersrücktritt ab dem 60. Altersjahr mussten im VK-Reglement angepasst werden. Neu ist die vorzeitige Alterspensionierung zwischen dem 60. und 63. Altersjahr auch mit weniger als 15 Dienstjahren möglich. Der Grosse Gemeinderat hat am 28.8.2001 dieser Teilrevision zugestimmt.

Versicherungstechnisches Gutachten

Entsprechend dem VK-Reglement hat der Versicherungsmathematiker im Jahre 2001 wiederum den Bericht über die versicherungstechnische Lage der Kasse erstellt. Der Deckungsgrad betrug per 1.1.2001 90.1% (1998: 87.7%).

Die Verwaltungskommission der Versicherungskasse hat einen neuen Versicherungsexperten gewählt.

Kurs «Pensionierung in Sicht – Vorbereitung auf den Ruhestand»: Für die vor der Pensionierung stehenden Mitarbeitenden sowie deren Partnerinnen und Partner führte das Personalamt an einem ganzen und an zwei halben Tagen den Kurs zur Vorbereitung auf den Ruhestand durch. Wie schon in den vergangenen Jahren stiess diese Veranstaltung auf reges Interesse. Insgesamt haben 69 Personen von diesem Angebot profitiert.

Gripeschutzimpfung: An der jährlich vom Personalamt organisierten unentgeltlichen Gripeschutzimpfung haben 231 Personen teilgenommen.

93 Organisations- und Informatikamt

Organisatorische Aufgaben:

- Wirtschaftlichkeitsabklärungen und Organisationsanalysen
- Abklärungen im Rahmen der Stellenplankommission bezüglich Personalbedarf
- Beratung und Koordination bei der Beschaffung von Sachmitteln

Informatikaufgaben:

- Auf- und Ausbau der städtischen Informatik-Infrastruktur
- Beschaffung, Installation und Wartung von Informatikgeräten und Software im Bereich der Büroautomation
- Sicherstellen der Datensicherheit sowie der Virenprävention
- Betrieb einer Service-Desk-Organisation und Betreuung der Fach- und Datenbankapplikationen
- Technische Bereitstellung der gesamten Intranet-/Internet-Infrastruktur
- Koordination der Informatikschulung im Bereich Büroautomation
- Leitung von Informatikprojekten
- Betreiben der Serverfarm und des Bandroboters
- Sicherstellung der stadtweiten Vernetzung, Telefonie, Paging- und FAX-Dienste

FINANZEN (in CHF 1 000 / PERSONAL)	1999	2000	2001
Aufwand	4 155	4 726	5 063
Ertrag	304	273	435
Aufwandüberschuss	3 851	4 453	4 628
Personalbestand	14.4	16.0	18.5

931 Organisations- und Informatikprojekte

In der neuen Informatikstrategie – vom Stadtrat am 7. August 2001 in Kraft gesetzt – wurden die Ziele des Informatikeinsatzes neu definiert und mit Leistungsfähigkeit, Zuverlässigkeit und Führungsfähigkeit drei wichtige Grundsätze formuliert. Ebenfalls festgehalten wurde der Leistungsauftrag an das OIA.

In der zweiten Jahreshälfte haben zwei junge Berufsleute ihr 1½ jähriges Praktikum beim OIA begonnen, um so den Einstieg in die Informatik zu erhalten. Mit diesem Ausbildungspraktikum – welches als Pilotvorhaben läuft – wird das Hauptziel verfolgt, Informatik-Nachwuchs anforderungsgerecht aufzubauen.

Mit der Umsetzung zahlreicher Verbesserungsmassnahmen konnte die Reorganisation des OIA im Sommer abgeschlossen werden.

Im 4. OG des Rathauses erfolgte eine weitere Arbeitsplatzverdichtung im Teambüro des 2nd-Level-Supportes auf 10 Büroarbeitsplätze (bisher 7).

Mit dem Erlass des Konzeptes «Informatik in der Volksschule» durch die Regierung des Kantons St.Gallen wurden die Voraussetzungen für den weiteren Einsatz der Informations- und Kommunikationstechnologie in den Volksschulen und im Kindergarten geschaffen. Eine entsprechende Vorlage zuhanden des Grossen Gemeinderates wurde ausgearbeitet, die verschiedenen Konsequenzen wurden aufgezeigt. Bereits heute benötigt der Schulsupport für die Oberstufe grosse Ressourcen seitens OIA.

Die von einem externen Unternehmen durchgeführte Risikoanalyse zeigte verschiedene Schwachstellen auf. Die daraus resultierenden Massnahmen wie Firewall zwischen Kantons- und Stadtnetz, Ablösung der Remote-Access-Zugriffe, Physische Sicherheit in den Informatikräumlichkeiten und Sensibilisierung der Benutzer und Benutzerinnen wurden als separate Teilprojekte im Berichtsjahr angegangen.

Beim Grundbuchamt sowie beim Sozialamt wurde in der zweiten Jahreshälfte mit der Einführung der neuen Fachapplikationen Terris und Tutoris begonnen. Bei beiden zugekauften Lösungen handelt es sich um Fremdprodukte, welche durch die VRSG vertrieben und unterstützt werden.

Die betriebswirtschaftliche Lösung und das MIS (Management Information System) für die Energieabrechnung bei den Sankt Galler Stadtwerken – basierend auf der SAN (Storage Area Network)-Technologie – konnte unter enormem Zeitdruck erfolgreich eingeführt werden.

Bei 90 Mitarbeitenden wird die installierte Software mittels Metaframe-Technologie auf den Clients betrieben.

Die seit 1994 eingesetzten Applikationen beim Vermessungsamt (Auftragsbewirtschaftung) und Gartenbauamt (Rapportwesen) entsprechen nicht mehr den zeitgemässen Anforderungen und die vorhandene Technologie wird mittelfristig von den verschiedenen Systemen nicht mehr unterstützt. Das entsprechende Portierungsprojekt wurde im 4. Quartal gestartet.

Das mehrjährige Software-Entwicklungsprojekt «Baugesuchsadministration mit GemDat» konnte in diesem Jahr definitiv abgeschlossen werden. Seit Mitte 2001 werden nun in der Baupolizei sämtliche Baugesuche, die zugehörigen Administrationsdaten und die Fakturierung mit der GemDat Datenbank abgewickelt. Neben der Gesuchsadministration konnten mehrere kleinere Optimierungsvorhaben in die Praxis umgesetzt werden, welche die Systemleistung und die Datenqualität verbessern.

Nachdem im Jahr 2001 die Anforderungen für eine EDV-gestützte Administration sämtlicher durch das Strasseninspektorat verwalteten Aufgrabungen definiert wurden, konnte dieses Vorhaben im Juni zur Realisierung übergeben werden. Die neue Software wurde im Dezember 2001 in Betrieb genommen.

Die Projekte und Arbeiten des Rauminformationszentrums (RIZ) im Bereich der technischen Informatik sind im Bericht des Vermessungsamtes enthalten.

ORGANISATIONS- UND INFORMATIKPROJEKTE	1999	2000	2001
Anzahl bearb. Beschaffungsprojekte ¹	42	58	56
Anzahl bearb. Entwicklungsprojekte ²	24	34	17
Anzahl bearb. Organisationsprojekte ³	14	11	21
Anzahl bearb. Infrastrukturprojekte ⁴	2	17	67

¹ Projekte, die unter Einsatz von Standardprodukten realisiert werden

² Projekte, die spezielle Softwareentwicklungen erfordern

³ konventionelle Organisationsprojekte ohne direkt Informatikauswirkungen

⁴ Ausbau der Informatikinfrastruktur (z.B. Gebäudeverkabelungen)

AUFTEILUNG DER PROJEKTE 2001 AUF DIE VERWALTUNGSABTEILUNGEN:

	AV	VDI	PV	VSD	BV	VTB	SV	FV	DIVERSE
Beschaffungsprojekte	3	1	6	5	14	8	11	7	1
Entwicklungsprojekte	0	0	1	1	2	2	1	3	7
Organisationsprojekte	0	0	0	0	0	1	2	12	6
Infrastrukturprojekte	2	2	5	2	10	17	12	9	8

Im Berichtsjahr konnten 126 Projekte abgeschlossen werden

932 Informatik

Mit der Optimierung der Helpdesk-Organisation und der Überführung in eine Service-Desk-Organisation konnten schnellere Durchlaufzeiten erzielt, die Erreichbarkeit verbessert und die Support-Qualität gesteigert werden. Auf das Jahr 2002 erfolgt zudem die Einführung eines Single Point of Contact (SPOC) für sämtlichen Kundenanfragen und -bedürfnisse.

Die Backup-Neulösung (Einsatz eines Bandroboters mit Standort an der Vadianstr. 57) ist seit März produktiv im Einsatz. Der zeitliche Aufwand für Rücksicherungen (restore) konnte mit dem neuen System massiv reduziert werden.

Das Projekt «Standardisierung der Clients» wurde per Mitte Juli erfolgreich abgeschlossen, und ein hoher Grad an Automatisierung von Betriebssystem und Programmen wurde erreicht. Es befinden sich z. Zt. rund 360 paketierte Softwareprodukte im Einsatz.

Im Telekommunikationsbereich startete das grosse Projekt zur Umstellung von der Tokenring-Technologie auf Ethernet bei den Sankt Galler Stadtwerken und verschiedenen andern Dienststellen. Aus Sicherheitsgründen wurde eine redundante Anbindung zum Kantonsnetz (KOMSG) realisiert und die Betriebsbereitschaft von Internet/E-Mail-Anschlüssen erhöht. Mit der Anbindung der ARA Hofen an das MAN der Stadtverwaltung St.Gallen erfolgte ein weiterer Schritt zur Integration der ESA-Aussenstellen ins Stadtnetz.

Sämtliche Server- und Netzwerkinstallationen wurden dokumentiert und auf Plänen abgebildet.

GERÄTEBEZOGENE LEISTUNGEN	1999	2000	2001
Anteil Informatikarbeitsplätze ¹	99.1%	99.4%	100%
Anzahl Arbeitsplatzsysteme total	1 054	1 149	1 178
Davon durch OIA betreut ²	1 000	1 057	1 085
Anzahl Serversysteme ³	64	55	58
Anzahl Interventionen am Arbeitsplatz ⁴	2 498	3 296	6 292 *
Zeitaufwand pro Intervention	50 Min.	45 Min	35 Min.

¹ mit Informatik-Mitteln ausgerüstete administrative und technische Arbeitsplätze

² vom OIA zu betreuende Anzahl Geräte am Jahresende

³ File- und DB-Server, Webserver, Switches und Router etc.

⁴ Anzahl im System erfasste Störungsmeldungen

* Im Jahre 2001 erfolgt erstmals eine lückenlose Erfassung sämtlicher Anfragen beim OIA. Nebst den Supportmeldungen wurden auch sämtliche Beratungsanfragen in der entsprechenden Datenbank aufgenommen.

INFORMATIKSCHULUNG	1999	2000	2001
Anzahl Teilnehmertage	298	493	363
Anzahl Kurse	43	86	49
Anzahl Teilnehmer/-innen	323	616	424
Total Schulungskosten (in CHF 1 000)	61	70	45
Kosten pro Teilnehmertag in CHF	200	114	108

Die vier mal im Jahr stattfindenden Fachmeetings zu spezifischen Informatikthemen – unter der Leitung von OIA-Mitarbeitenden – fanden grosses Interesse und werden auch im nächsten Jahr wieder durchgeführt.

Die grössten Ausbildungsbedürfnisse waren erneut im Kommunikationsbereich festzustellen. Die Bedürfnisse für externe Schulungen (Spezialapplikationen) waren nicht ausgeprägt.

Gegen Ende des Jahres konnte an der Rorschacher Strasse 107 der neue Informatikschulungsraum mit 13 modernen Informatikarbeitsplätzen bezogen werden.

94 Finanzkontrolle

Aufgaben:

- Vollzug des Reglements über die Finanzkontrolle
- Überwachung der Einhaltung gesetzlicher Vorschriften
- Überwachung und Nachführung der Zutrittsberechtigung für VRSG-Applikationen
- Überwachung und Vollzug der Datenschutzrichtlinien
- Führung des Sekretariates der GPK

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	1999	2000	2001
Ausgaben	740	780	821
Einnahmen	10	15	13
Aufwandüberschuss	730	765	808
Personalbestand	4.7	4.7	4.8

Die Finanzkontrolle prüft den Finanzhaushalt der Stadtverwaltung. Über den Umfang und die Schwerpunkte der Prüfungen sowie über wichtige Feststellungen und Beurteilungen erstattet sie Bericht an den Stadtrat, die Geschäftsprüfungskommission, den zuständigen Abteilungsvorstand und die Dienststellenleiter.

Daneben sind der Finanzkontrolle Revisionsstellenmandate von anderen Organisationen übertragen oder sie ist in deren Revisionsstelle vertreten. Der Finanzkontrolle ist auch die Führung des Sekretariates der Geschäftsprüfungskommission des Grossen Gemeinderates übertragen.

Als Kontrollorgan der Stadtverwaltung gemäss kantonalen Datenschutzverordnung führt die Finanzkontrolle ein Register aller Datensammlungen mit Personendaten. In der Regel wird die Einhaltung der Datenschutzbestimmungen parallel zu den Revisionen des Finanzhaushaltes geprüft.

KENNZAHLEN	1999	2000	2001
Berichte und Prüfungen	90	97	122
Verwaltete Zutrittsberechtigungen	829	838	834
Anzahl registrierte Dateien	291	298	266
 GESCHÄFTSPRÜFUNGSKOMMISSION	 1999	 2000	 2001
Sitzungen Gesamtkommission	14	12	10
Sitzungen Delegationen	14	15	15
Sitzungen Subkommissionen zu spez. Themen	8	3	1

Im vergangenen Jahr behandelte die Geschäftsprüfungskommission in acht Nachmittagssitzungen Vorlagen des Stadtrates an den Grossen Gemeinderat sowie Revisions- und Prüfungsberichte der Finanzkontrolle. Für die Beratung der Jahresrechnungen, der Geschäftsberichte des Stadtrates und der Budgetentwürfe wurden wie üblich zwei ganze Sitzungstage beansprucht. Eine spezielle Nachmittags-sitzung wurde dem Thema Verwaltungsreform gewidmet.

Die drei GPK-Delegationen prüften in 15 Sitzungen die Rechnungslegung und den Budgetentwurf der Stadtverwaltung.

st. andt